



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DRESDEN

STIFTUNG
MERCATOR

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

EMIGRATION IN EUROPA

MIDEM

JAHRESBERICHT
2020



MIDEM MERCATOR FORUM
MIGRATION UND DEMOKRATIE

ISSN 2626-515X

Herausgeber:

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
*Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung*
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Redaktion:

Dr. Oliviero Angeli
Johanna Haupt

Gestaltung:

Vollblut GmbH & Co. KG

© MIDEM 2020

*MIDEM ist ein Forschungszentrum der Technischen
Universität Dresden in Kooperation mit der Universität
Duisburg-Essen, gefördert durch die Stiftung Mercator.*

Zitiervorschlag:

MIDEM 2020: Emigration in Europa. Jahresbericht 2020, Dresden.

MERCATOR FORUM MIGRATION AND DEMOKRATIE

EMIGRATION IN EUROPA

MIDEM JAHRESBERICHT 2020

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	6
ERGEBNISSE	8
A EMIGRATION IN EUROPA: SOZIALE UND POLITISCHE KONSEQUENZEN	10
B AUSWANDERUNG, ABWANDERUNG UND RECHTSPOPULISMUS	
1 Abwanderung und AfD-Wahl in Deutschland	18
2 Auswanderung und die Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien in Europa	32
C EMIGRATION IM POLITISCHEN DISKURS	
1 Bulgarien	42
2 Griechenland	58
3 Italien	74
4 Polen	90
5 Portugal	104
6 Rumänien	122
7 Spanien	138
8 Tschechien	158
9 Ungarn	172
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	190
AUTORINNEN UND AUTOREN	196
IMPRESSUM	197



VORWORT

Migration zählte in den letzten Jahren zu den beherrschenden Themen der europäischen Politik und Öffentlichkeit. Dabei stand jedoch zumeist die Einwanderung im Fokus. Auswanderung fand bis heute deutlich weniger Beachtung. Das hat sich geändert: Laut einer Umfrage des European Council of Foreign Relations aus dem Jahr 2019 fühlen sich Menschen in wirtschaftlich schwächeren Regionen Europas inzwischen weniger durch Einwanderung als durch Auswanderung bedroht.

Seit 1989 ist es in vielen Ländern des ehemaligen „Ostblocks“ zu einem großen Bevölkerungsschwund gekommen. Mit der EU-Osterweiterung hat eine über Jahrzehnte anhaltende Ost-West-Migration eingesetzt. Und seit der Finanz- und Wirtschaftskrise haben viele junge und gut ausgebildete Menschen auf der Suche nach Arbeit die Länder im Süden Europas verlassen. Diese Entwicklung stellt einige europäische Staaten vor große Herausforderungen.

MIDEM stellt sich mit dem Jahresbericht 2020 diesem Perspektivenwechsel und untersucht Ausmaß, Struktur und Entwicklung von Emigration im EU-Raum. Dabei stehen die Länder Ostmittel- und Südeuropas im Fokus. Aber auch in Ostdeutschland hat sich mit der Wiedervereinigung von 1990 ein großer sozialer und demographischer Wandel vollzogen. Was sind die politischen Folgen, wie werden Ab- und Auswanderung öffentlich thematisiert, ist Emigration ein Treiber für rechtspopulistische Strömungen?

MIDEM betritt empirisches Neuland. Bislang sind die Emigrationsdynamiken und der politische Umgang mit ihnen nicht vergleichend untersucht worden. Der Jahresbericht 2020 hat deshalb einen explorativen Charakter, er will zu Diskussion und weiterer Forschung einladen. Auf jeden Fall hält die Studie überraschende Ergebnisse bereit, die die hin und wieder geäußerten Vermutungen, dass es die Abwanderung sei, die Europa spalte und den rechtspopulistischen Strömungen Auftrieb verschaffe, so nicht bestätigen kann. Wie immer, sind auch hier die Zusammenhänge komplexer, vielfältiger.

Dieser Jahresbericht ist das Ergebnis von Diskussionen, die im Anschluss an unsere Studie von 2019 („Migration und Europa“) eingesetzt haben und nicht zuletzt von Ivan Krastev durch einen Vortrag bei MIDEM im November letzten Jahres und seine dort konsequent verfolgte ostmitteleuropäische Problem- perspektive angeregt worden sind. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von MIDEM haben diesen Bericht geschrieben, ergänzt wurde er durch Expertisen uns verbundener Forscherinnen und Forscher. Ihnen allen und dem Team von Redaktion und Herstellung gilt großer Dank. Ohne die großzügige und vertrauensvolle Unterstützung der Stiftung Mercator und den infrastrukturellen Support der TU Dresden hätte die Arbeit des pandemiebedingt schwierigen Jahres 2020 nicht geleistet werden können. Auch ihnen gilt unser herzlicher Dank.



Prof. Dr. Hans Vorländer
Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)
TU Dresden

ERGEBNISSE



ERGEBNISSE

■ In vielen mittel- und osteuropäischen Ländern ist es seit 1989 zu einem bemerkenswerten Bevölkerungsschwund gekommen. Hingegen nahm die Bevölkerung in Nord- und Westeuropa eher zu als ab. Ein wichtiger Faktor für diese Entwicklung ist die über Jahrzehnte anhaltende Ost-West-Migration. Sie setzte mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme ein und gewann mit der EU-Osterweiterung an Dynamik.

■ Auswanderung hat wesentlich zum massiven Bevölkerungsschwund vieler mittel- und osteuropäischer Länder beigetragen. Verstärkt wird diese Entwicklung durch den Rückgang der Geburtenraten sowie durch fehlende Zuwanderung. Die Gesamtentwicklung verschärft vielerorts den Fachkräftemangel und stellt Gesundheits- und Rentensysteme vor große Herausforderungen.

■ Bei Fortsetzung dieses Trends wird die Bevölkerungszahl in den ehemaligen Ostblockstaaten auch künftig erheblich schrumpfen. Laut Prognosen müssen Länder wie Bulgarien bis 2050 mit einem Verlust von bis zu 20 Prozent ihrer Bevölkerung rechnen. Besser sieht es für Länder wie Polen und Tschechien aus, die sich seit einigen Jahren steigender Zuwandererzahlen erfreuen.

■ In Südeuropa ist die Auswanderung von überwiegend jungen und formal höher gebildeten Menschen in Richtung Norden ein Beleg für die Folgen der Finanzkrise und für anhaltende ökonomische Schwäche. Doch auch strukturelle Probleme treiben Menschen dazu, ihr Land zu verlassen. Vor allem junge Menschen stören sich an prekären Beschäftigungsverhältnissen und niedrigen Löhnen.

■ Lange Zeit spielte das Thema Auswanderung keine große Rolle in der öffentlichen Wahrnehmung. Das hat sich geändert. Laut einer Umfrage fühlen sich Menschen in wirtschaftlich schwächeren EU-Ländern inzwischen weniger durch Einwanderung als durch Auswanderung bedroht. Viele Befragte befürworten gar Maßnahmen, die Auswanderung von Landsleuten erschweren.

■ Rechtspopulistische Parteien in Europa profitieren zwar von steigender Zuwanderung aus Drittstaaten, nicht aber von höheren Emigrationsraten. Im Gegenteil: Dort, wo verstärkt Menschen ins Ausland abwandern, konnten Rechtspopulisten bei der letzten EU-Wahl im Schnitt weniger Stimmenanteile gewinnen. Nur in wirtschaftlich schwachen Regionen ist ein positiver Zusammenhang zwischen Auswanderungsraten und den Wahlergebnissen rechtspopulistischer Parteien zu verzeichnen.

■ Für Deutschland ist auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte ein positiver Zusammenhang zwischen allgemeiner Wanderungsbilanz (der Differenz zwischen Zuzugsrate und Fortzugsrate) und rechtspopulistischem

Wahlverhalten feststellbar: Je stärker eine Region in den vergangenen drei Jahrzehnten von Abwanderung betroffen war, umso stärker ist dort die Neigung zur AfD ausgeprägt. Dieser Effekt lässt sich unabhängig von sozioökonomischen und soziodemographischen Einflussfaktoren beobachten.

■ Der Zusammenhang zwischen Wanderungssaldo und AfD-Wahl ist in Westdeutschland insgesamt stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland. Mit Blick auf Ostdeutschland wird deutlich, dass sich dabei nicht die Abwanderung unmittelbar nach der Wiedervereinigung, sondern erst die seit der Jahrtausendwende positiv auf die Wahlergebnisse der AfD ausgewirkt hat.

■ Emigration wird selten gezielt politisiert. Auch rechtspopulistische Parteien in mittel-, ost- und südeuropäischen Ländern greifen das Thema Auswanderung eher selten auf. Anders als das Thema Einwanderung polarisiert Auswanderung die europäischen Parteienlandschaften kaum.

■ Über Parteigrenzen hinweg wird Auswanderung meist als soziales und ökonomisches Problem dargestellt. Linke Parteien prangern dabei insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse an, die junge Menschen zur Emigration bewegen. Dagegen enthält die Erklärung rechter Parteien Elemente einer Krisen- bzw. Verfallserzählung, derer zufolge Auswanderung auch als Beleg für die Erosion der kulturellen Gesellschaftsgrundlagen interpretiert werden kann.

■ Ein deutlich positiverer Ton herrscht im politischen Diskurs beim Umgang mit den in anderen Staaten lebenden Landsleuten. Dabei sind kulturelle Frames in der Darstellung der Rolle von ‚Diaspora‘ von größerer Bedeutung als sozioökonomische. So werden im Ausland lebende Landsleute gern als ‚Vermittler‘ oder ‚Botschafter‘ der eigenen Tradition und Kultur dargestellt. Politisch umstritten ist die Frage nach der Ausweitung des Wahlrechts auf eigene Staatsangehörige, die im Ausland leben.

■ Parallelen zwischen den Auswanderungserfahrungen der eigenen Bevölkerung und denen der heutigen Flüchtlinge ziehen rechtspopulistische Parteien selten. Im Gegenteil: Vor allem in mittel- und osteuropäischen Ländern wird das Bild des fleißigen Auswanderers gezeichnet und dem des in die Sozialsysteme ‚einwandernden‘ Flüchtlings entgegengesetzt.

■ Die temporäre Schließung von nationalstaatlichen Grenzen während der Corona-Pandemie hat gezeigt, wie vulnibel das Wanderungsgeschehen auch in der EU ist. Es betrifft Auswanderung und Einwanderung zwischen einzelnen Mitgliedsländern und vor allem jene Arbeitskräfte, die temporär als Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen über Grenzen ‚pendeln‘. Auch ist in der Corona-Krise die prekäre Lage vieler Arbeitsverhältnisse in der EU sichtbar geworden.



EINLEITUNG

EMIGRATION IN EUROPA: SOZIALE UND POLITISCHE KONSEQUENZEN

In den letzten Jahren zählte Migration zu den beherrschenden Themen der europäischen Politik. Genau genommen stand allerdings nur eine Seite des Migrationsgeschehens im Fokus: die Einwanderung (insbesondere aus nicht-europäischen Staaten). Deutlich weniger Beachtung fand das Thema Auswanderung. Diese Verengung der Perspektive wird vor allem auf europäischer Ebene offensichtlich: Auswanderung taucht weder in den EU-Verträgen noch in den EU-Gesetzen explizit auf und spielt im EU-Tagesgeschäft kaum eine Rolle. Im Mittelpunkt steht die Personenfreizügigkeit, die einen wesentlichen Bestandteil des vereinigten Europas verkörpert und als frieden- und wohlförderndes Gut begriffen wird. Wenn von Auswanderung ausdrücklich die Rede ist, dann mit außereuropäischem Bezug (im Zusammenhang mit der „Bekämpfung von Fluchtursachen“ in Afrika und anderen Herkunftsregionen von Geflüchteten).

An dieser thematischen Engführung wird deutlich, wie sehr die Migrationspolitik und der Migrationsdiskurs der letzten Jahre die Perspektive westeuropäischer Einwanderungsländer widerspiegeln¹. Daran hat der EU-Beitritt der Länder aus dem mittel- und osteuropäischen Raum in den Jahren 2004 und 2007 wenig geändert. Die Beitritte ließen zwar den Migrationssaldo vieler mittel- und osteuropäischen Staaten tiefer ins Negative abstürzen, änderten jedoch wenig an der generellen Problemwahrnehmung im Bereich der Migrationspolitik. Daran mag auch der Konflikt um die Verteilung von Flüchtlingen nach 2015 seinen Anteil haben: Laut Eurobarometer stieg der Anteil der Befragten, die Einwanderung als wichtigstes Problem bezeichnen, auch in Mittel- und Osteuropa im Zuge der ‚Flüchtlingskrise‘ stark an (MIDEM 2018).

Inzwischen hat sich das öffentliche Interesse wieder etwas zugunsten ‚hausgemachter‘ Probleme verschoben. Eine Umfrage des *European Council of Foreign Relations* aus dem Jahr 2019 zeigt, dass sich Menschen in Ländern wie Polen oder Rumänien stärker um Auswanderung als um Einwanderung sorgen (Krastev et al. 2019). Diese Sorgen sind nicht unbegründet. Während die Gesamtbevölkerung der EU in den letzten Jahrzehnten etwas angestiegen ist, ist sie in Mittel- und Osteuropa teilweise stark rückläufig (vgl. Abb. 1). So kehrten seit 1989 2,5 Millionen Polen ihrem Land den Rücken. In der gleichen Zeit ging die Einwohnerzahl Bulgariens von knapp 9 auf 7 Millionen zurück. Ähnlich dramatisch ist die Entwicklung in fast allen Ländern des Balkans und des Baltikums. In Litauen beispielsweise sank die Bevölkerungszahl von 3,5 auf 2,9 Millionen.

Aufgrund der Auswanderung, aber auch wegen niedriger Geburtenraten² und ausbleibender Zuwanderung, wird der demografische Aderlass in den meisten mittel- und osteuropäischen Staaten wohl auch künftig schwer zu stoppen sein. Laut Prognosen der Vereinten Nationen wird die Bevölkerungszahl in Bulgarien in den kommenden 30 Jahren um ca. 19 Prozent auf 5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner sinken. Für die anderen Länder der Region fallen die Prognosen – mit wenigen Ausnahmen – ähnlich aus (vgl. Abb. 2). Auch das Profil der Auswanderinnen und Auswanderer stellt für die

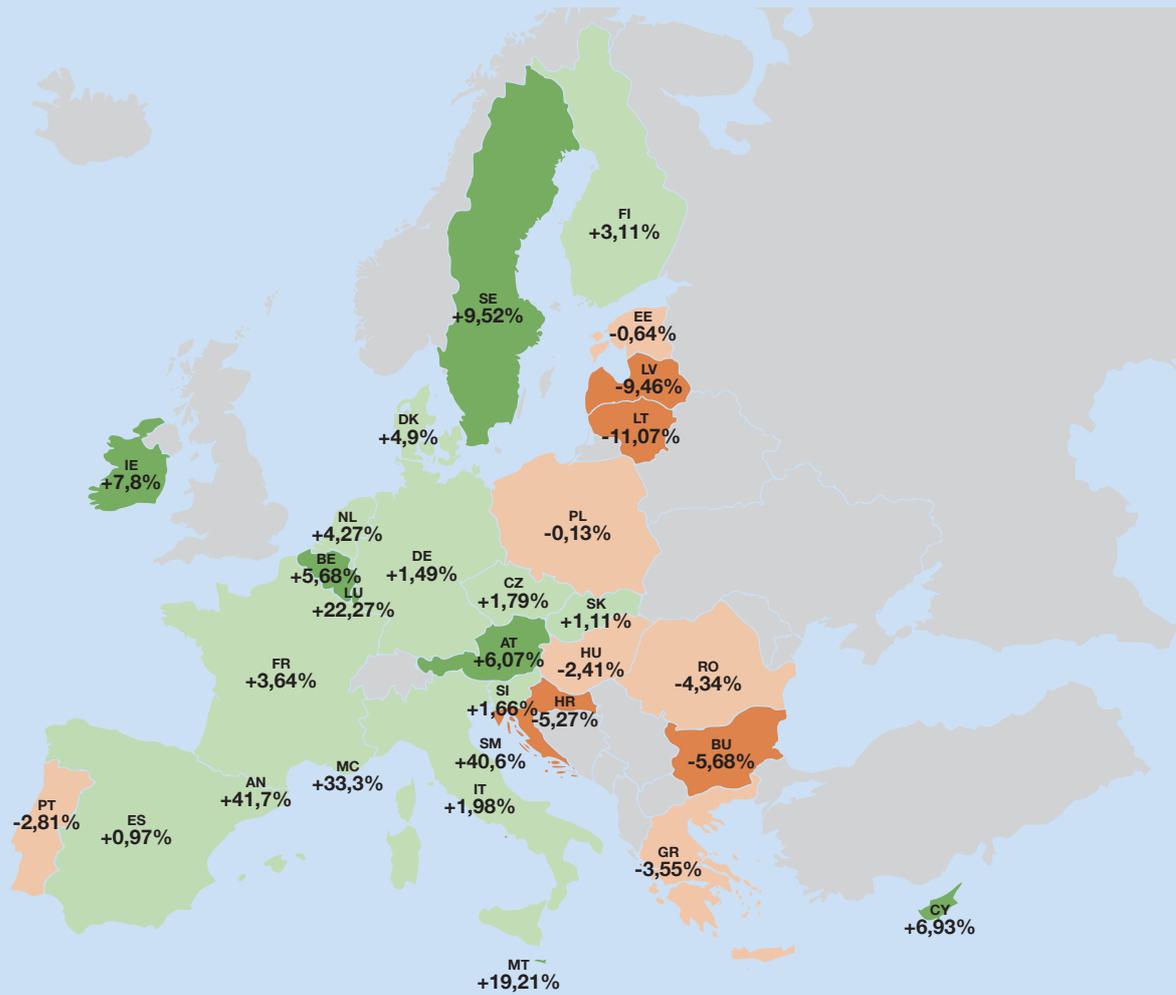
**AUSWANDERUNG
ZUNEHMEND ALS
PROBLEM EMPFUNDEN**

**BEVÖLKERUNG IN
MITTEL- UND OSTEUROPA
SCHRUMPF**

¹ Historisch betrachtet ist dies eine relativ neue Entwicklung, haben doch europäische Staaten während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts enorme Anstrengungen unternommen, die Auswanderung ihrer Staatsangehörigen zu steuern bzw. zu begrenzen (Torpey 2000, Mau et al. 2012, Angeli 2018).

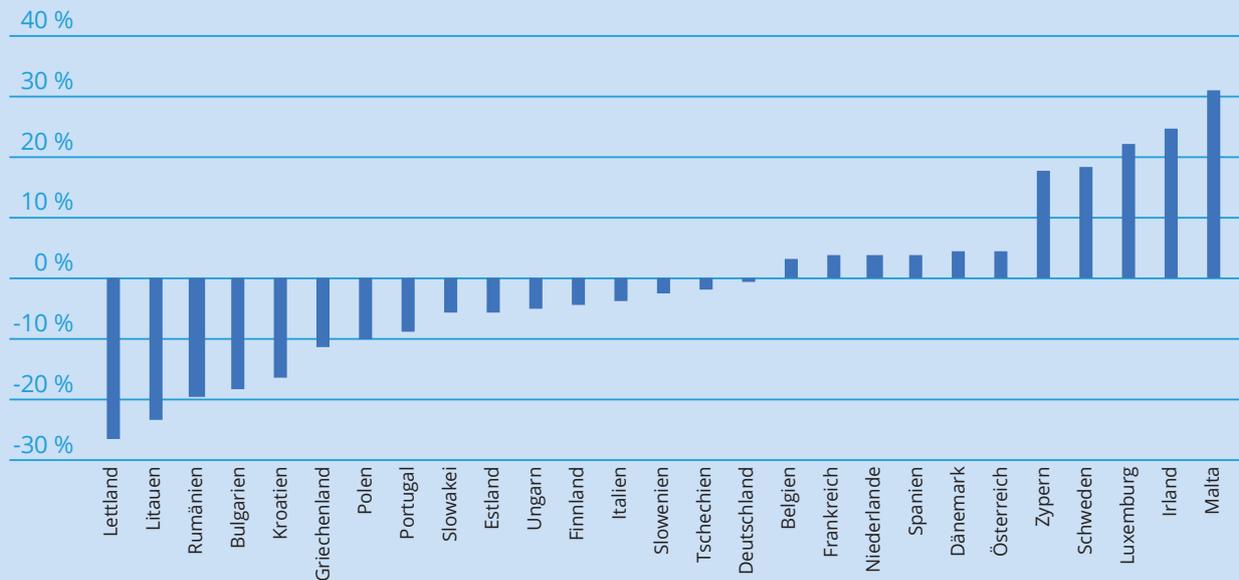
² In den meisten EU-Mitgliedstaaten ging die Fertilitätsrate zwischen 1980 und 2000 deutlich zurück: Bis zum Jahr 2000 war sie in vielen mittel- und osteuropäischen Staaten unter 1,30 gefallen. Erst langsam stieg sie in fast allen Ländern wieder auf über 1,30 (Eurostat 2020).

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung in den EU-Ländern (2010-2019)



Quelle: Eurostat / Eigene Darstellung

Abb. 2: Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in den EU-Ländern (2020-2050)



Quelle: Eurostat / Eigene Darstellung

meisten Staaten der Region ein Problem dar: Viele Junge und Hochqualifizierte machen sich auf in Richtung Westen – mit erheblichen Folgen für den Arbeitsmarkt. Besonders betroffen ist der Gesundheitsbereich. So geht einigen mittel- und osteuropäischen Staaten das medizinische Fachpersonal aus, um ein angemessenes Niveau an ärztlicher Versorgung in der Fläche aufrechtzuerhalten. Etwa 10 Prozent der rumänischen Bevölkerung haben keinen Zugang mehr zu adäquater medizinischer Versorgung (Politico 2016).

Wie in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern wird Auswanderung auch in Südeuropa als Problem wahrgenommen³. Hier ist die hohe Auswanderungsrate unter jungen (und meist gut qualifizierten) Menschen ein Indiz für die prekäre wirtschaftliche und soziale Lage des Landes. Wandern viele junge Menschen aus Ländern wie Griechenland oder Italien aus, so ist dies ein deutliches Zeichen für eine anhaltende wirtschaftliche Krise und damit verbundene hohe Arbeitslosigkeit. Doch auch strukturelle Probleme (niedrige Löhne, prekäre Arbeitsverhältnisse usw.) sowie der Grad an Frustration über die berufliche Perspektivlosigkeit führen dazu, dass viele Menschen aus Südeuropa ihr Glück in Deutschland oder England versuchen (Enriquez/Romera 2019). Im Gesundheitsbereich machen sich die Folgen der Abwanderung von medizinischen Fachkräften im Zuge der Coronakrise deutlich bemerkbar (Reuters 2020). Vor allem in Krankenhäusern und in Altenheimen ist die Personaldecke dünn.

Die durch Auswanderung verursachten Verwerfungen in den Herkunftsgesellschaften sind von Land zu Land unterschiedlich. Vielerorts wird fast ausschließlich die Auswanderung von Jungen und Hochqualifizierten beklagt. Im politischen Diskurs ist oft von ‚Brain Drain‘ die Rede. Dabei fällt auch die Emigration von Geringqualifizierten zahlenmäßig ins Gewicht – vor allem in Ländern wie Rumänien und Bulgarien. Zudem kann sich der Wegzug von Beschäftigten aus der Baubranche oder der Landwirtschaft negativ auf den Arbeitsmarkt auswirken, insbesondere wenn in dünn besiedelten Regionen Menschen in erwerbsfähigem Alter fehlen. So sind ländliche Gegenden in Bulgarien oder Rumänien von Entvölkerung bedroht, mit schwerwiegenden Folgen auch für die Infrastruktur sowie für die Gesundheits-, Renten- und Bildungssysteme. Die Frage, ob die Geldüberweisungen der Auswanderer und Auswanderinnen den Humankapital- und Arbeitnehmerverlust auszugleichen vermögen, ist auch in der Migrationsforschung und den Wirtschaftswissenschaften umstritten (De Haas 2012). Sicher ist, dass Rücküberweisungen einen großen Einnahmeposten in manchen Ländern ausmachen. Gemessen als Anteil an ihrem Bruttoinlandsprodukt (BIP) in 2019 gehören Kroatien (6,6%), Bulgarien (3,4%) und Rumänien (3,3% des BIP) zu den größten Empfängern von Rücküberweisungen (Eurostat 2020).

Nicht in allen mittel- und osteuropäischen Ländern sind die negativen Folgen der Auswanderung für den Arbeitsmarkt spürbar. Der Grund: gleichzeitig zur Abwanderung findet in manchen Ländern auch Zuwanderung aus Drittstaaten wie der Ukraine statt. Als Beweis ihres wirtschaftlichen Aufwärtstrends haben sich Polen und Tschechien von Auswanderungsländern zu Aus- und Einwanderungsländern entwickelt. Diese Entwicklung haben die meisten südeuropäischen Länder bereits hinter sich. Was dabei auffällt: viele Auswanderer in diesen Ländern bestehen aus einst Eingewanderten sowie Bürgern und Bürgerinnen mit Migrationshintergrund. Wandern diese Menschen aus, schlägt sich das oftmals nicht auf Wanderungsstatistiken nieder. Hinzu kommt, dass ihnen deutlich weniger

**IN SÜDEUROPA IST
AUSWANDERUNG EIN
KRISENPHÄNOMEN**

**FOKUS AUF
HOCHGEBILDETE**

**VERZERRTES BILD
IN DEN MEDIEN UND IM
POLITISCHEN DISKURS**

³ Laut einer Umfrage sorgen sich Menschen in Italien und Spanien mehr um den Wegzug ihrer eigenen Bürger als über den Zuzug von Ausländern (Krastev et al. 2019).

mediale und politische Aufmerksamkeit zuteil wird. Tatsächlich orientiert sich die Darstellung der Auswanderung in den Medien der meisten Ländern am Bild des jungen und hochgebildeten Einheimischen. Auswanderer mit Migrationshintergrund werden oft nicht als Staatsangehörige, sondern als Rückkehrer bzw. ‚circular migrants‘ betrachtet. Teilweise trifft das auch auf ethnische Minderheiten in Mittel- und Osteuropa zu. So war man in Rumänien lange bemüht, die aus Rumänien stammenden und in West- und Südeuropa lebenden Roma nicht als Bestandteil der eigenen Auswanderung zu betrachten.

AUSWANDERUNG KOMMT RECHTSPOPULISTEN IN EUROPA GENERELL NICHT ZUGUTE

Welche demografischen Ängste kann eine hohe Emigrationsrate in Ländern mit niedriger Fertilität und geringer Zuwanderung auslösen? Nährt die Furcht vor dem Bevölkerungsschwund eine illiberale Revolte, wie Ivan Krastev behauptet hat (Krastev & Holmes 2019)? Machen diese Ängste Auswanderungsländer zu einem fruchtbaren Boden für Rechtspopulisten? Einer ähnlichen Frage ist der MIDEM Jahresbericht 2019 nachgegangen. Darin wurde der Zusammenhang zwischen den steigenden Einwanderungszahlen und den Wahlergebnissen rechtspopulistischer Parteien (am Beispiel Deutschlands) untersucht (MIDEM 2019). Im diesjährigen MIDEM Jahresbericht lautet die Frage dagegen: Wirken sich steigende Auswanderungszahlen zugunsten rechtspopulistischer Parteien aus? Die Ergebnisse zeigen, dass dies nicht generell der Fall ist. Im Gegenteil: Dort, wo mehr Menschen auswandern, schneiden Rechtspopulisten oft schlechter ab. Allerdings gibt es eine Ausnahme: In wirtschaftlich schwachen Regionen profitieren rechte Parteien von der zahlenmäßig hohen Auswanderung der einheimischen Bevölkerung.

FÜR DEUTSCHLAND GILT: MEHR ABWANDERUNG BEDEUTET MEHR AFD-STIMMEN

Für solche Regionen stellt allerdings nicht nur die Abwanderung ins Ausland, sondern auch die Binnenmigration ein Problem dar. Mit Blick auf Deutschland wurde der Fokus der Analyse deshalb erweitert und - auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte - der generelle Zusammenhang zwischen Wanderungsbilanz und rechtspopulistischem Wahlverhalten untersucht. Auch hier zeigt die Analyse: In unterschiedlichen Kontexten können die Wirkungen von Emigration durchaus unterschiedlich ausfallen. Was im Falle einer Abwanderung ins Ausland nur für wirtschaftlich schwache Regionen gilt, kann für das allgemeine Abwanderungsgeschehen generell festgestellt werden: Je stärker eine Region in den vergangenen drei Jahrzehnten von Abwanderung betroffen war, umso höher fallen dort heute die Stimmenanteile rechtspopulistischer Parteien aus. Dieser Zusammenhang kann als eigenständiger Erklärungsfaktor gelten und wird nicht etwa durch andere sozioökonomische oder soziodemografische Einflussgrößen vermittelt. Was zudem auffällt: Der Zusammenhang zwischen negativer Wanderungsbilanz und AfD-Wahl kommt in Westdeutschland sogar noch stärker zur Geltung als in Ostdeutschland. In Ostdeutschland haben wiederum insbesondere die jüngeren Abwanderungswellen (seit 2000) eine nachhaltige Wirkung entfaltet. Bei der Suche nach den Ursachen rechtspopulistischer Wahlneigung fallen sie deutlich stärker ins Gewicht, als etwa die Abwanderungsströme unmittelbar nach der Wiedervereinigung.

AUSWANDERUNG: KAUM POLITISIERT

Aufbauend auf diesen Ergebnissen ist der vorliegende Jahresbericht der Frage nachgegangen, ob das Thema Auswanderung von rechtspopulistischen Parteien gezielt politisiert wird. Die Untersuchung erfolgte auf der Grundlage von neun untersuchten Ländern Europas, die vergleichsweise stark von Auswanderung betroffen sind bzw. in der Mehrzahl einen negativen Migrationssaldo aufweisen. Die Untersuchung dieser mittel-, ost- und südeuropäischen Ländern zeigt, dass Emigration vergleichsweise selten gezielt politisiert wird. Dies gilt auch für rechtspopulistische Parteien. Anders als das Thema Einwanderung polarisiert Auswanderung die Parteienlandschaften kaum. Dessen Salienz in den Parteiprogrammen und parlamentarischen Reden ist daher vergleichsweise niedrig. Einzig zur Kritik an der

vermeintlichen Untätigkeit der Regierungen in sozio-ökonomischen Fragen wird das Thema polemisch aufgeladen. Der Tenor der Kritik: der Regierung gelingt es nicht, die wirtschaftliche Lage und Lebensqualität zu verbessern und so die Auswanderung zu reduzieren. Auch gesellschaftlich regt sich sporadisch Protest gegen den Abgang von qualifiziertem und dabei insbesondere medizinischen Personal.

Bezeichnend für den politischen Umgang mit dem Thema Auswanderung ist nicht nur das sozio-ökonomische *Framing*, sondern auch die negative bzw. kritische Beurteilung. Über Parteigrenzen hinweg wird Auswanderung meist nicht als Chance oder als Ventil für einen überlasteten Arbeitsmarkt betrachtet. Auswanderung haftet stets etwas Problematisches an. Linke Parteien prangern dabei insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse an, die junge Menschen zur Emigration bewegen. Rechte Parteien sehen die Ursachen der Auswanderung – etwas allgemeiner – in der Verschlechterung der Lebensbedingungen im Land, wobei auch immateriellen Lebensbedingungen wie die Identifikation mit dem Land und seiner Kultur gemeint sind. Ein weiterer Unterschied: nur rechtspopulistische Parteien wie zum Beispiel die Lega und Spaniens Vox verknüpfen gelegentlich Auswanderung mit Zuwanderung. Die Verknüpfung erfolgt im Rahmen einer dystopischen Erzählung von Heimatverlust bzw. Verlust der kulturellen Identität. Dabei geht es auf der einen Seite um die Auswanderung und die fallende Geburtenrate und auf der anderen Seite um ‚kulturfremde‘ Einwanderung. Parallelen zwischen den Auswanderungserfahrungen der eigenen Bevölkerung und denen der heutigen Flüchtlinge ziehen rechtspopulistische Parteien eher nicht. Im Gegenteil: Vor allem in mittel- und osteuropäischen Ländern wird das Bild des fleißigen Auswanderers deutlich von dem des in die Sozialsysteme ‚einwandernden‘ Flüchtlings abgegrenzt.

Ein anderer, deutlich positiverer Ton herrscht im politischen Diskurs beim Umgang mit den in anderen Staaten lebenden Landsleuten (auch ‚Diaspora‘ genannt). Dabei zeigt sich, dass kulturelle *Frames* in der Regel von größerer Bedeutung sind als sozioökonomische. So werden im Ausland lebenden Landsleute gern als ‚Botschafter‘ der eigenen Tradition und Kultur dargestellt. Über Parteigrenzen hinweg fordern Politiker und Politikerinnen, Beziehungen zu den Ausgewanderten aufrechtzuerhalten und zu fördern. Angehörige der Diaspora können dazu beitragen, die Sprache und Kultur der Heimat im Ausland bekannt zu machen. Hinzu kommt, dass organisierte Diaspora-Gemeinden die Beziehungen zwischen Herkunfts- und Aufnahmeländern wirtschaftlich vertiefen können, indem sie beispielsweise Investitionen in den Heimatländern ermöglichen.

Gegenstand von Auswanderungspolitik sind in den seltensten Fällen Maßnahmen, die die Ausreisebereitschaft und damit die Mobilität der eigenen Bevölkerung beschränken. Gerade in den mittel- und osteuropäischen Ländern hält jedoch die große Mehrheit der Bevölkerung die wiedererlangte innereuropäische Reisefreiheit für ein hohes Gut, das nicht angetastet werden soll. So versuchen Staaten dem Verlust von Fachkräften auf anderem Wege entgegenzuwirken: Zum einen werden Anreize zum Bleiben geschaffen (beispielsweise durch Erhöhung des Lohnniveaus für systemrelevante Berufe), zum anderen versucht man bereits Ausgewanderte durch finanzielle Zuschüsse zur Rückkehr zu motivieren. In den meisten Fällen erweisen sich solche Maßnahmen als wirkungslos, weil sie an den sozioökonomischen Ursachen der Auswanderung nichts ändern. Deutlich zielführender erscheinen dagegen Maßnahmen, welche die Beziehung zu den im Ausland lebenden Bürger und Bürgerinnen festigen sollen. Diese Bestimmungen umfassen insbesondere Rechte und Pflichten im Rahmen der Staatsbürgerschaftspolitik (darunter insbesondere das Wahlrecht) sowie Instrumente für eine bessere sozioökonomische Integration im Herkunfts- oder Zielland (z.B. im Hinblick auf die Besteuerung und die Anerkennung von Qualifikationen).

AUSWANDERUNG: SOZIO-ÖKONOMISCHES PROBLEM

DIASPORA POSITIV THEMATISIERT

KAUM MASSNAHMEN ZUR REDUZIERUNG DER AUSWANDERUNG

EU: AUSWANDERUNG IN ZUKUNFT WICHTIG

Angesichts unterschiedlicher nationaler Interessen ist die EU die geeignete politische Instanz, um Folgeprobleme der Auswanderung anzugehen, die sich im Zuge der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit in den europäischen Herkunftsstaaten ergeben. Diese Probleme könnten nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen Differenzen zwischen und innerhalb europäischer Regionen vertiefen. Gerade in den wirtschaftlich schwächeren Regionen, aus denen meist junge und gut ausgebildete Menschen abwandern, können sich Rechtspopulisten zum Sprachrohr der „Abgehängten“ und ‚Zurückgebliebenen‘ (*left-behinds*) aufschwingen. Und doch darf die Konsequenz nicht die Einschränkung der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit sein. Im Gegenteil: Die Auseinandersetzung mit den negativen Folgen der Aus- und Abwanderung ist von größter Bedeutung, wenn die europäische Freizügigkeit nicht zum Auslöser neuer Spaltungen zwischen Westen und Osten und zwischen Norden und Süden Europas werden soll.

LITERATUR

Angeli, Oliviero 2018: Migration und Demokratie. Ein Spannungsverhältnis; Reclam, Ditzingen.

De Haas, Hein 2012: The migration and development pendulum: A critical view on research and policy; in: *International migration* 50 (3), S. 8-25.

Eurostat 2020: Personal remittances statistics; verfügbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Personal_remittances_statistics (letzter Zugriff: 22.11.2020).

Eurostat 2020: Fertility statistics; verfügbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Fertility_statistics#live_births_per_woman_in_the_EU_in_2018 (letzter Zugriff: 22.11.2020).

Krastev, Ivan / Holmes, Stephen 2019: Populisms in Eastern Europe: A demographic anxiety; in: *Le Débat*, (No 204), S. 161-169; verfügbar unter: <https://www.cairn.info/journal-le-debat-2019-2-page-161.htm> (letzter Zugriff: 24.11.2020).

Krastev, Ivan / Leonard, Mark / Dennison, Susi 2019: What Europeans really want: Five Myths Debunked. ECFR Report; verfügbar unter: https://ecfr.eu/special/what_europeans_really_want_five_myths_debunked/ (letzter Zugriff: 22.11.2020).

Mau, Steffen / Brabandt, Heike / Laube, Lena / Roos, Christof 2012: *Liberal States and the Freedom of Movement: Selective Borders, Unequal Mobility*; Palgrave Macmillan, Houndmills.

MIDEM 2018: Migration und Populismus. Jahresbericht 2019, Dresden

MIDEM 2019: Migration und Europa. Jahresbericht 2019, Dresden

Politico 2016: Race against time to save Romania's health system; verfügbar unter: <https://www.politico.eu/article/vlad-voiculescu-romania-health-minister-corruption-hospitals-feudal-health-system/> (letzter Zugriff: 22.11.2020).

Reuters 2020: Southern Europe rues exodus of doctors, nurses as coronavirus surges; verfügbar unter: <https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-spain-doctors/southern-europe-rues-exodus-of-doctors-nurses-as-coronavirus-surges-idUSKBN27Z1IC> (letzter Zugriff: 22.11.2020).

Torpey, John 2000: *The Invention of the Passport: Surveillance, Citizenship and the State*; Cambridge University Press, Cambridge, UK.



**AUSWANDERUNG, ABWANDERUNG
UND RECHTSPOPULISMUS**

1 ABWANDERUNG UND AFD-WAHL IN DEUTSCHLAND: SCHRUMPFENDE REGIONEN - FRUSTRIERTE BÜRGER?

Zusammenfassung

Für Deutschland ist auf Ebene der Landkreise ein Zusammenhang zwischen Wanderungsbilanz und rechtspopulistischem Wahlverhalten feststellbar: Je stärker eine Region in den vergangenen drei Jahrzehnten von Abwanderung betroffen war, umso höher ist dort heute die Neigung zur AfD ausgeprägt.

Dieser Effekt lässt sich unabhängig von sozioökonomischen und soziodemographischen Einflussfaktoren beobachten. Er wird weder durch die Bevölkerungsdichte, den Siedlungstyp und die Altersstruktur noch durch Arbeitslosenquote, Bruttoinlandsprodukt oder den Anteil an ALGII-Leistungsbeziehenden vor Ort beeinflusst.

Der Zusammenhang zwischen Wanderungsbilanz und AfD-Wahl ist in Westdeutschland insgesamt stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland.

Vor allem mit Blick auf Ostdeutschland lässt sich außerdem eine zeitliche Spezifizierung vornehmen. Dabei zeigt sich, dass nicht etwa die Abwanderung unmittelbar nach der Wiedervereinigung, sondern jene nach der Jahrtausendwende nachhaltig die politisch-kulturelle Landschaft der neuen Bundesländer beeinflusst haben. Das heißt, im Osten neigt man heute vor allem dort zur Wahl der AfD, wo im Rahmen einer zweiten Abwanderungswelle seit der Jahrtausendwende besonders viele Menschen fortgezogen sind.

Die Neigung zum Wechsel des Wohnorts, zum Verlassen der eigenen Heimat oder zur Emigration ins Ausland ist nicht in allen Teilen der Bevölkerung gleich stark ausgeprägt. So gelten insbesondere jene Menschen als mobil, die über ein hohes Bildungsniveau und ein überdurchschnittliches Einkommen verfügen. Allein schon deshalb kann vermutet werden, dass sich in Regionen, die verstärkt von Abwanderung betroffen sind, auch politische Einstellungsprofile und Wahlergebnisse verändern und etwa die Präferenzen regional verwurzelter, möglicherweise eher konservativ wählender Bevölkerungsgruppen an Gewicht gewinnen. Auch in Deutschland wird regelmäßig über derartige Effekte von Wanderungsdynamiken auf die politische Kultur spekuliert. Nach dem Aufkommen der Alternative für Deutschland (AfD) und ihrer programmatischen Konsolidierung als rechtspopulistische Kraft zeigte sich etwa schnell, dass die Partei vor allem in eher dünn besiedelten, ökonomisch ‚strukturschwachen‘ Regionen Unterstützung fand und insbesondere in Ostdeutschland eine breite Wählerschaft ansprechen konnte. Ebenso zeigte sich, dass gerade in Gegenden, die in den vergangenen Jahrzehnten von einem starken Rückgang der Bevölkerung betroffen waren, jene Bedrohungswahrnehmungen, Abstiegsängste und Zukunftssorgen sowie kollektive Gefühle der persönlichen Zurücksetzung gedeihen, welche in den meisten westlichen Demokratien heute erfolgreich von populistischen Akteuren angesprochen werden (Bergmann/Diermeier/Niehues 2017; Herold 2018; Herold/Schäller 2020; Lengfeld/Dilger 2018; Rippl/Seipel 2018).

Entsprechend ist zu vermuten, dass Emigrationsdynamiken auch in Deutschland einen relevanten Einfluss auf politische Einstellungsprofile sowie insbesondere die Neigung zur Wahl rechtspopulistischer Parteien entfalten. Doch lässt sich dieser Zusammenhang auch statistisch nachweisen, örtliche Wahlerfolge der AfD damit ebenso als Spätfolge von Abwanderungsbewegungen beschreiben?

**FORSCHUNGSFRAGE
UND DATENGRUNDLAGE**

Abb. 1: Verstärken Abwanderungsdynamiken die Neigung zur Wahl der AfD?



Diese Frage soll im Folgenden beantwortet werden. Als Grundlage dienen dabei Daten des Statistischen Bundesamtes, welche seit der Wiedervereinigung in aggregierter und anonymisierter Form über Zu- und Wegzüge Auskunft geben. Die Untersuchung zielt auf die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte sowie die dort ermittelten Stimmenanteile der AfD bei der Europawahl 2019.¹ Als erklärende Variable soll die Wanderungsbilanz (NW) – auch Wanderungssaldo oder Nettowanderungsrate – dienen. Sie ergibt sich aus der Differenz von Zuzugsrate und Fortzugsrate eines Landkreises, welche die Zuzüge (Z) und Fortzüge (F) jeweils zur mittleren Bevölkerungszahl (P) ins Verhältnis setzt. Weist ein Landkreis hier einen negativen Wert auf, so sind innerhalb eines Jahres mehr Menschen fort- als zugezogen.

$$NW_i = \frac{Z_i - F_i}{\bar{P}_i} \cdot 100$$

Würden Zuzüge und Fortzüge hier getrennt voneinander betrachtet, so könnten Mobilitätseffekte die Ergebnisse stark beeinflussen, demographisch besonders dynamische Regionen etwa fälschlicherweise so behandelt werden, als seien sie stark durch Abwanderung bestimmt. Erst mit Hilfe einer Bilanzierung wird hingegen sichtbar, ob eine bestimmte Region im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl dauerhaft von Wanderungsgewinnen oder -verlusten betroffen ist.

INFOBOX – Wanderungsdaten des Statistischen Bundesamtes

Das Statistische Bundesamt sammelt von den regionalen Einwohnermeldeämtern Angaben über alle melderechtlich registrierten Einwohner, die ihren Hauptwohnsitz in der jeweiligen Region registriert haben.

Da in Deutschland Abmeldungen automatisch vollzogen und nicht mit Anmeldungen in einem anderen Landkreis abgeglichen werden, liegen diese Daten nur als aggregierte und anonymisierte Mengenangaben einzelner Landkreise vor. Rückschlüsse auf das Ziel einzelner Wanderungen sind entsprechend nicht möglich.

Weil die Zuschnitte der Landkreise sich in den vergangenen 30 Jahren verändert haben, waren außerdem entsprechende Umrechnungen erforderlich, um die Daten über den Zeitraum vergleichbar zu halten. Hierfür wurde auf den Umrechnungsschlüssel des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zurückgegriffen.

¹ Zur Validierung der Ergebnisse wurde die Analyse auch mit den Stimmenanteilen der AfD zur Bundestagswahl 2017 wiederholt. Die Ergebnisse waren weitestgehend die selben.

**METHODE
UND HYPOTHESEN**

Weil die verfügbaren Daten auch über die Nationalität der jeweiligen Personen Auskunft geben, kann ebenso zwischen Deutschen und Personen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft unterschieden werden.² Hier ist zu vermuten, dass die verstärkte Abwanderung von Menschen dieser beiden Gruppen jeweils unterschiedliche Effekte auf das Wahlverhalten zur Folge hat.³ Unabhängig voneinander könnte etwa ein starker Zuzug von Nichtdeutschen die Neigung zur AfD ebenso befördern wie ein starker Wegzug von Deutschen. Im ersteren Fall wäre dies womöglich mit ‚Überfremdungsgefühlen‘, im zweiten Fall mit wachsenden Eindrücken des ‚Verlassenseins‘ zu erklären.

Zusammenfassend lassen sich somit folgende Hypothesen formulieren:

- H1:** Je niedriger bzw. negativer die Wanderungsbilanz eines Landkreises, je mehr also in den vergangenen drei Jahrzehnten die Wegzüge gegenüber den Zuzügen überwogen, umso höher ist dort heute der Stimmenanteil der AfD.
- H2:** Je niedriger bzw. negativer die Wanderungsbilanz von Deutschen für einen Landkreis, umso höher ist dort heute der Stimmenanteil der AfD.
- H3:** Je höher bzw. positiver die Wanderungsbilanz von Personen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft, desto stärker schneidet dort die AfD ab.

Diese Zusammenhänge werden im Folgenden mit Hilfe statistischer Verfahren (lineare Regressionsmodelle) geprüft. Dabei wird auch getestet, inwiefern andere Einflussfaktoren die ermittelten Zusammenhänge zwischen Emigration und AfD-Wahl moderieren, ihren Effekt also verstärken oder abschwächen. So ließe sich etwa annehmen, dass die politisch-kulturellen Wirkungen von Abwanderung besonders in Regionen mit schwacher wirtschaftlicher Performanz, hoher Arbeitslosigkeit und überalterter Bevölkerung zu beobachten sind. Es ließe sich ebenso vermuten, dass vor allem ländliche Regionen sowie die ostdeutschen Bundesländer hiervon betroffen sind. Auch der soziodemographische Typ des Landkreises⁴ könnte schließlich von Bedeutung sein, scheint es doch offensichtlich, dass sich die politischen Folgen hoher Abwanderungsraten in ländlichen Regionen auf andere Weise bemerkbar machen als etwa in urbanen Metropolregionen, wo ein verstärkter Wegzug von Deutschen womöglich durch einen Zuzug von Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit kompensiert wird.

**ABWANDERUNGSDYNAMIKEN IM WIEDERVEREINIGTEN
DEUTSCHLAND**

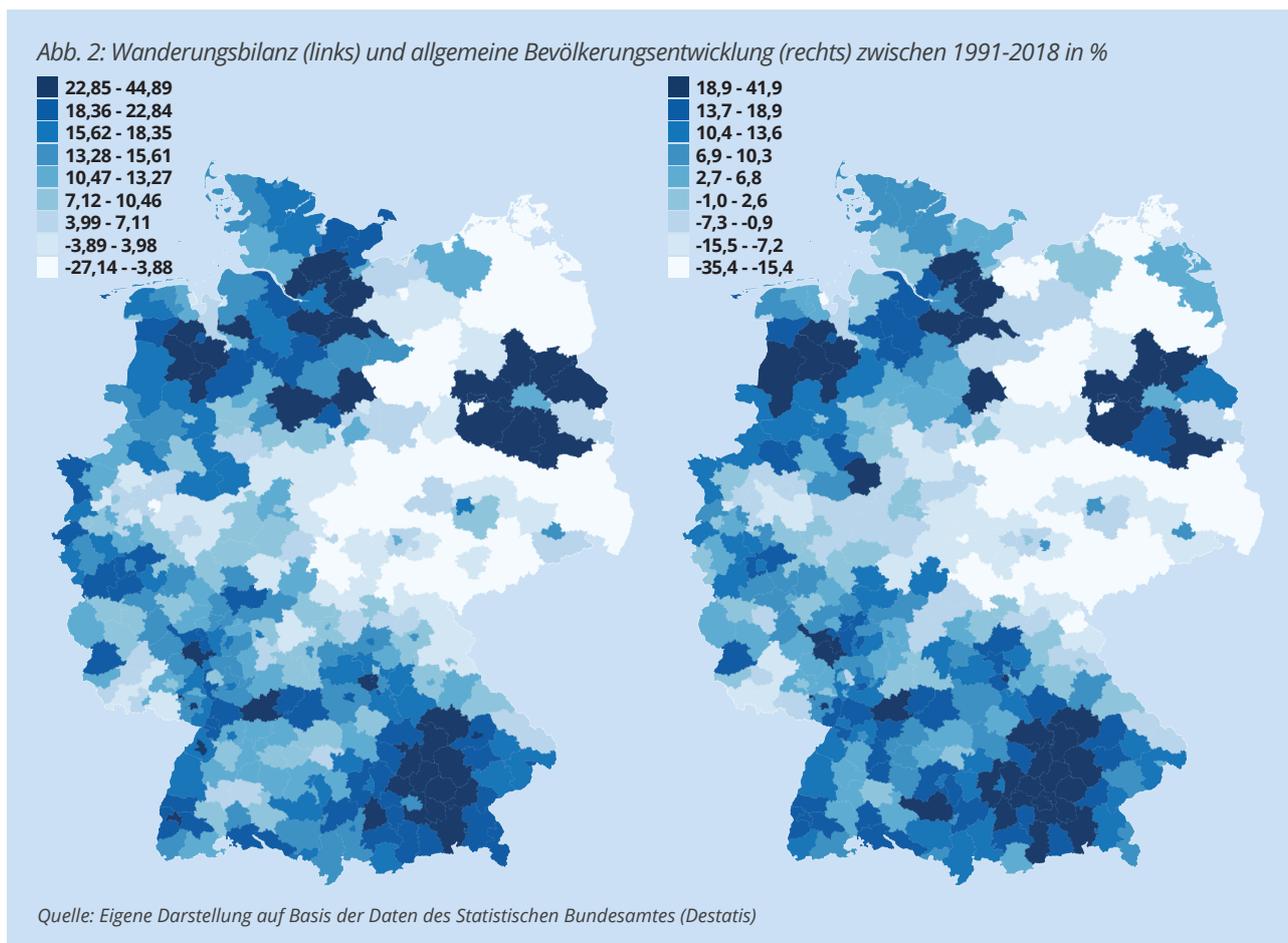
Um die Frage nach dem Zusammenhang von Abwanderung und rechtspopulistischem Wahlverhalten zu beantworten, gilt es zunächst verschiedene Einflussgrößen zu unterscheiden. So ist das Abwanderungsgeschehen in einer bestimmten Region nicht mit der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung identisch. Während letztere die Einwohnerzahl insgesamt in den Blick nimmt, also auch etwa Geburten- und Sterbefälle miteinschließt, beschreibt die Wanderungsrate allein die Differenz der Fort- und Zuzüge im Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Beide Größen weisen zwar insgesamt eine starke Korrelation auf, können aber ebenso regionale Unterschiede zum Ausdruck bringen. So sind Regionen wie Essen oder Kaiserslautern zwar eher von Zuzügen als von Weg-

**WANDERUNGSBILANZ UND
BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG**

² Dies gilt allerdings erst für die Daten ab 1995.

³ Eine Untersuchung zum Zusammenhang zwischen AfD-Wahlergebnissen und dem Zuzug von Geflüchteten bzw. dem Anteil nichtdeutscher Einwohner findet sich etwa bei Otteni 2019.

⁴ Als Grundlage der Analyse dient hierbei eine Systematik, die nach Maßgabe des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) insgesamt vier siedlungsstrukturelle Kreistypen – dünn besiedelte ländliche Kreise, ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen, städtische Kreise und kreisfreie Großstädte – anhand von Bevölkerungszahl und zentralörtlicher Funktion unterscheidet. (Vgl. BBSR 2019, S. 7).



zügen betroffen, zeichnen sich insgesamt aber dennoch durch eine schrumpfende Gesamtbevölkerung aus. Umgekehrt profitierten Städte wie Leipzig, Dresden und Jena seit 1990 nicht nur von ihrem positiven Wanderungssalden, sondern auch von einer hohen Geburtenrate (vgl. Abb. 2).

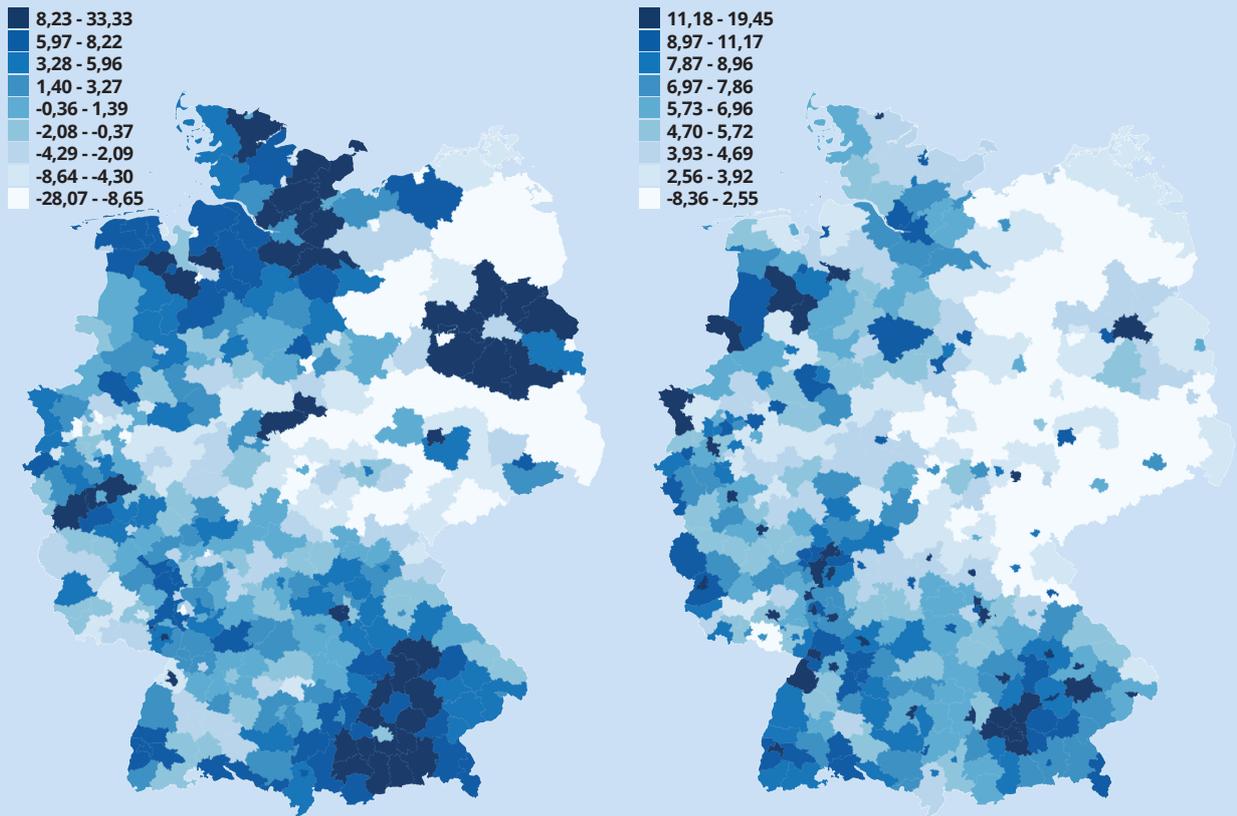
WANDERUNGSBILANZEN VON DEUTSCHEN UND NICHTDEUTSCHEN

Ein Vergleich der Wanderungsbilanzen von deutschen Staatsbürgern und Einwohnern anderer Nationalität zeigt ebenfalls deutliche regionale Unterschiede, die sich zum Teil mit einer Stadt-Land-Differenz überlagern (vgl. Abb. 3). Im Großraum Berlin-Brandenburg ist etwa erkennbar, wie in den vergangenen drei Jahrzehnten immer mehr Deutsche in das Umland – den sog. ‚Speckgürtel‘ der Hauptstadt – gezogen sind, während Nichtdeutsche vor allem die Hauptstadt selbst als Wanderungsziel wählten. Ähnliche Effekte lassen sich auch im Falle von München, Hamburg, Frankfurt und Köln beschreiben. Lediglich in einigen mittel- und ostdeutschen Großstädten besitzt dieser Effekt eine etwas andere Ausprägung. So wurden Städte wie Dresden, Leipzig, Magdeburg oder Erfurt im gleichen Zeitraum sowohl von Deutschen als auch von Nichtdeutschen in vergleichbarer Größenordnung als Destination ausgewählt. Andere Regionen sind hingegen insgesamt als klare Verlierer der Wanderungsströme zu bezeichnen und stark von Abwanderung betroffen. Wie Abbildung 3 zeigt, trifft dies insbesondere auf ländliche Regionen in Ostdeutschland, aber auch auf Teile Oberfrankens, des Bayrischen Walds, und Nordhessens zu.

VERSTÄRKEN NEGATIVE WANDERUNGSBILANZEN DIE WAHL- ERGEBNISSE DER AfD?

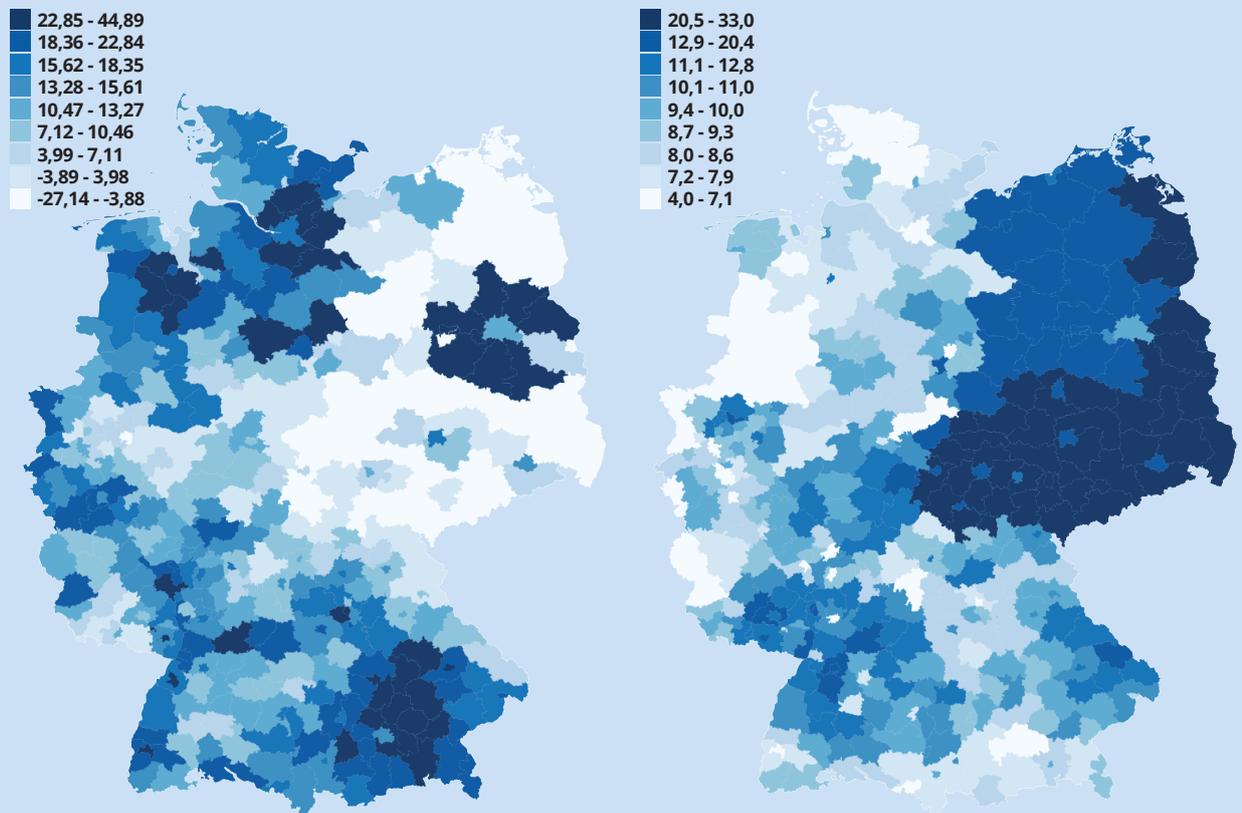
Welcher direkte Zusammenhang kann nun aber zwischen der Wanderungsbilanz eines Kreises und dem dortigen Stimmenanteil der AfD nachgewiesen werden? Bereits die graphische Gegenüberstellung lässt hier eine gewisse Wechselbeziehung vermuten (vgl. Abb. 4).

Abb. 3: Wanderungsbilanz 1995-2018 in %; links: deutsche Staatsbürger, rechts: Menschen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamtes (Destatis)

Abb. 4: Wanderungsbilanz 1991-2018 (links) und Stimmenanteil der AfD zur Europawahl 2019 (rechts) in %



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamtes (Destatis)

Tatsächlich kann in Bezug auf die allgemeine Nettowanderungsrate auch rechnerisch eine deutliche negative Korrelation zu den jeweiligen AfD-Wahlergebnissen festgestellt werden. Das heißt: Dort, wo in den vergangenen drei Jahrzehnten viele Menschen abgewandert sind, ist die Neigung zur Wahl der AfD deutlich stärker ausgeprägt. Wie Abbildung 5 zeigt, lässt eine um einen Prozentpunkt niedrigere Bilanz dabei ein Wahlergebnis der AfD erwarten, das um durchschnittlich 0,06 Prozentpunkte höher ausfällt.

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man nur die deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger betrachtet. Zwischen deren Wanderungsbilanzen und dem jeweiligen Wahlergebnis der AfD kann ein noch stärkerer negativer Zusammenhang festgestellt werden. Ein um einen Prozentpunkt niedrigeres Kreiswanderungssaldo führt hier im Durchschnitt zu einem um 0,11 Punkte höherem AfD-Wahlergebnis (vgl. Abb. 6).

Werden hingegen nur die Wanderungen von Menschen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit in die Analyse einbezogen, so ist auf Ebene der Landkreise und kreisfreie Städte kein signifikanter Zusammenhang zu den dortigen Stimmenanteilen der AfD feststellbar – egal, ob man hierfür die Ergebnisse der Europawahl 2019 oder jene der Bundestagswahl 2017 als Grundlage wählt. Die eingangs formulierten Hypothesen 1 und 2 können daher auf Grundlage der vorliegenden Daten bestätigt, Hypothese 3 hingegen zurückgewiesen werden.

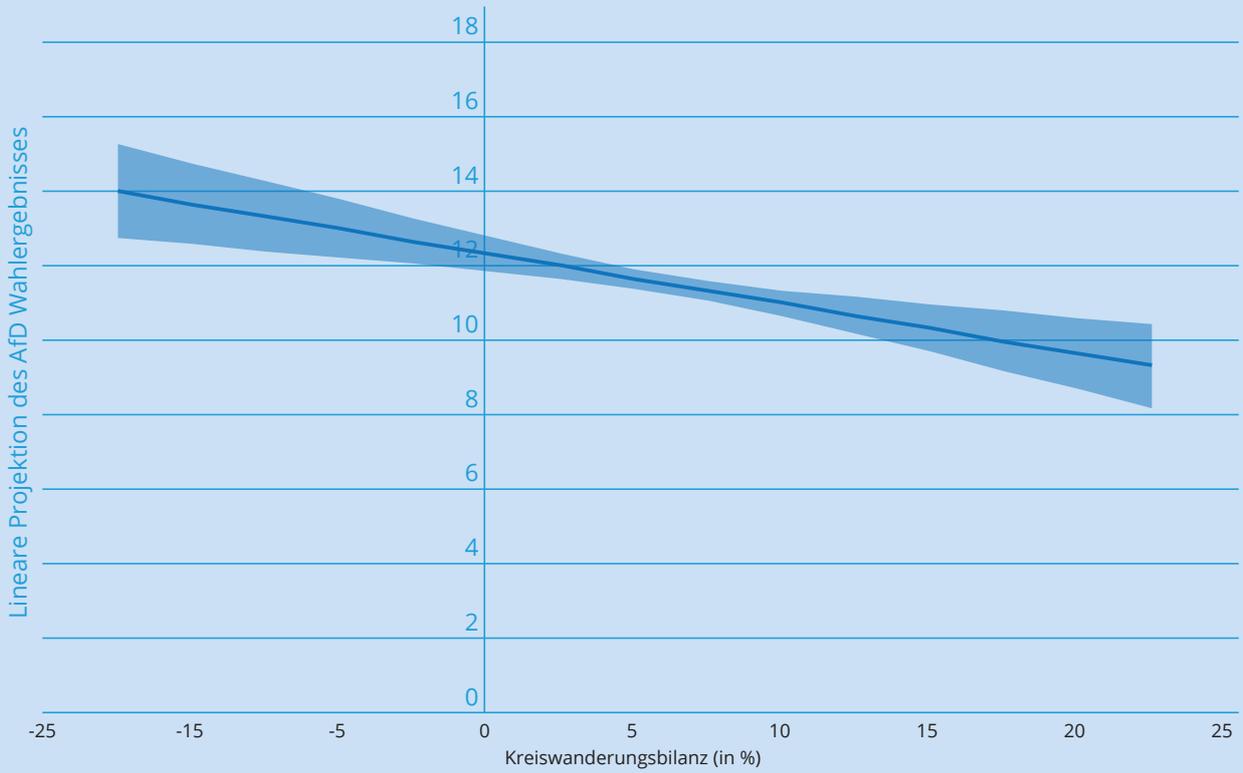
WELCHE WEITEREN FAKTOREN BEEINFLUSSEN DEN ZUSAMMENHANG ZWISCHEN WANDERUNGSBILANZ UND AFD-WAHL?

Werden hier weitere Einflussfaktoren mit einbezogen und auf mögliche Interaktionen untersucht, so ist bei den meisten der infrage kommenden Variablen allerdings kein entsprechend moderierender Einfluss auszumachen. Der statistisch nachweisbare Zusammenhang zwischen Wanderungsrate und AfD-Wahl scheint also weder durch sozioökonomische noch durch soziodemografische Rahmenbedingungen beeinflusst. Er wird etwa auch dann nicht verstärkt, wenn eine Region im ökonomischen Sinne als ‚strukturschwach‘ zu kennzeichnen, in besonderer Weise von Überalterung betroffen oder durch ihre geringe Bevölkerungsdichte als typisch ‚ländlich‘ ausgewiesen ist. Umgekehrt sind positive ökonomische Strukturdaten, wie etwa ein hohes Bruttoinlandsprodukt oder ein geringerer Anteil an ALG2-Empfängern ebenfalls nicht in der Lage, die beschriebene Wirkung einer negativen Wanderungsbilanz abzuschwächen. Auch wenn einige dieser Faktoren gleichwohl selbst den Stimmenanteil rechtspopulistischer Parteien zu beeinflussen vermögen, so zeigt sich damit, dass Abwanderung bei der Erklärung der AfD-Wahl als eigenständige Einflussgröße zu behandeln sind.

EINFLUSS VON ABWANDERUNG IN WESTDEUTSCHLAND STÄRKER ALS IN OSTDEUTSCHLAND

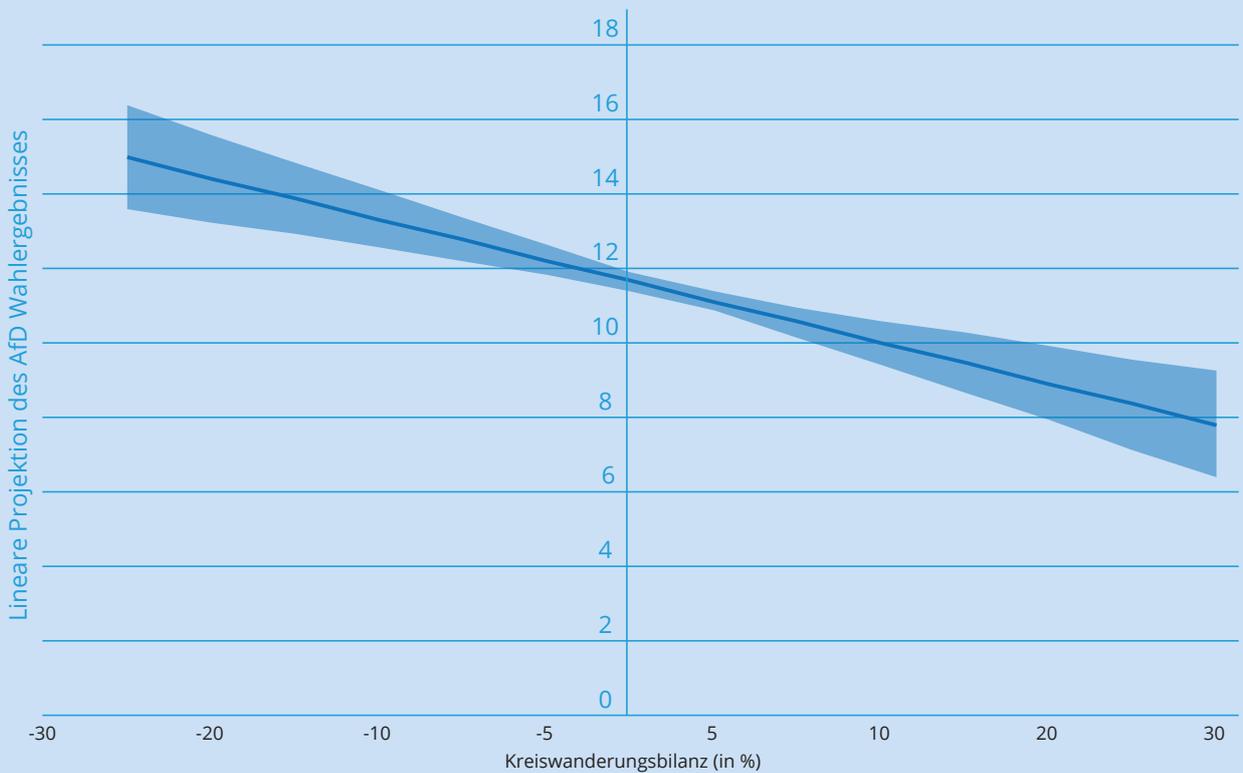
Einzig die Frage, ob sich eine Region in Ost- oder in Westdeutschland befindet, macht letztlich einen signifikanten Unterschied. Der Effekt der Kreiswanderungsrate auf die Neigung zur AfD fällt demnach stärker ins Gewicht, wenn sich der betroffene Landkreis in *Westdeutschland* befindet (vgl. Abb. 7). Darin spiegelt sich zum einen die Tatsache, dass von einer negativen Wanderungsbilanz in den alten Bundesländern nur ganz bestimmte Regionen, in Ostdeutschland hingegen eine Vielzahl höchst unterschiedlicher Landkreistypen betroffen sind. Zum anderen deutet die unterschiedliche Stärke des Effekts ebenso darauf hin, dass hier weitere, möglicherweise politisch-kulturell verankerte Unterschiede im Hintergrund wirken und eine Differenz zwischen den ehemals getrennten Landesteilen konstruieren. In Abbildung 7 markiert jeder Punkt das AfD-Wahlergebnis eines spezifischen Landkreises bei der Europawahl 2019 sowie dessen Kreiswanderungsbilanz in den Jahren 1995-2018, wobei ostdeutsche Landkreise als blaue, westdeutsche als orange Punkte bezeichnet sind. Die in die Punktwolken eingelegten Linien stellen die lineare Schätzung des Einflusses der Kreiswanderungsbilanz auf das Wahlergebnis der AfD dar. Deren Stimmenanteil ist in westdeutschen Landkreisen heute im Schnitt um 0,16 Punkte (in Ostdeutschland: 0,08 Punkte) erhöht, wenn deren Wanderungsbilanz um einen Prozentpunkt schwächer ausfällt.

Abb. 5: Zusammenhang zwischen der Kreiswanderungsbilanz 1991-2018 und dem Stimmenanteil der AfD zur Europawahl 2019



Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamtes (Destatis)

Abb. 6: Zusammenhang zwischen der Kreiswanderungsbilanz von deutschen Staatsbürgern 1995-2018 und dem Stimmenanteil der AfD zur Europawahl 2019

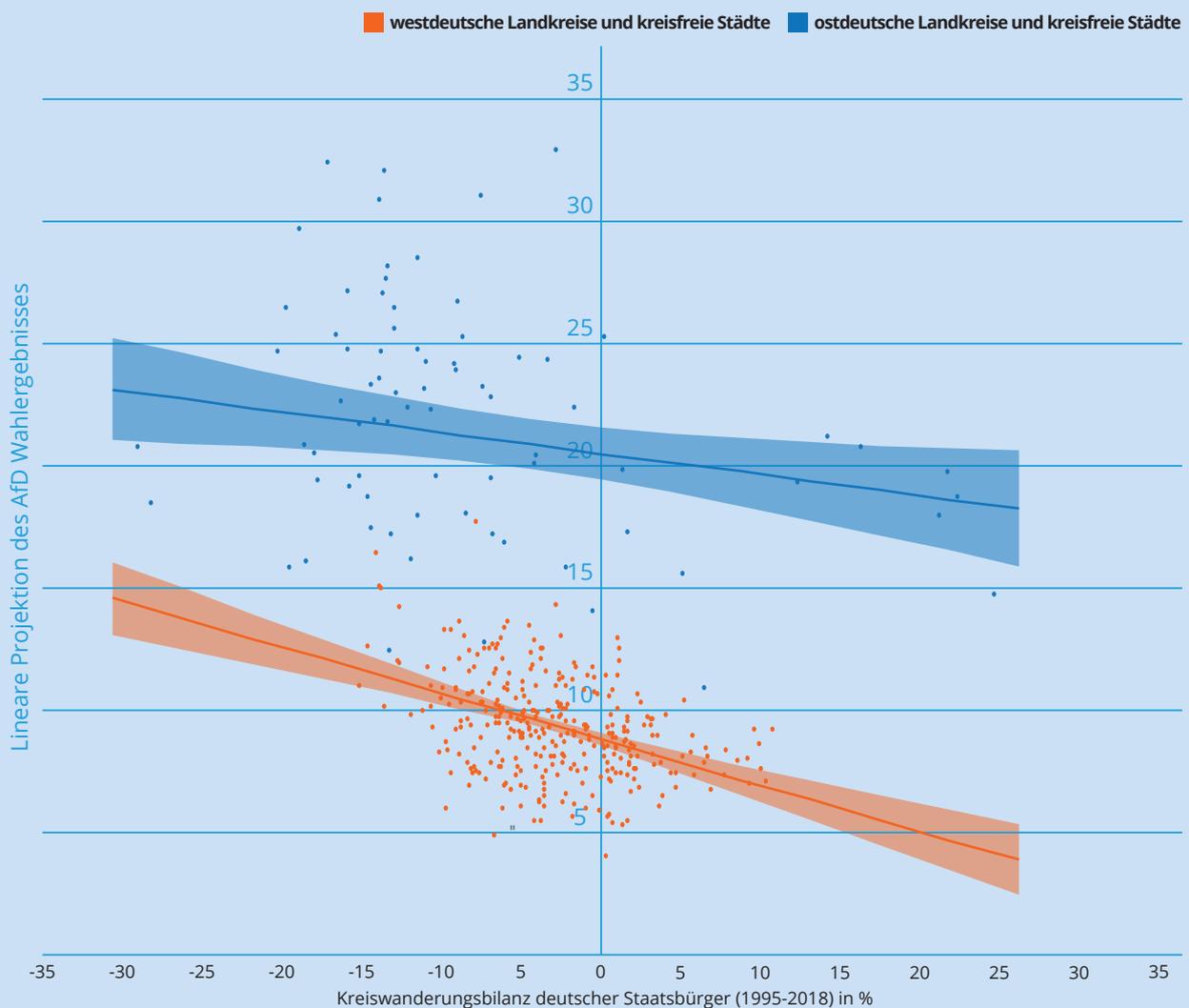


Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamtes (Destatis)

**UNTERSCHIEDE
ZWISCHEN OST UND WEST**

Es zeigt sich allerdings auch, dass unter den ostdeutschen Regionen in beiden Dimensionen eine deutlich breitere Streuung als im Westen zu verzeichnen ist (vgl. Abb.7).⁵ So erzielte die AfD 2019 sowohl in der Stadt Frankfurt/Oder als auch in den nahe gelegenen Landkreisen Dahme-Spreewald, Märkisch-Oderland und Barnim ähnliche Ergebnisse, obwohl diese Regionen in den vergangenen Jahrzehnten in völlig unterschiedlichem Ausmaß von Abwanderung (Frankfurt/Oder: -28,0 bzw. Zuwanderung (Barnim: +29,1) betroffen waren. Trotz gleicher, leicht positiver Wanderungsraten war im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hingegen mit über 32,9 Prozent ein etwa doppelt so hoher Stimmenanteil der AfD zu verzeichnen als im Landkreis Nordwestmecklenburg (15,8 Prozent).

Abb. 7: Zusammenhang zwischen der Kreiswanderungsbilanz von Deutschen 1995-2018 und dem Stimmenanteil der AfD zur Europawahl 2019 in ostdeutschen und westdeutschen Landkreisen



Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamtes (Destatis)⁶

⁵ Während die Kreiswanderungsrate für Landkreise in Westdeutschland eine Varianz von $\sigma^2 = 30,7$ aufweist, ist diese für ostdeutsche Landkreise etwa fünfmal so hoch ($\sigma^2 = 157,8$). Auch im Wahlergebnis der AfD ist für ostdeutsche Landkreise mehr Varianz feststellbar als für ihre westdeutschen Pendanten (23,3 zu 4,3).

⁶ Die farbigen Flächen um die beiden Regressionsgeraden zeigen die zugehörigen Konfidenzintervalle für $p \leq 0,05$ (Schwankungsbreite) an.

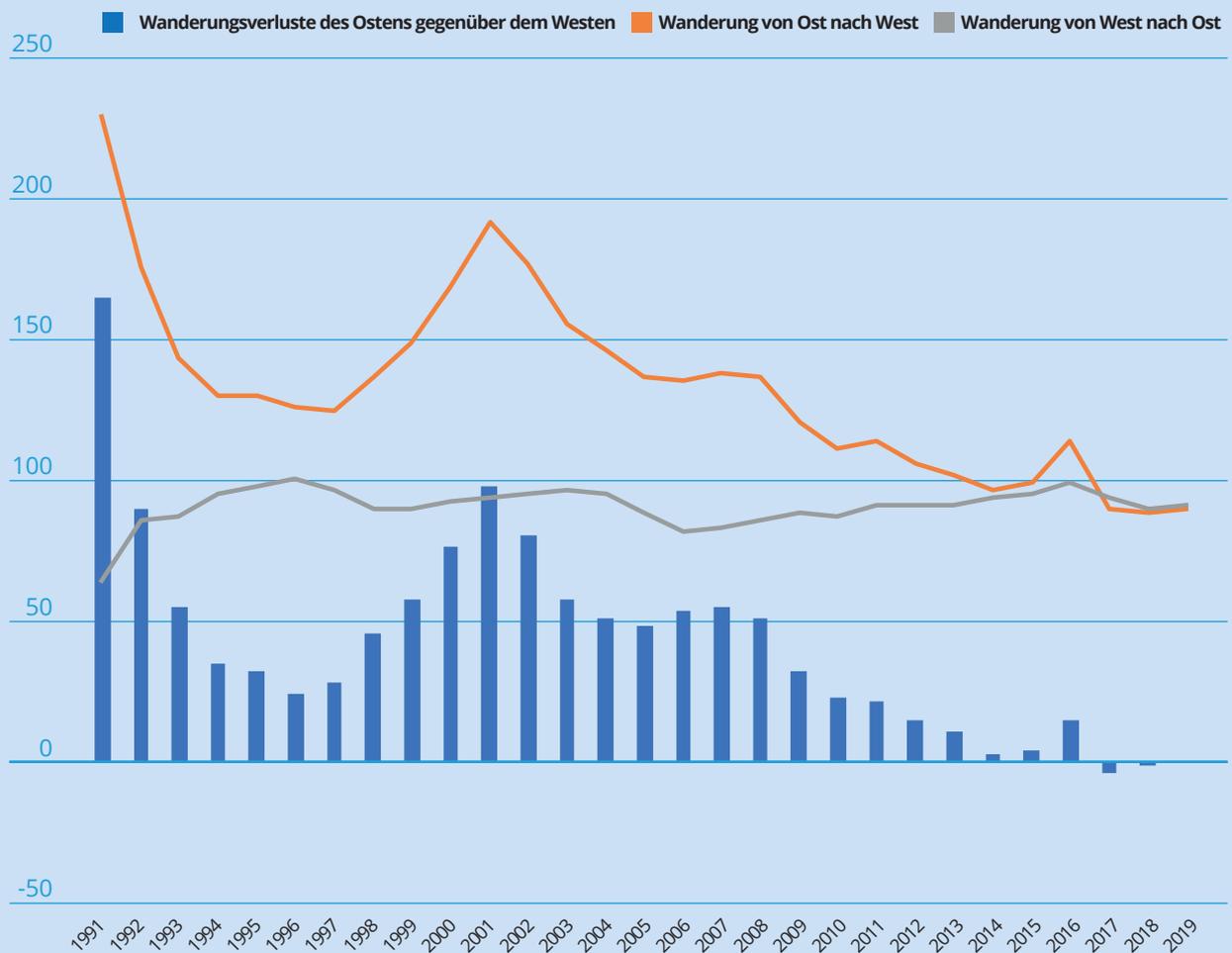
MILLIONEN, DIE ZURÜCKBLIEBEN: ABWANDERUNG UND AfD-WAHL IN OSTDEUTSCHLAND

Vor allem mit Blick auf Ostdeutschland kann der Zusammenhang zwischen Wanderungsbilanz und AfD-Neigung noch genauer spezifiziert werden. So stellt sich etwa die Frage, welche Wirkung Abwanderungsdynamiken in bestimmten Zeitabschnitten entfaltet haben, ob also ein Landkreis, welcher Anfang der 1990er einen besonders großen Anteil seiner Bevölkerung verloren hat, heute in anderer Weise durch rechtspopulistisches Wahlverhalten geprägt ist, als eine Region, die erst in den vergangenen Jahren von vielen Fortzügen betroffen war.

Betrachtet man sich hierzu die Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern, so lassen sich zunächst mehrere Wellen unterscheiden. Bereits zu Zeiten der DDR war in den heutigen Regionen Ostdeutschlands bekanntlich eine hohe Abwanderungsbereitschaft vorhanden, durch die Schließung der Grenzen und den Bau der Berliner Mauer konnte das SED-Regime die Ausreise nach Westen seit Anfang der 1960er Jahre allerdings weitestgehend unterbinden. Mit der friedlichen Revolution in der DDR und der deutschen Wiedervereinigung waren dann schnell massive Migrationsströme zu verzeichnen. Allein zwischen 1989 und 1991 zog es knapp 1 Millionen Ostdeutsche Richtung Westen.. Der Zusammenbruch der alten Wirtschaftsstrukturen, der massive Verlust von Arbeitsplätzen sowie die insgesamt besseren Verdienst- und Entwicklungschancen bewegten hier viele

ABWANDERUNGSWELLEN AUS OSTDEUTSCHLAND

Abb. 8: Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland in Tausend



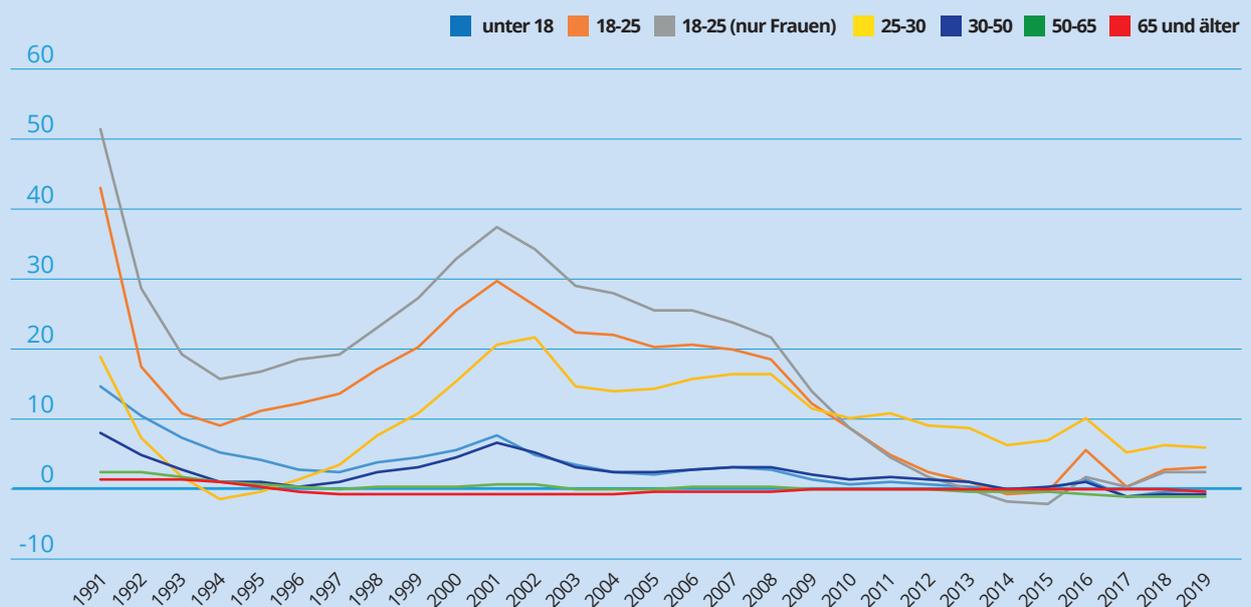
Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamtes (Destatis)

Menschen dazu, ihrer einstigen Heimat den Rücken zu kehren (vgl. Abb. 8).⁷ Diese Entwicklung schwächte sich in den folgenden Jahren zunächst ab. Die Wanderungsverluste des Ostens wurden deutlich geringer, zumal auch zunehmend Menschen aus Westdeutschland in die neuen Bundesländer zogen. Gegen Ende der 1990er Jahre setzte dann jedoch eine zweite Abwanderungswelle ein, deren Struktur und Ursachen sich von der vorausgegangenen zum Teil deutlich unterschieden, die aber für die betroffenen Regionen auf lange Sicht weitaus gravierendere Nachwirkungen entfaltet. Betrafen die Fortzüge aus Ostdeutschland zwischen 1989 und 1995 vor allem Menschen, die etwa ihren Arbeitsplatz verloren hatten und in ihrer alten Heimat kaum wirtschaftliche Perspektiven sahen, entschlossen sich nun weite Teile einer neuen Generation zum Wegzug – vor allem junge Menschen mit hohen Bildungsabschlüssen, darunter insbesondere Frauen (vgl. Abb. 9). Es waren die ersten Jahrgänge, die über eine gesamtdeutsche Ausbildungsbiographie verfügten, nach dem Ende ihrer Schul- und Qualifikationszeit aber vorrangig in den dynamischen Wirtschafts-, Universitäts- und Kulturzentren der alten Bundesrepublik die besten beruflichen Entfaltungschancen sahen. Für viele ostdeutsche Regionen wirkt das Fehlen dieser Menschen bis heute nach, weil damit nicht nur ein langfristiger Verlust von Innovationskraft, Dynamik und Zukunftschancen, sondern durch den überdurchschnittlichen Wegzug junger Frauen zugleich ein weiterer Rückgang der Geburtenraten verbunden war (Bangel et al. 2019; Dorn 2018, S. 99 ff.; Kröhnert 2009; Mai 2006).

**ZUSAMMENHANG ZWISCHEN
UNTERSCHIEDLICHEN ZEIT-
RÄUMEN DER ABWANDERUNG
UND AFD-WAHL**

Seit rechtspopulistische Akteure in ostdeutschen Straßen und Parlamenten ein neues Ausmaß an Sichtbarkeit und Einfluss errungen haben, werden die gesellschaftlichen und politischen Folgen dieser Entwicklungen verstärkt diskutiert. Durch die vergleichende Analyse von Wanderungsbilanzen und AfD-Wahlergebnissen lassen sich die politisch-kulturellen Langzeitwirkungen der Abwanderung allerdings auch mit statistischen Mitteln erfassen. In der vorliegenden Analyse wurde dazu der Zeitraum seit der Wiedervereinigung in kleinere Abschnitte unterteilt, auf Grundlage der Daten des Sta-

Abb. 9: Wanderungsverluste des Ostens gegenüber dem Westen je 1.000 Einwohner nach Altersgruppe (ohne Berlin)



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamtes (Destatis)

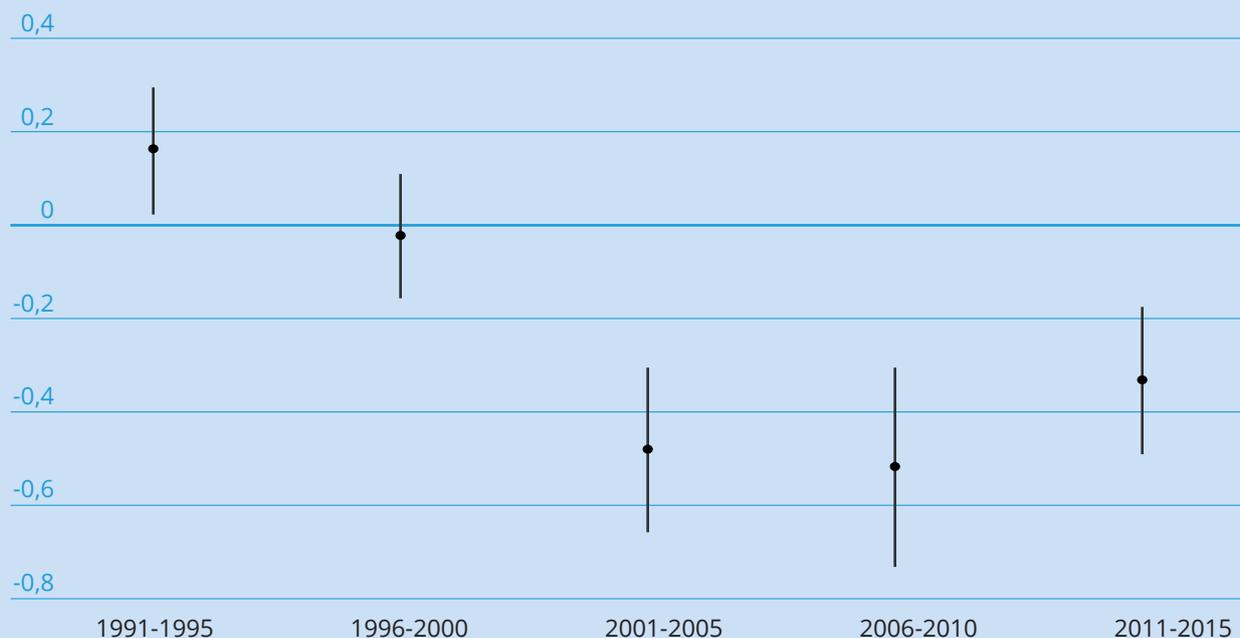
⁷ Rund 80 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung der DDR war zwischen 1990 und 1995 vorübergehend oder dauerhaft von Arbeitslosigkeit betroffen (Windolf 2001: 411).

tistischen Bundesamtes jeweils eigene Wanderungsbilanzen berechnet und diese dann als eigenständige Einflussgrößen in die Analyse einbezogen. Abbildung 10 gibt die dabei ermittelten Regressionskoeffizienten als Punkte wieder. Sie markieren für jeden Zeitraum den durchschnittlichen Effekt einer Veränderung der Kreiswanderungsrate auf das AfD-Wahlergebnis 2019. Eine um einen Prozentpunkt niedrigere Kreiswanderungsrate im Zeitraum von 1991 bis 1995 führt dabei zu einem Stimmenanteil, der durchschnittlich um 0,1 Prozentpunkte geringer ausfällt – eine um einen Prozentpunkt niedrigere Kreiswanderungsrate im Zeitraum von 2006 bis 2010 hingegen zu einem um 0,5 Punkte höherem AfD-Wahlergebnis. Die durch die Punkte führenden Linien zeigen die zugehörigen Konfidenzintervalle für $p \leq 0,05$ (Schwankungsbreite) an, d.h. sie markieren jenen Bereich, in dem die ermittelte Stärke des Zusammenhangs mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit geschätzt werden kann.

Insgesamt zeigt sich hier, dass zwischen Wanderungsrate und AfD-Wahl nicht für jeden Zeitraum ein gleich starker Zusammenhang festgestellt werden kann. So vermochten die negativen Wanderungsbilanzen aus dem ersten Jahrzehnt nach der Jahrtausendwende offenbar deutlich nachhaltiger zu wirken und sind deshalb in stärkerer Weise mit der heutigen Neigung zur AfD in Verbindung zu bringen. Mehr noch als jene Ausreisewelle, die mit dem ‚Transformationsschock‘ der frühen 1990er in unmittelbarem Zusammenhang stand, hat der Ende der 1990er Jahre einsetzende, in abgeschwächter Form bis heute anhaltende Exodus junger und gebildeter Menschen eine nachhaltige Wirkung auf die politische Kultur in Ostdeutschland entfaltet. Diese Erkenntnis scheint inzwischen auch einige der damals Abgewanderten zu beschäftigen. Im Angesicht wachsender gesellschaftlicher Polarisierungstendenzen finden sich dabei meist nachdenkliche, bisweilen gar moralisierende Töne: „Weil ich es woanders besser haben wollte, habe ich meine Heimat im Stich gelassen. Ökonomisch, kulturell, vor allem politisch. Wie egoistisch“ (Spiller 2019).

ABWANDERUNG ZWISCHEN 2001 UND 2010 WIRKT BESONDERS NACHHALTIG

Abb. 10: Zusammenhang zwischen den Wanderungsbilanzen aus verschiedenen Zeitperioden seit 1991 und dem AfD-Wahlergebnis 2019 mit Konfidenzintervall $p \leq 0,05$



Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamtes (Destatis)

LITERATUR

Bangel, Christian / Blickle, Paul / Erdmann, Elena / Faigle, Philip / Loos, Andreas / Stahnke, Julian / Tröger, Julius / Venohr, Sascha. 2019: Die Millionen, die gingen; in: Zeit Online, 02. Mai 2019; verfügbar unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/ost-west-wanderung-abwanderung-ostdeutschland-umzug> (Stand: 17.11.2020).

Bergmann, Knut / Diermeier, Matthias / Niehues, Judith 2017: Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener?; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 48 (1), S. 57–75.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2019: Erläuterungen der Raumbezüge; verfügbar unter: <https://www.inkar.de/documents/Erlaeuterungen%20Raumbezeuge19.pdf> (letzter Zugriff: 02.12.2020).

Dorn, Raphael E. 2018: Alle in Bewegung. Räumliche Mobilität in der Bundesrepublik Deutschland 1980-2010; Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.

Herold, Maik 2018: Migration und Populismus in Deutschland. Erklärungsansätze und empirische Befunde; in: Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM) (Hg.): Migration und Populismus. Jahresbericht 2018; MIDEM, Dresden, S. 27–45.

Herold, Maik / Schäller, Steven 2020: Zwischen Konvergenz, Konkurrenz und Kooperation: PEGIDA und die AfD; in: Backes, Uwe / Kailitz, Steffen (Hrsg.): Sachsen - eine Hochburg des Rechtsextremismus?; Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, S. 127–154.

Kröhnert, Steffen 2009: Analysen zur geschlechtsspezifisch geprägten Abwanderung Jugendlicher; in: Schubarth, Wilfried / Speck, Karsten (Hg.): Regionale Abwanderung Jugendlicher. Theoretische Analysen, empirische Befunde, und politische Gegenstrategien. Juventa, Weinheim, S. 91–110.

Lengfeld, Holger / Dilger, Clara 2018: Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016; in: Zeitschrift für Soziologie 47 (3), S. 181–199.

Lutz, Burkart / Grünert, Holle 1996: Der Zerfall der Beschäftigungsstrukturen der DDR 1989-1993; in: Lutz, Burkart / Nickel, Hildegard M. / Schmidt, Rudi / Sorge, Arndt (Hg.): Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe. Springer VS, Wiesbaden, S. 69–120.

Mai, Ralf 2006: Die altersselektive Abwanderung aus Ostdeutschland. In: Raumforschung und Raumordnung 64 (5), S. 355–369.

Otteni, Cyrill 2019: Zunahme von Migration – Stärkung der AfD? Der Zusammenhang zwischen Ausländeranteilen und AfD-Wahlergebnissen auf regionaler Ebene; in: Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM) (Hg.): Migration und Europa. Jahresbericht 2019; MIDEM, Dresden, S. 81–90.

Rippl, Susanne / Seipel, Christian 2018: Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70 (2), S. 237–254.

Spiller, Christian 2019: „Ich habe den Osten im Stich gelassen!"; in: fluter.de, 08. November 2019. Verfügbar unter: <https://www.fluter.de/abwanderung-aus-ostdeutschland> (letzter Zugriff: 17.11.2020).

Windolf, Paul 2001: Die wirtschaftliche Transformation. Politische und ökonomische Systemrationalitäten; in: Schluchter, Wolfgang / Quint, Peter E. (Hg.): Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach; Velbrück, Weilerswist, S. 392–413.

ANHANG

Tabelle 1 – Zusammenhang zwischen Wanderungsbilanz und AfD-Wahlergebnis bei der Europawahl 2019

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
AfD-Wahlergebnis bei der Europawahl 2019	Kreis-Wanderungsbilanz 1991-2018	Kreis-Wanderungsbilanz Deutsche 1991-2018	Kreis-Wanderungsbilanz Ausländer 1995-2018	Interaktion Ost	Interaktion ü65	Interaktion Bevölkerungsdichte	Interaktion Arbeitslosenquote	Interaktion BIP	Interaktion ALG2
Kreiswanderungsbilanz 1991-2018	-0.007*** (0.002)								
Deutsche 1995-2018		-0.011*** (0.002)		-0.017*** (0.002)	-0.014 (0.025)	-0.009*** (0.002)	-0.008 (0.005)	-0.011*** (0.004)	-0.012** (0.005)
Ausländer 1995-2018			0.003 (0.006)						
Osten	10.96*** (0.560)	11.18*** (0.556)	11.31*** (0.600)	11.25*** (0.552)	11.22*** (0.653)	11.29*** (0.571)	11.16*** (0.559)	11.18*** (0.561)	11.17*** (0.557)
Kreiswanderungsbilanz_de#Osten				0.009** (0.004)					
Kreiswanderungsbilanz_de#ü65					0.000 (0.001)				
Kreiswanderungsbilanz_de#Dichte						0.000 (0.000)			
Kreiswanderungsbilanz_de#Arbeitslosenquote							-0.001 (0.001)		
Kreiswanderungsbilanz_de#BIP								0.000 (0.000)	
Kreiswanderungsbilanz_de#ALG2									0.000 (0.000)
Wahlbeteiligung EP19	-0.108*** (0.035)	-0.091*** (0.034)	-0.124*** (0.034)	-0.082** (0.035)	-0.091*** (0.034)	-0.085** (0.035)	-0.089*** (0.034)	-0.098*** (0.035)	-0.099*** (0.033)
Arbeitslosenquote	-0.131 (0.0837)	-0.146* (0.0852)	-0.0750 (0.0811)	-0.176** (0.0822)	-0.148* (0.0814)	-0.181** (0.0872)	-0.164*** (0.078)	-0.178** (0.0885)	0.351 (0.216)
Bevölkerungsdichte	0.0003 (0.0003)	0.0002 (0.0003)	0.0003 (0.0003)	0.0002 (0.0003)	0.0002 (0.0003)	0.0002 (0.0003)	0.0002 (0.0003)	0.0005 (0.0003)	0.0004 (0.0003)
Ü65	0.263*** (0.078)	0.285*** (0.076)	0.409*** (0.090)	0.301*** (0.074)	0.285*** (0.076)	0.289*** (0.075)	0.293*** (0.074)	0.277*** (0.076)	0.272*** (0.074)
<i>Kreistyp (ref. dünn besiedelt ländlicher Kreis)</i>									
Ländlicher Kreis mit Verdichtungsansätzen	0.932** (0.404)	0.880** (0.401)	0.862** (0.412)	0.925** (0.401)	0.885** (0.411)	0.833** (0.400)	0.850** (0.409)	0.889** (0.402)	0.990** (0.403)
Städtischer Kreis	1.018*** (0.355)	0.911*** (0.349)	0.991*** (0.365)	0.933*** (0.354)	0.911*** (0.351)	0.897** (0.348)	0.898** (0.350)	0.925*** (0.352)	1.059*** (0.343)
kreisfreie Großstadt	-0.392 (0.841)	-0.506 (0.814)	-0.165 (0.816)	-0.596 (0.801)	-0.513 (0.812)	-0.555 (0.817)	-0.505 (0.813)	-0.384 (0.845)	-0.280 (0.813)
BIP								-0.0121 (0.00853)	
ALG2									-0.195*** (0.0740)
Konstante	11.05*** (2.727)	8.989*** (2.716)	7.526** (3.089)	8.369*** (2.717)	8.998*** (2.731)	8.734*** (2.716)	8.782*** (2.721)	10.12*** (2.875)	9.365*** (2.622)
Beobachtungen	401	401	401	401	401	401	401	401	401
R ²	0.806	0.812	0.797	0.815	0.812	0.814	0.813	0.813	0.815

Anmerkungen: Ergebnisse verschiedener linearer Regressionsanalysen (OLS); Robuste Standardfehler in Klammern.

*** p<0,01, ** p<0,05

Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamtes (Destatis)



**AUSWANDERUNG, ABWANDERUNG
UND RECHTSPOPULISMUS**

2 AUSWANDERUNG UND DIE WAHLERGEBNISSE RECHTSPOPULISTISCHER PARTEIEN IN EUROPA

Zusammenfassung

In vielen Ländern Europas sorgen sich die Menschen mehr um die negativen Folgen von Auswanderung als um Einwanderung. Dies trifft insbesondere auf mittel- und osteuropäische sowie südeuropäische Länder zu, die zum Teil seit Jahrzehnten eine negative Wanderungsbilanz aufweisen.

Im Rahmen der Studie wurde untersucht, ob und wie stark sich Auswanderungsraten auf die Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien auswirken. Dafür wurden für fünfzehn ausgewählte europäische Länder die Emigrationszahlen auf Gemeindeebene ermittelt und auf mögliche Zusammenhänge zu den örtlichen Ergebnissen der Europawahl 2019 geprüft.

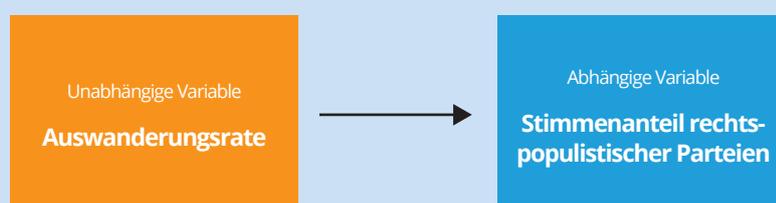
Es wurde auch der Frage nachgegangen, ob die Wirtschaftsleistung einer Region dabei eine Rolle spielt.

Die Ergebnisse zeigen, dass rechtspopulistische Parteien im Allgemeinen nicht von höheren Emigrationsraten profitieren. Im Gegenteil: Dort, wo mehr Menschen auswandern, schneiden diese Parteien im gesamteuropäischen Mittel sogar schlechter ab. Nur in wirtschaftlich schwachen Regionen kommt ihnen eine hohe Auswanderungsrate zugute.

Im Zuge der Flüchtlingsbewegungen der vergangenen Jahre ist das Thema ‚Einwanderung‘ zunehmend in den Fokus sozialwissenschaftlicher Forschung gerückt. Für die Problematik der ‚Auswanderung‘ war dies allerdings weit weniger zu beobachten, obwohl Emigration unter soziodemographischen, ökonomischen und politischen Gesichtspunkten für viele Regionen Europas das weitaus bedeutsamere Phänomen darstellt. So zeigte etwa eine Erhebung des European Council on Foreign Relations (ECFR), dass bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 mehr als ein Viertel der Wählerschaft gleichermaßen über Einwanderung und Auswanderung besorgt war. In einigen Ländern war die Sorge über anhaltende Auswanderungsbewegungen sogar deutlich stärker ausgeprägt. Dies betrifft vor allem mittel- und osteuropäische Länder wie Rumänien, Polen, Ungarn sowie südeuropäische Länder, etwa Italien, Spanien, Griechenland (Zerka 2019; Dennison et al. 2019). Nach wie vor ist allerdings unklar, welchen Einfluss das Ausmaß der Emigration auf das Wahlverhalten hat. Führen hohe Zahlen zu einer politischen Mobilisierung, ähnlich wie es beim Thema Immigration der Fall ist? Lässt sich gar ein statistischer Zusammenhang zwischen Auswanderungsbewegungen ins Ausland und dem Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien ermitteln?

PROFITIEREN RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN VON AUSWANDERUNG?

Abb. 1: Wie wirkt Auswanderung auf den Stimmenanteil rechtspopulistischer Parteien?



DATENGRUNDLAGE

Mit Hilfe multivariater, linearer Regressionsanalysen (OLS) wird diese Frage im Folgenden aufgegriffen und in einer gesamteuropäischen Perspektive untersucht. Als Grundlage dienen Daten zu Auswanderung in fünfzehn ausgewählten Ländern der EU (Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Italien, Lettland, Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Slowakei, Spanien, Schweden, Tschechien). Für die Analyse wurde ein Querschnittsdatensatz erstellt, als Analyseeinheit die Ebene der *Local Administrative Units* (LAU2) gewählt. Die so untersuchten 35 000 Gemeinden repräsentieren zugleich alle geographischen und kulturellen Regionen der EU (vgl. Abb. 2). Ihre Daten wurden von den nationalen Statistikämtern abgefragt (vgl. die Angaben im Anhang). Für jede Gemeinde wurde so die Summe aller Auswanderungen ins Ausland von 2009 bis 2018 als Anteil der Gesamtbevölkerung von 2009 ermittelt.

In allen Analysen wurde zudem für weitere potentielle Einflüsse auf das Wahlergebnis kontrolliert, das heißt, es wurden verschiedene andere Einflussgrößen in die Analyse mit einbezogen, um zu prüfen, ob die Auswanderungsrate unabhängig von ihnen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die unabhängige Variable hat. Zu solchen Faktoren zählten ökonomische Variablen wie die Beschäftigungsquote und das Pro-Kopf-BIP sowie deren jeweilige Veränderung in den letzten zehn Jahren, außerdem einige demographische Faktoren wie die Bevölkerungsdichte, der relative Anteil von Männern und Frauen sowie der Anteil von Menschen über 65 an der Bevölkerung (Datenquelle: Europäische Kommission 2020).¹

WAS ZEICHNET RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN AUS?

Als abhängige Variable der Untersuchung diente die Summe des Wahlergebnisses aller ‚weit rechts stehenden‘ Parteien bei der Europawahl 2019. Die Stimmenanteile dieser Parteien wurden nach dem gleichen Schema ermit-

Abb. 2: Grundlage der Analyse¹

Land	Anzahl der räumlichen Bezugseinheiten auf NUTS3-Ebene (in Deutschland: Landkreise und kreisfreie Städte)	Anzahl Gemeinden (LAU2)	Nettomigrationsrate 2009-2018
Österreich	35	2096	5.86
Belgien	43	563	4.33
Bulgarien	28	265	-0.96
Tschechische Republik	13	6256	1.81
Deutschland	381	11050	5.27
Dänemark	11	99	4.03
Spanien	53	8079	0.79
Finnland	19	311	2.77
Italien	104	7808	4.01
Lettland	6	119	-7.81
Niederlande	33	296	2.77
Polen	73	2477	-0.06
Rumänien	42	3181	-2.43
Schweden	21	290	7.56
Slowakei	8	2926	0.35

¹ Im Falle des Pro-Kopf-BIP wurde außerdem eine Interaktionsvariable eingefügt. Durch diese konnte der Zusammenhang zwischen der Emigrationsrate und dem Wahlergebnis rechtspopulistischer Parteien in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Leistung einer Region identifiziert werden. Die Ergebnisse der beiden Regressionen finden sich in Tabelle 1 im Anhang.

² Für die Analyse wurden die Daten der einzelnen Gemeinden, im Falle Deutschlands die der Landkreise und der kreisfreien Städte verwendet.

Abb. 3: Untersuchte Parteien

	Rechtspopulistische Parteien in Europa (nach ‚The PopuList‘) In Klammern: CHES Wert zur generellen links-rechts Einstufung
Österreich	• Freiheitliche Partei Österreich (9.1)
Belgien	• Parti pupulaire (Pp) • Vlaams Belang (VB) (9.6)
Bulgarien	• Patrioti za Valeri Simeonov (NFSB i Sredna evropejka klasa) (NFSB) (7.4) • VMRO-BND (6.9) • Ataka (6.8)
Tschechien	• Sdružení pro republiku-Republ.str.Českosl.M.Sládka (SPRRSČ M.Sládka) • Svoboda a přímá demokracie - Tomio Okamura (SPD) (8.8)
Dänemark	• Dansk Folkeparti (DF) (6.9)
Finnland	• Perussuomalaiset / Sannfinländarna (PS) (7.6)
Deutschland	• Alternative für Deutschland (AfD) (9.2)
Italien	• Fratelli d’Italia (Fdi) (9.1) • Lega Nord (Lega) (8.8)
Lettland	• Nacionālā apvienība „Visu Latvijai!“-Tēvzemei un Brīvībai/LNNK (NA) (8.4)
Niederlande	• Partij voor de Vrijheid (PVV) (8.7) • Forum voor Democratie (FvD) (9.5)
Polen	• Konfederacja KORWiN Braun Liroy Narodowcy (KORWiN) (9.5) • Prawo i Sprawiedliwość (PiS) (7.6) • Kukiz’15 (7.1)
Rumänien	• Partidul România Unită (PRU)
Slowakei	• Kotleba - Ľudová strana Naše Slovensko (L’SNS) (9.3) • Slovenská Národná Strana (SNS) (7.4) • Sme Rodina - Boris Kollár (SR) (7.1)
Spanien	• Vox (9.7)
Schweden	• Sverigedemokraterna (SD) (8.5)

telt, wie sie im Forschungsprojekt ‚The PopuList‘ als *far right* klassifiziert werden (Roodujin et al. 2019). Zwei zentrale ideologische Merkmale werden hier als deren typische Charakteristika bestimmt: Nativismus und Autoritarismus. Nativismus beschreibt dabei die Vorstellung, das eigene Land solle vorrangig von Angehörigen der eigenen ethnischen Gruppe bewohnt werden. Mit Autoritarismus ist wiederum die Ansicht bezeichnet, dass eine Gesellschaft streng hierarchisch zu organisieren sei und Verstöße dagegen hart zu sanktionieren sind (Mudde 2007). In der internationalen Forschung werden Parteien, die diese doppelte ideologische Ausrichtung vorweisen, auch als *populist radical right* bezeichnet. Im Folgenden ist daher vereinfachend von ‚rechts-populistisch‘ die Rede, obwohl sich darunter auch Parteien befinden können, die in der deutschsprachigen Literatur eher als ‚rechtsextrem‘ bezeichnet werden.³ Um die Robustheit und Validität der Auswahl zu erhöhen, wurde darüber hinaus das Chapel Hill Expert Survey (CHES) herangezogen, welches Parteien von extrem links (0) bis extrem rechts (10) einstuft (Bakker et al. 2019; Roodujin et al. 2019).

RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN PROFITIEREN GENERELL NICHT VON AUSWANDERUNG

Die Ergebnisse der Untersuchung sind bemerkenswert, aber eindeutig: Emigration kommt rechten und rechtspopulistische Parteien im Allgemeinen nicht zugute. Im Gegenteil: Je mehr Personen in einer Gemeinde anteilmäßig zu ihrer Bevölkerungszahl zwischen 2009 und 2018 ausgewandert

**EMIGRATION KOMMT
RECHTEN PARTEIEN GENERELL
NICHT ZUGUTE**

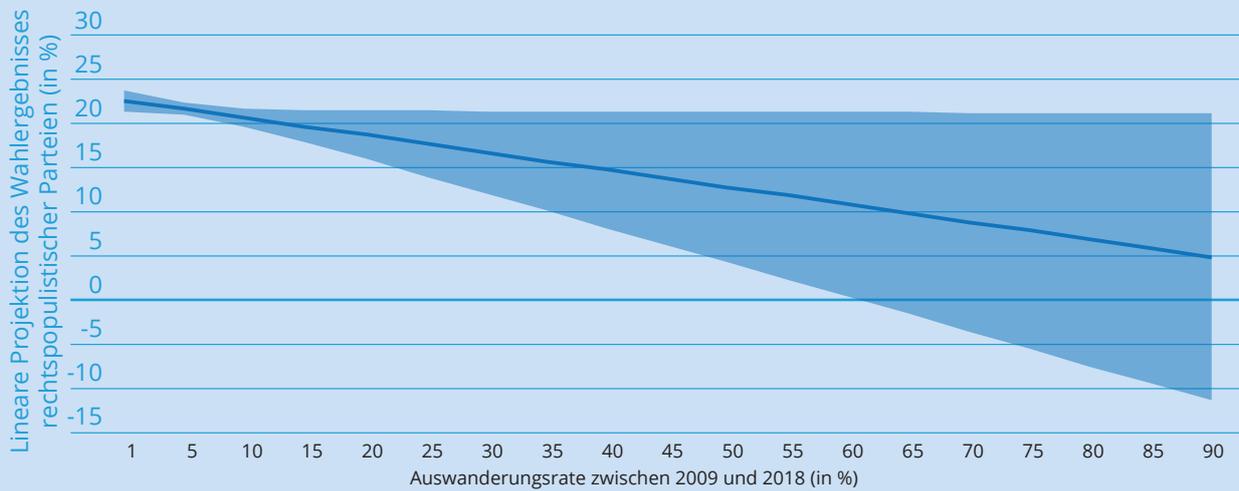
³ Zwar berücksichtigt diese Definition nicht den Aspekt des ‚Populismus‘, gleichwohl zeichneten sich die meisten der hier ausgewählten Parteien in den vergangenen Jahren auch durch ‚populistische‘ Handlungsstrategien aus und werden heute in der Diskussion überwiegend als ‚rechtspopulistisch‘ adressiert.

sind, desto schlechter schnitten diese Parteien bei der Europawahl 2019 ab. Eine um einen Prozentpunkt höhere Auswanderungsrate hatte gar ein durchschnittlich um 0,2 Prozentpunkte schlechteres Wahlergebnis rechter Parteien zur Folge (vgl. Abb. 4).

Dies deutet zum einen darauf hin, dass im europäischen Mittel nicht nur die zurückbleibenden – die immobileren, örtlich verwurzelten, womöglich weniger gebildeten und eher konservativ eingestellten – Bevölkerungsgruppen zur Wahl rechtspopulistischer Parteien neigen, sondern auch jene, die etwa auf der Suche nach Arbeit, beruflichen Perspektiven und persönlicher Entfaltung ihre Heimat verlassen. Zum anderen wird deutlich, dass die durch Auswanderungsdynamiken entstehenden Stimmungen und Gefühle nicht zwingend den weit rechts stehenden Parteien zugutekommen.

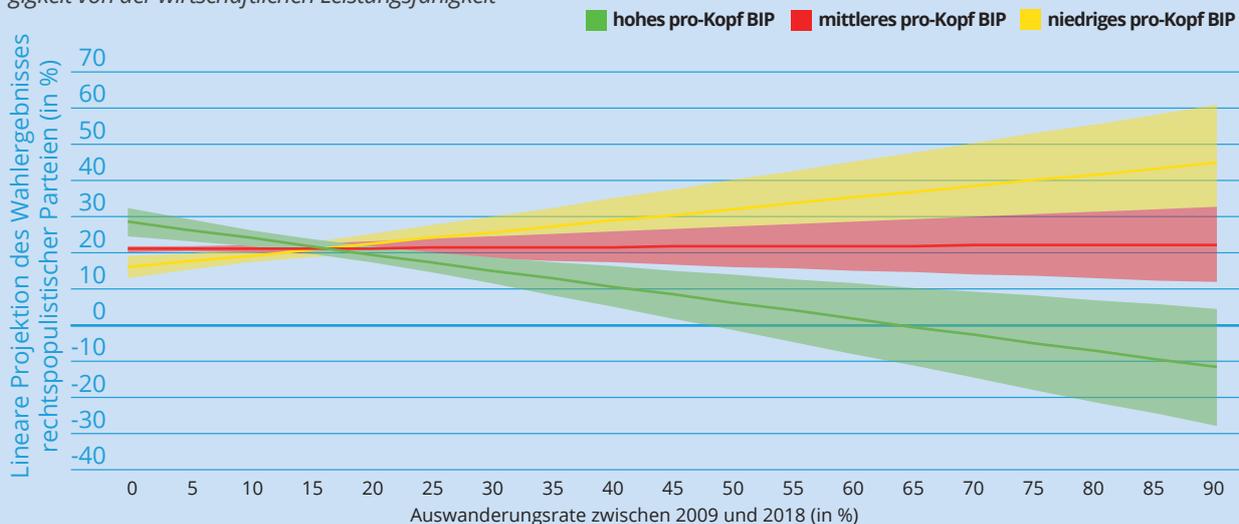
Wird hier jedoch zusätzlich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region mit einbezogen und etwa untersucht, inwiefern ökonomische Faktoren den Zusammenhang zwischen Auswanderungsprozessen und der Wahl

Abb. 4: Zusammenhang zwischen der Auswanderungsrate und den Stimmenanteilen rechtspopulistischer Parteien



Quelle: Eigene Berechnung auf Basis nationaler Statistikämter

Abb. 5: Zusammenhang zwischen der Auswanderungsrate und den Stimmenanteilen rechtspopulistischer Parteien in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit



Quelle: Eigene Berechnung auf Basis nationaler Statistikämter

rechter Parteien beeinflussen, dann ergibt sich ein differenzierteres Bild: Es zeigt sich nämlich, dass sich mit sinkender Wirtschaftskraft der Zusammenhang erst abschwächt und schließlich sogar umkehrt, bis schließlich *in ökonomisch schwachen Regionen* hohe Emigrationsraten mit einem wachsenden Stimmenanteil rechtspopulistischer Parteien einhergehen. In Abbildung 5 findet sich dieser Effekt dargestellt: Die blaue Regressionslinie zeigt den Zusammenhang zwischen Emigrationsrate und rechtspopulistischen Wahlergebnissen in jenen Regionen, die ein pro-Kopf-BIP im untersten Zehntel aller untersuchten Regionen aufweisen, die grüne Linie hingegen denselben Zusammenhang, wie er in den ökonomisch stärksten Regionen anzutreffen ist. Je mehr Menschen hier auswanderten, desto niedriger ist das Wahlergebnis rechter Parteien. Der Zusammenhang zwischen Emigrationsraten ins Ausland und rechtspopulistischem Wahlerfolg wird im europäischen Mittel also maßgeblich von wirtschaftlichen Faktoren beeinflusst.

ERKLÄRUNGEN

Für diese Ergebnisse sind verschiedene Erklärungen denkbar. So ist bekannt, dass internationale Mobilität – also auch Auswanderung – die Herausbildung pro-europäischer bzw. kosmopolitischer Einstellungen fördern kann (Kuhn 2011; Mau et al. 2008). Die Grundannahme dabei lautet: Menschen mit Migrationserfahrung entwickeln vermehrt pro-europäische und kosmopolitische Werte und Normen und weisen zugleich weniger häufig nationalistische Einstellungen auf (Favell et al. 2011). Es könnte darüber hinaus sein, dass sich diese Veränderung auch bei den Verwandten und Bekannten der Emigrierten in den Herkunftsländern bemerkbar macht. In der Literatur wird dieses Phänomen *social remittances* genannt. Damit ist die Diffusion von Normen, Werten, Ideen und Gebräuchen durch den direkten Austausch zwischen Emigrierten und ihren Kontakten im Herkunftsland gemeint (Levitt / Lamba-Nieves 2011; Perez-Armendariz/Crow 2010; Mahmoud et al. 2017; Lodigiani 2016; Barsbai et al. 2017). Wenn nun vermehrt kosmopolitische Werte in den Herkunftsländern prävalent sind, kann das auch an der Wahlurne eine Auswirkung haben (Lubbers/Coenders 2017).

Ein weiterer Erklärungsansatz stellt weniger einen Bezug zu ‚sozialen‘, als zu ‚monetären‘ Rücküberweisungen (*remittances*) her, d.h. zu jenen Geldbeträgen, die von Emigrierten an ihre Familien in der Heimat geschickt werden. Durch diese Geldbeträge helfen Ausgewanderte den Familien in ihrer alten Heimat finanzielle Engpässe zu überbrücken. Dadurch kann die Zufriedenheit der Geldempfangenden gesteigert werden, was ebenfalls die Neigung zu kosmopolitischen Werten, aber den Zuspruch zur europäischen Freizügigkeit steigern kann (Rapoport / Docquier 2006). Da sich die meisten rechtspopulistischen Parteien in Europa zugleich durch EU-Skepsis auszeichnen, verlieren diese tendenziell an Zuspruch (Vasilopoulou 2018). Darüber hinaus können Geldüberweisungen von emigrierten Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern aus dem Ausland aber auch insgesamt zur wirtschaftlichen Entwicklung einer Region beitragen, was ebenfalls den Zuspruch für radikale Parteien schwächen dürfte. Tatsächlich liegt der Anteil der Geldsendungen am Gesamtbruttoinlandsprodukt in einigen, verstärkt von Auswanderung betroffenen Ländern bei über drei Prozent (World Bank 2020).

Der ermittelte Einfluss der Wirtschaftskraft einer Region auf den Zusammenhang zwischen Auswanderung und den Wahlergebnissen rechtspopulistischer Parteien scheint hingegen zu bestätigen, dass hohe Auswanderungsraten nicht nur in Regionen mit einer schrumpfenden Bevölkerung anzutreffen sind, sondern auch über eine generell höhere Mobilität in der Bevölkerung Auskunft geben. Diese ist in wirtschaftlich ‚dynamischen‘ Regionen oft größer, die Neigung zur Wahl weit rechts stehender Parteien dort hingegen geringer. Strukturschwache Regionen sind hingegen häufig nicht nur von einer Emigration ins Ausland, sondern generell von Abwanderung in wirtschaftlich

IN WIRTSCHAFTLICH SCHWACHEN REGIONEN DREHT SICH DER EFFEKT UM: RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN PROFITIEREN VON AUSWANDERUNG

SOCIAL REMITTANCES: AUSWANDERUNG KANN KOSMOPOLITISCHE WERTE STÄRKEN

MONETARY REMITTANCES: GELDÜBERWEISUNGEN AUS DEM AUSLAND FÖRDERN DIE ENTWICKLUNG

SONDERFALL: AUSWANDERUNG AUS WIRTSCHAFTLICH SCHWACHEN REGIONEN

stärkere Regionen – also auch in urbane Zentren innerhalb des Landes – betroffen. Eine schrumpfende und zunehmend überalterte Bevölkerung ist das Ergebnis, was wiederum Gefühle wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, aber auch politischer Deprivation und damit die Neigung zur Wahl rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien befördert (Manow 2018; Krastev/Holmes 2019). Darüber hinaus ist es denkbar, dass auch individuelle Merkmale der Auswanderungswilligen den Zusammenhang zwischen Auswanderung und dem Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien beeinflussen. So könnten etwa der formale Bildungsgrad, die soziale Herkunft oder die Motivation der Betroffenen, ebenso wie deren jeweilige Verbundenheit zu ihren Heimatländern eine Rolle spielen. Dies müsste mit Hilfe von Individualdaten weiter geprüft werden. Auch spezifische Kriterien einzelner Herkunftsländer – etwa institutionelle Rahmenbedingungen, politische Einstellungen oder der Mobilitätsgrad der Bevölkerung – könnten hier von Bedeutung sein. Entscheidend für die Wirkung von Emigration auf den Erfolg rechtspopulistischer Parteien ist auch, ob, wie und von wem das Thema im politischen Diskurs besetzt wird. So hat zum Beispiel in Litauen die Partei ‚Bund der Bauern und Grünen‘ (*Lietuvos valstiečių ir žaliųjų sąjunga*) sich des Problems angenommen und 2016 erfolgreich zum Kernthema des Parlamentswahlkampfes gemacht (Day 2016). Anders als in anderen Regionen Europas blieben damit für rechte politische Akteure auch in stark von Abwanderung betroffenen Gegenden kaum Möglichkeiten, zu profitieren.

LITERATUR

- Bakker, Ryan / Hooghe, Liesbet / Jolly, Seth / Marks, Gary / Polk, Jonathan / Rovny, Jan / Steenbergen, Marco / Vachudova, Milada* 2020: 2019 Chapel Hill Expert Survey, Version 2019.1. Chapel Hill, NC: University of North Carolina, Chapel Hill; verfügbar unter: <https://www.chesdata.eu/2019-chapel-hill-expert-survey> (letzter Zugriff: 21.09.2020).
- Barsbai, Toman / Rapoport, Hillel / Steinmayr, Andreas / Trebesch, Christoph* 2017: The Effect of Labor Migration on the Diffusion of Democracy: Evidence from a Former Soviet Republic; in: *American Economic Journal: Applied Economics* 9 (3), S. 36-69.
- Manow, Philip* 2018: Die Politische Ökonomie des Populismus; Suhrkamp Verlag, Berlin.
- Mau, Steffen / Mewes, Jan / Zimmermann, Ann* 2008: Cosmopolitan attitudes through transnational social practices; in: *Global Networks* 8(1), S. 1-24.
- Mudde, Cas* 2007: Populist Radical Right Parties in Europe; Cambridge University Press, Cambridge.
- Perez-Armentariz, Clarisa / Crow, David* 2010: Do Migrants Remit Democracy? *International Migration, Political Beliefs, and Behavior in Mexico*; in: *Comparative Political Studies* 43(1), S. 119-148.
- Rapoport, Hillel / Docquier, Frédéric* 2006: The economics of migrants' remittances; in: *Kolm, Serge-Christophe Kolm / Ythier, Jean Mercier Ythier (Hg.): Handbook of the economics of giving, altruism and reciprocity*; Nord Holland, Amsterdam, S. 1135-1198.
- Roodujin, Mathjis, Van Kessel, Stijn, Froio, C., Pirro, Andreas, De Lange, Sarah, Halikiopoulou, Daphne, Lewis, P., Mudde, Cas / Taggart, Paul* 2019: The PopuList: An Overview of Populist, Far Right, Far Left and Eurosceptic Parties in Europe.; verfügbar unter: www.popu-list.org (letzter Zugriff: 14.09.2020).
- Vasilopoulou, Sofia* 2018: The Radical Right and Euroscepticism; in: *Rydgren, Jens (Hg.): The Oxford Handbook of the Radical Right*; Oxford University Press, Oxford, S. 122-140.
- World Bank* 2020: Annual remittance data; verfügbar unter: <https://www.worldbank.org/en/topic/migrationremittances/diasporaissues/brief/migration-remittances-data> (letzter Zugriff: 14.10.2020).
- Zerka, Pawel* 2019: Europe's emigration paradox. *European Council on Foreign Relations (ECFR)*. ; verfügbar unter: https://www.ecfr.eu/article/commentary_europes_emigration_paradox (letzter Zugriff: 10.09.2020).
- Bakker, Ryan / Hooghe, Liesbet / Jolly, Seth / Marks, Gary / Polk, Jonathan / Rovny, Jan / Steenbergen, Marco / Vachudova, Milada* 2020: 2019 Chapel Hill Expert Survey, Version 2019.1. Chapel Hill, NC: University of North Carolina, Chapel Hill; verfügbar unter: <https://www.chesdata.eu/2019-chapel-hill-expert-survey> (letzter Zugriff: 21.09.2020).
- Barsbai, Toman / Rapoport, Hillel / Steinmayr, Andreas / Trebesch, Christoph* 2017: The Effect of Labor Migration on the Diffusion of Democracy: Evidence from a Former Soviet Republic; in: *American Economic Journal: Applied Economics* 9 (3), S. 36-69.
- Day, Matthew* 2016: Anti-emigration party storms to victory in Lithuania; in: ; <https://www.telegraph.co.uk/news/2016/10/24/anti-emigration-party-storms-to-victory-in-lithuania/> (letzter Zugriff: 16.10.20).
- Dennison, Susi / Leonard, Mark / Zerka, Pawel / Coratella, Teresa / Janning, Josef / Mendel-Nykorowycz, Andrzej / Torreblanca, Ignacio* 2019: How to govern a fragmented EU: What Europeans said at the ballot box; verfügbar unter: https://www.ecfr.eu/publications/summary/how_to_govern_a_fragmented_eu_what_europeans_said_at_the_ballot_box (letzter Zugriff: 10.09.2020).
- Europäische Kommission* 2020: Eurostat Datenbank; verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/de/data/database> (letzter Zugriff: 21.09.2020).
- Favell, Adrian / Recchi, Ettore / Kuhn, Theresa / Jensen, Janne Solgaard / Klein, Juliane* 2011: The Europeanisation of Everyday Life: Cross-Border Practices and Transnational Identifications Among EU and Third-Country Citizens. *State of the Art Report. EUCROSS Working Paper 1*; verfügbar unter: http://www.eucross.eu/eucross/images/docs/eucross_d2_2_state_of_the_art.pdf (letzter Zugriff: 25.10.20).
- Krastev, Ivan / Holmes, Stephen* 2019: The light that failed: A reckoning; Penguin Books, London.
- Kuhn, Theresa* 2011: Individual transnationalism, globalization and Euroscepticism: An empirical test of Deutsch's transactionalist theory; in: *European Journal of Political Research* 50 (6), S. 811-837.
- Levitt, Peggy / Lamba-Nieves* 2011: Social Remittances Revisited; in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 37 (1), S. 1-22.
- Lodigiani, Elisabetta* 2016: The effect of emigration on home-country political institutions; in: *IZA World of Labor* 2016 (307), S. 1-11.
- Lubbers, Marcel / Coenders, Marcel* 2017: Nationalistic attitudes and voting for the radical right in Europe; in: *European Union Politics* 18(1), S. 98-118.

ANHANG

OLS Regression der Auswanderungsrate auf das Wahlergebnis rechtspopulistischer Parteien bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2019 in Gemeinden in fünfzehn Europäischen Ländern unter Kontrolle verschiedener alternativer Erklärungsfaktoren

	Analyse I	Analyse II
Auswanderungsrate	-0,198** (0,0990)	0,627*** (0,163)
Pro-Kopf BIP	0,000269*** (9,17e-05)	0,000499*** (0,000135)
Auswanderungsrate#Pro-Kopf BIP		-3,06e-05*** (6,92e-06)
Veränderung Pro-Kopf BIP	0,0452 (0,0280)	0,0251 (0,0266)
Beschäftigtenquote	0,00208* (0,00110)	0,00164 (0,00118)
Veränderung Beschäftigtenquote	-0,151*** (0,0363)	-0,165*** (0,0362)
Bevölkerungsdichte	-0,00116*** (0,000410)	-0,000967** (0,000401)
Geschlechterverhältnis	-0,559*** (0,167)	-0,503*** (0,158)
Anteil ü65	0,323** (0,141)	0,257* (0,136)
Konstante	59,58*** (16,38)	51,00*** (15,24)
Beobachtungen	35,120	35,120
R ²	0,841	0,845
Länder Fixed Effects	Ja	Ja

Robuste Standardfehler in Klammern
*** p<0,01, ** p<0,05

Übersicht der Quellen nationalen Statistikämter

Österreich	https://www.statistik.at/web_de/services/statcube/index.html
Belgien	https://statbel.fgov.be/de/theme
Bulgarien	https://www.nsi.bg/en
Tschechische Republik	https://vdb.czso.cz/vdbvo2/faces/en/index.jsf?page=home
Deutschland	https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/
Dänemark	https://www.statbank.dk
Spanien	https://www.ine.es/dyngs/INEbase/en/categoria.htm?c=Estadistica_P&cid=1254734710990
Finnland	http://pxnet2.stat.fi/PXWeb/pxweb/en/StatFin/
Kroatien	https://www.dzs.hr/PXWeb/default.aspx?px_language=hr&rxid=5e3e3af1-7661-46be-977c-d43bee0cb9c5
Italien	http://demo.istat.it/index_e.html
Litauen	https://osp.stat.gov.lt/statistiniu-rodikliu-analize#/
Lettland	https://data1.csb.gov.lv/pxweb/en/
Niederlande	https://opendata.cbs.nl/statline/#/CBS/en/dataset/37259eng/table?ts=1600766283403
Polen	https://stat.gov.pl/en/regional-statistics/publications-and-studies/
Rumänien	https://insse.ro/cms/en/content/regional-economic-and-social-benchmarks-territorial-statistics-0
Schweden	https://www.statistikdatabasen.scb.se/pxweb/en/ssd/
Slowakei	http://datacube.statistics.sk#!/lang/en



**EMIGRATION IN
EUROPÄISCHEN LÄNDERN**

1 BULGARIEN

Zusammenfassung

Die größte Auswanderungswelle aus Bulgarien fand in den 1990er Jahren statt. Der EU-Beitritt des Landes im Jahr 2007 führte hingegen nicht zu einem substantiellen Anstieg der Auswanderung, sondern legalisierte vielmehr den Status der bereits ausgewanderten Bulgaren. Immer mehr Bulgarinnen und Bulgaren verlassen das Land temporär, zum Beispiel für Saisonarbeit.

Dennoch wollte im Jahr 2019 jeder dritte junge Bulgare auswandern. Die Hauptgründe für die Auswanderung sind wirtschaftlicher Natur: Die Löhne in Bulgarien sind nach wie vor niedrig. Ein oft übersehenes Thema ist das Ausmaß der Binnenmigration innerhalb Bulgariens, angesichts dramatischer regionaler Disparitäten.

Innerhalb Bulgariens wird Auswanderung als systemisches Problem mit schwerwiegenden Folgen für die Demographie, die Wirtschaft und das soziale Leben betrachtet. Im Laufe der Jahre hat das Thema an Bedeutung gewonnen und wurde von einer wachsenden Zahl an Akteuren diskutiert. Während der ‚Flüchtlingskrise‘ wurde die Verhinderung von Einwanderung politisch ausführlicher diskutiert als die Verhinderung der Auswanderung, obwohl Einwanderung das Land deutlich weniger betroffen hat.

Obwohl Diskussionen rund um Auswanderung einen hohen medialen Stellenwert einnehmen, wird das Thema sowohl in Parteiprogrammen als auch in Parlamentsdebatten weitaus seltener angesprochen. Emigration wurde wiederholt von zivilgesellschaftlichen Akteuren im Rahmen breiterer Proteste gegen die Regierung zur Sprache gebracht, unabhängig davon, welche Parteien gerade an der Macht waren.

ENTWICKLUNG UND STRUKTUR DER EMIGRATION

Bulgarien ist mit einem Pro-Kopf-BIP von knapp 8.000 Euro das ärmste Mitglied der EU. Das Land trat der EU im Jahr 2007 bei. Am 1. Januar 2019 betrug die Bevölkerungszahl Bulgariens Eurostat-Daten zufolge 7.000.039. Das sind 1,7 Millionen weniger als im Jahr 1990 (8.669.269).

Tatsächlich ist Bulgarien eines der am schnellsten schrumpfenden Länder der Welt (Mohdin 2018). Laut der Eurostat-Bevölkerungsprognose werden 2060 nur mehr rund 5,3 Millionen Personen in Bulgarien leben, was einem drastischen Rückgang von mehr als einem Drittel im Vergleich zu 1990 entspricht. Laut dem Politikwissenschaftler Ivan Krastev verzeichnet Bulgarien den größten prozentualen Bevölkerungsrückgang der modernen Geschichte, der nicht auf Krieg oder Hungersnot zurückzuführen ist (Krastev 2019).

Die Geburtenziffer Bulgariens liegt bei 1,58 Kindern pro Frau, was dem EU-Durchschnitt (1,55) nahekommt (Daten der Weltbank). Während niedrige Geburtenziffern in vielen EU-Ländern ein Problem sind, ist dieser Faktor in Bulgarien mit der höchsten Sterblichkeitsrate der EU sowie hohen Auswanderungsraten verknüpft. Dies entspricht einer beispiellosen demographischen Krise.

Die Kombination dieser drei Faktoren (Fertilität, Sterblichkeit und Auswanderung) hat auch zu einer erheblichen Veränderung in der Altersstruktur der Bevölkerung geführt: Ende 2019 betrug die Zahl der Personen im Alter von mindestens 65 Jahren rund 1.5 Millionen, was mehr als einem Fünftel (21,6

STARK SCHRUMPFENDE BEVÖLKERUNG

Country Factsheet

<i>Pro-Kopf-BIP:</i>	7.984 €
<i>EU-Beitrittsjahr:</i>	2007
<i>Bevölkerung im Jahr 2019:</i>	7 000 039
<i>Bevölkerung im Jahr 1990:</i>	8 669 269
<i>Bevölkerungsprognose für 2060:</i>	5 332 585
<i>Anteil ausländischer Staatsangehöriger:</i>	1,37 %
<i>Zahl der im Ausland lebenden Bulgaren:</i>	keine offiziellen Daten, ca. 1,1-2,4 Mio.
<i>Junge Bevölkerung:</i>	14,4 % (EU-Durchschnitt: 15,2 %)
<i>Bevölkerung im erwerbsfähigem Alter:</i>	59,28 %
<i>65 Jahre und älter:</i>	21,6 % (EU-Durchschnitt: 20,2 %)
<i>Fertilitätsrate:</i>	1,58 (EU-Durchschnitt: 1,55)

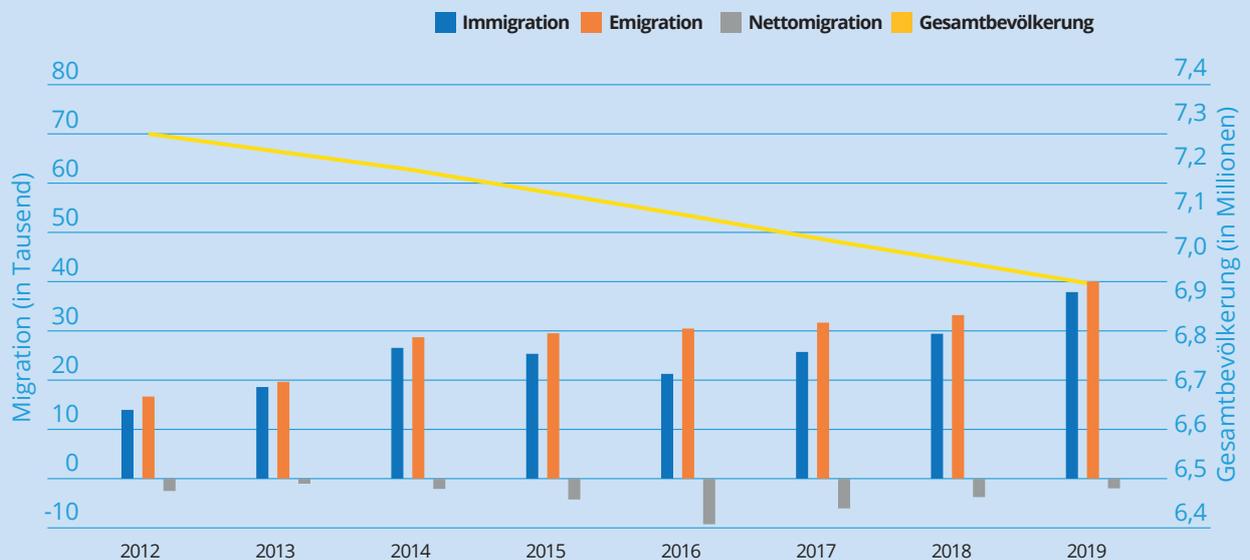
Prozent) der bulgarischen Bevölkerung entspricht. Ende 2019 gab es in Bulgarien hingegen nur rund 1 Millionen Kinder bis zu 15 Jahren, was 14,4 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht (NSI 2019: 2).

Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter in Bulgarien betrug Ende 2019 4,15 Millionen, also ungefähr 60 Prozent der Gesamtbevölkerung. Der Altersabhängigkeitsquotient Bulgariens lag 2019 bei 56,4. Die Zahl der in Bulgarien ansässigen Ausländerinnen und Ausländer liegt nur bei knapp weniger als 100.000, was bloß etwa 1,4 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht.

EU-BEITRITT FÜHRTE NICHT ZU MASSENAUSWANDERUNG

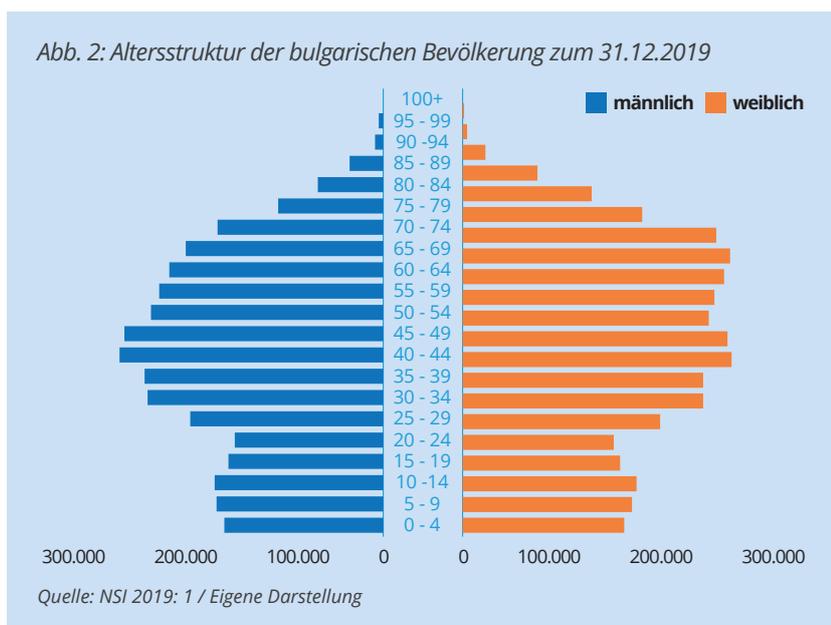
Sowohl unter dem autoritären Regime der Zwischenkriegszeit als auch unter dem darauf folgenden kommunistischen Regime gab es in Bulgarien nur eine geringe, hauptsächlich politisch motivierte Auswanderung, mit einigen berühmten politischen Emigranten wie Georgi Dimitrov (Führer der Kommunistischen Internationalen von 1934 bis 1943) und Georgi Markov (bulgarischer Dissidentenschriftsteller, 1978 in London ermordet, höchstwahrscheinlich durch den bulgarischen Geheimdienst) (Rone/Junes 2020).

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung und jährliche Migrationsraten



Quelle: Infostat. Nationales Statistisches Amt Bulgarien / Eigene Darstellung

Abb. 2: Altersstruktur der bulgarischen Bevölkerung zum 31.12.2019



Die dramatische Abwanderung erfolgte insbesondere von 1989 bis 2001 – der negative Wanderungssaldo betrug in diesem Zeitraum etwa 882.000 (Anguelov/Lesenski 2017: 6). Diese Entwicklung war hauptsächlich auf zwei Faktoren zurückzuführen: Erstens auf die Politik der Zwangsassimilation türkischstämmiger Bürgerinnen und Bürger sowie anderer muslimischer Minderheiten in Bulgarien, die ihre türkischen und arabischen Namen in bulgarische ändern mussten. Diese Assimilationspolitik wurde unter Androhung von Inhaftierung und Vertreibung durchgesetzt. Nach ethnischer Gewalt Anfang 1989 wurden im Sommer desselben Jahres mehr als 360.000 türkisch-bulgarische Einwohnerinnen und Einwohner dazu gedrängt, in die Türkei auszureisen. Zweitens emigrierte nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Öffnung der Grenzen nach Westen eine hohe Zahl bulgarischer Bürgerinnen und Bürger aus wirtschaftlichen Gründen in die USA, aber auch in andere westliche Länder wie Kanada und Deutschland. Der negative Wanderungssaldo in dem Zeitraum vor der Jahrhundertwende wird auf 217.809 geschätzt. In der Folgezeit, zwischen 2001 und 2011, betrug der negative Wanderungssaldo 175.244 Personen (Anguelov/Lesenski 2017: 6). Den neusten verfügbaren Daten zufolge hat sich der negative Wanderungssaldo zwischen 2011 und 2016 auf nur noch 24.103 Personen reduziert (Anguelov/Lesenski 2017: 6). Damit ist die Auswanderung aus Bulgarien über die Jahre deutlich zurückgegangen. Entgegen den Erwartungen führte der bulgarische EU-Beitritt nicht zu einem Anstieg der Zahl bulgarischer Auswanderinnen und Auswanderer, sondern legalisierte den Aufenthaltsstatus der zuvor illegal in Europa eingewanderten Bulgarinnen und Bulgaren.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die postsozialistische Binnenmigration (Guentcheva 2009). 128.179 Menschen wechselten allein im Jahr 2019 ihren Wohnort innerhalb Bulgariens (NSI 2019: 15). Zwischen dem Zentrum und der Peripherie des Landes gibt es ein dramatisches Gefälle in der wirtschaftlichen Entwicklung, sowohl innerhalb des gesamten Landes als auch auf regionaler und lokaler Ebene: „Der Nordwesten des Landes ist die am dünnsten besiedelte Region, die am stärksten von ausgehenden Migrationsströmen betroffen ist, mit der schlechtesten wirtschaftlichen Entwicklung, hoher Arbeitslosigkeit und schwerwiegenden sozialen Problemen. Die südwestliche Region ist aufgrund der besseren Lebens- und Beschäftigungsmöglichkeiten, die die Hauptstadt bietet, die am dichtesten besiedelte Region“ (VRE 2017, eigene Übersetzung). In den Großstädten Bulgariens leben 48 Prozent der Bevölkerung in überfüllten Wohnungen (Nikolov 2018). Gleichzeitig gibt es in kleinen Dörfern 560.000 Unterkünfte, in denen niemand wohnt. Dies entspricht fast der Hälfte aller Unterkünfte in bulgarischen Dörfern. Insgesamt gibt es in Bulgarien 1,2 Millionen Unterkünfte, in denen niemand dauerhaft wohnt - das entspricht 31 Prozent aller Wohneinheiten im Land (Nikolov 2018).

HOHES NIVEAU AN BINNENMIGRATION DURCH REGIONALE UNTERSCHIEDE

HEUTE WANDERN DIE MEISTEN IN EU-LÄNDER AUS

Weltweit leben in sieben Ländern schätzungsweise zwischen 1,1 und 2,4 Millionen bulgarische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, offizielle Daten gibt es jedoch nicht. Dies sind die Türkei, Deutschland, Spanien, Großbritannien, Griechenland, die USA und Italien (Anguelov 2019). Im Allgemeinen nimmt die Auswanderung in andere EU-Länder im Vergleich zur Auswanderung in Drittländer wie die USA oder Kanada zu. Gegenwärtig ist Deutschland das beliebteste Ziel für bulgarische Auswandererinnen und Auswanderer (Anguelov 2019). Großbritannien war in der jüngsten Vergangenheit ebenso ein beliebtes Ziel. Der Brexit wird diesen Trend jedoch vermutlich bremsen. Umfragen mit bulgarischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen (14-29 Jahre) zum Thema Migration bestätigen, dass Deutschland und Großbritannien die USA und Kanada als Wunschzielländer mittlerweile abgelöst haben (FES 2019: 46).

VON PERMANENTER ZU TEMPORÄRER UND ZIRKULÄRER MIGRATION

Es ist wichtig zu beachten, dass offizielle Statistiken „Auswanderung“ auf Basis von Änderungen der registrierten Adressen messen. Allerdings sind Bulgarinnen und Bulgaren in zunehmendem Maße saisonal mobil. Diese ist zumeist nicht mit einer Änderung ihrer in Bulgarien registrierten Adresse verbunden ist. Viele bulgarische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen ins Ausland, um dort zu arbeiten, kehren dann aber zu ihren Familien nach Hause zurück, um zu überwintern, medizinische Versorgung zu suchen oder sich um Kinder und ältere Menschen zu kümmern. Angesichts der Tatsache, dass viele europäische Länder zunehmend „den Zugang von Arbeitnehmern aus den östlichen Randgebieten zu sozialer Sicherheit, Sozialleistungen und Gesundheitsschutz eingeschränkt und an Bedingungen geknüpft haben [...] wird die Aufrechterhaltung von Gesundheit, sozialen Netzwerken und sozialer Sicherheit auf das Heimatland und insbesondere auf den Haushalt verlagert“ (Hristova 2020, zitiert nach Apostolova/Hristova, im Druck). Immer weniger bulgarische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Ausland verstehen sich als „Emigranten“ und betrachten ihren Aufenthalt stattdessen eher als vorübergehend und planen die Rückkehr in ihre Heimat. Nur 14 Prozent der bulgarischen Jugendlichen planen länger als für zehn Jahre auszuwandern (FES 2019: 44). Der Anteil der jungen Menschen, die auswandern wollten, ist zwar im Vergleich zu den Vorjahren gesunken ist, beträgt aber immer noch mehr als ein Drittel (FES 2019).

Jenseits der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist das Profil des typischen bulgarischen Auswanderers ein Mann von 40 Jahren aus einer regionalen Großstadt mit Sekundarschulabschluss oder niedriger, der einen Job für etwa fünf Jahre sucht (Boyadjieva 2018). Gleichzeitig verbirgt dieses „Durchschnittsprofil“ wichtige Formen weiblicher Emigration, insbesondere im Bereich der Pflegearbeit.¹

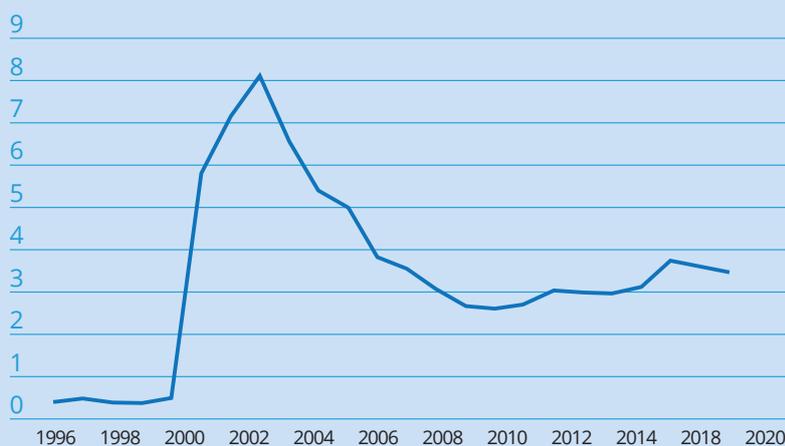
Der Hauptgrund, warum die Bulgarinnen und Bulgaren emigrieren, liegt auf der Hand: die Löhne in Bulgarien sind im Vergleich zu anderen europäischen Ländern besonders niedrig. Der Mindestlohn in Bulgarien beträgt 286,33 Euro, das Durchschnittseinkommen liegt bei 690 Euro. Der Durchschnittslohn liegt somit bei einem Bruchteil des europäischen Durchschnitts (Davidescu 2017).

DIE POSITIVE SEITE DER AUSWANDERUNG

Die Massenauswanderung wird hauptsächlich im Zusammenhang mit der schweren demographischen Krise des Landes öffentlich diskutiert. Sie hat jedoch sowohl positive als auch negative Folgen. Die am besten erforschten Folgen sind die wirtschaftlichen. In den ersten neun Monaten des Jahres 2019 überwiesen bulgarische Auswandererinnen und Auswanderer rund 922 Millionen Euro in ihr Heimatland zurück – eine Summe, die sogar die Höhe der ausländischen Investitionen in Bulgarien im gleichen Zeitraum, 715 Millionen Euro, übertraf (Dnevnik 2019). Im Jahr 2018 hatten die Bulgaren mehr als 1 Milliarde Euro zurückgeschickt. Diese Rücküberweisungen machen mehr als drei Prozent des bulgarischen BIP aus.

1 Der Dokumentarfilm „The Town of Badante Women“ (2009) gibt einen faszinierenden Einblick in den ehemaligen Kurort Varshets, wo viele Frauen aus beruflichen Gründen nach Italien gehen, während Männer und Kinder mit häuslichen Aufgaben zurückbleiben.

Abb. 3: Rücküberweisungen (% des BIP) - Bulgarien



Quelle: Weltbank / Eigene Darstellung

Gleichzeitig ist Arbeitskräftemangel ein Problem der bulgarischen Wirtschaft. Eine jüngst veröffentlichte Umfrage ergab, dass 62 Prozent der bulgarischen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber Schwierigkeiten hatten, geeignete Arbeitskräfte zu finden (KarieriBg 2020). Der Verband der Arbeitgeber und Industriellen in Bulgarien forderte, Arbeitskräfte aus Drittländern (wie der Ukraine, Moldawien, Vietnam, Kirgisistan, Armenien, Georgien) systematisch anzuwerben, insbesondere für die Saisonarbeit (Shushkov 2020).

**NIEDRIGE LÖHNE
BEWIRKEN EMIGRATION
VON ARBEITNEHMERN**

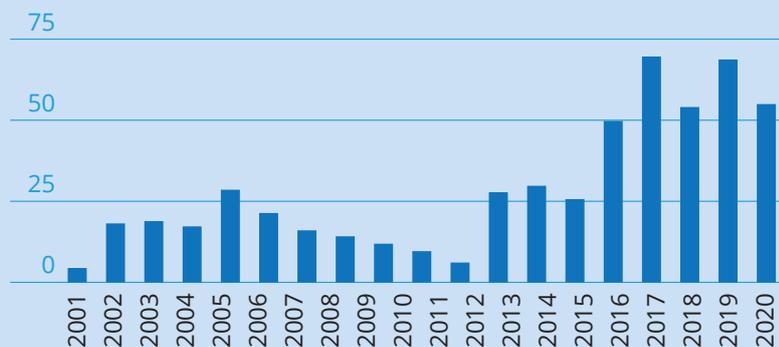
Die negativen Folgen der Auswanderung gehen über den wirtschaftlichen Bereich hinaus und sind ebenso im Gesundheitsbereich zu spüren: Viele Fachkräfte sind ausgewandert, verbliebene Ärztinnen und Ärzte werden immer älter (Ranguelova/Bogdanov 2012). Auch in der Gesellschaft allgemein sind die Auswirkungen stark zu spüren, wenn auch oft kaum messbar: Die Auswanderung reißt Familien auseinander, eine Entwicklung, die im Gegensatz zur traditionellen starken intergenerationellen Solidarität in Bulgarien steht.

EMIGRATION IM POLITISCHEN DISKURS

In Bulgarien hat Emigration in der öffentlichen Debatte zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die Zahl der Akteure, die darüber diskutieren, hat in jüngster Zeit zugenommen. Da Auswanderung überwiegend mit negativen gesell-

**DIE POLITISIERUNG
VON EMIGRATION**

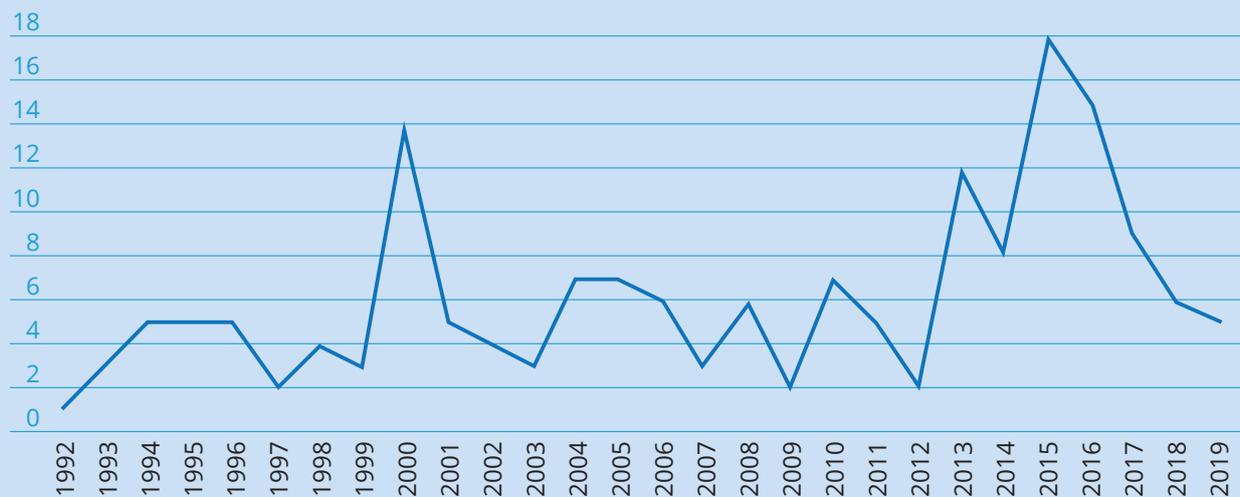
Abb. 4: Häufigkeit auswanderungsbezogener Schlüsselwörter in bulgarischen Medien



Manuelle Kodierung basierend auf den Schlüsselwörtern „Auswanderung“ oder „Arbeitnehmer im Ausland“

Quelle: Factiva / Eigene Darstellung

Abb. 5: Häufigkeit auswanderungsbezogener Schlüsselwörter in den Debatten des bulgarischen Parlaments



Manuelle Kodierung basierend auf dem Schlüsselwort „Emigration“
 Quelle: Website des bulgarischen Parlaments / Eigene Darstellung

schaftlichen Folgen assoziiert wird, ist die Debatte nicht von Polarisierung geprägt. Dennoch gab es vereinzelt Kontroversen im Zusammenhang mit den Folgen der Auswanderung: Zum einen gab es in den Jahren 2015-2016 massive Proteste und Debatten gegen ein neues Wahlgesetz und seinen Bestimmungen für aus dem Ausland wählende Bulgarinnen und Bulgaren. Zum anderen haben die radikale Linke und die Bulgarische Sozialistische Partei die 2018 von der rechten Regierungskoalition erlassenen Maßnahmen angefochten, die es bulgarischen Arbeitgebern und Industriellen erlauben, Arbeitskräfte aus Drittländern zu rekrutieren.

ZUNAHME DER SALIENZ

Der Stellenwert der Auswanderung in der politischen Debatte hat im Laufe der Zeit stetig zugenommen. Für den gesamten Zeitraum zwischen 2001 und 2020 gibt es in der Factiva-Datenbank 524 Erwähnungen der Begriffe „Auswanderung“ und „Arbeitnehmer im Ausland“, von denen sich die meisten auf den Zeitraum 2016-2020 konzentrieren.²

In den Debatten der Nationalversammlung gab es im gesamten Zeitraum von 1990 bis 2019 169 Erwähnungen des Wortes „Auswanderung“. Viele davon waren irrelevant (zum Beispiel Diskussionen aus den 1990er Jahren darüber, wem Zugvögel gehören). Darüber hinaus lag der Höhepunkt in den Jahren 2015-2016 vor allem an der Verwendung des Begriffs „illegaler Emigrant“ für Flüchtlinge aus dem Nahen Osten (was bei den Factiva-Mediadaten nicht der Fall ist). Doch selbst wenn man die nicht relevanten Daten ausklammert, nimmt die Bedeutung der Emigrationsdebatten auch im parlamentarischen Bereich zu – jedoch nur leicht.

Nicht nur, dass der Begriff ‚Auswanderung‘ in den Parlamentsdebatten nicht besonders häufig vorkommt, er ist auch in den Parteiprogrammen fast nicht zu finden - das Wort ‚Auswanderung‘ taucht von 2009 bis 2014 nur in fünf Parteiprogrammen auf. Alles in allem hat ‚Auswanderung‘ zwar eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit in den Medien, wird aber sowohl in den Parteiprogrammen als auch in den Debatten der Nationalversammlung seltener angesprochen.

² Es ist wichtig zu beachten, dass die Factiva-Datenbank vor allem rechts-liberale Zeitungen beinhaltet (wie Dnevnik, Capital Weekly und 24Chasa, wobei die letztgenannte im Laufe der Jahre zunehmend konservativ geworden ist), wodurch der linke Mediendiskurs zum Thema Migration unterrepräsentiert wird. Jedoch drucken die beinhalteten Zeitungen auch die Äußerungen linker Politiker ab und können somit zumindest in einem gewissen Sinne als repräsentativ angesehen werden.

Die Zeitungsdaten offenbaren eine große Vielfalt von Akteuren, die sich mit dem Thema Auswanderung beschäftigen – vom Statistiker über Politiker der Regierungsparteien und der Opposition bis hin zu Leitern von Medizin- und Bildungsbehörden, Künstlern, darunter Film- und Theaterregisseure und Kunststudenten. Die Medien geben auch den bulgarischen Emigrantinnen und Emigranten oft selbst eine Stimme, um ihre Geschichten zu erzählen: So veröffentlichte beispielsweise die rechtsliberale Zeitschrift *Capital Weekly* in den 2000er Jahren eine Rubrik mit den Lebensgeschichten von Emigrantinnen und Emigranten, vor allem aus der gebildeten Mittelschicht. Aber auch die jüngsten Skandale um die Arbeitsbedingungen in Deutschland während der COVID-19-Krise gaben vielen Arbeiterinnen und Arbeiter die Möglichkeiten, ihre Erfahrungen zu teilen. Fast abwesend in der Diskussion waren NGOs³ und soziale Bewegungen. Auswanderung als Thema der Zivilgesellschaft ist in der Regel Teil umfassenderer Proteste gegen die Regierung (unabhängig davon, welche Partei an der Macht ist) und erregt selten als eigenständiges Thema Aufmerksamkeit. Zwar haben sich im Laufe der Jahre auch staatliche Stellen und Ministerien, die versuchen, die Auswirkungen der Auswanderung zu bekämpfen, zunehmend engagiert, doch sind sie in der öffentlichen Debatte weniger lautstark.

VIELE AKTEURE GREIFEN DAS THEMA AUF

Die Analyse sowohl der Medienartikel als auch der Parlamentsdebatten zeigt, dass es von 1990 bis 2019 deutliche Veränderungen im Diskurs über Migration gegeben hat. Die Parlamentsdebatten zu Beginn des 21. Jahrhunderts beschäftigten sich häufig mit den bulgarischen politischen Emigrantinnen und Emigranten während des Kommunismus. Ihre Ausreise wurde vom kommunistischen Geheimdienst als „feindliche Auswanderung“ bezeichnet, sie wurden genau beobachtet. So erschienen beispielsweise in den 2000er Jahren eine Reihe von Untersuchungen zum Mord an dem Schriftsteller Georgi Markov (1929-1978). Darüber hinaus waren Begriffe wie „innere Emigration“, die den Rückzug von Intellektuellen aus dem öffentlichen Leben und in ihre eigene persönliche Sphäre beschreiben, in den Debatten über die kommunistische Periode in den 2000er Jahren ebenfalls sehr prominent.

VERSCHIEDENE SICHTWEISEN AUF EMIGRATION

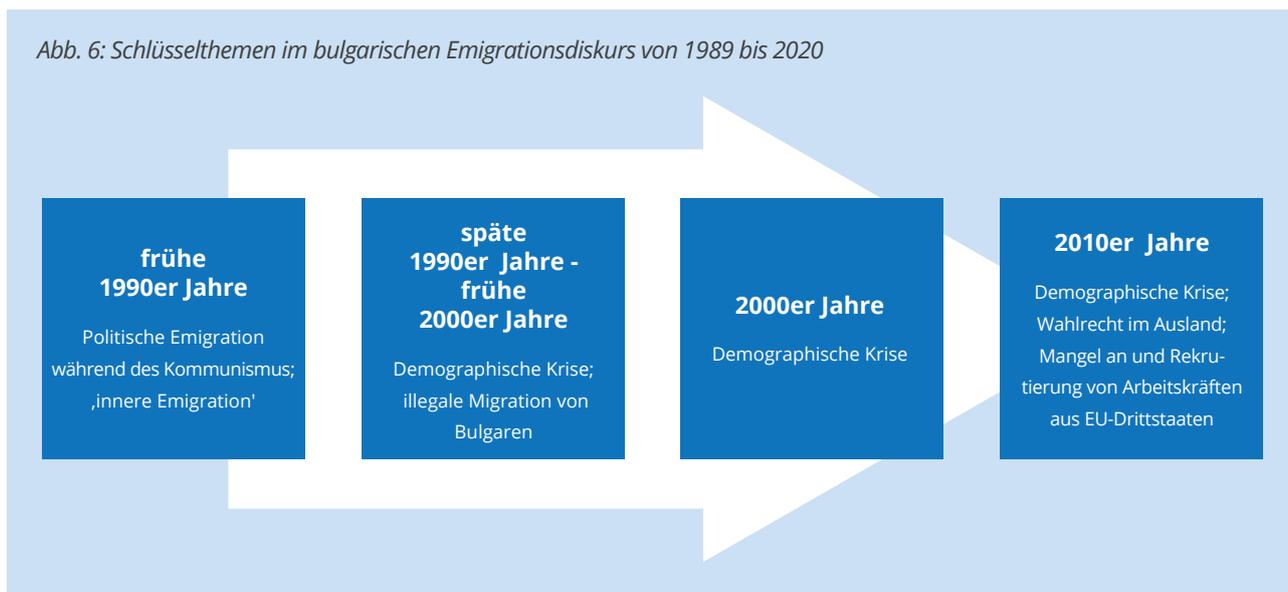
Ein weiteres dominantes Thema der frühen 2000er Jahren, sowohl in den Medien als auch in den Parlamentsdebatten, war die steigende Zahl illegaler Einwandererinnen und Einwanderer aus Bulgarien in anderen europäischen Ländern, insbesondere in den Niederlanden, und mögliche polizeiliche Maßnahmen dagegen. Am Vorabend des EU-Beitritts Bulgariens 2007 gab es eine prominente Diskussion über Maßnahmen, die die Bulgarische Sozialistische Partei (damals die dominante Regierungspartei) ergriffen hatte, um Emigrantinnen und Emigranten in ihre Heimat zurückzuholen und die demographische Krise zu bewältigen.

In den Jahren 2015-2016 gab es eine große Diskussion über die vorgeschlagenen Änderungen des Wahlgesetzes, die darauf abzielten, die Stimmabgabe für Auswandererinnen und Auswanderer logistisch zu erschweren. Die Vorschläge wurden von der regierenden bulgarischen Mitte-Rechts-Partei *GERB* und ihren Koalitionspartnern - den nationalistischen Vereinigten Patrioten - mit dem impliziten Ziel vorgelegt, den Einfluss der ethnischen türkischen liberalen Partei *DPS* (Bewegung für Rechte und Freiheiten), die dank einer engagierten Wählerschaft im Ausland oftmals zum Königsmacher in der bulgarischen Politik wurden, zu verringern. Die Vorschläge wurden von der *DPS*, aber auch von rechtsliberalen Parteien in Bulgarien, die sich traditionell als Vertreter der am besten ausgebildeten Emigrantinnen und Emigranten verstehen, als verfassungswidrig bezeichnet. Es war vor allem die letztgenannte Gruppe, die Proteste vor den bulgarischen Botschaften in einer Reihe von

UMSTRITTENES WAHLRECHT UM EMIGRANTEN

³ Mit Ausnahme von Open Society, die einige der besten Forschungsarbeiten zu diesem Thema veröffentlicht hat, und NGOs wie Tuk-Tam, die die Karriereentwicklung in Bulgarien fördern.

Abb. 6: Schlüsselthemen im bulgarischen Emigrationsdiskurs von 1989 bis 2020



ausländischen Ländern und eine breite Medienberichterstattung zum Thema organisierte. Während die öffentliche Haltung gegenüber Emigrantinnen und Emigranten im Allgemeinen positiv war, zeigten die Debatten um das Wahlgesetz die feindselige Haltung der Vereinigten Patrioten nicht nur gegenüber bulgarischen Bürgerinnen und Bürger türkischer Herkunft, sondern auch gegenüber bulgarischen Emigrantinnen und Emigranten im Westen.

EMIGRATION UND IMMIGRATION DISKURSIV VERBUNDEN

Während des gesamten Zeitraums 2015-2016, auf dem Höhepunkt der „Flüchtlingskrise“, diskutierten bulgarische Abgeordnete und politische Parteien leidenschaftlich über die Frage der Einwanderung, oft auch im Zusammenhang mit der demographischen Krise. Im Land gab es einen breiten Konsens aller politischen Parteien gegen die Aufnahme von Einwandererinnen und Einwanderern - von den Nationalisten über die Mitte-Rechts-Partei *GERB* bis hin zur Bulgarischen Sozialistischen Partei. Die Themen Auswanderung und Einwanderung waren diskursiv stark miteinander verbunden - die demographische Krise in Bulgarien und die anhaltende Auswanderung wurden aus kulturellen Ängsten vor der „Ersetzung“ der ohnehin schrumpfenden bulgarischen Bevölkerung als Argumente gegen die Aufnahme weiterer Einwandererinnen und Einwanderer angeführt. Kornelia Ninova, die Vorsitzende der bulgarischen Sozialistischen Partei, stellte beispielsweise ausdrücklich die Frage: „Können wir die demographische Krise lösen, indem wir die langfristige Ansiedlung von Flüchtlingen zulassen?“ (NewsBg 2016). Sie lehnte diese Strategie ausdrücklich ab und forderte die örtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf, „ihre Bevölkerung zu mobilisieren und keine langfristige Ansiedlung von Flüchtlingen im Land zuzulassen“ (NewsBg 2016). Eine örtliche Jugendabteilung der *BSP* veröffentlichte einen offenen Brief gegen die Integration von Einwandererinnen und Einwanderern, in dem sie mehrere Schlüsselfragen stellte, die breitere gesellschaftliche Bedenken widerspiegelten: „Ist es für Bulgarien akzeptabel, Mutter für Flüchtlinge zu werden und ihnen Hilfe zu leisten, während sie als Stiefmutter unserer Großmütter und Großväter fungiert, die in Armut leben? [...] Ist es akzeptabel, Ausländer zu akzeptieren, wenn unsere eigenen Kinder ins Ausland fliehen?“ (Infomrezha 2016). In den Jahren 2015 bis 2016, so zum Beispiel in den Präsidentschaftsdebatten 2016, stand die Einwanderung in der politischen Debatte viel stärker im Vordergrund als die Auswanderung es je tat. Seitdem verlor das Thema Einwanderung jedoch an Bedeutung.

Ein weiteres wichtiges Thema, das in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erregte, wenn auch viel weniger als die geplanten Änderungen des Wahlgesetzes, war schließlich die Diskussion über die Verabschiedung eines Gesetzes durch die Mitte-Rechts-Regierung, das es ermöglichte, arbeitswillige

ausländische Arbeitskräfte aus EU-Drittstaaten für niedrigere Löhne zu rekrutieren. Die Diskussionen über dieses Gesetz waren auch Diskussionen über Auswanderung, da die radikale Linke, die *BSP* sowie Gewerkschaftsorganisationen argumentieren, dass höhere Löhnen innerhalb Bulgariens keinen Arbeitskräftemangel produziert hätten, der nun ausgeglichen werden sollte.

Während des gesamten Beobachtungszeitraums, vor allem aber ab Ende der 1990er Jahre, als die dramatischen Auswirkungen der Auswanderung bereits stark zu spüren waren, wurde die Emigration als ein für das Land höchst problematisches Thema diskutiert. Bezeichnend ist, dass der bulgarische Präsident Rumen Radev in seiner Neujahrsansprache 2019 mehr als einmal ausdrücklich auf die Emigration Bezug nahm: „Es gibt nur wenige Minuten, die uns vom neuen Jahr 2019 trennen. Die meisten von uns haben das Glück, das neue Jahr mit Verwandten und Freunden zu feiern. Andere sind zu dieser Stunde bei der Arbeit, und Hunderttausende sind weit weg von unserem Heimatland [...] Heute Abend werden viele von uns über die Zukunft diskutieren, und einige werden ihre Absicht auszuwandern mitteilen...“.

Die in den Medien diskutierten Ursachen der Auswanderung sind meist niedrige Löhne und ein niedriger Lebensstandard, aber auch die allgemeine Unzufriedenheit mit dem (Nicht-)Funktionieren des Staates, Korruption und das Gefühl der Perspektivlosigkeit. Große oppositionelle Proteste im Land, unabhängig von der Regierungskoalition, verwenden oft Slogans, in denen die Auswanderung als Folge einer schlechten Regierungsführung thematisiert wird. Bei den regierungsfeindlichen Protesten im Jahr 2020 protestierten Menschen zum Beispiel mit Parolen wie „Deine eigenen Kinder sind dem Elend, das du hinterlassen hast, entkommen! #Resignation“ oder „Ich will in Bulgarien leben wollen“.

Die Folgen der Auswanderung sind das in den Medien mit Abstand am häufigsten diskutierte Thema. Im Mittelpunkt steht die demographische Krise, die mit einem dramatischen Bevölkerungsschwund, einer zunehmend alternden Bevölkerung und einem sich verändernden ethnischen Profil der Bevölkerung einhergeht - als negatives Phänomen wird von vielen Kommentatoren der steigende Anteil der Roma und türkisch-bulgarischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im Vergleich zu den ethnischen Bulgarinnen und Bulgaren genannt. Es wird auch ausführlich über andere sozioökonomische Folgen berichtet, wie den Mangel an Arbeitskräften, insbesondere den Mangel an medizinischen Fachkräften, den erhöhten Druck auf das Rentensystem, die sinkenden Beiträge zum Sozial- und Gesundheitssystem, die Schließung von Schulen und Probleme für das Bildungssystem.

Angesichts des Ausmaßes des Auswanderungsproblems und seiner Folgen ist es nicht verwunderlich, dass es im Laufe der Jahre zahlreiche Initiativen und Regierungsstellen gegeben hat, die darauf abzielten, Auswandererinnen und Auswanderer im Ausland zu unterstützen und nach Bulgarien zurückzubringen. Die Agentur für die Bulgaren im Ausland wurde bereits 1992 gegründet. Im Jahr 2000 erhielt sie den Status einer staatlichen Agentur. Zu ihren Hauptaufgaben gehörten der „Schutz des bulgarischen ethno-kulturellen Raums“, die „geistige Vereinigung aller Bulgaren auf der ganzen Welt“ und die „Schaffung bulgarischer Lobbys im Ausland“ (ABA 2020).

Die Agentur ist auch für die Ausstellung von Bescheinigungen über die „bulgarische Herkunft“ zuständig, die bei der Einbürgerung verwendet werden können, so dass nicht-bulgarische Bürger die bulgarische Staatsbürgerschaft erhalten können. Im Jahr 2018 wurden sowohl der Leiter der Agentur als auch ihr Chefsekretär wegen des Vorwurfs der Korruption verhaftet - sie hatten Zertifikate für „bulgarische Herkunft“ gegen Geld und Einfluss eingetauscht (Paunova, 2019). Darüber hinaus hat die Agentur eine Reihe neuer

ZUNEHMENDE DRAMATISIERUNG VON EMIGRATION IM ÖFFENTLICHEN DISKURS

AUSWANDERUNG ALS REGIERUNGSKRITIK

FOKUS AUF FOLGEN DER DEMOGRAPHISCHEN KRISE

POLITISCHE MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DER AUSWANDERUNG

EU-Bürger hervorgebracht, die nicht in die Statistik aufgenommen werden, da sie ihre Adresse nie in einem EU-Land geändert haben. Beispielsweise hatten mehr als 6.000 Mazedonier, die nicht in Bulgarien, sondern in Mazedonien leben, den Einbürgerungsprozess durchlaufen, um bei Bedarf die bulgarische Staatsbürgerschaft als „Visum“ für die EU zu nutzen (Paunova, 2019). Gleichzeitig forderten bulgarischen Emigrantinnen und Emigranten in Chicago die Schließung der Agentur, da sie für die Betroffenen völlig irrelevant sei und die meisten ihrer Funktionen tatsächlich von bestehenden Ministerien wahrgenommen werden (OffNews 2018).

Mitte der 2000er Jahre entsandte Bulgarien auch Arbeitsattachés nach Großbritannien, Deutschland, Griechenland und Spanien. Zu ihren Aufgaben gehörten unter anderem die Beratung bulgarischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Ausland, die Unterstützung bei konkreten Arbeitskonflikten und die Bereitstellung von Informationen und Hilfe für Bulgarinnen und Bulgaren, die ins Land zurückkehren möchten. Im Jahr 2013 weigerten sich drei der vier Arbeitsattachés, nach Ablauf ihres Mandats nach Bulgarien zurückzukehren, mit der Begründung, sie verfügten über unersetzliches Fachwissen (OffNews 2013). Dieses Beispiel zeigt deutlich, dass die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, die bessere Arbeitsbedingungen im Ausland bevorzugen, selbst in den Institutionen, die sich mit diesem Problem und seinen Folgen befassen, ein Problem darstellt.

Darüber hinaus gibt es in Bulgarien einen stellvertretenden Ministerpräsidenten, der für die Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik zuständig ist und auch die Staatliche Agentur für die Auslandsbulgaren beaufsichtigt, einen Parlamentarischen Ausschuss für die Politik für die Auslandsbulgaren und schließlich einen Rat für die Arbeit mit den Auslandsbulgaren. Im Jahr 2019 startete Vizepräsidentin Iliyana Yotova eine Initiative zur Gründung eines bulgarischen Kulturinstituts im Ausland.

MASSNAHMEN ZUR FÖRDERUNG DER RÜCKKEHR

Während NGOs in den breiteren gesellschaftlichen Debatten über Auswanderung weitgehend abwesend blieben, haben sie durch die Organisation von Karriereforen gezielt Rückkehr gefordert. Im Jahr 2019 organisierte der Verband Tuk-Tam unter der Schirmherrschaft des bulgarischen Präsidenten Radev ein Karriereforum, das auch Online-Austausch ermöglicht, darunter Online-Jobinterviews für rückkehrwillige Bulgaren (CareerBG 2020). Schließlich startete das Sozialministerium Ende 2019 eine fünf Millionen Euro schwere Initiative, finanziert durch das EU-Programm für Arbeitsmobilität EURES, um emigrierte Bulgaren zurückzuholen (Vasilev 2020). Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehören die Zahlung von bis zu 1200 Lewa pro Monat (etwa 600 Euro) für die Kinderbetreuung, die Übernahme der Miete und die Bereitstellung eines Stipendiums sowie die Zahlung eines halben Mindestlohns pro Monat, sollten die Betroffenen in eine der weniger entwickelten Regionen des Landes ziehen (Vasilev 2020).

Doch trotz der großen Zahl an Regierungsstellen, die versuchen, bulgarische Emigrantinnen und Emigranten zurückzugewinnen, waren die meisten Maßnahmen bisher nur begrenzt erfolgreich. Die Karriereforen zielen vor allem auf die gut ausgebildete Mittelschicht ab, während das Problem der Auswanderung von weniger gebildeten ethnischen Bulgarinnen und Bulgaren, Roma und von Angehörigen der türkisch-bulgarischen Minderheit nach wie vor nicht effektiv bearbeitet wird. Darüber hinaus handelt es sich bei den vorgeschlagenen Maßnahmen hauptsächlich um „weiche Maßnahmen“, die nicht zur Rückkehr bewegen, da sie systemische Probleme wie Korruption und den Mangel an angemessener sozialer Sicherheit im Zusammenhang mit der allgegenwärtigen Unterfinanzierung von Kindergärten, Gesundheits- und Bildungswesen nicht angehen können.

INFOBOX – Migration in Zeiten der Corona-Pandemie

Mit dem Beginn der COVID-19-Pandemie rückte die Frage der Auswanderung erneut in den Vordergrund. Trotz restriktiver Sperrmaßnahmen in der gesamten EU machten sich viele bulgarische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Höhepunkt der Krise auf den Weg nach Westeuropa, um Erdbeeren und Spargel zu pflücken und in Fabriken und Lagerhäusern zu arbeiten (Weisskircher/Rone/Mendes 2020). Der bulgarische Premierminister Bojko Borissow kommentierte im April: „Inoffiziell halte ich es für unfair, dass die Bulgaren als Pflegekräfte nach Österreich gehen. Wenn ihre Verträge abgelaufen sind, werden sie zurückkommen, die Seuche zurückbringen, wir werden sie unter Quarantäne stellen und wir alle werden dafür bezahlen müssen“ (Maritsa 2020). Auch wurde die Diskussion über die Bedrohung durch das Virus in öffentlichen Debatten oftmals diskriminierend geführt, wobei die im Ausland befristet beschäftigten Roma als Hauptüberträger der Krankheit in Bulgarien dargestellt wurden. Dennoch blieb die bulgarische Regierung gegenüber den Zielländern diplomatisch zurückhaltend und hinderte bulgarische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht an der Ausreise. Es bleibt abzuwarten, ob die COVID-19-Krise zu einer erheblichen Veränderung der weitgehend positiven Einstellung zur Freizügigkeit geführt hat - laut Eurobarometer-Daten von 2015-2017 sprachen sich 87 Prozent der Bulgarinnen und Bulgaren für die Freizügigkeit von Arbeitskräften in der EU aus (Vasilopoulou/Talving 2020).

Trotz der hohen Gesundheitsrisiken und problematischen Arbeitsbedingungen zogen es viele Saisonarbeiter während der COVID-19-Krise vor, ins Ausland zu gehen anstatt zu Hause zu bleiben. Die Gründe dafür waren erstens situationsbedingt - in den ersten Monaten der Krise wurden die raschen und angemessenen Lockdown-Maßnahmen in Bulgarien nicht mit wirtschaftlicher Unterstützung kombiniert. Die Arbeitslosigkeit stieg stark an. Zweitens, und das ist noch wichtiger, gab es systematische Gründe für die Fortsetzung der Emigration auch während der Pandemie: selbst der Mindestlohn ist in vielen westeuropäischen Ländern höher als die Durchschnittslöhne in Bulgarien. Obwohl also die bulgarische Landwirtschaft während der COVID-19-Krise an einem Mangel an Arbeitskräften litt, zogen es die bulgarischen Arbeiterinnen und Arbeiter immer noch vor, das Flugzeug zu nehmen und ins Ausland zu gehen. Diese Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter mussten oft in Wohnwagen schlafen oder Wohnungen, insbesondere Badezimmer und Küche, mit mehreren anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern teilen - in der Hoffnung, dass sie ihrer Familie Geld zurückschicken und für den Ruhestand sparen können (Nikolova/Balhorn 2020).

Doch obwohl viele Beschäftigten wussten, was sie erwartet, verschärfte die COVID-19-Krise die bestehenden Probleme im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen zusätzlich. Der Fall erkrankter Arbeiterinnen und Arbeiter in der deutschen Fleischfabrik Tönnies war höchst brisant und wurde in den bulgarischen Medien mit Berichten aus erster Hand diskutiert. Berichte behandelten die Ausbeutung von Arbeitskräften, überfüllte Unterkünfte und die Arbeit bei kalten Temperaturen ohne Schutzmaßnahmen gegen das Virus. Trotz dieser Probleme ist ein Rückgang der Emigration aus Bulgarien unwahrscheinlich. Für den Einzelnen bleibt die Entscheidung auszuwandern rational, solange kein Anheben der Löhne und Investitionen in wirtschaftliche Strukturveränderungen erfolgen.

AUSBLICK

Letztlich ist die Auswanderung sowohl Symptom der systemischen Probleme des bulgarischen wirtschaftlichen und politischen Lebens als auch ein sich selbst verstärkendes Problem. Das Ausmaß der Auswanderung spiegelt die

**DER OSTEN ALS
ARBEITSRESERVE**

ungleiche Entwicklung in der EU wider, wobei die westlichen Länder die östlichen als Arbeitskräftereserve nutzen, während die östlichen EU-Mitglieder Arbeitskräfte aus Drittländern anwerben. Ähnliche Muster der Ungleichheit lassen sich auch innerhalb Bulgariens feststellen, wo regionale Ungleichheiten ein hohes Maß an Binnenmigration verursachen.

AUSWANDERUNG: EINE LANGFRISTIGE HERAUSFORDERUNG

Unter der Voraussetzung, dass die Löhne in Bulgarien niedrig bleiben und keine substanziellen Investitionen in die regionale Entwicklung getätigt werden, ist zu erwarten, dass das hohe Niveau sowohl der Binnenmigration als auch der Auswanderung von Saison- und Zeitarbeitskräften beibehalten wird, selbst in den beispiellosen Zeiten der globalen Pandemie. Gleichzeitig beteiligten sich viele bulgarische Studentinnen und Studenten, die aufgrund von COVID-19 aus dem Ausland zurückkehrten, aktiv an den Massenprotesten gegen die Regierung Borissow und forderten einen Systemwandel im Land, mehr Rechtsstaatlichkeit und ein Ende der Korruption und der mafiosen Vereinnahmung des Staates. Der ehemalige stellvertretende Premierminister und Rechtsaußen-Führer Valery Simeonov behauptete, einige der Protestierenden seien „Studenten, die nach Bulgarien gekommen sind, weil die westlichen Universitäten geschlossen sind. Sie wollen eine gewisse politische Aktivität zeigen, ein paar Selfies machen und sie an ihre Kollegen schicken“ (Sega 2020). Doch nicht nur die rückkehrenden Emigrantinnen und Emigranten, sondern auch die einheimische Jugend - die Kinder der so genannten „Übergangszeit“ - standen zu der Behauptung, in Bulgarien leben zu wollen. In einem Land, in dem die Auswanderung sowohl die Gebildeten als auch die Ungebildeten, Junge und Alte, Männer und Frauen betrifft, dass in einer sich selbst verstärkenden demographischen Krise verflochten ist und in dem alle entweder Auswanderer sind, waren oder kennen, ist es unwahrscheinlich, dass die Auswanderung in den kommenden Jahren zu einem polarisierten Thema wird. Dennoch bleibt sie eine stille Bedrohung, eine drohende Realität, und eine langfristige Herausforderung der bulgarischen Politik.

LITERATUR

- ABA* 2020: Държавна Агенция за Българите в чужбина; verfügbar unter: <https://www.aba.government.bg/> (letzter Zugriff: 03.11.2020).
- AER* 2017: Regionalisation in Bulgaria: reducing regional disparities #RoR2017; verfügbar unter: <https://aer.eu/regionalisation-bulgaria-reducing-regional-disparities-ror2017/> (letzter Zugriff: 03.11.2020).
- Anguelov, Gueorgui* 2019: Къде и колко са българите в чужбина; verfügbar unter: <https://www.24chasa.bg/novini/article/7281018> (letzter Zugriff: 03.11.2020).
- Anguelov, Gueorgui / Lesenski, Martin* 2017: 10 godini v ES: Tendentsii v bŭlgarskata migratsiya, Doklad na Otvoreno Obshtestvo (2017), 4; verfügbar unter: https://osis.bg/wp-content/uploads/2018/04/MigrationTrendsBulgaria_10YearEU_EuPI_Oct_2017_BG.pdf (letzter Zugriff: 05.11.2020).
- Apostolova, Raia / Hristova, Tsvetelina* (forthcoming): "The Postsocialist Posted Worker: Social Reproduction and the Geography of Class Struggles,;" in: Mezzadra, Sandro / Grappi, Giorgio (Hg.): Migration and the Contested Politics of Justice: Europe and the Global Dimension; Routledge, London, New York.
- Boyardjieva, Viktoria* 2018: Изследване: Всеки четвърти българин обмисля да емигрира; verfügbar unter: <https://bntnews.bg/bg/a/izsledvane-vseki-chetvrti-blgarin-obmislya-da-emigrira-v-chuzhbina> (letzter Zugriff: 03.11.2020).
- Davidescu, Lucian* 2017: Познай коя е най-продуктивната страна в ЕС?, Барикада, 2017; verfügbar unter: <https://baricada.org/2017/07/14/produktivnost-romania-bulgaria/> (letzter Zugriff: 03.11.2020).
- DnesBG* 2017: Български бебета се раждат... Но повечето – в чужбина!? Dnes.Bg.; verfügbar unter: <https://www.dnes.bg/obshtestvo/2017/11/22/bylgarski-bebeta-se-rajdat-no-povecheto-v-chujbina.359988> (letzter Zugriff: 03.11.2020).
- Dnevnik* 2019: Парите от емигранти надхвърлиха преките чуждестранни инвестиции за девет месеца. Dnevnik; verfügbar unter: https://www.dnevnik.bg/biznes/2019/12/24/4009573_parite_ot_emigranti_nadhvurliha_prekite_chujdestranni/ (letzter Zugriff: 03.11.2020).
- DW* 2020: Студ и невероятен стрес за 1200 евро - какво разказват българи за «Тъониес», *Deutsche Welle*; verfügbar unter: https://www.dnevnik.bg/sviat/2020/06/27/4084264_stud_i_neveroiaten_stres_za_120_evro_-_kakvo/?ref=home_layer2&fbclid=IwAR1Wmsj3H0sYTLcj8ZljE21gdXM3maMM9OCjfat0-VEJ-HE5I5_CbtctJGM (letzter Zugriff: 03.11.2020).
- Fertility Rates* 2020. World Bank Data; verfügbar unter: <https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.TFRT.IN?locations=EU> (letzter Zugriff: 03.11.2020).
- FES* 2019: Българската Младеж 2018-2019. Петър-Емил Митев, Борис Попиванов, Сийка Ковачева, Първан Симеонов; verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/sofia/15287.pdf> (letzter Zugriff: 03.11.2020).
- Grekova, Maya / Mineva, Mila / Deneva, Neda / Kabakchieva, Petya* 2015: Мобилни Хора срещу статични институции. Център за Либерални Стратегии и Фондация Риск Монитор; verfügbar unter: http://www.riskmonitor.bg/js/tiny_mce/plugins/ajaxfilemanager/upload/Reports/RM-Immobility_catch-2015_BG.pdf (letzter Zugriff: 03.11.2020).
- Guentcheva, Rossitza* 2009: How to think about post-socialist inner migration in Bulgaria (1989-2006), Антропологични изследвания, 7(1), S. 47-74.
- Hristova, Tsvetelina* 2020: Morbid Mobilities. Identities Journal; verfügbar unter: https://identitiesjournal.edu.mk/index.php/IJPGC/announcement/view/43#_ftn2 (letzter Zugriff: 03.11.2020).
- Infomrezha* 2016: Младежите от БСП излязоха с позиция срещу заселването на мигранти в Гоце Делчев; verfügbar unter: <http://infomreja.bg/mladejite-ot-bsp-izlqzoha-s-poziciq-sreshtu-zaselvaneto-na-migranti-v-goce-delchev-34130.html> (letzter Zugriff: 03.11.2020).
- KarieriBG* 2019: "Кариерен кошер" привлича обратно българите с опит и образование от чужбина; verfügbar unter: https://www.karieri.bg/karieren_klub/novini/3927697_karieren_kosher_privlicha-obratno-bulgarite_s_opit_i.arieri.bg/karieren_klub/novini/3927697_karieren_kosher_privlicha-obratno-bulgarite_s_opit_i/ (letzter Zugriff: 03.11.2020).
- KarieriBg* 2020: В България 62% от работодателите изпитват недостиг на кадри; verfügbar unter: https://www.karieri.bg/karieren_klub/novini/4019104_v_bulgariia_62_ot_rabotodatelite_izpitvat_nedostig_na/ (letzter Zugriff: 03.11.2020).
- Krastev, Ivan* 2019: A New Mental Barrier Is Dividing Europe, Zeit Online; verfügbar unter: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2019-11/outmigration-eastern-europe-germany-populism> (letzter Zugriff: 03.11.2020).
- Maritsa* 2020: Бойко Борисов: Може да сме в ада през следващите 2-3 седмици, Марица; verfügbar unter: <https://www.marica.bg/balgariq/boyko-borisov-mojeda-sme-v-ada-prez-sledvashtite-2-3-sedmici> (letzter Zugriff: 03.11.2020).

Mohdin, Aamna 2018: The fastest shrinking countries on earth are in Eastern Europe, Quartz; verfügbar unter: <https://qz.com/1187819/country-ranking-worlds-fastest-shrinking-countries-are-in-eastern-europe/> (letzter Zugriff: 03.11.2020).

NewsBg 2016: Кметовете да вдигат населението срещу настаняването на мигранти, призова БСП; verfügbar unter: <https://news.bg/politics/kmetovete-da-vdigat-naselenieto-sreshtu-nastanyavaneto-na-migranti-prizova-bsp.html> (letzter Zugriff: 03.11.2020).

Nikolov, Hristo 2018: 41% от българите живеят на тясно, 24Chasa; verfügbar unter: <https://www.24chasa.bg/novini/article/6911518> (letzter Zugriff: 03.11.2020).

Nikolova, Madlen / Balhorn, Lawrence 2020: The EU's Seasonal Farm Workers Are Still Forced to Travel During the Pandemic, The Jacobin; verfügbar unter: <https://www.jacobinmag.com/2020/05/migrant-workers-strawberry-farms-england-bulgaria-eu-coronavirus> (letzter Zugriff: 03.11.2020).

NSI 2019: Population and Demographic Processes in 2019, Republic of Bulgaria, National Statistical Institute.

OffNews 2018: Българи в чужбина искат закриване на ДАБЧ, OffNews; verfügbar unter: https://m.offnews.bg/news/Obshtestvo_4/Balgari-v-chuzhbina-iskat-zakrivane-na-DABCh_691451.html (letzter Zugriff: 03.11.2020).

OffNews 2013: Трудовите аташета не искат да се връщат в България, били незаменими, OffNews; verfügbar unter: https://m.offnews.bg/news/Balgariaa_1/Trudovite-atasheta-ne-iskat-da-se-vrashtat-v-Balgariaa-bili-nezamenim_204629.html (letzter Zugriff: 03.11.2020).

Raunova, Polina 2019: Как България крие "производството" на нови граждани на ЕС, Свободна Европа; verfügbar unter: <https://www.svobodnaevropa.bg/a/29808615.html> (letzter Zugriff: 03.11.2020).

Ranguelova, Rositsa / Bogdanov, Gueorgui 2012: Sotsialnoto vŭzdeŭstvie na emigratsiyata i vŭtreshnata migratsiya selo-grad v Tsentralna i Iztochna Evropa, Doklad ot imeto na Generalna direktsiya "Zaetost, sotsialni vŭprosi i priobshtavane" na Evropeŭskata komisiya; Europäische Kommission, Brüssel.

Sega 2020: Симеонов за протестите: Лузъри, ултраси и студенти за селфи, Sega; verfügbar unter: <https://www.segabg.com/node/144466> (letzter Zugriff: 03.11.2020).

Shushkov, Vasil 2020: Васил Велев: България се нуждае от внос на 100 хил. работници годишно, MoneyBG; verfügbar unter: <https://money.bg/economics/vasil-velev-balgariya-se-nuzhdae-ot-vnos-na-100-hil-rabotnitsi-godishno.html> (letzter Zugriff: 03.11.2020).

Weisskircher, Manès / Rone, Julia / Mendes, Mariana 2020: The only frequent flyers left: migrant workers in the EU in times of Covid-19, Open Democracy; verfügbar unter: <https://www.opendemocracy.net/en/can-europe-make-it/only-frequent-flyers-left-migrant-workers-eu-times-covid-19/> (letzter Zugriff: 03.11.2020).

Vasilev, Daniel 2020: Може ли държавата да стимулира връщането на българите от чужбина, MoneyBG; verfügbar unter: <https://money.bg/reports/mozhe-li-darzhavata-da-stimulira-vrashtaneto-na-balgarite-ot-chuzhbina.html> (letzter Zugriff: 03.11.2020).

Vasilopoulou, Sofia / Talving, Liisa 2020: Opportunity or threat? How Europeans view freedom of movement, LSE Brexit; verfügbar unter: <https://blogs.lse.ac.uk/brexit/2019/02/22/opportunity-or-threat-how-europeans-view-freedom-of-movement/> (letzter Zugriff: 03.11.2020).



**EMIGRATION IN
EUROPÄISCHEN LÄNDERN**

2 GRIECHENLAND

Zusammenfassung

Griechenland hat in Bezug auf Auswanderung mehrfach einen Wandel durchlaufen: Bis in die 1970er Jahre befanden sich insbesondere die arbeitsbedingten Emigrationsraten auf einem hohen Niveau, woran sich jedoch – aufgrund der Weltwirtschaftskrise – ein rapider Rückgang anschloss, welcher bis in die frühen 2010er Jahre anhielt.

Das Konzept der ‚neuen Emigration‘ ist zu einem bedeutenden Thema im öffentlichen Diskurs geworden. Die griechischen Medien stellen die Auswanderung generell als negatives Phänomen dar. Selten wird über demographische Aspekte gesprochen. Auswanderung wird hauptsächlich als sozioökonomisches Thema gerahmt.

Trotz der geringeren Bedeutung, die die linke *Syriza* ihr als Regierungspartei beimaß, wurde bei den Parlamentswahlen 2019 Auswanderung im Wahlkampf breit diskutiert. Insgesamt betrachteten alle großen politischen Parteien Emigration als ein Problem. Unterschiede gab es darin, welche Bedeutung sie ihr zuschrieben und welche Ursachen und Lösungen sie jeweils identifizierten.

Eine wichtige Neuerung im Bereich politischer Institutionen war 2019 die Ausweitung des Wahlrechts auf im Ausland lebende Griechen. Sie wurde von der regierenden Mitte-Rechts-Partei *Nea Dimokratia* vorgeschlagen und mit einer überwältigenden Mehrheit im Parlament verabschiedet. Darüber hinaus haben sowohl *Syriza* als auch die *Nea Dimokratia* einige Maßnahmen umgesetzt, die die Auswanderung verringern bzw. Auslands-griechinnen und -griechen zur Rückkehr anregen sollen.

ENTWICKLUNG UND STRUKTUR DER EMIGRATION

Die griechische Erfahrung der geografischen Dispersion reicht Jahrhunderte zurück, von der Antike über das Mittelalter bis in die Moderne und unsere heutige Zeit. Zusammen mit der jüdischen und der armenischen zählt die griechische zu einer der drei „klassischen“ Diaspora (Brubaker 2005: 3). Verschiedene Bewegungen, sowohl grenzüberschreitende Migration, als auch die Verschiebung von Grenzen über die ansässigen Menschen hinweg, haben eine Gemeinschaft von dauerhaft im Ausland lebenden Griechen geschaffen, deren Zahl derzeit auf 4 bis 5 Millionen geschätzt wird und die sich auf Dutzende Länder in der ganzen Welt verteilt (Greek City Times 2018). Diese lange und kleinteilige Geschichte der Expatriation prägt bis heute neben das Verständnis von Mobilität sowie die Konzeption der griechischen „Nation“ als solche.

Selbst wenn man den Fokus auf die jüngere Geschichte beschränkt, zeigt sich ein komplexes Gesamtbild. In der Nachkriegszeit wurde Griechenland zum Nettoexporteur migrantischer Arbeitskräfte in wohlhabendere europäische Länder, aber auch in die Vereinigten Staaten, nach Kanada und Australien. Zwischen 1955 und 1977 wanderten etwa 1,2 Millionen Menschen aus, was Griechenland zu dem europäischen Land mit der höchsten Auswanderungsrate im Verhältnis zu seiner damaligen Bevölkerung machte (Mavrodi/Moutselos 2017: 38). Bemerkenswert ist auch, dass nach dem Bürgerkrieg (1946-1949) zwischen 75 000 und 100 000 Menschen das Land als politische Flüchtlinge verließen, viele, wenn auch nicht alle davon Anhänger der griechischen kommunistischen Partei. Die meisten ließen sich in Osteuropa und der Sowjetunion nieder (Marantzidis 2015: 8).

VERÄNDERUNGEN DER EMIGRATIONSMUSTER

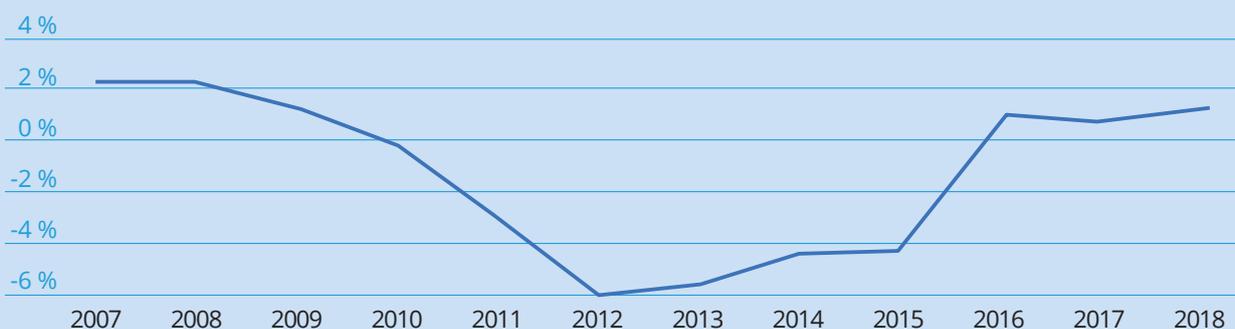
Country Factsheet

<i>Pro-Kopf-BIP:</i>	26 967 €
<i>EU-Beitrittsjahr:</i>	1981
<i>Bevölkerung im Jahr 2019:</i>	10 716 322
<i>Bevölkerung im Jahr 1990:</i>	10 196 792
<i>Bevölkerungsprognose für 2060:</i>	9 038 456
<i>Anteil ausländischer Staatsangehöriger:</i>	11,1 %
<i>Im Ausland geborene Bevölkerung:</i>	5,8 %
<i>Junge Bevölkerung:</i>	14,4 % (EU-Durchschnitt: 15,2 %)
<i>Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter:</i>	63,7 %
<i>65 Jahre und älter:</i>	22 % (EU-Durchschnitt: 20,2 %)
<i>Fertilitätsrate:</i>	1,35 (EU-Durchschnitt: 1,55)

In den 1970er Jahren deutete sich eine Trendwende an: Die Nettomigrationsrate Griechenlands stieg ins Positive, was zum Teil auf die Rückkehr zuvor ausgewanderter Griechinnen und Griechen zurückzuführen war, zum Teil aber auch auf die ersten Zuzüge ausländischer Arbeitskräfte. Auch wenn die Auswanderung aus Griechenland nie aufgehört hat, ging der EU-Beitritt des Landes 1981 nicht mit ihrer signifikanten Steigerung einher. Der Anteil der im Ausland lebenden Bevölkerung nahm seit den 2000er Jahren sogar kontinuierlich ab (siehe dazu Abbildung 1) – die Griechen gehörten viele Jahre lang zu den am wenigsten mobilen Bevölkerungsgruppen in Europa. Wie andere südeuropäische Länder wurde auch Griechenland bis in die 1990er Jahre zu einem Zielland für internationale Einwanderer, angezogen durch den relativ großen wirtschaftlichen Wohlstand und die geografische Nähe.

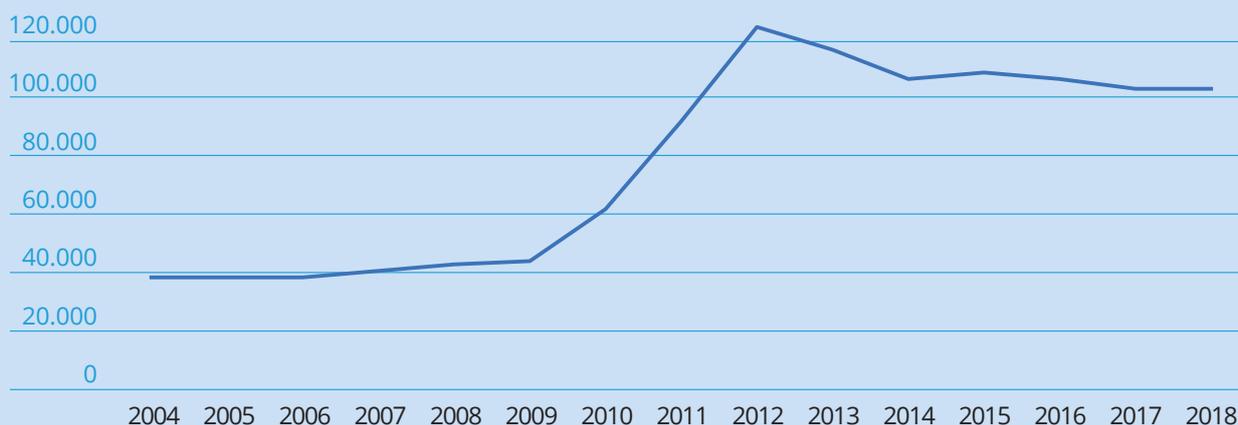
2008 überstieg die Zahl der Ausgewanderten wieder jene der Einwanderinnen und Einwanderer; angesichts der enormen Wirtschaftskrise und den sich anschließenden Austeritäts-Maßnahmen im Rahmen der ‚Griechenland-Rettung‘ kam es zu einem rapiden Anstieg der Emigrationsrate. Ein großer Teil dieser Mobilität fand im Rahmen des EU-Binnenmarktes für Arbeit statt (mehr als zwei Drittel der griechischen Auswanderer sind erwerbstätig), wobei die wichtigsten Zielländer das Vereinigte Königreich, Deutschland und die Niederlande waren. Hohe Zahlen wurden auch in

Abb. 1: Bevölkerungsveränderung (in Prozent)



Quelle: Eurostat / Eigene Darstellung

Abb. 2: Auswanderung in absoluten Zahlen 2004-2018



Quelle: Eurostat / Eigene Darstellung

der Schweiz, Schweden und Belgien sowie in Ländern mit traditionell großen griechischen Gemeinschaften (USA, Australien, Kanada) außerhalb Europas verzeichnet, aber auch in neuen Zielländern wie den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Die Schätzungen über das Ausmaß der Auswanderung aus Griechenland variieren. Nicht selten werden die Zahlen in den griechischen Medien und im politischen Diskurs dabei zu hoch eingeschätzt. Eine häufig zitierte Statistik der Bank of Greece aus dem Jahr 2015 beziffert die Zahl der Auswanderer seit Ausbruch der Wirtschaftskrise auf eine halbe Million (Bank of Greece 2016). Andere glaubwürdige Quellen schätzen diese Zahlen jedoch niedriger ein: Labrianidis und Pratsinakis (2016) etwa sprechen von 280 000 bis 350 000 Personen zwischen 2010 und 2015. Darüber hinaus waren viele derjenigen, die im Rahmen der jüngsten Auswanderungswelle das Land verließen, ausländische Staatsbürger, darunter viele Personen albanischer Herkunft, die besonders betroffen von den sich verschlechternden wirtschaftlichen Bedingungen in Griechenland waren (Mavrodi/Moutselos 2017: 39). Wie Abbildung 2 zeigt, besaßen 40 Prozent der Auswanderer keine EU-Staatsbürgerschaft.

Die Rückkehrmigration ist ebenfalls bedeutsam: Zwischen 2008 und 2015 reisten etwa 200 000 Griechinnen und Griechen wieder in ihr Heimatland ein (Efsyn 2017). Gleichzeitig ist zu beachten, dass diese Rückkehrer in offiziellen Statistiken möglicherweise unterrepräsentiert sind, da nicht alle EU-Mitgliedsstaaten eine Registrierung bei der Ankunft von Unionsbürgern verlangen und dementsprechend auch nicht erheben, wann sie wieder ausreisen.

Waren die Ausgewanderten früher in der Regel ungelernete Arbeiter, Bauern oder Studierende, die Griechenland für ihre tertiäre Ausbildung verließen und tendenziell recht zeitnah wieder zurückkehrten, kommt es im Zuge der jüngsten Migration auch zu einer Flucht von Humankapital, auch wenn diese nicht so ausgeprägt ist, wie im öffentlichen Diskurs oft behauptet. Die Wirtschaftskrise führte zu einem starken Rückgang des verfügbaren Einkommens sowie zu massiver Arbeitslosigkeit, vor allem bei der jungen Bevölkerung. Deutlich zeigt sich dies daran, dass im Jahr 2013 fast 4 von 10 Arbeitslosen einen Hochschulabschluss hatten, die meisten von ihnen waren im Alter zwischen 25 und 44 Jahren (Lazaretou 2017: 41). Dies verschärfte die bereits bestehenden Problematiken des griechischen Arbeitsmarktes, insbesondere dessen Unfähigkeit, Hochqualifizierte einzubinden (Lazaretou 2017: 47). Tatsächlich stiegen deren Auswanderungszahlen bereits vor der großen Wirtschaftskrise an (Lambrianidis 2011).

SOZIO-DEMOGRAPHISCHES PROFIL

Auffällig ist, dass Grundschulabsolventen in Griechenland eine bessere Position auf dem Arbeitsmarkt haben als Personen mit anderen Bildungsabschlüssen (Mavrodi/Moutselos 2017: 36). Dies stellt das vorherrschende politische Narrativ in Frage, demzufolge der starke Anstieg der Auswanderung hauptsächlich ein Krisensymptom ist. Nicht nur war der Arbeitsmarkt bereits vor der Krise sehr ineffizient, auch die nicht-ökonomischen Ursachen, die der Auswanderung aus Griechenland zugrunde liegen, werden durch eine Überbetonung wirtschaftlicher Aspekte verschleiert. Soziale und politische Faktoren wie Nepotismus und Korruption, der wahrgenommene Mangel an Leistungsgerechtigkeit sowie die weit verbreitete Politikverdrossenheit scheinen eine ebenso wichtige Rolle gespielt zu haben (Groutsis et al. 2019: 5).

AUSWANDERUNG AUS EINER ALTERNDEN GESELLSCHAFT

Was die Alterszusammensetzung betrifft, so sind die ‚neuen‘ Auswanderinnen und Auswanderer relativ jung, wenn auch etwas älter als frühere Generationen von Emigranten: In den 1990er Jahren lag das Durchschnittsalter der Auswanderer bei rund 25 Jahren, 2010 war es etwas höher als 30 Jahre (Pratsinakis et al. 2017: 81). Das Problem des Bevölkerungsrückgangs wird dadurch zusätzlich verschärft. Die aktuelle Geburtenrate liegt bei 1,4 Kindern pro Frau, womit sie zu den niedrigsten in Europa gehört. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung ist umgekehrt einer der höchsten in Europa. Insgesamt leben in Griechenland 1,5-mal so viele Personen über 65 wie jüngere. Es wird prognostiziert, dass die Bevölkerung bis 2060 um mehr als 1,5 Millionen Menschen schrumpfen wird.

MÖGLICHE POSITIVE ASPEKTE DER AUSWANDERUNG

Häufig wird im Zusammenhang mit der Auswanderung aus Südeuropa auch die Entvölkerung ländlicher Gebiete thematisiert, da jene europäischen Regionen, die von einem Bevölkerungsrückgang betroffen sind (Griechenland, Bulgarien, aber auch Teile Spaniens, Italiens und Portugals), überproportional im Süden liegen (van Herwijnen et al. 2018). Innerhalb Griechenlands betrifft der Bevölkerungsrückgang jedoch vor allem die Großstädte, wobei Athen und Thessaloniki die höchsten Verluste zu verzeichnen hatten. Bemerkenswerterweise hat die Auswanderung deshalb sogar dazu beigetragen, den Trend der zunehmend unterschiedlichen Bevölkerungsdichte zwischen Stadt und Land zu verlangsamen (Salvati 2019).

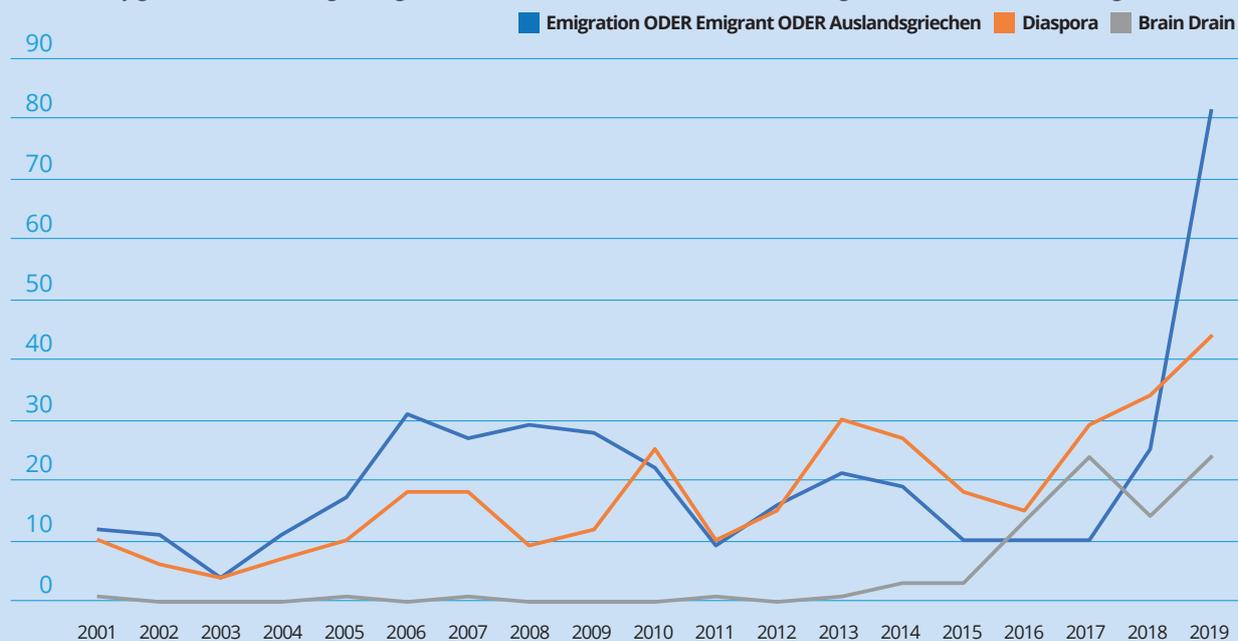
Ein potenziell positiver Aspekt der Auswanderung ist die Rücküberweisung von Geldern durch Auswanderer in ihre Heimatregion. Entsprechende Zahlungen belaufen sich derzeit auf etwas mehr als 0,3 Prozent des griechischen Bruttoinlandsprodukts. Dies entspricht einem ähnlichen Niveau wie im Fall anderer südeuropäischer Länder (niedriger als in Italien, etwas höher als in Portugal und Spanien), liegt zugleich aber deutlich unter den Werten in osteuropäischen Ländern. Selbst in den schlimmsten Jahren der Wirtschaftskrise, als die Zahl der griechischen Emigranten sprunghaft anstieg, kam es zu keinem sonderlich hohen Anstieg von Auslandsüberweisungen. Nichtsdestoweniger ist es denkbar, dass die Rücküberweisungen die Liquiditätsprobleme des Landes im Zusammenhang mit der Krise zumindest abgefedert haben (Correia/Martins 2016).

EMIGRATION IM POLITISCHEN DISKURS

Mehr noch als Auswanderung war in den 1990er und 2000er Jahren die Einwanderung Thema hoher Salienz in der griechischen Öffentlichkeit, aber auch in der Forschung. Erst in jüngerer Zeit stieg die Bedeutung der Auswanderung. Betrachtet wird sie wie so viele andere politische, soziale und wirtschaftliche Phänomene, v.a. durch die Linse der Wirtschaftskrise (Mavrodi/Moutselos 2017: 43).

Erscheint der Diskurs über Emigration auf den ersten Blick sehr heterogen, lassen sich doch einige Muster herausarbeiten. Zuallererst wird die Auswanderung als ein überwiegend negatives Phänomen betrachtet, etwas, das es zu stoppen oder umzukehren gilt. Emigranten werden oft so dargestellt, als seien sie aufgrund von Widrigkeiten zur Auswanderung gezwungen und hätten den

Abb. 3: Häufigkeit auswanderungsbezogener Schlüsselwörter in der Berichterstattung der Athener Nachrichtenagentur



Quelle: Athens News Agency Retrieved via Factiva / Eigene Darstellung

starken Wunsch, zurückzukehren. Das typische Bild eines Auswanderers, welches gezeichnet wird, ist das eines jungen und gebildeten Menschen, der seine Karriere im Ausland voranbringt, sich aber nach der Heimat sehnt.

In den Qualitätsmedien gibt es im Wesentlichen zwei Typen von Artikeln, die sich mit dem Thema Auswanderung befassen. Auf der einen Seite wird häufig über Auswanderungsraten und/oder -absichten berichtet. Die entsprechenden Statistiken stammen aus Meinungsumfragen, offiziellen Berichten oder aus der Forschung. Die Konzentration auf blanke Zahlen vermittelt den Eindruck eines gleichermaßen stetigen wie starken Auswanderungsstroms. Die Emigration wird als Folge des politischen Versagens und der Unzulänglichkeiten des griechischen Staates wie der politischen Klasse dargestellt, zusätzlich verstärkt durch die Krise (To Vima 2019; In.gr 2017). Zur selben Kategorie von Artikeln gehören auch Berichte über diverse, auf Auswanderung bezogene Ereignisse wie Podiumsdiskussionen und Debatten, oft unter Beteiligung von Politikern, Bürokraten, Akademikern und privaten Unternehmern. Dazu gibt es auch Artikel, die über den Inhalt und etwaigen Fortschritt von Gesetzesnovellen, die sich mit Emigration beschäftigen, berichten (Neakriti 2020; In.gr 2018a).

Auf der anderen Seite finden sich in den Medien Artikel, die die Geschichten derer erzählen, die ausgewandert sind oder sich gegen Auswanderung entschieden haben. Häufig beschreiben Reportagen Geschichten aus erster Hand, in denen die Betroffenen ihren persönlichen Weg und ihre Beweggründe schildern (To Vima 2016). Viele erzählen von den schwierigen Umständen, die Menschen zum Weggang bewegten, wie etwa Arbeitslosigkeit, ausbeuterische Anstellungsverhältnisse oder der Bankrott eines Unternehmens. Darüber hinaus stellen die genannten Artikel häufig das Leben der griechischen Emigranten in ihren neuen Aufenthaltsländern vor, wo viele von ihnen nur Tätigkeiten nachgingen, die eine geringe Qualifikation erfordern (im Gastgewerbe oder Einzelhandel). Veranschaulicht werden dabei die Schwierigkeiten, mit denen die Auswanderer im Ausland konfrontiert sind, darunter insbesondere die Probleme, eine ihrer Qualifikation angemessene Arbeit zu finden, oder die höheren Lebenshaltungskosten. Die Artikel zeichnen typischerweise ein Bild von Ausgewanderten, die sich wünschen zurückzukehren, für die dies aber nicht möglich ist (In.gr 2018b; To Vima 2012).

EMIGRATION ALS THEMA IN DEN MEDIEN

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf den Griechinnen und Griechen in Großbritannien und Deutschland. Beide Länder haben eine lange griechische Einwanderungsgeschichte, in beiden Ländern haben sich neue migrantische Gemeinschaften herausgebildet. Dabei ist Deutschland nicht nur das bevorzugte Ziel griechischer Emigranten, sondern es gilt in Griechenland zugleich als Architekt und Hauptbefürworter der Austeritätspolitik, welche überhaupt erst für den starken Anstieg der Auswanderung verantwortlich gemacht wird. Der starke Fokus auf Deutschland suggeriert dementsprechend, dass Auswanderung primär den Interessen der reichen und mächtigen Länder dient, die Griechenland seiner Arbeitskräfte beraubten und gleichzeitig migrantische Arbeit ausbeuteten (siehe auch Mavrodi/Moutselos 2017: 43). Schlagzeilen wie „Griechen und andere Einwanderer haben das deutsche BIP angekurbelt“ (To Vima 2018a) bringen dieses Narrativ auf den Punkt.

Das Thema Nummer eins, über das die Presse in den letzten zwei Jahrzehnten berichtete, war ein Prozess, der sein Ende im Dezember 2019 mit dem Gesetz über Auslandswahlen fand (siehe Abbildung 6) und den erst kürzlich Ausgewanderten ermöglichte, an den griechischen Wahlen teilzunehmen, ohne zur Stimmabgabe nach Griechenland zurückreisen zu müssen. Trotz seiner großen Diaspora war Griechenland eines der letzten EU-Mitglieder, welches ein solches Verfahren eingeführt hat. Vorherige Versuche waren wiederholt gescheitert.

DIE VERBORGENE SEITE

Die griechischen Medien stellen das Thema Auswanderung äußerst selektiv dar (Mavrodi/Moutselos 2017: 44; Pratsinakis et al. 2017: 83) und konzentrieren sich dabei auf einige Arten von Migration und Migranten, während sie andere kaum thematisieren. Dazu gehört u.a., dass nicht besprochen wird, wie sich die neue Auswanderungswelle auf einen großen Teil der nichtgriechischen Bürger ausgewirkt hat. Darüber hinaus werden Auswanderung und Einwanderung nahezu strikt getrennt, speziell im Rahmen der sogenannten Flüchtlingskrise. Wie sich zeigen wird, sind auch die Interventionen der Politik auf einen ganz bestimmten Auswanderertypus ausgerichtet: Er oder sie ist jung, aktiv und qualifiziert.

Ein weiterer Aspekt, der die Resonanz des Themas Emigration im öffentlichen Diskurs Griechenlands sichtbar macht, ist das verstärkte künstlerische Interesse an diesem Thema. In einer Reihe von Theaterstücken und Kunstwerken beispielsweise werden Identitätsfragen oder das Handeln von Migranten in schwierigen Zeiten bearbeitet (In.gr 2013).

Insgesamt ist es schwer zu sagen, inwieweit sich Griechinnen und Griechen tatsächlich über Emigration Sorgen machen, da öffentliche Meinungsumfragen selten, wenn überhaupt, danach fragen. Eine kürzlich durchgeführte, breit diskutierte Umfrage zeigt, dass sich Griechen, getrennt befragt nach Emigration und Einwanderung, tendenziell größere Sorgen über erstere machen (28 Prozent gegenüber 7 Prozent) (The Guardian 2019). Auffällig ist, dass sich der größte Teil der Befragten um beide Themen sorgt (54 Prozent). Dies spiegelt ein generelles Unbehagen wider, das die Menschen gegenüber der Mobilität in ihren verschiedenen Facetten empfinden.

AUSWANDERUNG ALS TEIL DER ANTI-ESTABLISHMENT-POLITIK

Das Thema der „neuen Auswanderung“ gewinnt seit 2015 an politischer Bedeutung (Pratsinakis et al. 2017: 86). Auch wenn die Auswanderungsrate bereits 2012 ihren Höhepunkt erreichte, wurde Emigration zu jenem Zeitpunkt durch die Wirtschaftskrise überschattet. Anders ausgedrückt: Bis 2015 hatte Auswanderung keine politische Priorität. Erst später richtete sich der Fokus auf sie, im Rahmen eines umfassenden gesellschaftlichen Diskurses über die negativen sozialen Folgen der Krise samt der Austeritätspolitik – vom Anstieg der Arbeitslosigkeit, über die wachsende Armut, bis hin zu drastisch erhöhten Selbstmordraten.

Abb. 4: Auswanderung und Diaspora in den programmatischen Dokumenten der wichtigsten griechischen Parteien 2019

	Beurteilung	Framing	Handlungsvorschläge
Nea Dimokratia rechts	negativ	demographisch sozio-ökonomisch	Sozial- und Familienpolitik
Syriza links	-	-	-
KINAL mitte-links	differenziert	sozio-ökonomisch Grundrechte	Anreize für private Investitionen Ausweitung politischer Rechte Diaspora-Bildung und Kultur
KKE rechts-außen	-	-	-
Elliniki Lysi rechtsextreme	negativ	demographic socio-economic	Ökonomischer Nationalismus Familienministerium Diaspora-Bildung, Kultur und Religion
MeRA25 links	negativ	demographisch sozio-ökonomisch	Ausweitung politischer Rechte

Quelle: Wahlprogramme / Eigene Darstellung

Die 2015 neu gewählte Syriza-Regierung, welche sich vor allem unter der jungen Bevölkerung einer starken Anhängerschaft erfreute, betrachtete die Auswanderung primär als ein Symptom der sozialen Missstände und signalisierte, Maßnahmen zu ihrer Eindämmung einzuführen. Diesbezüglich ist auffällig, dass die linke Partei zu jener Zeit in ihren Manifesten ausschließlich junge und gut ausgebildete Personen adressierte. Im Februar 2015 kam es zur Wahl von Alexis Tsipras als Premierminister. Bei der Vorstellung seines Regierungsprogramms im Parlament machte er folgende Zusage:

„Das Ziel der Regierung [...] ist] die Ausarbeitung eines langfristigen Plans für die Rückkehr Tausender junger Männer und Frauen, dieses wichtigen Teils der griechischen Gesellschaft, des dynamischsten Teils des Landes, der jungen Forscher, der jungen Leute mit den vielen Abschlüssen, die das Land verlassen haben und heute an Universitäten und Forschungszentren im Ausland beschäftigt sind.“ (Tsipras 2015)

Der Syriza-Parteikongress von 2016 thematisierte Auswanderung ebenfalls und legte sich dabei auf folgende Ziele fest:

„Unser Plan für eine gerechte Entwicklung und einen produktiven Wiederaufbau kann nicht vorankommen, wenn er die neue Generation nicht einbezieht. Junge Männer und Frauen müssen einer seiner zentralen Grundpfeiler sein. In den Jahren der Wirtschaftskrise und der neoliberalen Barbarei erleben junge Menschen auf besonders grausame Weise die Auswirkungen der kapitalistischen Aggression. Vor diesem Hintergrund sollten der Kampf gegen Schwarzarbeit, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, insbesondere von jungen Frauen, die bis zu 65 Prozent erreicht, die Rückkehr junger Wissenschaftler aus dem Ausland, die Bewahrung und der Ausbau öffentlicher und kostenloser Bildung und die Bekämpfung aller Bemühungen zur Privatisierung höherer Bildung sowie die Sicherstellung der politischen und sozialen Rechte junger Menschen zentrale politische Prioritäten sein, sowohl für die Partei als auch für die Regierung.“ (Syriza 2016)

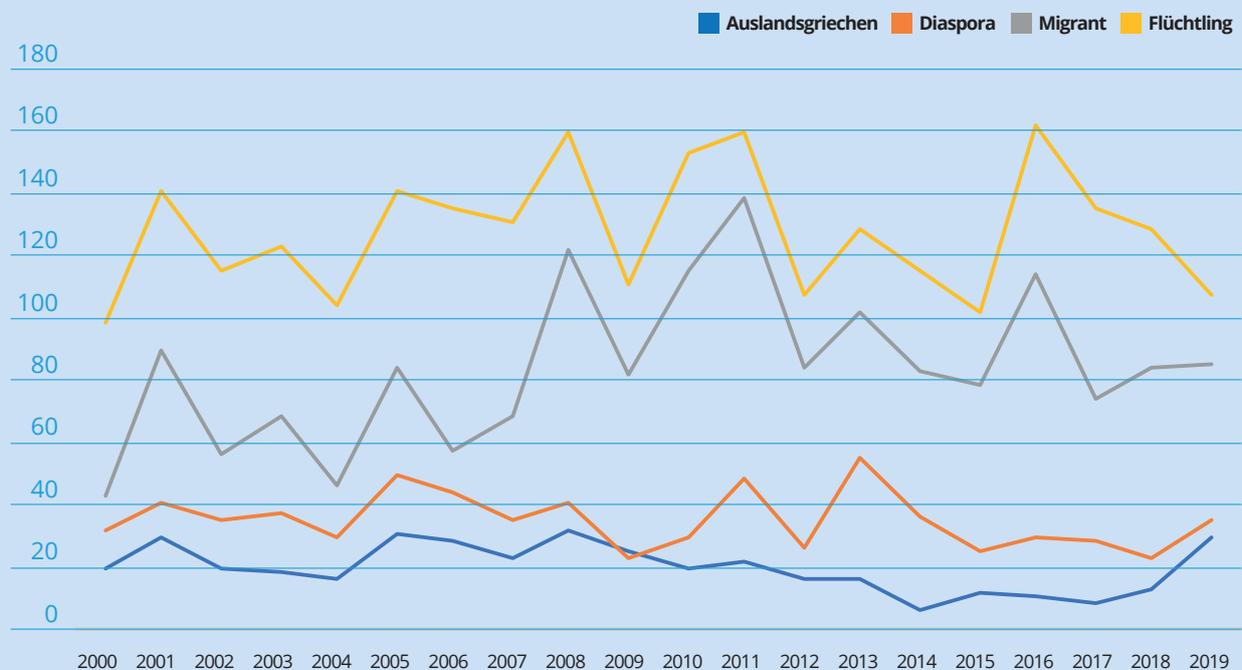
Zu den bemerkenswerten politischen Entwicklungen während der Regierung Tsipras gehört die Gründung der Hellenischen Stiftung für Forschung und Innovation, gefolgt von einem Programm zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und dem ‚Brain Drain‘, das 2018 gestartet wurde und sich auf die berufliche Aus- und Weiterbildung konzentrierte (To Vima 2018b). Die Maßnahmen umfassten u.a. die Bereitstellung von 2 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung, die Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Forschende und Maßnahmen zur Unterstützung „innovativen Unternehmertums“ (Ethnos 2019). Angesichts der sich zu dieser Zeit kaum verändernden Auswanderungszahlen fällt eine genaue Beurteilung der Effektivität dieser Maßnahmen jedoch schwer.

Spätestens 2018 war auch die Diskussion um das Wahlrecht von Ausgewanderten zu einem Thema großer symbolischer Bedeutung geworden. Als sich die Positionen der Regierungspartei *Syriza* und der größten Oppositionspartei *Nea Dimokratia* bezüglich der Wahlmöglichkeit im Ausland annäherten, versuchten beide Parteien dennoch, sich voneinander abzugrenzen, was jedoch kaum mehr als in gegenseitigen Anschuldigungen und einem öffentlichen Schlagabtausch resultierte (Free Sunday 2018). Im selben Jahr setzte die *Syriza*-Regierung eine Expertenkommission ein, die einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorbereiten sollte (Efsyn 2018). Dieser wurde jedoch nicht rechtzeitig vor den Parlamentswahlen 2019 fertiggestellt. Effektiv wurden so griechische Auswanderer von einer weiteren Parlamentswahl ausgeschlossen, wofür Tsipras heftig kritisiert wurde (Kathimerini 2019).

AUSWANDERUNG IN DEN WAHLPROGRAMMEN

Die Frage der politischen Repräsentation von Ausgewanderten und das Thema der Emigration gewannen im Vorfeld der Parlamentswahlen 2019 deutlich an Salienz. Ein Blick auf verschiedene wahlkampfrelevante Dokumente wie Programme oder anderes programmatisches Material¹ der großen Parteien,

Abb. 5: Häufigkeit migrationsbezogener Schlüsselwörter in Parlamentsdebatten



Quelle: Griechisches Parlament / Eigene Darstellung

¹ Die entsprechenden Dokumente sind verfügbar auf den jeweiligen Websites der Parteien: : <https://nd.gr/ekloges-2019> (Nea Dimokratia), <https://kinimaallagis.gr/programma/> (KINAL), <https://ellinikilisi.gr/wp-content/uploads/2020/08/ΠΡΟΓΡΑΜΜΑ-ΕΛΛΗΝΙΚΗ-ΛΥΣΗ-ΙΑΝΟΥΑΡΙΟΣ-2019.pdf> (Elliniki Lysi), <https://mera25.gr/politiko-programma/> (MeRA25). Die offiziellen Websites von Syriza (<https://www.syriza.gr>) und KKE (<https://www.kke.gr/>) wurden auch in die Analyse einbezogen.

d.h. derjenigen, die den Einzug in das Parlament schafften, zeigt, wie genau die Parteien das „Problem“ der Auswanderung definierte, welches Framing sie ihm gaben und welche Lösungsvorschläge sie unterbreiten.

Mit Ausnahme der regierenden *Syriza* und der Kommunistischen Partei Griechenlands bezogen sich alle wichtigen Parteien bei den Parlamentswahlen 2019 in irgendeiner Form auf die Frage der Auswanderung. Dennoch unterschieden sie sich in der Hervorhebung bestimmter Aspekte, im Framing und in den vorgeschlagenen Lösungsansätzen stark voneinander. Dabei scheint die politische Ausrichtung einen klaren Einfluss darauf zu haben, ob, wie und wie viel eine Partei über Emigration spricht: Während linke Parteien sich stärker auf sozioökonomische Aspekte konzentrieren und Lösungen auf der Grundlage ausgeweiteter politischer Rechte anbieten, neigen rechte Parteien dazu, die Auswanderung nicht nur als sozio-ökonomisches, sondern auch als demographisches Problem darzustellen. Insgesamt widmen rechte Parteien dem Thema mehr Aufmerksamkeit als andere – abgesehen von einer kurzen Erwähnung der Auswanderung in ihrem Wahlprogramm hat etwa die *Nea Dimokratia* ein komplettes Wahlvideo zum Thema Auswanderung produziert (In.gr 2019).

Darüber hinaus nutzen die Parteien die Auswanderung als Vehikel, um ihre ideologische Ausrichtung zum Ausdruck zu bringen und verknüpfen sie mit Themen, die sie bereits als ihre eigenen „besetzt“ haben. Die eurokritische *MeRA25* beispielsweise interpretierte die Auswanderung als ein Ergebnis des Scheiterns der EU, die *Mainstream-KINAL* wiederum lediglich als Begleiterscheinung einer verstärkten innereuropäischen Mobilität, die verwaltet, aber nicht rückgängig gemacht werden kann. Die rechtsextreme *Elliniki Lysi* adressierte das Thema Auswanderung mehr als jede andere Partei und verwendete dabei eine alarmierende Sprache. Emigration geriet in ihrer Rhetorik zu einem zwischenstaatlichen Konflikt um Ressourcen – die Auswanderung werde „von Ländern wie Deutschland ausgebeutet, während wir alle dafür bezahlen“ (Programm Griechische Lösung 2019: 155).

Die historische Diaspora spielte in den Wahlkampfdokumenten als eigenständiger Adressat kaum eine Rolle: Nur die *Mitte-Links-KINAL* und die rechtsextreme *Elliniki Lysi* erwähnten sie ausdrücklich. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Kulturpolitik und der Pflege der kulturellen Bindungen mit dem Heimatland, während weiterreichende politische und wirtschaftliche Vorschläge eher auf die „neuen“ Emigranten abzielten. Im Allgemeinen sind Auswanderung und Diaspora häufig Thema in den Beratungen des griechischen Parlaments, auch wenn sie in der Regel nur am Rande erwähnt werden.

Abbildung 5 veranschaulicht die Häufigkeit von Schlüsselwörtern in Parlamentsdebatten, die verschiedene, sich teils überschneidende Formen von Mobilität bzw. Migration erfassen: „Auslandsgriechen“ (*απόδημος*), „Diaspora“, (*ομογένεια*), „Migrant“ (*μετανάστης*) und „Flüchtling“ (*πρόσφυγας*).² Es zeigt sich, dass Emigration während der letzten zwei Jahrzehnte deutlich weniger salient war als Einwanderung, insbesondere auf dem Höhepunkt der ‚Flüchtlingskrise‘ 2015 und 2016.³

AUSWANDERUNG DURCH DIE IDEOLOGISCHE BRILLE

BEDEUTUNG DES THEMAS MIGRATION IM GRIECHISCHEN PARLAMENT

2 Die Stichwortsuche wurde in der Online-Datenbank durchgeführt, welche die Protokolle der Plenartagungen der griechischen Nationalversammlung enthält: <https://www.hellenicparliament.gr>. Untersucht wurden Parlamentsdebatten. In die Suche gingen auch konjugierte Wortformen ein. Die Ergebnisse geben dabei nur bedingt Aufschluss über die Salienz, da die gewählte Methode zwar anzeigt, ob eines der migrationsbezogenen Schlüsselwörter genannt wurde, nicht aber, wie häufig dies innerhalb einer einzelnen Debatte geschah. Zusätzliche Verzerrungen ergeben sich dadurch, dass immer nur nach je einem Schlüsselwort gesucht werden konnte.

3 Es gilt dabei zu beachten, dass im Griechischen mehrere Begriffe verwendet werden, um „Auswanderer“ und „Auswanderung“ zu bezeichnen: Manchmal wird das Wort „Expatriate“ (*απόδημος*) verwendet, ein anderes Mal der Ausdruck „Griechen im Ausland“ (*Έλληνες του εξωτερικού*) oder das Wort „Migrant“ (*μετανάστης*) zusammen mit dem Adjektiv „griechisch“. Angesichts dieser Komplexität und in Kombination mit der eingeschränkten Suchfunktionalität der online verfügbaren Parlamentsprotokolle sind die Ergebnisse in Abbildung 8 eingeschränkt aussagekräftig.

WAHLRECHT FÜR AUSLANDSGRIECHEN

Im Dezember 2019 wurde in Griechenland ein bedeutsamer Meilenstein erreicht, als eine überwältigende parlamentarische Mehrheit das von der Regierung der *Nea Dimokratia* eingebrachte Gesetz zur Auslandswahl verabschiedete. Damit einher ging auch die Notwendigkeit einer Änderung der Verfassung, die die Stimmabgabe außerhalb Griechenlands an bestimmte Voraussetzungen knüpft, darunter eine „echte Bindung an den Staat“, die „persönliche Anwesenheit im Wahllokal“ bzw. die „Zeit außerhalb des Landes oder Anwesenheit im Land für einen bestimmten Zeitraum in der Vergangenheit“ (Christopoulos 2019). Tatsächlich war die rechtliche Unterscheidung zwischen der alten Diaspora und den „neuen“ Emigranten einer der umstrittensten Teile des Gesetzesvorschlags.

Zunächst sei noch einmal daran erinnert, dass *Syriza* bereits zuvor daran gearbeitet hatte, das Wahlrecht Ausgewanderter zu stärken. Die *Nea Dimokratia* bereitete parallel dazu ihren eigenen Vorschlag vor, da sie bei der Ankündigung ihres Regierungsprogramms (Mitsotakis 2019) ihre Zusage dazu gegeben hatte. Bezüglich der Grundausrichtung des Gesetzes, die politische Beteiligung griechischer Emigranten zu ermöglichen, herrschte im Wesentlichen Konsens unter den Parlamentsfraktionen. Die Parteien grenzten sich allerdings bei Detailfragen voneinander ab: beispielsweise bei der Frage, wie genau dieses Recht verwirklicht werden sollte oder an welche Voraussetzungen es zu knüpfen sei.

In zweiter Linie nutzten die Abgeordneten die Debatte über das Thema auch dazu, den politischen Gegner zu attackieren, ihre eigene Leistung herauszustellen und die Anerkennung für die Bearbeitung des Themas für sich zu gewinnen. Der Redner von *Syriza* zum Beispiel beschuldigte frühere Regierungen der *Nea Dimokratia* und der *PASOK*, jahrzehntelang im Ausland lebende Bürgerinnen und Bürger entrechtet zu haben: „Wir haben es angesprochen, nicht Sie.“ Ein Vertreter von *KINAL* (den Erben der *PASOK*) argumentierte, sie seien die „Fraktion, die am meisten für die Diaspora getan habe“, und erinnerte an Initiativen, die bereits in den 1960er und 1970er Jahren unternommen worden waren.

POLARISIERUNG ZWISCHEN DEN PARTEIEN

Die Kommunistische Partei und die rechtsextreme *Elliniki Lysi* nahmen diametrale Positionen ein, wobei erstere für eine enge Definition der im Ausland lebenden Wählerschaft (im Sinne derjenigen mit einer echten Beteiligung an der Politik und Gesellschaft des Landes) eintrat und letztere dagegen eine weite Definition favorisierte, wobei sie der Kommunistischen Partei vorwarf, sie schließe „mehr als 85 Prozent [...] der echten Griechen“ aus (woher diese Zahl stammt, blieb unklar).

Die Abgeordneten der *MeRA25* waren die Einzigen, die gegen den Vorschlag stimmten, weil er in ihren Augen nicht weit genug ging. Er schließe eine zu große Zahl von potenziellen Wählerinnen und Wählern von der Teilnahme aus und mache Auslandsgriechen damit zu „Bürgern zweiter Klasse“, hieß es (BELEG). Im Gegensatz zur *Elliniki Lysi* konzentrierten sich die Einwände von *MeRA25* jedoch auf den administrativen und sozioökonomischen Ausschluss potenzieller Wähler (z.B. die Anforderung, in Griechenland eine Steuererklärung abgegeben zu haben, um sich registrieren zu können).

Nach einer langwierigen Debatte über derartige Einzelheiten wurde das Gesetz in einer historischen Abstimmung verabschiedet: historisch deshalb, weil 288 von 296 Abgeordneten dafür stimmten. Nur sieben Parlamentarier waren dagegen, einer enthielt sich der Stimme.

ANREIZE FÜR DIE RÜCKKEHR VON FACHKRÄFTEN

Jenseits des Wahlgesetzes für Auslandsgriechen brachte die Regierung der *Nea Dimokratia* auch ein gezieltes Rückführungsprogramm für Auswanderer auf den Weg. Unter dem Namen ‚Rebrain Greece‘ wurde es 2019 vom Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten etabliert. Die Flaggschiffaktion des Programms ist ‚Again Greece‘ und zielt darauf ab, Griechinnen und Griechen im Alter von 28 bis 40 Jahren mit hohem Spezialisierungsgrad und wissenschaftli-

cher Erfahrung zur Rückkehr zu bewegen. Diese Personen sollen von privaten Unternehmen mit einem monatlichen Mindestgehalt von 3.000 Euro eingestellt werden, das zu 70 Prozent vom Staat finanziert wird. Die die Rückkehrer verpflichten sich im Gegenzug danach für 12 Monate im jeweiligen Unternehmen zu verbleiben. Darüber hinaus umfasst Rebrain Greece drei weitere Maßnahmen: die Entwicklung von Online-Plattformen, auf denen sich potenzielle Rückkehrer und Arbeitgeber registrieren lassen können, die Einrichtung einer Beratungsagentur, die mit Forschung und Politikplanung beauftragt wird, und ein Paket „intelligenter Maßnahmen“ der öffentlichen Hand für den Arbeitsmarkt, bei denen moderne Datenvisualisierungstechnologien und die Prinzipien der Künstlichen Intelligenz zum Einsatz kommen (Naftemboriki 2019).

Ferner wurde ein separates Aktionsnetzwerk aus Regierungs-, Gesetzgebungs- und Verwaltungsorganen mit der historischen griechischen Diaspora betraut. Dazu gehören der Weltrat der Griechen im Ausland, die World Hellenic Inter-Parliamentary Association und das Generalsekretariat der Hellenen im Ausland unterhalb des Außenministeriums. Das Parlament hat einen Ständigen Sonderausschuss für Auslands Griechen eingerichtet, dessen erklärtes Ziel es ist, deren Probleme zu identifizieren, die griechische Sprache zu bewahren und für einen „Philhellenismus“ (Griechisches Parlament o.J.) zu werben. Dies ist bezeichnend für die breitere Ausrichtung solcher Institutionen, die vor allem auf den Erhalt und die Förderung der griechischen kulturellen Identität durch Geldmittel, die Organisation von Veranstaltungen, Konferenzen und durch wissenschaftliche Forschung in Zusammenarbeit mit den zahlreichen Organisationen der Griechen im Ausland hinwirken.

PFLEGE DER BINDUNGEN ZWISCHEN DIASPORA UND HEIMATLAND

INFOBOX – Migration in Zeiten der Corona-Pandemie

Wie viele andere Länder weltweit erließ auch Griechenland in Reaktion auf die Corona-Pandemie Lockdown-Maßnahmen und Reisebeschränkungen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens. Obwohl das Land dank frühzeitiger Vorsorge eine unkontrollierte Ausbreitung sowie die Überlastung des Gesundheitssystems im Frühjahr 2020 vermeiden konnte, kam es nach der Lockerung der Reisebeschränkungen zur Urlaubssaison zu einem beträchtlichen Anstieg der Fallzahlen.

Die grenzüberschreitende Mobilität griechischer Staatsangehöriger wurde zunächst dramatisch eingeschränkt, insbesondere im März und April 2020. Jedoch wurden die Beschränkungen ab Mai schrittweise wieder gelockert. Als Europa später zum neuen Epizentrum der globalen Pandemie wurde, setzte die griechische Regierung Ein- und Ausreisen in beziehungsweise aus mehreren Ländern innerhalb und außerhalb der EU aus. Eine kleine Anzahl von Rückführungsflügen aus Großbritannien, Italien, Spanien und anderen Ländern wurde organisiert. Diese beschränkten sich jedoch auf dringende Fälle, zum Beispiel auf Bürgerinnen und Bürger mit gesundheitlichen Problemen oder gekündigten Mietverträgen. Dieses Vorgehen, verbunden mit der punktuellen Unzufriedenheit von Auswanderern, die nach Griechenland zurückkehren wollten, aber nicht durften, fand medial große Beachtung.

Von Anfang an bestand auch ein signifikantes Risiko, dass es in den griechischen Flüchtlingslagern zu einem Virusausbruch kommen könnte, verschärft durch die katastrophalen sanitären Bedingungen, die Überbelegung und den Mangel an medizinischen Versorgungsgütern. Anfang September wurden schließlich mehrere Fälle von Covid-19 in Moria bestätigt, dem größten der Lager zu jener Zeit. Einige Tage später wurde Moria vollständig von einem Feuer verwüstet. Angaben zufolge wurde das Feuer von den Insassen selbst gelegt, um gegen die strikten Isolationsmaßnahmen zur Eindämmung des Virus zu protestieren. Da die Re-

gierung im Falle eines Transfers der Geflüchteten auf das Festland ein größeres Infektionsgeschehen befürchtete, wurden sie auf die Insel Lesbos gebracht (Al Jazeera 2020).

Schon vor diesem Vorfall verfolgte die griechische Regierung den Ansatz, die Mobilität der Menschen so weit wie möglich einzuschränken, Tausende Personen in den Lagern unter Quarantäne zu stellen und das Auftreten von Covid-19-Fällen als Vorwand zu nehmen, um ältere Pläne zur weiteren Isolierung von Flüchtlingen wieder aufzugreifen. Außerdem führte die Regierung unterstützt von FRONTEX strengere Kontrollen der Außengrenzen ein, um potenzielle Neuankömmlinge aus der Türkei abzugreifen.

AUSBLICK

Während die traditionelle Diaspora Griechenlands in der griechischen Politik als Thema immer latent war, kam es zu einer deutlichen Politisierung von Emigration seit der Wirtschafts- und Finanzkrise. Bezeichnend für die gestiegene Bedeutung des Themas war die Verabschiedung eines Wahlgesetzes im Dezember 2019, das es im Ausland lebenden Griechinnen und Griechen erlaubte, noch im selben Jahr an ihrem jeweiligen Aufenthaltsort zu wählen. Das Gesetz läutet ein neues Kapitel in der griechischen Wahlgesetzgebung ein, da Kandidaten fortan neue Strategien entwickeln müssen, um die Stimmen der Auslandsbevölkerung für sich zu gewinnen.

Darüber hinaus bleibt abzuwarten, ob die gezielte Rückkehrpolitik, die vor kurzem von der Regierung der *Nea Dimokratia* initiiert wurde, irgendwelche substanziellen Auswirkungen haben wird. Es scheint unwahrscheinlich, dass solche Maßnahmen die tiefer liegenden Triebkräfte der Auswanderung – wie anhaltende soziale und politische Missstände in Griechenland oder Ungleichgewichte auf dem europäischen Binnenmarkt – wirksam bekämpfen können. Da sich die ohnehin fragile Wirtschaft Griechenlands im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie nach Voraussagen verschlechtern wird, kann davon ausgegangen werden, dass Auswanderung das Land weiterhin prägen wird.

LITERATUR

- Al Jazeera* 2020: Thousands protest after Greece's Moria refugee camp burns down; verfügbar unter: <https://www.aljazeera.com/news/2020/09/thousands-protest-moria-refugee-camp-burns-200911142219949.html> (letzter Zugriff: 05.11.2020).
- Bank of Greece* 2016: Έκθεση του Διοικητή για το έτος 2015; verfügbar unter: <https://www.bankofgreece.gr/Publications/ekthdkth2015.pdf> (letzter Zugriff: 05.11.2020).
- Brubaker, Rogers* 2005: The 'diaspora' diaspora; in: *Ethnic and Racial Studies*, S. 28(1), 1-19.
- Christopoulos, Dimitris* 2019: At last, a law on expatriate vote in Greece; verfügbar unter: <https://globalcit.eu/at-last-a-law-on-expatriate-vote-in-greece/> (letzter Zugriff: 04.11.2020).
- Correia, Leonida / Martins, Patricia* 2016: Are remittances an instrument of stabilization and funding in the euro area?; in: *Applied Economics Letters* 23 (16), S. 1177-1181.
- Efsyn* 2017: Μετανάστευση και φυγή εγκεφάλων: μύθος και πραγματικότητα; verfügbar unter: https://www.efsyn.gr/stiles/apopseis/122456_metanasteysi-kai-fygi-egkefalon-mythos-kai-pragmatikotita (letzter Zugriff: 05.11.2020).
- Efsyn* 2018: Επιτροπή για τους Έλληνες εκλογείς εξωτερικού; verfügbar unter: https://www.efsyn.gr/politiki/158631_epitropi-gia-toys-ellines-eklogeis-exoterikoy (letzter Zugriff: 05.11.2020).
- ESPON* 2018: Fighting rural depopulation in Southern Europe; verfügbar unter: https://www.espon.eu/sites/default/files/attachments/af-espon_spain_02052018-en.pdf (letzter Zugriff: 05.11.2020).
- Ethnos* 2019: Τσίπρας: Καταφέραμε να αντιστρέψουμε το brain drain; verfügbar unter: https://www.ethnos.gr/politiki/27699_tsipras-kataferame-na-antistrepsoyme-brain-drain (letzter Zugriff: 05.11.2020).
- Free Sunday* 2018: Τσίπρας: Θα δώσουμε δικαίωμα ψήφου στους Έλληνες του εξωτερικού; verfügbar unter: <https://freesunday.gr/politiki/item/20993-tsipras-tha-dwsoyme-dikaiwma-pshfou-stoys-ellhnes-toy-exwterikoy> (letzter Zugriff: 05.11.2020).
- Greek City Times* 2018: The Greek diaspora approaches the 5 million mark; verfügbar unter: <https://greekcitytimes.com/2018/11/18/the-greek-diaspora-approaches-the-5-million-mark/> (letzter Zugriff: 05.11.2020).
- Greek Solution* undated: Without title; verfügbar unter: <https://elliniki-lisi.gr/wp-content/uploads/2020/08/ΠΡΟΓΡΑΜΜΑ-ΕΛΛΗΝΙΚΗ-ΛΥΣΗ-ΙΑΝΟΥΑΡΙΟΣ-2019.pdf> (letzter Zugriff: 05.11.2020).
- Groutsis, Dimitria / Vassilopoulou, Joana / Kyriakidou, Olivia / Özbilgin, Mustafa F* 2019: The 'New' Migration for Work Phenomenon: The Pursuit of Emancipation and Recognition in the Context of Work; in: *Work, Employment and Society* 34 (5), S. 864-882; verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/0950017019872651> (letzter Zugriff: 04.11.2020).
- Hellenic Parliament* 2019: Συνεδρίαση ΞΣΤ'; verfügbar unter: <https://www.hellenicparliament.gr> (letzter Zugriff: 05.11.2020).
- Hellenic Parliament* undated: Special Permanent Committee on Greeks Abroad; verfügbar unter: <https://www.hellenicparliament.gr/en/Diethneis-Drastiriotites/Diethnes-Perivallon/Ellinismos-tis-Diasporas/Epitropi-Apodimou-Ellinismou/> (letzter Zugriff: 05.11.2020).
- In.gr* 2013: Τηλέμαχος: «Να μείνω ή να φύγω»; verfügbar unter: <https://www.in.gr/2013/02/25/entertainment/tilemaxos-na-meinw-i-na-fygw/> (letzter Zugriff: 05.11.2020).
- In.gr* 2017: Στουρνάρας: 427.000 άτομα έφυγαν από τη χώρα τα χρόνια της κρίσης; verfügbar unter: <https://www.in.gr/2017/11/15/economy/stournaras-427-000-atoma-efygan-apo-ti-xwra-ta-xronia-tis-krisis/> (letzter Zugriff: 05.11.2020).
- In.gr* 2018a: Εκδήλωση για την ανάσχεση του brain drain από το Οικονομικό Πανεπιστήμιο; verfügbar unter: <https://www.in.gr/2018/05/23/greece/ekdilosi-gia-tin-anasxesi-tou-brain-drain-apo-oikonomiko-panepistimio/> (letzter Zugriff: 05.11.2020).
- In.gr* 2018b: Έλληνες νέοι: «Να μείνω ή να φύγω»; verfügbar unter: <https://www.in.gr/2018/06/25/world/deutsche-welle/ellines-neoi-na-meino-na-fygo> (letzter Zugriff: 05.11.2020).
- In.gr* 2019: Το νέο σποτ της ΝΔ για το brain drain; verfügbar unter: <https://www.in.gr/2019/06/10/in-tv/neo-spot-tis-nd-gia-brain-drain> (letzter Zugriff: 05.11.2020).
- Kathimerini* 2019: Επιστολή Ελλήνων εξωτερικού προς Τσίπρα για το δικαίωμα ψήφου; verfügbar unter <https://www.kathimerini.gr/1032453/gallery/epikairothta/politikh/epistolh-ellhnwn-e3wterikoy-pros-tsipra-gia-to-dikaiwma-yhfoy> (letzter Zugriff: 05.11.2020).
- Labrianidis, Lois / Pratsinakis, Manolis* 2016: Greece's new emigration at times of crisis; GreeSE paper (99); Hellenic Observatory, LSE.

Lazaretou, Sophia 2016: The Greek brain drain: The new pattern of Greek emigration during the recent crisis; in: *Economic Bulletin* (43), S. 31-54.

Marantzidis, Nikos. 2015: Εισαγωγή [Introduction]; in: Antoniou, G. and S. Kalyvas (Hg.): *Οι Πολιτικοί πρόσφυγες του Εμφυλίου Πολέμου: Κοινωνικές και πολιτικές προσεγγίσεις*. University of Macedonia, Thessaloniki, S. 8-15; verfügbar unter: http://repository.edulll.gr/edulll/bitstream/10795/3432/2/3432_1.5.2-3.5.2%20%5b%ce%9a%ce%bf%ce%b9%ce%bd%cf%8c%5d.pdf (letzter Zugriff: 04.11.2020).

Mavrodi, Georgia / Moutselos, Michalis. 2017: Immobility in Times of Crisis? The Case of Greece; in: Jean-Michel Lafleur and Mikolaj Stanek (Hg.): *South-North Migration of EU Citizens in Times of Crisis*; Springer Open, Stuttgart, S. 33-48.

Mitsotakis, Kyriakos 2019: Ομιλία του Πρωθυπουργού Κυριάκου Μητσοτάκη στη Βουλή, στη συζήτηση για τις Προγραμματικές Δηλώσεις της Κυβέρνησης; verfügbar unter <https://primeminister.gr/2019/07/20/21936> (letzter Zugriff: 05.11.2020).

Naftemporiki 2019: Rebrain Greece: Πρωτοβουλία για επαναπατρισμό των αποδήμων στην ελληνική αγορά εργασίας; verfügbar unter: <https://www.naftemporiki.gr/story/1541061/rebrain-greece-protoboulia-gia-epanapatrismo-ton-apodimon-stin-elliniki-agora-ergasias> (letzter Zugriff: 05.11.2020).

Neakriti 2020: ΓΓ Απόδημου Ελληνισμού: Σημαντική συνάντηση για τη δημιουργία πανομογενειακού δικτύου Ελλήνων ιατρών; verfügbar unter: <https://www.neakriti.gr/article/politismos/1583077/gg-apodimou-ellinismou-simadiki-sunadisi-gia-ti-dimiourgia-panomogeneiakou-diktuou-ellinon-iatron/> (letzter Zugriff: 05.11.2020).

Pratsinakis, Manolis / Hatziprokopiou, Panos / Labrianidis, Lois / Grammatikas, Dimitris. 2017: Crisis and the resurgence of emigration from Greece: trends, representations and the multiplicity of migrant trajectories; in: Glorius, Brigit / Domínguez-Mujica, Jozefina (Hg.): *European mobility in times of crisis*; J. Transcript Verlag, Bielefeld, S. 75-102.

Salvati, Luca 2019: Bridging the divide: Demographic dynamics and urban-rural polarities during economic expansion and recession in Greece; in: *Popularuib Space and Place* 25 (8); verfügbar unter: <https://doi.org/10.1002/psp.2267> (letzter Zugriff: 04.11.2020).

Syriza 2016: Second Congress: Text of Political Decision [in Greek]; verfügbar unter: <https://www.syriza.gr/article/id/67313/Politikh-Apofash-2oy-Synedrioy.html> (letzter Zugriff: 05.11.2020).

The Guardian 2019: Europe's south and east worry more about emigration than immigration – poll; verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/world/2019/apr/01/europe-south-and-east-worry-more-about-emigration-than-immigration-poll> (letzter Zugriff: 05.11.2020).

To Vima 2012: Έλληνες μετανάστες στο Λονδίνο!; verfügbar unter: <https://www.tovima.gr/2012/04/14/society/ellines-metanastes-sto-londino/> (letzter Zugriff: 05.11.2020).

To Vima 2016: Χωρίς επιστροφή 500.000 Έλληνες μετανάστες; verfügbar unter: <https://www.tovima.gr/2017/06/02/finance/xwris-epistrofi-500-000-ellines-metanastes/> (letzter Zugriff: 05.11.2020).

To Vima 2017: Έρευνα-ανατροπή: Αυτοί είναι οι λόγοι που οδήγησαν στο εξωτερικό χιλιάδες Έλληνες; verfügbar unter: <https://www.tovima.gr/2019/11/10/society/ereyna-anatropi-aytoi-einai-oi-logoi-pou-odigisan-sto-eksoteriko-xiliades-ellines/> (letzter Zugriff: 05.11.2020).

To Vima 2018a: Οι Έλληνες και άλλοι μετανάστες τόνωσαν το γερμανικό ΑΕΠ; verfügbar unter: <https://www.tovima.gr/2018/11/02/finance/oi-ellines-kai-alloi-metanastes-tonosan-to-germaniko-aep/> (letzter Zugriff: 05.11.2020).

To Vima 2018b: €2,6 δισ. κατά της ανεργίας και του brain drain; verfügbar unter: <https://www.tovima.gr/2018/01/05/finance/2-6-dis-kata-tis-anergias-kai-toy-brain-drain/> (letzter Zugriff: 05.11.2020).

Tsipras, Alexis 2015: Prime Minister Tsipras' speech during the presentation of the government program; verfügbar unter: <https://primeminister.gr/2015/02/08/13322> (letzter Zugriff: 05/11/2020).

van Herwijnen, Marjan et al. (eds) 2018: *Fighting rural depopulation in Southern Europe*. Luxembourg: ESPON; verfügbar unter: https://www.espon.eu/sites/default/files/attachments/af-espon_spain_02052018-en.pdf (letzter Zugriff: 04.11.2020).



**EMIGRATION IN
EUROPÄISCHEN LÄNDERN**

3 ITALIEN

Zusammenfassung

Die Auswanderung aus Italien hat in den letzten Jahren zugenommen – insbesondere aus Norditalien und den großen Städten. Eine ähnliche Entwicklung ist auch bei der Binnenmigration zu beobachten: Immer mehr Menschen wandern aus Süd- nach Norditalien ab. Überwiegend verlassen junge und gut qualifizierte Menschen das Land. Langfristig trägt die Auswanderung junger Italienerinnen und Italiener zur Alterung der Bevölkerung bei.

Die Bevölkerung betrachtet die hohen Auswanderungsraten mit zunehmender Sorge: In einer Umfrage schätzten die Befragten die Auswanderung als ein noch größeres Problem ein als die Einwanderung. In den Medien überwiegt jedoch die Berichterstattung zum Thema Einwanderung. Ähnliches gilt für den politischen Diskurs: Während das Thema Auswanderung in Parteiprogrammen und parlamentarischen Debatten zumeist nur am Rande auftaucht, spielt die Einwanderung eine wichtigere Rolle.

Das Thema Auswanderung wird im politischen Diskurs vor allem mit sozioökonomischen Problemen verbunden. Allen Parteien gemein ist die Betonung der positiven Rolle der italienischen Gemeinschaften im Ausland. Parteipolitische Unterschiede werden vor allem mit Bezug auf das Verhältnis von Aus- und Einwanderung sichtbar: Rechtspopulistische Parteien verknüpfen das Problem der Auswanderung mit ihrer Kritik an Zuwanderung.

ENTWICKLUNG UND STRUKTUR DER EMIGRATION

Die Geschichte der italienischen Auswanderung ist eng mit der Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert verbunden. In diesem Zeitraum (insbesondere zwischen 1875 und 1928) erreichte die Auswanderung mit circa 17 Millionen Auswanderinnen und Auswanderern ihr Höhepunkt. Rund die Hälfte von ihnen zog in ein west- bzw. nordeuropäisches Land, die andere Hälfte übersiedelte nach Nord- und Südamerika (Del Boca/Venturini 2003). Eine neue Auswanderungswelle setzte mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein, wobei deren Hauptzielländer vor allem nord- und westeuropäische Staaten waren. In den 1970er und 1980er Jahren ging in Folge der positiven wirtschaftlichen Entwicklung Italiens die Zahl der italienischen Auswanderinnen und Auswanderer stark zurück (Bonifazi et al. 2009). Zur gleichen Zeit nahm die Zuwanderung deutlich zu, womit sich das Land graduell von einem Auswanderungsland zu einem Einwanderungsland entwickelte.

Diese Entwicklung wird am positiven Migrationssaldo ersichtlich, der seit 2004 konstant ist (vgl. Abb. 1). Dessen ungeachtet stieg die Zahl der registrierten Auswanderinnen und Auswanderer seit 2004 wieder etwas an: Waren es 2004 noch rund 49.900, verließen zehn Jahre später bereits circa 136.000 Menschen das Land. Das Jahr 2016 markierte den vorläufigen Höhepunkt mit 157.000 Auswanderinnen und Auswanderern (Eurostat 2020a).¹

**AUSWANDERUNG HAT
IN DEN LETZEN JAHREN
ZUGENOMMEN**

¹ Wie in vielen anderen Ländern wird auch in Italien das Ausmaß der Abwanderung durch Abmeldung in lokalen Gemeindeämtern berechnet (*anagrafi*). Für die Analyse von Migrationsströmen sind diese Daten zwar essentiell, doch bleiben sie auch zwangsläufig unvollständig: Sie liefern keine Informationen über das Ausmaß der nicht-registrierten Abwanderung (Bonifazi et al. 2009). Anzunehmen ist, dass die tatsächlichen Zahlen der Auswanderung deutlich höher liegen dürften.

Country Factsheet

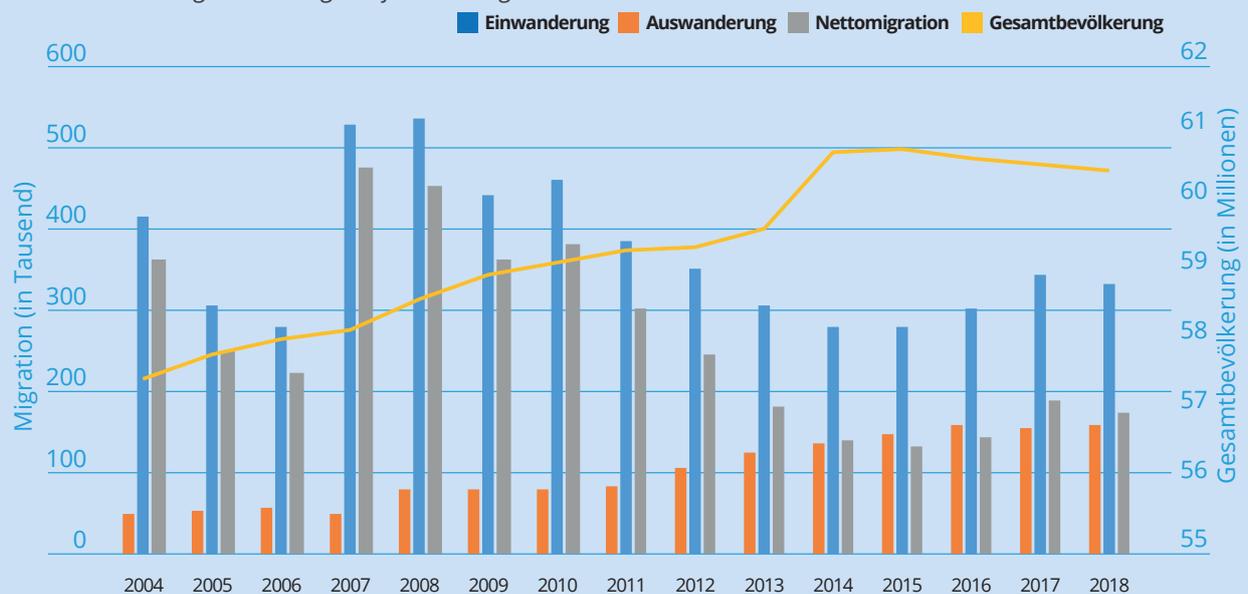
<i>Pro-Kopf-BIP:</i>	26 860 €
<i>EU-Beitrittsjahr:</i>	1957
<i>Bevölkerung im Jahr 2019:</i>	60 400 000
<i>Bevölkerung im Jahr 1990:</i>	56 690 000
<i>Bevölkerungsprognose für 2060:</i>	55 989 561
<i>Anteil ausländischer Staatsangehöriger:</i>	8,7 %
<i>Im Ausland geborene Bevölkerung:</i>	10,4 %
<i>Junge Bevölkerung:</i>	20,7 % (EU-Durchschnitt: 15,2 %)
<i>Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter:</i>	40 %
<i>65 Jahre und älter:</i>	22,8 % (EU-Durchschnitt: 20,2 %)
<i>Fertilitätsrate:</i>	1,29 (EU-Durchschnitt: 1,55)

Die Ein- und Auswanderung von Menschen mit italienischer Staatsangehörigkeit weist einen negativen Saldo auf: Laut staatlichen Angaben sind von 1999 bis 2008 circa 428.000 Personen ausgewandert, während nur 380.000 Personen ihren Wohnsitz in Italien neu angemeldet haben (ISTAT 2019: 2). Zwischen 2009 und 2018 wanderten sogar bis zu 816.000 Italienerinnen und Italiener aus – und nur 333.000 zogen in der gleichen Zeit nach Italien zurück (vgl. Abb. 2). Die sinkende Bereitschaft zur Rückkehr kann als Indiz für die anhaltende wirtschaftliche Schwäche Italiens gedeutet werden.

**EMIGRATION
IST OFT
RÜCKKEHRMIGRATION**

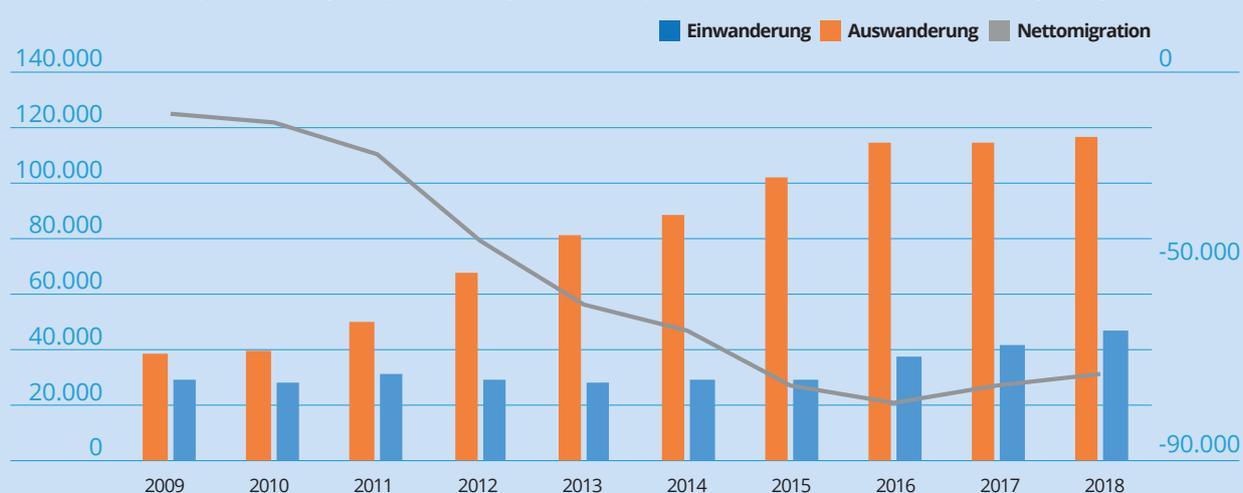
Nicht alle Menschen, die Italien den Rücken kehren, besitzen die italienische Staatsangehörigkeit. Unter ihnen befinden sich auch viele Menschen, die einst in Italien eingewandert sind und in ihre Heimat zurückkehren. 2018 waren es laut offiziellen Statistiken 26 Prozent (von insgesamt 157.000). Hinzu kommen italienische Staatsangehörige, die im Ausland geboren sind. Sie machen circa 30 Prozent des gesamten Auswanderungsstroms aus. Von diesen wurde ein Drittel in Bra-

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung und jährliche Migrationsraten



Quelle: Eurostat 2020a, 2020b, 2020c / Eigene Darstellung

Abb. 2: Bevölkerungsentwicklung und jährliche Migrationsraten für Personen mit italienischer Staatsangehörigkeit



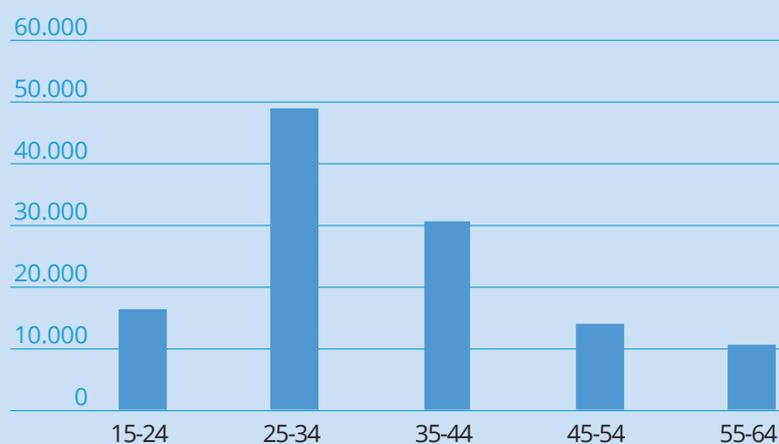
Quelle: ISTAT 2019 / Eigene Darstellung

silien, 10 Prozent in Marokko und 6 Prozent in Deutschland geboren (ISTAT 2019: 3). Somit haben mehr als die Hälfte der aus Italien ausgewanderten Menschen einen Migrationshintergrund oder keine italienische Staatsbürgerschaft.

Italienische Männer sind etwas auswanderungsfreudiger als Frauen: Der Anteil von Männern beträgt 56 Prozent (ISTAT 2019: 4) und entspricht annähernd dem anderer Mittelmeerstaaten. Vor allem junge Menschen verlassen vermehrt das Land: Wie Abbildung 3 deutlich macht, wanderten 2018 vor allem Personen aus den Altersgruppen 25 bis 34 (knapp 50.000) sowie 35 bis 44 (circa 30.500) aus (Eurostat 2020d). Im Unterschied zu früheren Auswanderungsphasen sind heute die meisten Menschen, die das Land verlassen, gut bis sehr gut ausgebildet. 2018 hatte die Hälfte von ihnen Abitur (33.000) oder einen Universitätsabschluss (29.000). Der Anteil qualifizierter Auswanderung ist in den letzten fünf Jahren weiter um 45 Prozent gestiegen (ISTAT 2019: 4).² Für Italien hat diese Entwicklung zur Folge, dass zunehmend Bildungsinvestitionen an das Ausland verloren gehen.

**VIELE JUNGE UND
GUT AUSGEBILDETE
WANDERN AUS**

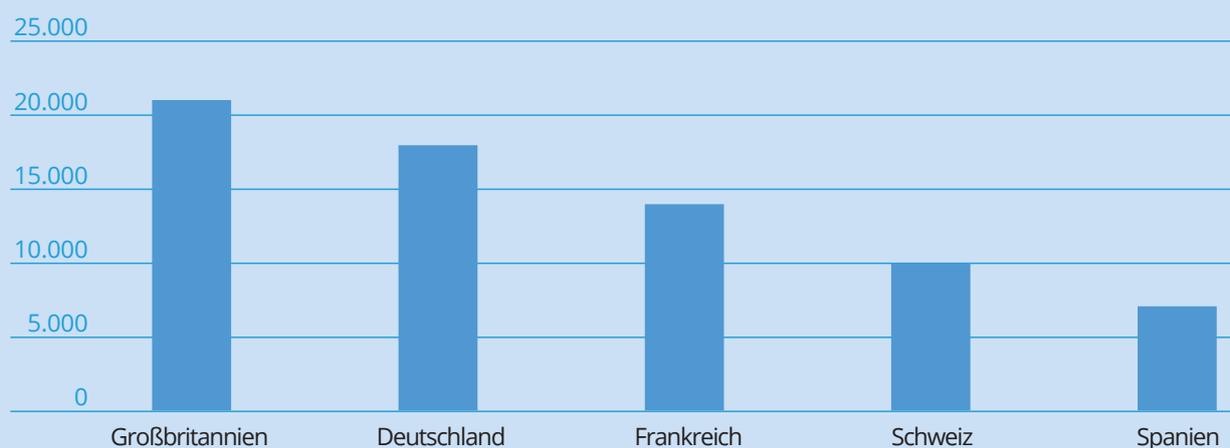
Abb. 3: Auswanderung aus Italien nach Alter (2018)



Quelle: Eurostat 2020d / Eigene Darstellung

² Eine präzise Definition von ‚qualifizierter Auswanderung‘ gibt es in Italien nicht. Im Allgemeinen sind damit sowohl Personen mit einem Universitätsabschluss als auch weitere Beschäftigte mit professionellen Fachkenntnissen gemeint.

Abb. 4: Wichtigste europäische Zielländer (2018)



Quelle: ISTAT 2019: 3 / Eigene Darstellung

2018 stellte Großbritannien das wichtigste Zielland dar (vgl. Abb. 4). Von 2009 bis 2018 vervierfachte sich die italienische Auswanderung in das Vereinigte Königreich (von 5.000 auf 21.000 pro Jahr). Der Höhepunkt wurde 2016 erreicht, als 25.000 in Großbritannien lebende Italiener und Italienerinnen im Zuge des Brexits ihren Wohnsitz anmeldeten. An zweiter Stelle rangiert Deutschland (18.000) vor Frankreich (14.000), der Schweiz (10.000) und Spanien (7.000). Auf diese fünf Länder verteilen sich rund 60 Prozent aller Ausgewanderten. Unter den außereuropäischen Ländern wiederum sind Brasilien, die USA, Australien und Kanada die häufigsten Ziele (ISTAT 2019: 3).

AUSWANDERUNG VOR ALLEM AUS NORDITALIEN UND AUS GROSSEN STÄDTEN

Im Unterschied zu früheren Auswanderungswellen, stammt der Großteil der italienischen Auswanderung nicht mehr aus dem *Mezzogiorno* (Süditalien), sondern aus dem Norden. Mit Blick auf die offiziellen Statistiken rangierten 2018 Lombardei (22.000) und Veneto (11.000) auf den vordersten Plätzen³. Die auffälligsten räumlichen Merkmale unterhalb der Ebene der Regionen betreffen den Unterschied zwischen städtisch und ländlich geprägten Räumen: Insbesondere die Großstädte weisen ein hohes Wanderungsvolumen mit dem Ausland auf. Dazu zählen neben Rom (8.000) und Mailand (6.500) insbesondere auch Turin (4.000) und Neapel (3.500) (ISTAT 2019).

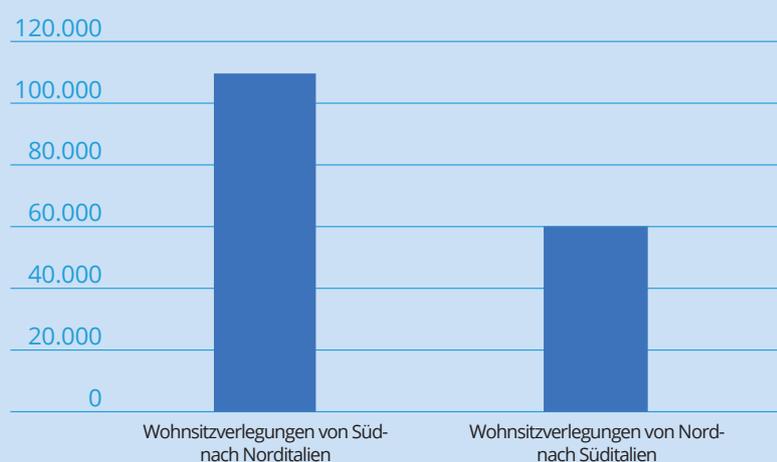
AUSWANDERUNG BEGÜNSTIGT ALTERUNG DER BEVÖLKERUNG

Ein zentraler Grund für die Auswanderung sind die schlechten Berufs- und Karriereaussichten in Italien. Dies belegen auch Umfragen. So erklärten 2018 44 Prozent der Befragten, dass sie aus Italien ausgewandert seien, um „bessere Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden“, während 38 Prozent ihre Abwanderung damit begründeten, „keine Zukunft“ in Italien zu sehen. Eine zentrale Rolle spielen dabei allerdings auch Bildungschancen: Im gleichen Jahr erklärten 44 Prozent der Befragten, dass sie Italien verlassen haben, „um eine bessere Ausbildung zu bekommen“ (Enriquez/Romera 2019).

Die Auswanderung von jungen Menschen trägt zur Alterung der Bevölkerung bei: Das Durchschnittsalter Italiens wird laut einer Prognose bis 2065 von 44,9 auf über 50 steigen (ISTAT 2018a). Negative Auswirkungen verursacht Auswanderung auch durch den starken Verlust an hochqualifiziertem Personal ans Ausland („Brain Drain“). In den letzten zehn Jahren haben knapp 182.000 Personen mit Universitätsabschluss Italien verlassen (ISTAT 2019). Demographisch hat Auswanderung allerdings auch eine positive Seite: Laut einer Prognose wird

³ Mit Blick auf die relativen Zahlen ist allerdings Friaul-Julisch-Venetien die Region mit der höchsten Auswanderungsquote (durchschnittlich haben 2018 vier von 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner die Region verlassen) (ISTAT 2019).

Abb. 5: Anzahl der Wohnsitzverlegungen innerhalb Italiens (2017)



Quelle: ISTAT 2018b / Eigene Darstellung

die in den nächsten Jahren voraussichtlich negative Geburtenbilanz des Landes (-200.000) durch den positiven Migrationssaldo abgedeckt. Konkret bedeutet dies, dass die Einwanderung den Bevölkerungsrückgang kompensiert.⁴

Bis in die 1990er Jahre war die Abwanderung aus Süditalien in die Industrieregionen Norditaliens das beherrschende Thema des italienischen Migrationsdiskurses. Das Thema verschwand zwar nicht völlig aus der öffentlichen Wahrnehmung, wurde allerdings von den Themen Auswanderung und vor allem Zuwanderung überlagert. Nun deutet sich wieder eine Trendwende an. Das belegt zuletzt die erneut hohe Zahl der Wohnsitzverlegungen von Süd- nach Norditalien (vgl. Abb. 5): 2017 zogen beispielsweise knapp 110.000 Personen nach Nord- und Mittelitalien, nach Süditalien jedoch nur 60.000 (ISTAT 2018b).

Prognosen zufolge wird die süditalienische Bevölkerung in den nächsten fünfzig Jahren um ungefähr 5 Millionen Menschen schrumpfen (für den Rest des Landes wird dagegen nur ein absoluter Bevölkerungsrückgang von 1,5 Millionen erwartet; Svimez 2019). Eine Folge ist die Überalterung der südlichen Regionen, deren Bevölkerungen in den nächsten Jahrzehnten zu den ältesten in Europa gehören werden.⁵

INFOBOX – Die italienische Diaspora

Als ‚italienische Diaspora‘ werden zumeist zwei starke Auswanderungswellen in den vergangenen beiden Jahrhunderten bezeichnet.⁶ Die erste Diaspora setzte mit der Einigung Italiens 1861 ein und reichte bis zum Aufstieg des Faschismus in den 1920er Jahren. Besonders relevant war dabei der Zeitraum von 1861 bis zum Ersten Weltkrieg (auch ‚Große Emigration‘ genannt), als circa 14 Millionen Menschen das Land verließen. Nur 5 Millionen blieben allerdings langfristig im Ausland. Mit Blick auf die regionale Verteilung der Herkunftsregionen ist ein klares Muster erkennbar: Emigrantinnen und Emigranten aus Norditalien hatten vor allem mittel-

⁴ Die im Ausland lebenden Italienerinnen und Italiener überweisen vergleichsweise wenig Geld nach Italien. 2019 haben sie deutlich weniger (0,5 Milliarden Euro) als die in Italien lebenden Migrantinnen und Migranten (6,1 Milliarden) überwiesen (Croce/Oddo 2020).

⁵ Die Abwanderung aus Süd- nach Norditalien ist vor allem mit sozioökonomischen Fragen verknüpft. In Norditalien finden sich bis heute die wohlhabendsten und am stärksten industrialisierten Teile des Landes, wohingegen sich im Süden überwiegend die ökonomisch schwachen Gebiete befinden. Daraus resultiert auch die hohe Jugendarbeitslosigkeit der südlichen Regionen: 2019 erreicht diese 22 Prozent (ISTAT 2020).

⁶ Obwohl der Begriff ‚italienische Diaspora‘ in diesem Kontext geprägt wurde, bezeichnet er heute umgangssprachlich vor allem den großen Anteil von Personen(gruppen) mit italienischem Migrationshintergrund im Ausland.

europäische Länder als Ziel. 90 Prozent der Auswanderinnen und Auswanderer aus Süditalien wanderten dagegen in die USA, nach Argentinien oder Brasilien aus (Nobile 2005).

Die zweite Diaspora fand zwischen 1945 und den 1970er Jahren statt. Vor allem in den 1950er Jahren war der Saldo der Zu- und Wegzüge mit 163.000 deutlich negativ. Viele Italiener zog es nach dem Abschluss eines Anwerbeabkommens als ‚Gastarbeiter‘ nach Deutschland. Doch auch in anderen europäischen Ländern (wie Belgien, die Schweiz und Frankreich) ließen sich viele Italienerinnen und Italiener nieder. Zeitgleich stieg auch die Übersee-Auswanderung. Insbesondere waren südamerikanische Länder wie Argentinien und Venezuela Hauptziele.

Heute befindet sich die höchste Anzahl der in der A.I.R.E.⁷ registrierten Auswanderinnen und Auswanderer in Argentinien (842.000), Deutschland (764.000) und in der Schweiz (623.000) (Fondazione Migrantes 2019). Von großer Bedeutung bleiben jedoch auch die USA: Dort waren 2019 circa 272.000 Personen offiziell als italienische Staatsangehörige registriert, wobei jedoch zusätzlich circa 17 Millionen Personen mit italienischen Wurzeln bzw. Vorfahren in diesem Land leben.

EMIGRATION IM POLITISCHEN DISKURS

In der italienischen Bevölkerung wird Auswanderung überwiegend als Problem wahrgenommen: Einer Umfrage zufolge sprachen sich 2019 50 Prozent der Befragten für die Einführung von Maßnahmen aus, die Auswanderung reduzieren. Nur in Spanien (63 Prozent) und Griechenland (60 Prozent) sind noch größere Teile der Bevölkerung dieser Auffassung. Darüber hinaus schätzten die Befragten die Auswanderung als ein noch größeres Problem ein als die Einwanderung (vgl. Abb. 7). Auf die Frage „Sind Sie eher besorgt über Personen, die in Ihr Land einwandern, oder über Ihre Mitbürger, die das Land verlassen?“ nannten 32 Prozent der Befragten letzteres. Nur 24 Prozent sorgten sich dagegen stärker um Einwanderung. Knapp jeder Dritte betrachtete allerdings Auswanderung und Einwanderung als gleichermaßen besorgniserregend (Krastev et al. 2019; vgl. auch Fubini 2019).

Das Thema Auswanderung ist in den Medien zwar präsent, aber im Vergleich zum Thema Einwanderung (vgl. Abb. 8) von deutlich geringerer Relevanz. Während es von 2010 bis 2019 insgesamt circa 2.500 auswanderungsbezogene Zeitungsartikel in der Tageszeitung ‚La Repubblica‘ gab, waren es beim Thema Einwanderung ungefähr 17.300 (Factiva 2020). Diese Diskrepanz wird auch bei den abendlichen Nachrichtensendungen Italiens deutlich: Zwischen Januar und Dezember 2019 stand Auswanderung nur in 0,02 Prozent der Beiträge im Vordergrund (Osservatorio di Pavia i.e.)⁸

In Parlamentsdebatten rangiert das Thema Auswanderung weit hinter dem Thema Einwanderung. Eine Frequenzanalyse der stenographischen Protokolle der italienischen Abgeordnetenkammer zeigt, dass die Relevanz des Themas Auswanderung im Laufe der Zeit stabil auf niedrigem Niveau blieb. Anders verhält es sich dagegen mit dem Thema Einwanderung, das in parlamentarischen Debatten vor allem im Zuge der ‚Flüchtlingskrise‘ häufig im Fokus stand. 2018 und 2019 fanden sich nur knapp 160 stenographische Protokolle mit einem Bezug zum Thema Auswanderung. Deutlich häufiger war dagegen von Einwanderung die Rede (vgl. Abb. 9).

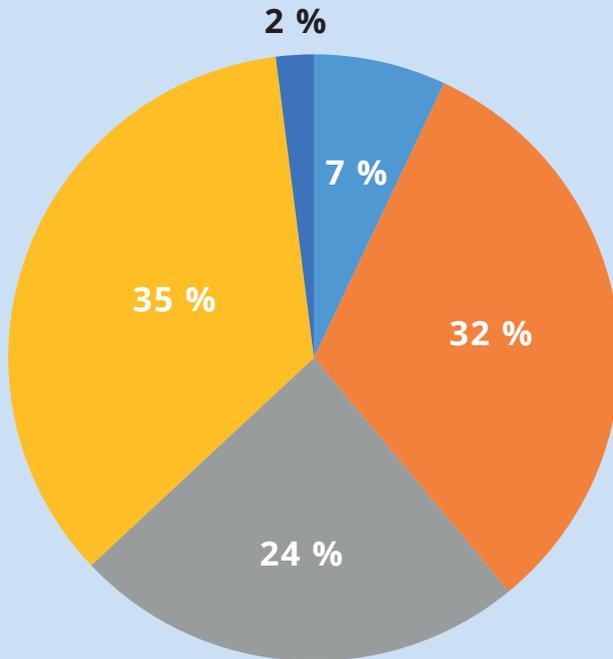
**AUSWANDERUNG
UNTERREPRÄSENTIERT
IN DER BERICHTERSTATTUNG**

⁷ Die A.I.R.E. (*Anagrafe Italiani residenti all'estero*) ist das Melderegister der italienischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit Wohnsitz im Ausland.

⁸ Ein Dank gilt an dieser Stelle Paola Barretta, Associazione Carta di Roma und Osservatorio di Pavia.

Abb. 6: Sind Sie eher besorgt über Personen, die in Ihr Land einwandern, oder über Ihre Mitbürger, die das Land verlassen? (2019)

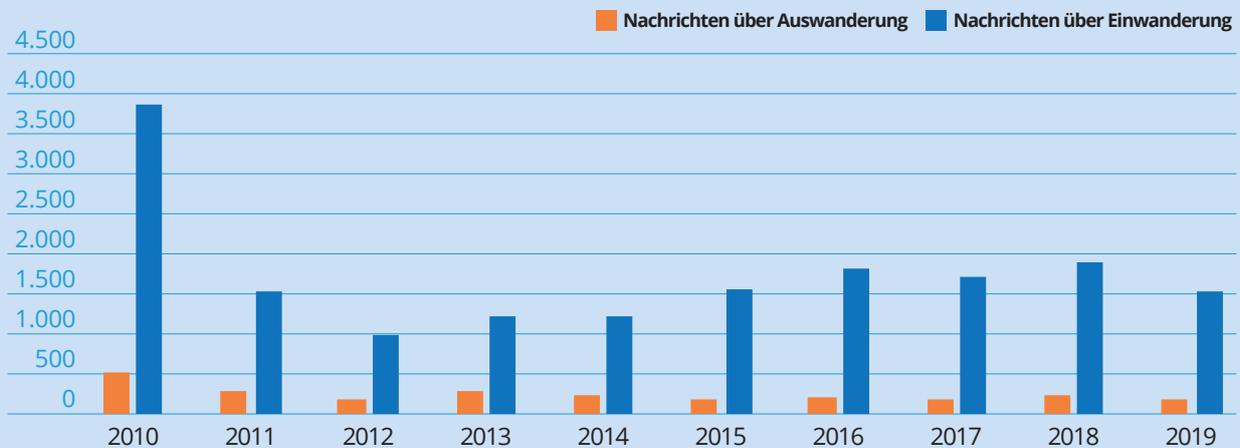
■ weder noch
 ■ weiß nicht
 ■ beide gleich
 ■ Mitbürger, die das Land verlassen
■ Personen, die in Italien einwandern



Quelle: Krastev et al. 2019; vgl. auch Fubini 2019 / Eigene Darstellung

Ein ähnliches Muster ist auch in den italienischen Parteiprogrammen erkennbar. Sätze mit Bezug auf Auswanderung waren beispielsweise im Wahlprogramm der rechtspopulistischen Lega im Jahr 2018 selten (0,8 Prozent). Das Thema Einwanderung hingegen tauchte deutlich häufiger auf (vgl. Abb. 10). Auch in den anderen Parteiprogrammen ist Auswanderung so gut wie gar kein Thema. Einzig die rechtspopulistische *Fratelli d'Italia* (1,9 Prozent der Wörter) widmet dem Thema eine gewisse Aufmerksamkeit. Nur der *Partito Democratico* schenkt beiden Themen ein ähnliches Maß an Aufmerksamkeit (0,9 Prozent und 1,3 Prozent).⁹

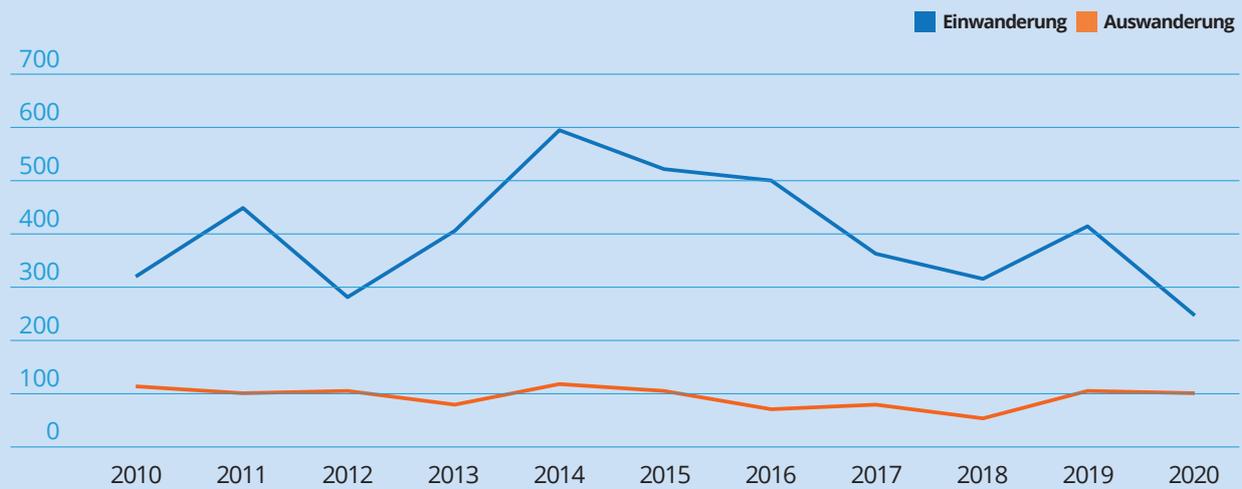
Abb. 7: Häufigkeit auswanderungs- und einwanderungsbezogener Nachrichten in der Zeitung La Repubblica



Quelle: Factiva 2020 / Eigene Darstellung

⁹ Auch bei weiter zurückliegenden Wahlen spielte Auswanderung in den Programmen der italienischen Parteien kaum eine Rolle. Einzig der Partito Democratico widmete dem Thema „Italienerinnen und Italiener im Ausland“ etwas Platz in den Wahlprogrammen 2006 und 2008.

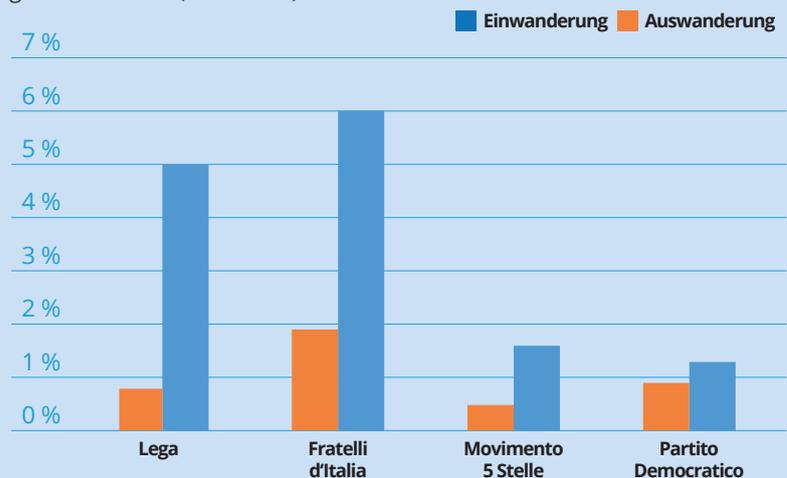
Abb. 8: Häufigkeit auswanderungs- und einwanderungsbezogener Schlüsselwörter in der parlamentarischen Debatte



Manuelle Kodierung basierend auf den Schlüsselwörtern „Auswanderer“, „Auswanderung“, „Italiener im Ausland“, „Flucht der Gehirne“, „Immigranten“, „Einwanderung“, „Flüchtlinge“

Quelle: Italienische Abgeordnetenversammlung / Eigene Darstellung

Abb. 9: Salienz von Auswanderung und Einwanderung in den Wahlprogrammen 2018 (in Prozent)



Anzahl der Begriffe, die das Wort „Auswanderung“, enthalten in den Wahlprogrammen von Lega, Fratelli d'Italia, Movimento 5 Stelle und dem Partito Democratico

Quelle: Wahlprogramme italienischer Parteien / Eigene Darstellung

PARTEIEN EINIG ÜBER DIE NEGATIVE WAHRNEHMUNG DER AUSWANDERUNG

Grund für die Diskrepanz zwischen Ein- und Auswanderung dürfte der unterschiedliche Politisierungsgrad sein. Während sich beim Thema Einwanderung die Positionen der Parteien teilweise stark unterscheiden, überwiegt beim Thema Auswanderung das ‚hegemoniale Narrativ des Brain-Drain‘ (Tintori/Romei 2017: 50). Über Parteigrenzen hinweg wird Auswanderung vor allem als sozioökonomisches Problem dargestellt und insbesondere mit dem Verlust von hochqualifizierten Arbeitskräften in Verbindung gebracht. Beispielhaft für diese kritische Sichtweise der Auswanderung ist die rechtspopulistische Lega, die im Wahlprogramm 2018 ein Kapitel mit „Stop migrazione cervelli“ („Stop Brain Drain“) betitelt. Darin wird Verständnis für die Lage vieler Hochqualifizierten in Italien geäußert:

Das Ziel ist es, unsere besten Forscher, Wissenschaftler und im Allgemeinen unser hochqualifiziertes akademisches Personal in Italien zu behalten. Diese finden in unserem Land keinen Raum für ihre berufliche Entwicklung [...] und sind somit gezwungen, ihr großes persönliches Fachwissen ins Ausland zu tragen (Lega 2018: 50)

Ähnlich drückt sich die *Fünf-Sterne-Bewegung* in einem Flyer für die Europawahl 2019 aus: „Stop Brain Drain“. Behalten wir unsere Jugend in Italien und lassen wir diejenigen zurückkehren, die weggegangen sind“ (Fünf-Sterne-Bewegung 2019a): Ähnlich wie die Lega sieht die *Fünf-Sterne-Bewegung* Auswanderung als „das Ausbluten von Ressourcen“ und als Verlust „sozialen Kapitals“ an.

Ein genauer Blick offenbart jedoch einige wichtige Unterschiede zwischen den Parteien: Während die Lega eher die Auswanderung hochqualifizierter Menschen betont, legt die *Fünf-Sterne-Bewegung* den Fokus sehr stark auf den Niedriglohnbereich und tritt vor allem als Verteidiger schwächerer gesellschaftlicher Schichten auf:

Zwei von drei jungen Menschen entscheiden sich, ins Ausland zu gehen, weil sie dort sogar eine Beschäftigung für Geringqualifizierte einfacher als in Italien finden können. Dazu sind diese auch besser bezahlt. Es handelt sich um eine Vielzahl an Kellnern, Köchen, Angestellten [...], die in ihrer Heimat weder minimale Wohlfahrtsleistungen noch die Gelegenheit erhalten, Karriere zu machen (Fünf-Sterne-Bewegung 2019b).

Darüber hinaus gibt es bei der *Fünf-Sterne-Bewegung* eine klare Verknüpfung des Themas Auswanderung mit dem populistischen Narrativ der Korruptionsbekämpfung beziehungsweise mit der Forderung nach ‚meritocrazia‘ (Leistungsprinzip). So behauptete beispielsweise Marco Fumagalli, ein prominenter Vertreter der Bewegung in der Lombardei, dass „man unser Land verlässt, weil hier kein Leistungsprinzip existiert [...und] man eine Stelle nur durch irgendwelche Beziehungen finden kann“ (Fumagalli 2019).

Der größte Unterschied zwischen den italienischen Parteien wird vor allem mit Blick auf die Verknüpfung von Aus- und Einwanderung erkennbar. Während bei den Mitte-Links-Parteien beziehungsweise der *Fünf-Sterne-Bewegung* Auswanderung und Einwanderung in der Regel gesondert behandelt werden, werden sie von den rechtspopulistischen Parteien gern in Verbindung gesetzt: So erklärte 2017 beispielsweise Lega-Chef Matteo Salvini, dass „die einzige Immigration“, die die Lega befördern will, die der „Italiener [ist], die gezwungen waren, ins Ausland zu fliehen, um sich eine Zukunft zu sichern“ (Salvini 2017).

Auch die Geschichte der italienischen Auswanderung nach dem Zweiten Weltkrieg wird von rechten Parteien verwendet, um den Unterschied zwischen Aus- und Einwanderung zu markieren: Da sich die italienischen Auswanderinnen und Auswanderer in der Vergangenheit den Regeln ihrer Gastländer angepasst hätten, sei heute eine striktere Politik gegenüber Neuankömmlingen in Italien einzufordern, gegenüber denen man in der Vergangenheit zu lax gewesen sei. Die Forderung wird mit dem typisch rechtspopulistischen Angriff gegen ‚Mitte-Links-Eliten‘ verbunden, die insbesondere mit der sozialdemokratischen *Partito Democratico* in Verbindung gebracht werden. So erklärte beispielsweise eine Abgeordnete der Lega 2019:

Unsere Emigranten mussten sich in der Nachkriegszeit ihren Gastländern anpassen. Sie hatten keine Ansprüche, sondern waren gehorsam und hielten den Kopf unten. Dagegen wurde nun den Immigranten alles erlaubt, als die Partito Democratico dieses Land regierte (Bisa 2019).

Kulturelle *Frames* – und insbesondere die Darstellung von Auswanderung als kultureller Verlust oder als Krise des Nationalstaates – spielen im Vergleich zu (sozio-)ökonomischen Gesichtspunkten eine geringere, aber nicht unwesentliche Rolle. So ist allen Parteien gemein, dass sie die positive Rolle der Auswanderinnen und Auswanderer als Botschafter italienischer Kultur und Traditionen betonen. Als Beispiel kann der *Partito Democratico* genannt werden, der im Wahlprogramm 2008 die italienischen Gemeinschaften im Ausland als „Ressource“ bezeichnete und der für eine stärkere Förderung von italienischer Sprache und Kultur plädierte (Partito Democratico 2008). 2013

RECHTSPOPULISTEN VERKNÜPFEN AUSWANDERUNG UND EINWANDERUNG

KULTURELLE FRAMES NICHT DOMINANT

werden darüber hinaus die italienischen Gemeinschaften als „grundlegender und fundamentaler Teil des Partito Democratico“ bezeichnet, der zur „ökonomischen und produktiven Wiederbelebung Italiens“ beigetragen hat (Partito Democratico 2018). Ein weiteres Beispiel liefert das Wahlprogramm der *Fratelli d'Italia*, das die wichtige Rolle der italienischen Gemeinschaften betont:

[Wir fordern] mehr Beachtung für die italienischen Gemeinschaften im Ausland, den Schutz der italienischen Identität in der Welt, die auch ein kostbares Instrument ist, welches die diplomatischen, ökonomischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Staaten erleichtert (Fratelli d'Italia 2018).

Bei der rechtspopulistischen Partei *Fratelli d'Italia* sind auch ethno-nationalistische Argumente erkennbar: So verknüpfte 2016 die Parteivorsitzende Giorgia Meloni Aus- und Einwanderung mit Bezugnahme auf das verschwörungstheoretische Narrativ des ‚Volksaustauschs‘:

Die italienischen Regierungen haben deutlich gezeigt, dass es ihnen egal ist, wenn Italiener ihr Land verlassen. Sie können Italiener sowieso durch Immigranten ersetzen (Meloni 2016).

INFOBOX – Auslandswahlrecht

Das Auslandswahlrecht ist in der italienischen Verfassung garantiert. Jedoch existierten lange Zeit starke Einschränkungen für italienische Staatsangehörige im Ausland. Besonders problematisch war beispielsweise, dass diese zu ihren italienischen Herkunftskommunen für die Wahl zurückkehren mussten. Auslandswahlkreise wurden erst 2000 eingeführt.

Kurze Zeit später trieb der neofaschistische Abgeordnete Mirko Tremaglia ein neues Gesetz (*Legge Tremaglia*) voran, welches die Briefwahl vorsah. Im Jahr 2001 wurde dieses Gesetz verabschiedet. Es legt auch die Quote der Parlamentssitze fest, die im Ausland gewählt werden: 12 von 630 für die Abgeordnetenkammer und 6 von 315 für den Senat. Das neue Wahlrecht kam erstmals bei den Parlamentswahlen 2006 zur Anwendung. Die Auslandsstimmen verschafften dem Mitte-Links-Bündnis eine knappe Mehrheit im Senat.

UNTERSTÜTZUNG DER DIASPORA

Die Auswanderungspolitik italienischer Regierungen weist seit langem zwei verschiedene, zum Teil widersprüchliche Dimensionen auf. Zum einen wird Auswanderung mit der Steigerung des ökonomischen und kulturellen Einflusses Italiens im Ausland in Verbindung gebracht. Vor diesem Hintergrund werden Italienerinnen und Italiener im Ausland durch die Förderung von transnationalen Vernetzungsstrukturen sowie von Sprachschulen und Bildungsprogrammen unterstützt.¹⁰ Zum anderen waren italienische Regierungen stets bemüht, ausgewanderte Akademikerinnen und Akademiker mit Anreizen für eine Rückkehrmigration zu werben. So wurde beispielsweise schon 2001 ein Programm zur Förderung der Heimkehr jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in die Wege geleitet (*Rientro dei Cervelli*), das hauptsächlich auf finanziellen Anreizen basierte: Umgerechnet knapp 20,6 Millionen Euro wurden damals dafür eingesetzt.¹¹ 2010 wurde die sogenannte *Legge controesodo* („Antiexodus-Gesetz“) verabschiedet, mit der die Regierung eine Steuer-

¹⁰ So hat beispielsweise die Regierung Monti 2012 die Online-Plattform ‚Innovitalia‘ gegründet: Ziel war es, die „Effekte des italienischen ‚human capital‘ im Ausland zu optimieren“ und die ‚partnership‘ der Italienerinnen und Italiener mit ihrer Heimat zu verstärken. Darüber hinaus hat die italienische Regierung 2019 mit dem sogenannten ‚Decreto Brexit‘ 3,5 Millionen Euro für die Stärkung der diplomatischen Strukturen in Großbritannien und für die Unterstützung der dort wohnenden Italienerinnen und Italiener bereitgestellt.

¹¹ Das Projekt hatte allerdings kaum Erfolg: Von 50.000 Forscherinnen und Forschern im Ausland sind nur 466 zurückgekehrt.

erleichterung für alle nach 1969 geborenen EU-Bürgerinnen und -Bürger (und insbesondere für Personen mit italienischer Staatsbürgerschaft) einführt, die nach Italien einreisen und dort eine Beschäftigung haben.¹²

Auch auf der regionalen Ebene wurden Versuche unternommen, hochqualifizierte Auswanderinnen und Auswanderer nach Italien zu ‚locken‘. Beispielhaft ist hierfür die Region Umbrien, die 2017 und 2018 das Projekt ‚Brain Back Umbria‘ verfolgte: Auch dieses Projekt setzte auf Steuererleichterungen. Darüber hinaus wurde rückkehrenden Forscherinnen und Forschern eine einmalige finanzielle Unterstützung in Höhe von 5000 Euro versprochen. Auch Kommunen investierten, um Rückkehr anzuregen: So stellte Mailand 510.000 Euro für das Programm „Welcome Talent“ zur Verfügung, das darauf abzielte, wirtschaftliche Projekte zu fördern.

INFOBOX – Migration in Zeiten der Corona-Pandemie

Wie in vielen anderen Ländern hat die Corona-Krise auch in Italien temporär zu einer starken Einschränkung der Mobilität geführt. Am 31. Januar 2020 erklärte die italienische Regierung den Ausnahmezustand. Die stärksten Restriktionen wurden allerdings erst Anfang März eingeführt, als einige norditalienische Provinzen - und vor allem die Lombardei -, die die höchste Zahl an Infizierten registrierten, isoliert wurden. Später wurde eine Ausgangssperre in ganz Italien eingeführt, die nicht notwendige Reisen im gesamten Territorium sowie öffentliche Versammlungen untersagte.

Auch die Möglichkeit, in das Ausland zu reisen, wurde eingeschränkt. Die erste restriktive Maßnahme erfolgte Ende Januar, als die Regierung ein Verbot für Flüge aus und nach China einführt. Wenige Zeit später kam der gesamte Flugverkehr nahezu zum Erliegen: Nur wenige Flughäfen blieben während des *Lockdowns* offen, insbesondere um den Transport von medizinischen Gütern zu gewährleisten. An den Grenzen zu den Nachbarländern wurden Kontrollen durchgeführt.

Von März bis Mai 2020 führte das italienische Außenministerium eine große Zahl an ‚Rückkehroperationen‘ durch: Circa 78.000 Italienerinnen und Italiener wurden in diesem Zeitraum aus 117 Ländern nach Italien zurückgeholt. Der größte Teil von diesen befand sich in Großbritannien (33.000) und Spanien (14.000). Eine signifikante Anzahl an Personen wurde aber auch aus Australien (2.000), Albanien (1.700), Rumänien (1.500) oder Malta (1.200) zurückgebracht (Pelosi 2020).

Abgesehen von den oben genannten Punkten wurde Covid-19 in der öffentlichen Debatte kaum mit dem Thema Auswanderung in Verbindung gebracht. Wie in vielen anderen Ländern hatten die Mobilitätsbeschränkungen auch in Italien negative Auswirkungen auf die Saisonarbeit. Umfassende Maßnahmen fehlten, doch wurden im August 2020 einige Regelungen zur Unterstützung der Saisonarbeiterinnen und -arbeiter eingeführt (zentral war beispielsweise ein einmaliger finanzieller ‚Bonus‘ in Höhe von circa 1.500 Euro sowie eine Steuererleichterung für Beschäftigte im Tourismusbereich).

Im Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung stand in der Covid-19-Krise erneut die Immigration und insbesondere die irreguläre Migration über die Mittelmeerroute. Das Thema wurde vor allem von den Rechtspopulisten instrumentalisiert: So kritisierte Salvini im August 2020 die Ankunft von circa 250 Personen, die positiv auf Covid-19 getestet wurden, und unterstellte der Regierung, durch ihre Migrationspolitik Italien zu gefährden.

¹² Ein ähnlicher Versuch wurde 2017 unternommen: Damals wurde eine Steuererleichterung für Akademikerinnen und Akademiker, die für mindestens zwei Jahre im Ausland arbeiteten oder studierten, beschlossen.

AUSBLICK

Trotz der überwiegend negativen Konsequenzen der Auswanderung für die demographische Entwicklung des Landes spielt das Thema gegenwärtig keine zentrale Rolle im politischen Diskurs. Dies ist zwar überraschend, spiegelt jedoch den Umstand wider, dass sich die Parteien bei der Auslegung der Ursachen und Folgen der Auswanderung weitestgehend einig sind. Von Polarisierung kann daher nicht die Rede sein. Einigkeit besteht auch bei der positiven Bewertung der Rolle der italienischen Gemeinschaften im Ausland. Kaum eine Partei stellt in Abrede, dass die italienische Diaspora eine wichtige Kultur vermittelnde Funktion ausübt.

In Zukunft birgt das Thema jedoch auch Konfliktstoff. So ist anzunehmen, dass Auswanderung künftig von den italienischen Parteien stärker zur Kritik des politischen Gegners instrumentalisiert wird. An dieser Stelle ist beispielsweise eine Verbreitung populistischer Narrative zu erwarten, denen zufolge Auswanderung als Konsequenz ‚korrupter Politik‘ bzw. eines vermeintlichen fehlenden Leistungsprinzips gedeutet wird. Die Rede vom ‚Brain-Drain‘ bietet zudem Anknüpfungspunkte für EU-Kritik. Vor allem rechtspopulistische Parteien könnten die EU und einzelne EU-Mitgliedstaaten wie Deutschland beschuldigen, eine Form der personellen Ausplünderung am italienischen Arbeitsmarkt zu betreiben. Hinzu kommt, dass die Auswanderung in den nächsten Jahren bei abnehmender Zuwanderung aus Drittstaaten demografisch stärker zu Buche schlagen dürfte. Dies könnte die Salienz und Bedeutung des Themas – ähnlich wie zuletzt in manchen osteuropäischen Ländern – weiter steigen lassen.

LITERATUR

- Bisa, Ingrid* 2019: Rede in der Camera dei Deputati; in: Resoconto stenografico dell'Assemblea Seduta n. 214 di mercoledì 24 luglio 2019; verfügbar unter: https://www.camera.it/leg18/1008?idLegislatura=18&sezione=documenti&tipoDoc=assemblea_file&idSeduta=0214&nomefile=stenografico&back_to=0 (letzter Zugriff: 15.10.2020).
- Bonifazi, Corrado / Heins, Frank / Strozza, Salvatore / Vitiello, Mattia* 2009: The Italian Transition from Emigration to Immigration Country. IRPPS WPs (24).
- Croce, Alessandro / Oddio, Giacomo* 2020: Il saldo delle rimesse dell'Italia: alcuni appunti per una corretta lettura delle statistiche; verfügbar unter: https://www.bancaditalia.it/pubblicazioni/metodi-e-fonti-approfondimenti/metodi-fonti-2020/approfondimenti_STATEST_rimesse_20200402.pdf (letzter Zugriff: 15.10.2020).
- Del Boca, Daniela / Venturini, Alessandra* 2003; Italian Migration; verfügbar unter: <http://ftp.iza.org/dp938.pdf> (letzter Zugriff: 15.10.2020).
- Enríquez, Carmen González / Romera, José Pablo Martínez* 2018: Debilidades de la emigración española; verfügbar unter: http://www.realinstitutoelcano.org/wps/portal/rielcano_es/contenido?WCM_GLOBAL_CONTEXT=/elcano/elcano_es/zonas_es/demografia+y+poblacion/ari6-2018-gonzalez-enriquez-martinez-romera-debilidades-emigracion-espana (letzter Zugriff: 15.10.2020).
- Eurostat* 2020a: Auswanderung nach Alter und Geschlecht; verfügbar unter: <https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do> (letzter Zugriff: 15.10.2020).
- Eurostat* 2020b: Einwanderung nach Alter und Geschlecht; verfügbar unter: https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=migr_imm8&lang=de (letzter Zugriff: 15.10.2020).
- Eurostat* 2020c: Bevölkerung am 1. Januar nach Alter und Geschlecht; verfügbar unter: https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=demo_pjan&lang=de (letzter Zugriff: 15.10.2020).
- Eurostat* 2020d: Auswanderung nach Altersgruppen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit; verfügbar unter: https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=migr_emi1ctz&lang=de (letzter Zugriff: 15.10.2020).
- Fondazione Migrantes* 2020: Parte quinta. Allegati socio-statistici e bibliografici; verfügbar unter: https://www.migrantes.it/wp-content/uploads/sites/50/2019/10/RIM_2019_datistatistici.pdf (letzter Zugriff: 15.10.2020).
- Fratelli d'Italia* 2018: Il voto che unisce l'Italia. Il programma. Le priorità in 15 punti; verfügbar unter: <https://www.fratelli-italia.it/programma.pdf> (letzter Zugriff: 15.10.2020).
- Fubini, Federico* 2019: La fuga dei giovani è la nuova paura; verfügbar unter: https://www.corriere.it/economia/lavoro/19_aprile_25/fuga-giovani-nuova-paura-469fe1a6-6799-11e9-8fa9-3e1bbc7d4c0f.shtml (letzter Zugriff: 15.10.2020).
- Fumagalli, Marco* 2019: Contro la fuga dei cervelli occorre puntare sulla democrazia; verfügbar unter: <http://www.fumagallimarco.it/wp/2019/03/22/contro-la-fuga-dei-cervelli-occorre-puntare-sulla-meritocrazia/> (letzter Zugriff: 15.10.2020).
- Fünf-Sterne-Bewegung* 2019a: I 10 punti del Movimento 5 Stelle per le elezioni europee del 26 maggio #ContinuareXCambiare; verfügbar unter: <https://www.ilblogdellestelle.it/2019/05/i-10-punti-del-movimento-5-stelle-per-le-elezioni-europee-del-26-maggio-continuarexcambiare.html> (letzter Zugriff: 15.10.2020).
- Fünf-Sterne-Bewegung* 2019b: La "lost generation" dei giovani emigrati italiani: perché serve una legge sul salario minimo; verfügbar unter: <https://www.ilblogdellestelle.it/2019/04/la-lost-generation-dei-giovani-emigrati-italiani-perche-serve-una-legge-sul-salario-minimo.html> (letzter Zugriff: 15.10.2020).
- ISTAT* 2018a: Il futuro demografico del paese; verfügbar unter: https://www.istat.it/it/files/2018/05/previsioni_demografiche.pdf (letzter Zugriff: 15.10.2020).
- ISTAT* 2018b: Mobilità interna e migrazioni internazionali della popolazione residente; verfügbar unter: <https://www.istat.it/it/files/2018/12/Report-Migrazioni-Anno-2017.pdf> (letzter Zugriff: 15.10.2020).
- ISTAT* 2019: Iscrizioni e cancellazioni anagrafiche della popolazione residente. Anno 2018; verfügbar unter: https://www.istat.it/it/files/2019/12/REPORT_migrazioni_2018.pdf (letzter Zugriff: 15.10.2020).
- ISTAT* 2020: Tasso di disoccupazione; verfügbar unter: <http://dati.istat.it/index.aspx?queryid=23170> (letzter Zugriff: 15.10.2020).
- Krastev, Ivan / Dennison, Susi / Leonard, Mark* 2019: What Europeans Really Want: Five Myths Debunked. European Council on Foreign Relations Report; verfügbar unter: https://www.ecfr.eu/specials/what_europeans_really_want_five_myths_debunked (letzter Zugriff: 15.10.2020).
- Lega* 2018: Elezioni 2018. Programma di governo. Salvini Premier. La rivoluzione del buon senso; verfügbar unter: <https://www.leganord.org/programma-politiche> (letzter Zugriff: 15.10.2020).

Meloni, Giorgia 2016: Meloni: "Al Governo banche non interessa se italiani vanno via, tanto li sostituiscono con immigrati"; verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=ouvOc1ke8G0> (letzter Zugriff: 15.10.2020).

Ministero dell'interno 2020: Senato 09/04/2006; verfügbar unter: <https://elezionistorico.interno.gov.it/index.php?tpel=S&dtel=09/04/2006&tpa=l&tpe=A&lev0=0&levsut0=0&es0=S&ms=S> (letzter Zugriff: 15.10.2020).

Nobile, Annunziata 2005: Emigrazione e immigrazione; verfügbar unter: [https://www.treccani.it/enciclopedia/emigrazione-e-immigrazione_\(Enciclopedia-dei-ragazzi\)/](https://www.treccani.it/enciclopedia/emigrazione-e-immigrazione_(Enciclopedia-dei-ragazzi)/) (letzter Zugriff: 15.10.2020).

Osservatorio di Pavia i.e.: Dati per il VII Rapporto Carta di Roma "Notizie senza approdo".

Partito Democratico. 2008. Il programma di governo del PD; verfügbar unter: https://www.partitodemocratico.it/archivio/programma-governo-del-pd/?__cf_chl_jschl_tk__=f877fceb9f668a9bba7d7b893ad76ba0ab68ca6f-1603182046-0-ARzCINuFt8IoW6H_pWcnRQVgBqZl_RwGeFoUuqnaEEz-6nfp_kLOfGSLC-a99BLsXFADBYfAJ9xRSohX5KiXLIT0NIVnzlgz_Z93iKhY9L6itWkP3dWT65tPi52rr6AxvXnAOSSn7UhGZ6etqL4nWvI2_GkoL21DRaXTZQa5O8_dq6yohIGEIJjo6i8DxrEYQoKazn_FrQgxy3MZ_NYtLYDNzWQH-CXpu0VOYqd1U8XSgEbzUjgjB22E-Ti2_2_h-dIC8xwJbwbUAuMGzZ1lzUFWyHLJA-WWua1r8dpbh0MO8W-0y72gX8_brYxQHMJA (letzter Zugriff: 15.10.2020).

Partito Democratico 2018: Il Programma del PD per gli italiani nel mondo; verfügbar unter: https://www.partitodemocratico.it/archivio/il-programma-del-pd-per-gli-italiani-nel-mondo/?__cf_chl_jschl_tk__=653365a4fdeeafae9174843d014b1d2202adc135-1603709870-0-AVJD-z7s88ZCsLjXy5dZiqnuZCzPUMvBecxqy3ZczsbMKk5adYKnw20FnKBQNNGHUsaR7an-OQwQj5-m1DKn8-02DXcz9u8dUk95mc7BV114zSIbUBMPsQQOQQZM5oM_TtKuG-htNM-YETFB_9mZ00mEII8F-W3QPB2Xh-upkUpUnFmfYbf6d9S9KtaPGCOM2EUFSXf1JiZL62N1AnAQ1JX_TRrZ4hrpaGUEb5ftM6yeD6w_Ue5esWfhp1qvNPUNRsvut4BMR0kGbim9rEspmetAjtZNMfr_DO6cok2sQ3I7TfFVd_VZzXUvQZXP9CGHhHUR0ohZWNfRx9qEAo-VOcC1yS1b3livfrw5FuSfOBw (letzter Zugriff: 15.10.2020).

Pelosi, Gerardo 2020: Quasi 80mila gli italiani rientrati in Patria 4mila ancora all'estero; verfügbar unter: https://www.ilsole24ore.com/art/quasi-80mila-italiani-rientati-patria-4mila-ancora-all-estero-ADCTrXP?refresh_ce=1 (letzter Zugriff: 15.10.2020).

Salvini, Matteo 2017: Salvini: "Riporteremo in Italia le migliaia di ragazzi scappati all'estero"; verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=pQkm0UZlphg> (letzter Zugriff: 15.10.2020).

SRM 2019: Bollettino Mezzogiorno; verfügbar unter: <https://www.sr-m.it/p/bollettino-mezzogiorno-2-2019/> (letzter Zugriff: 15.10.2020).

Svimez 2019: Il Mezzogiorno nella nuova geografia europea delle disuguaglianze; verfügbar unter: http://lnx.svimez.info/svimez/wp-content/uploads/2019/11/rapporto_svimez_2019_sintesi.pdf (letzter Zugriff: 15.10.2020).

Tintori, Guido / Romei, Valentina 2017: Emigration from Italy After the Crisis: The Shortcomings of the Brain Drain Narrative; in: *Lafleur, Jean-Michel / Stanek, Mikolaj* (Hg.): South-North Migration of EU Citizens in Times of Crisis; Springer, Stuttgart S. 49-64.



**EMIGRATION IN
EUROPÄISCHEN LÄNDERN**

4 POLEN

Zusammenfassung

Die Geschichte Polens ist in den letzten zwei Jahrhunderten eng mit dem Thema Auswanderung verbunden. Nachdem der EU-Beitritt kurzfristig zu einer deutlichen Beschleunigung der Emigration führte, hat sich dieser Trend in der jüngsten Zeit wieder verlangsamt. Nach wie vor ist jedoch die Zahl der Auswanderungen hoch.

Polnische Emigranten und Emigrantinnen sind typischerweise jung, bilden aber ansonsten einen Querschnitt der Gesellschaft ab. Der Hauptgrund für eine Abwanderung ist die Suche nach Arbeit, vor allem bei jenen, deren Ziel Westeuropa ist.

Im politischen Diskurs spielt Emigration bis heute eine im Vergleich zur Einwanderung weitaus höhere Bedeutung. Beim Thema Emigration liegen die parteipolitischen Unterschiede eher in Nuancen. Parteien von der Mitte bis an den linken Rand betonen vor allem die Bedeutung des individuellen Rechts auf Freizügigkeit. Rechte Parteien wiederum stellen Auswanderung überwiegend negativ dar: Für sie steht insbesondere die wirtschaftlich motivierte Emigration im Widerspruch zum Recht der Polen, in ihrem eigenen Land zu leben und zu arbeiten.

Als die unmittelbar wichtigsten Aufgaben des Staates werden zum einen der Erhalt der Beziehungen zur polnischen Diaspora gesehen, zum anderen aber auch die Verbesserung der Lebensumstände im eigenen Land, um die Ausgewanderten zur Rückkehr zu motivieren.

ENTWICKLUNG UND STRUKTUR DER EMIGRATION

Von den Staaten, die 2004 im Zuge der Osterweiterung der EU beitraten, ist Polen mit einer Bevölkerung von 38 Millionen der größte. In den letzten zehn Jahren verließen jährlich zwischen 190 000 und 275 000 Menschen das Land, was einer jährlichen Abwanderung zwischen 0,5 und 0,72 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. Es ist jedoch anzunehmen, dass die tatsächlichen Zahlen noch höher liegen, da sich die Eurostat-Daten nur auf dauerhafte Migration (d.h. für 12 Monate oder länger) beziehen und somit andere, eher kurzfristige Formen der Auswanderung, nicht berücksichtigen.

Ähnliche Probleme treten bei der Schätzung der Zahl der Einwanderer auf. Den Daten von Eurostat zufolge bewegt sich die Zahl der jährlichen Migration nach Polen zwischen 155 000 und 222 000 (vgl. Abb. 1). Bereinigt um kurzfristige und zirkuläre Migration – dem Großteil der polnischen Zuwanderung – und unter Verwendung der Daten zu gemeldeten Beschäftigungsverhältnissen von Ausländerinnen und Ausländern (vgl. Abb. 2) dürfte die Zahl der Zugewanderten bei etwa 4 Prozent der derzeitigen polnischen Bevölkerung liegen (und damit deutlich höher als die von Eurostat ermittelte Zahl von 0,76 Prozent). Diese Zahlen liefern ein durchaus zwiespältiges Bild Polens: Das Land verfügt zum einen über eine der größten Auslandsbevölkerungen in Europa und zumindest von 1945 bis in die 2000er-Jahre über eine der kleinsten Ausländeranteile im Inland (unter 1 Prozent) – zum anderen wies Polen in den letzten Jahren eine der höchsten Einwanderungsraten der EU auf.

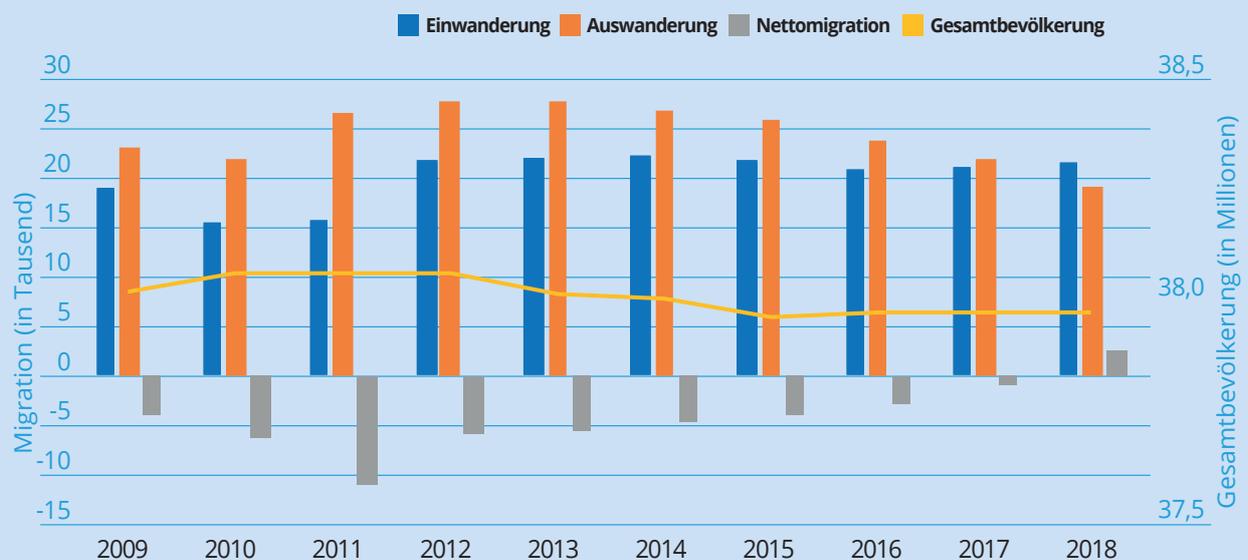
Country Factsheet

<i>Pro-Kopf-BIP:</i>	28.516 €
<i>EU-Beitrittsjahr:</i>	2004
<i>Bevölkerung im Jahr 2019:</i>	37 972 812
<i>Bevölkerung im Jahr 1990:</i>	38 038 403
<i>Bevölkerungsprognose für 2060:</i>	32 519 968
<i>Anteil ausländischer Staatsangehöriger:</i>	0,76%
<i>Junge Bevölkerung:</i>	15,2 % (EU-Durchschnitt: 15,2 %)
<i>Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter:</i>	67,6 %
<i>65 Jahre und älter:</i>	17,22 % (EU-Durchschnitt: 20,2 %)
<i>Fertilitätsrate:</i>	1,4 (EU-Durchschnitt: 1.55)

DIE POLNISCHE DIASPORA IST EINE DER GRÖSSTEN

Im öffentlichen Diskurs ist die Auswanderung bis heute ein Thema von hoher Bedeutung. Allein die schiere Zahl der Ausgewanderten macht dieses Thema so brisant: es wird geschätzt, dass heute etwa 18 bis 20 Millionen Menschen mit polnischen Wurzeln im Ausland leben (MSZ 2015). Die polnische Diaspora, ‚Polonia‘ genannt, ist eine der größten der Welt und in ihrer Zusammensetzung recht divers. Sie umfasst u.a. Wirtschaftsmigranten und -migrantinnen sowie politische Flüchtlinge aus der Zeit des Kommunismus und deren Nachkommen. Zur ‚Polonia‘ gehören zudem auch jene Menschen, die nach der Verschiebung der Grenzen 1945 beschlossen, in den ehemaligen Ostgebieten zu bleiben (d.h. im heutigen Litauen, Belarus und der Ukraine). Der Erhalt der Beziehungen zur Diaspora ist Teil der gesetzlichen Aufgaben des Senats (Dz. U. 2016 poz. 395).

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung und jährliche Migrationsraten



Quelle: Eurostat / Eigene Berechnung

Abb. 2: Amtliche Meldungen über die Beschäftigung von Ausländern (2009-2019)



Quelle: Ministerium für Familie, Arbeit und Soziales / Eigene Darstellung

Ein weiterer Grund für die bis heute hohe Bedeutung des Themas ist der anhaltende kulturelle und politische Nachhall der Auswanderung. Insbesondere die so genannte „Große Emigration“ (*wielka emigracja*) von 1831 bis in die 1870er Jahre ist hier zu nennen. Nach der Niederschlagung des Novemberaufstandes 1831 verließ eine große Zahl politischer und kultureller Eliten das Land.¹ Auch heute noch wird in den Schulen die Sehnsucht der Nationaldichter nach der verlorenen Heimat vermittelt. Auch die Exilregierung, die sich 1939 bildete und erst 1990 ihr Ende fand, ist Teil des Lehrplans. Aufgrund der Zensur im Kommunismus fand ein wichtiger Teil des polnischen Kulturlebens im Exil statt. Vor allem in Frankreich wurden literarische Werke zunächst veröffentlicht und anschließend nach Polen zurückgeschmuggelt.²

SCHLÜSSELTHEMA IN LITERATUR UND GESCHICHTE

Seit 1800 hat die Auswanderung die polnische Geschichte und Kultur maßgeblich geprägt. Die Zeit des kommunistischen Regimes von 1946 bis 1989 brachte mehrere größere Auswanderungswellen hervor, die insgesamt 1,5 Millionen Menschen umfassten. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs verlangsamte sich die Migration nicht, sie fiel jedoch zumeist kurzfristiger aus und fand überwiegend im Rahmen von Saisonarbeit statt (vgl. Stachowiak 2004: 216; alle Daten aus den Statistischen Jahrbüchern). Mit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union im Jahr 2004 setzte dann ein regelrechtes ‚Migrationsfieber‘ ein: schätzungsweise 1,5 bis 2 Millionen Menschen verlie-

MEHRERE AUSWANDERUNGSWELLEN

Abb. 3: Größte Diaspora polnischer Staatsbürger im Ausland

Platz	Land	Größe
1	Deutschland	706 000
2	UK	695 000
3	Niederlande	123 000
4	Irland	113 000

Quelle: GUS (2019: 4) / Eigene Darstellung

1 Dieser Exodus schloss unter anderem den Komponisten Frédéric Chopin und die Nationaldichter Polens, Adam Mickiewicz und Juliusz Słowacki, ein und beeinflusste die polnische Epoche der Romantik stark. Die Romantik gilt als die wichtigste Epoche der polnischen Literatur und ist bis heute ein bedeutender Teil des Lehrplans der Schulen geblieben.
 2 Infolgedessen entstand ein Großteil der wichtigsten kulturellen Artefakte außerhalb der Landesgrenzen. Sogar die polnische Nationalhymne wurde in Italien geschrieben, ursprünglich als Lied der napoleonischen polnischen Legionen, und enthält eine Passage über die Hoffnung auf eine Rückkehr nach Polen, um sich wieder der Nation anzuschließen.

ßen Polen innerhalb eines Jahres, die meisten nach Großbritannien.³ Heute lebt die überwiegende Mehrheit der polnischen Migranten in der Europäischen Union (etwa 2 Millionen) wobei die größten Bevölkerungsgruppen in Deutschland, dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden und Irland zu finden sind (vgl. Abb. 3). Die Polen bilden zudem die größte ausländische Bevölkerungsgruppe in Island, Irland und Norwegen, die zweitgrößte in Deutschland und im Vereinigten Königreich (Statistics Iceland 2020; Central Statistical Office of Ireland 2020: 50; Statistics Norway 2020; United Nations 2015; Statistisches Bundesamt 2017; Skandynawia Info 2016).

JUNGE MENSCHEN NEIGEN EHER ZUR AUSWANDERUNG

Gegenwärtig scheint die Emigration dadurch charakterisiert zu sein, dass eher junge Menschen aus wirtschaftlichen Gründen auswandern und dies für einen relativ kurzen Zeitraum tun. Das junge Alter der Auswanderer und Auswanderinnen ist charakteristisch für die Auswanderungswelle nach 2004. Laut einer Umfrage verneinten 74 Prozent der Befragten eine Auswanderungsabsicht, bei den 18-24-Jährigen waren es nur 36 Prozent (CBOS 2018: 3). Dagegen gibt es keine signifikanten Unterschiede bezüglich der Berufsgruppen und des Geschlechts, jedoch ist bemerkenswert, dass die meisten zum Zeitpunkt der Auswanderung kinderlos sind (Bobrowska 2013: 55) – ein Muster, welches sich auch bei jenen finden lässt, die Auswanderung zumindest in Betracht ziehen (Randstad 2019: 45). Darüber hinaus sind Ausgewanderte tendenziell relativ gut ausgebildet (laut Eurostat verfügen 49,8 Prozent von ihnen über einen Sekundarschul- und 29,1 Prozent über einen Hochschulabschluss). Nicht zuletzt scheint es auch eine geografische Komponente zu geben: Am ehesten wandern Menschen aus den strukturschwachen Regionen im Osten Polens aus, gefolgt vom Süd- und Nordwesten des Landes. Wohlhabende Zentralregionen sind dagegen am wenigsten von Auswanderung betroffen (CBOS 2013: 12).

WIRTSCHAFTLICHE GRÜNDE FÜR EMIGRATION

Im Jahr 2013 hatten 14 Prozent der Polen schon einmal im Ausland gearbeitet (CBOS 2013: 7). Diese Zahl stieg bis 2018 auf 20 Prozent (CBOS 2018: 3). Der polnische Arbeitsmarkt scheint einer der zentralen Gründe von Emigration zu sein (GUS 2019: 1). Laut einer Studie der polnischen Nationalbank im Jahr 2018 (NBP 2019), nannten zwar nur 19 Prozent der befragten Ausgewanderten Arbeitslosigkeit als Grund für ihren Wegzug, jedoch nannten 46 Prozent ein zu geringes Gehalt und 9 Prozent andere Arten von arbeitsbedingter Unzufriedenheit.

Polen wies im Jahr 2009 erstmalig eine positive Nettomigrationsrate auf (unter Einberechnung der kurzfristigen Migration, die in Abb. 1 nicht berücksichtigt ist; GUS 2019) – was als Ergebnis des Zusammenspiels einer sich insgesamt verlangsamen polnischen Auswanderung und eines Zuwachses an Einwanderung aus der Ukraine betrachtet werden kann. Die Wirtschafts- und Euro-Krise der folgenden Jahre ließ die Zahl jedoch ins Negative abrutschen; erst 2018 kehrte sie wieder ins Positive, erneut aufgrund des Zustroms ukrainischer Arbeitskräfte. Im Jahr 2018 ging zudem erstmalig die Gesamtzahl der im Ausland lebenden Polen zurück - um 85.000, d.h. um 3 Prozent im Vergleich zu 2017 (GUS 2019: 1).⁴ Dies könnte auf eine Trendwende hinsichtlich der Rückkehrmigration hindeuten.

³ Die meisten EU-Länder beschlossen eine Übergangszeit und öffneten ihre Arbeitsmärkte nicht sofort – mit Ausnahme von drei Ländern: Irland, Schweden und dem Vereinigten Königreich. Obwohl in den Ländern, die eine Übergangszeit einführen, kein deutlicher Anstieg der Einwanderung aus Polen zu beobachten war, nutzten viele der bereits in diesen Ländern lebenden polnischen Migranten die Gelegenheit, ihren rechtlichen Status in den eines EU-Bürgers umzuwandeln und sich dadurch eine stabilere Aufenthaltsgenehmigung zu sichern.

⁴ Die Statistik bezieht sich auf Migration über die Dauer von drei Monaten und länger. Sie stimmt daher nicht mit den von Eurostat gelieferten Daten (z.B. Abb.1) überein, die nur Aufenthalte von 12 Monaten oder länger zählen.

EMIGRATION: PROBLEM UND GRUNDRECHT ZUGLEICH

Die Gesellschaft ist hinsichtlich der anhaltenden Auswanderung gespalten. Einerseits wird die Auswanderung als eines der größten Probleme des Landes wahrgenommen: Laut einer Umfrage sorgen sich 30 Prozent der polnischen Befragten mehr um die Auswanderung als um die Einwanderung, 27 Prozent sorgen sich dagegen mehr um die Einwanderung und 30 Prozent hielten beides für gleich schlecht (Krastev et al. 2019). Andererseits wird die Auswanderung als Ausdruck persönlicher Freiheit gesehen und als eine legitime Möglichkeit zur Verbesserung des eigenen Lebensstandards (Work Service 2018: 16). Die Polen schätzen diese Freiheit sehr: Die Möglichkeit, das Land zu verlassen, steht ganz oben auf der Liste der Grundrechte, was wohl auch auf das Trauma der restriktiven Reisepolitik des kommunistischen Regimes zurückzuführen ist.⁵

Es ist somit nicht überraschend, dass offene Grenzen innerhalb des Schengen-Raumes von Seiten der Polen als eine der wichtigsten Vorteile des EU-Beitritts (CBOS 2019: 7) und im Falle eines Zusammenbruchs der EU als schmerzhaftester Verlust betrachtet werden (Krastev, Leonard und Dennison 2019). Viele nutzen diese Freiheit aktiv, u.a., weil sie die Niederlassung im Ausland erheblich erleichtern und die rechtlichen und bürokratischen Hürden reduzieren. Dies spiegelt sich auch in den bevorzugten Reisezielen polnischer Migranten und Migrantinnen wider: 80 Prozent wählen EU- und EWR-Ziele (d.h. Norwegen, Island oder die Schweiz) gegenüber anderen Ländern.

Nicht zuletzt scheinen sowohl die Bevölkerung als auch die Regierung Auswanderung als eine Art „Überdruckventil“ (*wentyl bezpieczeństwa*) zu betrachten, welches den Abbau sozialer Spannungen ermöglicht. Die Regierung sieht darin einen einfachen Weg zur Konfliktvermeidung, indem sie die unzufriedenen Menschen ziehen lässt. Deutlich sichtbar wurde dieser Effekt im Zusammenhang mit der jüngsten Anti-LGBT-Rhetorik der Regierungspartei: viele Angehörige sexueller Minderheiten entschlossen sich zur Ausreise, was durchaus auch die Aufmerksamkeit von Medien im In- und Ausland auf sich zog (z.B. Karpieszuk 2020; NBC News 2020).

EMIGRATION IM POLITISCHEN DISKURS

Auswanderung ist kein polarisierendes Thema im öffentlichen Diskurs Polens. Die meisten sozialen und politischen Akteure teilen die negative Wahrnehmung der Folgen der Auswanderung. Sie sind sich überdies darin einig, dass die wirtschaftlichen Ursachen angegangen werden müssen. Die Notwendigkeit, die Auswanderung zu verlangsamen und die Rückkehrmigration zu fördern, gehört in Polen zu den so genannten ‚Valenzthemen‘ (Stokes 1963), d.h. Themen, bei denen sich alle politischen Parteien weitgehend einig sind, ohne in ihrer allgemeinen Einschätzung des Problems voneinander abzuweichen. In der Regel stellt Emigration ein Querschnittsthema dar, da sie soziale Probleme auf anderen Feldern verstärkt, z.B. wenn die Auswanderung des medizinischen Personals die Krise im Gesundheitssystem weiter verschärft oder wenn die Emigration von Menschen im reproduktiven Alter die demografische Krise Polens vertieft. Das letzte Mal stand Emigration im Zuge der Parlamentswahlen 2007 im Mittelpunkt der politischen Debatte, als im Rahmen des EU-Beitritts bis zu zwei Millionen Menschen auswanderten (Lesińska 2015: 19). Nachdem

KAUM POLITISIERUNG

⁵ Damals durften die Menschen weder auswandern noch frei verreisen. Auch ihre Pässe durften sie nicht zu Hause aufbewahren, sie mussten vor jeder Reise beantragt werden. Es lag im Ermessen des Staates, ob sie ausgestellt wurden - was, wenig überraschend, dazu diente, Dissidenten zu schikanieren. Aus diesem Grund würden heute alle politischen Vorschläge zur Beschränkung oder Erschwerung von Auswanderung als schwerwiegende Eingriffe in das persönliche Freiheitsrecht empfunden werden. Dementsprechend war auch die Maßnahme der Grenzschießung aufgrund des Ausbruchs des Coronavirus im Frühjahr 2020 die einzige, die sowohl an der polnisch-deutschen als auch an der polnisch-tschechischen Grenze zu lautstarken Protesten führte (Grzesiczak 2020).

sich diese Tendenz später verlangsamte, verlor das Thema seine wahrgenommene Dringlichkeit und wurde stattdessen wieder zu einem eher latenten Problem. Dennoch ist in den Medien teilweise präsent geblieben – in den letzten Jahren scheint es sogar salienter zu sein als noch 2007 (vgl. Abb. 4).

AUSWANDERUNG ALS REGIERUNGSKRITIK

Zwar herrscht weitestgehend Einigkeit bezüglich der Natur des Problems sowie seiner Ursachen und Folgen, jedoch gibt es bei der Frage nach politischen Antworten zum Teil erheblichen Streit: Die Opposition instrumentalisiert Emigration oft, um die Regierung und ihre – tatsächliche oder vermeintliche – Unfähigkeit zu kritisieren, die Ursachen der Auswanderung zu beseitigen. Währenddessen stellen sich die Regierungsparteien so dar, als kümmern sie sich mit gebührender Sorgfalt und Aufmerksamkeit um das Problem. Als beispielsweise die Partei *Prawo i Sprawiedliwość* (PiS) in der Opposition war, stellte sie die Wirksamkeit der politischen Vorschläge der von der *Platforma Obywatelska* geführten Regierung in Frage:

„Nicht weniger als 75 Prozent derer, die gehen wollen, sind jung, unter 35 Jahren. Unsere Landsleute, die ins Ausland gehen, sind sogar noch besser ausgebildet, es ist keine Auswanderung mehr, um dann als Tellerwäscher zu arbeiten. Jetzt bekennen Krankenschwestern, Ingenieure und Bauarbeiter ihre Absicht, Polen zu verlassen. Ich habe den Eindruck, dass die Regierung dieses Problem nicht bemerkt; die Regierung bemerkt nicht, dass die Massenauswanderung junger Menschen zu einer raschen Überalterung der Bevölkerung führt und somit droht, das ohnehin schwache Wirtschaftswachstum zu bremsen und einen Zusammenbruch des Rentensystems zu verursachen.“

(Małgorzata Sadurska, PiS-Abgeordnete, während einer Parlamentsdebatte am 14. Mai 2015)

Seitdem die PiS-Partei jedoch in der Regierung sitzt, wurde sie selbst wiederum von ihren politischen Gegnern dafür angegriffen, sich nicht ausreichend schnell oder umfassend mit den zugrundeliegenden Ursachen der Auswanderung zu beschäftigen, zum Beispiel, als die *Lewica* die PiS-Regierung für das Scheitern in der Frage prekärer Beschäftigungsverhältnisse junger Menschen verantwortlich machte:

„Untersuchungen zeigen, dass sich junge Menschen aufgrund des Mangels an Wohnraum, des Mangels an stabiler Arbeit und des fehlenden Sicherheitsgefühls zur Auswanderung entschließen. [...] Im Jahr 2015 kündigte die PiS die Auflösung von Ramsch-Verträgen⁶ an. Wann wird die Regierung dieses Versprechen einlösen?“

(Marcelina Zawisza, Lewica-Abgeordnete, während einer Parlamentsdebatte am 08. Januar 2020)

BETONUNG DER AUSWANDERUNG ALS INDIVIDUELLES RECHT

Interessanterweise wird das Recht auf Auswanderung als solches von den politischen Akteuren nicht in Frage gestellt. Die Möglichkeit zur Auswanderung wird von allen als legitim anerkannt und als ein wichtiger Grundpfeiler der demokratischen Transformation von 1989 und des Beitritts zur Europäischen Union 2004. Präsident Bronisław Komorowski verdeutlichte diese Ambivalenz in einem Radiointerview im Jahr 2015, als er sagte, es sei wichtig,

“dass die Menschen nicht auswandern, weil sie in Polen keine Chancen haben. Die Tatsache, dass sie weggehen und irgendwo nach besseren Bedingungen suchen, ist ein Gewinn an Freiheit. Niemand sollte also jemandem verbieten, wegzugehen, aber es wäre gut für junge Polen, [...] Chancen in Polen zu [haben]“ (Website des polnischen Präsidenten 2015).

⁶ „Schrott-Verträge“ (umowy śmieciowe) ist ein umgangssprachlicher Begriff, der diverse Arten von prekären Arbeitsverhältnissen bezeichnet.

Darin werden auch gewisse Unterschiede in der Argumentation zwischen den politischen Blöcken sichtbar. Für die politische Mitte und die Linke ist die Auswanderung nicht nur etwas Negatives. Sie erkennen auch eine positive Dimension, da sie eine Entscheidung *für* etwas sein kann, wie zum Beispiel eine andere Kultur, eine offenerere und modernere Gesellschaft, eine fortschrittlichere Rechtsordnung. Dabei unterstreichen sie auch die Forderung, dass niemand aufgrund von Diskriminierung oder sozialen Drucks zur Auswanderung veranlasst werden dürfe (vgl. Karpieszuk 2020). Die Transformation Polens in ein modernes, europäisches Land, in dem die Menschen gerne leben, sei ebenso wichtig, wie die Entwicklung der Wirtschaft. Für die politische Rechte wiederum geht es bei dem Thema Auswanderung allen voran um die Bekämpfung negativer Auswirkungen der begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten, damit Menschen nicht ‚gezwungen‘ sind, ihr Land und ihre Kultur auf der Suche nach finanzieller Stabilität zu verlassen. Selbst im Zusammenhang mit dem derzeit dringlichsten Problem, dem Fachkräftemangel in medizinischen Berufen - welcher innerhalb weniger Jahre das Gesundheitssystem zusammenbrechen lassen könnte - wurde von keiner der Parteien ernsthaft in Erwägung gezogen, das medizinische Personal daran zu hindern, das Land zu verlassen.

**RECHTE PARTEIEN:
NEGATIVES FRAMING VON
AUSWANDERUNG**

Bemerkenswerterweise wird in Debatten dabei nur selten eine Verbindung zwischen Auswanderung und Einwanderung hergestellt. Der jüngste Zustrom von etwa 1,5 Millionen vorwiegend ukrainischen Arbeitnehmern wird als Gewinn für den polnischen Arbeitsmarkt betrachtet, da er Lücken zu schließen vermag. Obwohl die beiden Gruppen – polnische Staatsangehörige im Ausland und ausländische Arbeitnehmer in Polen – ähnlich groß sind, wird letztere nicht als ein „Ersatz“ für die Emigranten angesehen. Die von den Ukrainern ausgeübten Tätigkeiten stehen in der öffentlichen Wahrnehmung nicht in Konkurrenz mit denen der Einheimischen, sondern als Tätigkeiten, für die zuvor nicht genügend Personen zur Verfügung standen.

Ein Resultat der konstanten Abwanderung polnischer Arbeitskräfte nach Westeuropa ist, dass Ressentiments gegenüber den Hauptaufnahmestaaten durchaus weit verbreitet sind – vor allem, aber nicht nur, seitens der rechten Parteien. Obwohl diese Länder nicht direkt dafür verantwortlich gemacht werden, dass sie Auswanderer anziehen, sehen es viele dennoch als ungerecht an, dass gerade die ärmeren Länder im Osten die Kosten für die Ausbildung der Arbeitskräfte tragen müssen, die dann ohne angemessene Kompensation den östlichen Ländern ‚entrissen‘ würden. Diese Frustration äußerte sich etwa im Exposé des Premierministers Mateusz Morawiecki vom 19. November 2019:

**RESSENTIMENTS GEGEN
DEN WESTEN**

„Daten des IMF zufolge sind zwischen 1990 und 2016 fast 20 Millionen Menschen aus Zentraleuropa in reiche westeuropäische Länder eingewandert. Dieser Trend beschleunigte sich nach dem EU-Beitritt unserer Länder. Dem Währungsfond zufolge führte dies zu einem Verlust von Einkommen seitens der zentraleuropäischen Länder, einschließlich Polen. Unser Pro-Kopf-Einkommen ist aufgrund der Migration um mindestens 5 Prozent niedriger. Dies ist ein gewaltiger Tribut, welchen Polen an die Länder des Westens entrichtet. Solch ein Tribut der Armen an die Reichen ist nicht normal. Ein Staat mit hohen Standards muss dies aufhalten.“

Im Rahmen der europäischen ‚Flüchtlingskrise‘ im Jahr 2015 mischten sich das vorhandene Ressentiment gegenüber Westeuropa mit der Ablehnung außereuropäischer Flüchtlinge. Zwei Zitate aus einer Debatte am 16. September 2015, einen Monat vor der Wahl, die die PiS an die Macht brachte, sind besonders bemerkenswert. Zunächst erntete der damalige Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, Kritik für seine Bemerkung, wonach Polen für die Öffnung der innereuropäischen Grenzen

zur Gegenleistung verpflichtet sei und syrische Flüchtlinge aufnehmen müsse, da auch 20 Millionen Menschen polnischer Herkunft im Ausland lebten. Der Vorsitzende der PiS Jarosław Kaczyński erwiderte:

Ja, in der Tat, viele Polen sind in den letzten Jahren ausgewandert, in früheren Jahren, im vorangegangenen Jahrhundert und davor. Das ist wahr. Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben die Polen, als sie einwanderten, diesen Ländern ihre Regeln auferlegt? Haben sie gar Menschen terrorisiert? Nein, sie haben hart gearbeitet, mit großer Bescheidenheit, oft mit übermäßiger Bescheidenheit.

Unterstützt wurde er von der Abgeordneten Marzena Wróbel (auch PiS):

[...] Jean-Claude Juncker [...] behauptete im Europäischen Parlament, dass 20 Millionen Polen außerhalb des Landes lebten, als Resultat der ökonomischen und politischen Auswanderung, womit er implizierte, dass Polen dementsprechend eine große Zahl illegaler Einwanderer akzeptieren sollte, die im Moment nach Europa vorstoßen. [...] Die Deutschen haben eine relative kleine Gruppe von Flüchtlingen in München aufgenommen, aber erinnern Sie sich, was danach kam? Später schlossen die Deutschen ihre Grenzen und suspendierten die Schienenverbindungen zu ihren südlichen Nachbarn. Das ist die deutsche Politik. Sie sagen eine Sache und tun dann etwas Anderes. Wir sollen deren Schulden bezahlen; die Staaten Zentraleuropas sollen deren Schulden bezahlen.

Beide Zitate stellen gut die Einstellung der PiS gegenüber Geflüchteten dar und unterstreichen die Unterschiede in der Wahrnehmung der polnischen Ausgewanderten auf der einen Seite und der syrischen Migranten auf der anderen Seite. Zugleich wird deutlich, dass in Polen der Gedanke, wonach der Westen dem Land mit der Aufnahme der Auswanderer einen Gefallen getan habe, entschieden zurückgewiesen wird. Mehr noch, die Verantwortung wird vollständig auf den Westen geschoben: Die Aufnahme der Flüchtlinge sei eben nicht, wie Juncker angedeutet hatte, eine Chance für Polen, sich für die einst erhaltene Unterstützung zu revanchieren. Vielmehr handele es sich dabei um das für Polen und andere zentraleuropäische Staaten erzwungene und kostspielige Resultat der westeuropäischen Politik im Besonderen Deutschlands. Da Auswanderung aus Polen den Individuen und den Aufnahmestaaten helfe, jedoch den polnischen Staat selbst benachteilige, wird die polnische Migration vielmehr als ein Gefallen Polens an die westlichen Staaten gesehen.

**KEIN ZENTRALES THEMA
DER JÜNGSTEN
WAHLPROGRAMME**

Bei den jüngsten Wahlen im Oktober 2019 stellte Auswanderung kein zentrales Thema dar. In den Wahlprogrammen war es vor allem die regierende ‚Recht und Gerechtigkeit‘ (PiS), die sich mehr als andere Parteien auf das Thema konzentrierte. Nur die rechtsextreme ‚Konfederacja‘ erwähnte beiläufig die Notwendigkeit, nach Polen zurückkehrende Migranten zu unterstützen und die Rückführungsprogramme zu reformieren. Ein genauerer Blick der Rahmung von Auswanderung im PiS-Manifest macht ein Muster deutlich: Obwohl die Ursachen der Auswanderung und viele der Lösungen als in ihrer Natur wirtschaftlich dargestellt werden, werden wiederum die *Folgen* der Auswanderung in einem eindeutig kulturell-nationalistischen Kontext präsentiert. Die Partei ist der Ansicht, dass die Polen gezwungen seien, ihr eigenes Land zu verlassen, in einem fremden Umfeld zu leben und zu arbeiten. Infolgedessen trügen sie zwangsweise zur Entwicklung eines fremden Landes statt ihres eigenen bei.

Zwar erwähnte keine der anderen Parteien die Auswanderung in ihren Wahlprogrammen von 2019, jedoch muss dies kein Indikator für eine fehlende Berücksichtigung sein; sie ist eher Ausdruck der geringen Dringlichkeit des Themas zum jeweiligen Zeitpunkt. Obwohl es im Wahlmani-

fest von *Lewica* nicht erwähnt wird, verspricht beispielsweise die *Partia Razem*, eine der sie konstituierenden Parteien, eine bessere Vertretung der Diaspora in der Innenpolitik.

Aus der Analyse der Wahlmanifeste seit dem EU-Beitritt (2005, 2007, 2011 und 2015) gehen drei wichtige Erkenntnisse hervor. Erstens befassten sich im Zeitraum von 2005 bis 2007 alle Parteien mit dem Thema Auswanderung. Zweitens fokussierten vor allem Parteien aus dem rechten Spektrum auf das Thema - je weiter rechts, desto ausgeprägter der Fokus. Weder die *Bürgerplattform* noch die linken Parteien (*SLD* und *Ruch Palikota* 2011, *Vereinigte Linke* 2015) erwähnten die Auswanderung 2011 oder 2015; der derzeitige Koalitionspartner der *Bürgerplattform*, *Nowoczesna*, tat dies nur beiläufig als es um die Erleichterung der Rückkehr ging (S. 39). Drittens ist es auffällig, dass es parteiübergreifend kaum konkrete politische Vorschläge gibt. Zwar existieren tatsächlich einige wenige, wie z.B. das 2007 von der *PiS* angekündigte „Rückkehr“-Programm (2015: 56) oder die oben erwähnten Vorschläge der *Nowoczesna* bezüglich der Unterstützung von Schulkindern. In den meisten Fällen wird die Auswanderung jedoch nur als Folgeproblem dargestellt, welche aus Problemen wie Massenarbeitslosigkeit, unzureichende wirtschaftliche Entwicklung, Wohnungsnot oder niedrige Löhne hervorgeht. Infolgedessen konzentrieren sich die meisten Vorschläge zur Verhinderung der Auswanderung auf die Bewältigung grundlegender Probleme und zielen nicht auf die Auswanderung im Speziellen.

AUSWANDERUNG IN FRÜHEREN WAHLPROGRAMMEN

Da sich die Parteien weitestgehend einig sind bezüglich einer rückkehrfreundlichen Migrationspolitik und der Pflege der Beziehungen zur Diaspora, liegt das Thema vor allem in den Händen der Regierung, da nur diese über die Instrumente zur Umsetzung dieser Absichten verfügt. In gewisser Weise ist die Auswanderung somit gar nicht Gegenstand des politischen Wettbewerbs, sondern vielmehr ein Teil der Verwaltungsaufgaben des Staates. Während jedoch einige wenige der Initiativen auf die kulturellen und sozialen Bedürfnisse der (zumeist älteren) Ausgewanderten ausgerichtet sind, befasst sich die Mehrheit eher mit den Auswanderungsraten selbst.

Die Fragen der Auswanderung und der Diaspora werden traditionell in den Exposés der neu gewählten Premierminister angesprochen. Üblicherweise verfolgt jede Regierung eine Politik, die Anreize für die Remigration schafft. So herrscht durchaus ein gewisses Maß an Kontinuität, z.B. bei den Regierungsprogrammen zur Unterstützung der Repatriierung (wegen der rot-weißen Färbung des Storchs und der saisonalen Migrationsmuster „Storchenprogramme“ genannt), oder beim staatlichen Online-Portal, welches umfassende Informationen für Menschen enthält, die eine Rückkehr erwägen (<https://powroty.gov.pl/>). Es gibt zudem Programme, die finanzielle Unterstützung bei der Rückkehr vorsehen, obwohl bei näherer Betrachtung deutlich wird, dass es sich dabei eher um Maßnahmen zur Erleichterung des Zugangs zu allgemeinen Sozialleistungen handelt. Auf der Makro-Ebene konzentriert sich die Regierung momentan jedoch vor allem auf die Erleichterung des Zugangs zu ausländischen Arbeitsmärkten, eine bessere Anerkennung von Qualifikationen, die Vermeidung von Doppelbesteuerung oder den Schutz der Arbeitsrechte polnischer Arbeitnehmer im Ausland (Stefańska 2017: 108-112).

RÜCKKEHRMIGRATION ALS STAATSAUFGABE

Der Staat erfüllt auch die Aufgabe, sich um die polnische Diaspora und die polnischen Minderheiten in anderen Ländern zu kümmern und sie zu schützen. Beide Kammern des Parlaments, Sejm und Senat, verfügen über ständige Ausschüsse zur Kontaktpflege mit der Diaspora. Von den Botschaften und Konsulaten wird zudem erwartet, dass sie sich nicht nur um die rechtlichen und organisatorischen Angelegenheiten kümmern,

sondern auch die lokalen polnischen Organisationen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich unterstützen. Die Schutzaufgabe des Staates spiegelt sich auch in der Einführung der *Karta Polaka* (Polenkarte) im Jahr 2007 wider, welche für Personen mit polnischem Hintergrund, aber ohne polnische Staatsbürgerschaft gedacht war. Die Karte bestätigt die Zugehörigkeit des Inhabers zur polnischen Nation und gewährt verschiedene Privilegien (z.B. Befreiung von der Pflicht zur Beantragung einer Arbeitserlaubnis). Ursprünglich nur für Polen in 15 postsowjetischen Staaten gedacht, wurde das Gesetz 2019 geändert, um polnische Staatsangehörige aus allen Ländern einzubeziehen (Gazeta Prawna 2019). Darüber hinaus erhielt der neue Gesetzesentwurf zur Staatsbürgerschaft von 2012 (Dz. U. 2012 poz. 161) ein Kapitel (Kapitel V, Art. 38-45) über die Wiedererlangung der polnischen Staatsbürgerschaft durch Personen, die vor 1989 gezwungen waren, diese als Bedingung der Ausreise aufzugeben. Weithin wurde dies als Wiedergutmachung für vergangenes Unrecht des Staates gegenüber seinen Bürgern angesehen (vgl. Senat 2019).

RECHTE VON AUSLANDSPOLEN

Polnische Staatsbürger im Ausland dürfen auch an den nationalen Wahlen teilnehmen und verlieren dieses Recht nicht, unabhängig davon, wie viel Zeit seit ihrer Ausreise vergangen ist. Obwohl es in den sozialen Medien regelmäßig Entrüstung darüber gibt, dass Menschen, die nicht im Land leben, Einfluss darauf haben, wer das Land regieren soll, wird ein solcher Groll weder von einer politischen Partei noch von einer anderen Organisation öffentlich geäußert. Bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen vom Juni 2020 haben sich über 0,5 Million Wähler im Ausland zur Wahl registriert (Państwowa Komisja Wyborcza 2020a). Diese Zahl ist deutlich niedriger als die geschätzten 2,54 Millionen Polen, die im Ausland leben (obwohl diese Zahl auch nicht-wahlberechtigte Personen einschließt). Obwohl historisch gesehen das Wahlverhalten im Allgemeinen das des Heimatlandes widerspiegelte und nur tendenziell etwas liberaler war, erhielt der amtierende Präsident und spätere Wahlsieger Andrzej Duda bei den jüngsten Wahlen nur 25,9 Prozent der Stimmen in den ausländischen Wahlkreisen, während die Opposition unter Rafał Trzaskowski mit 74,1 Prozent der Stimmen eine überwältigende Mehrheit erlangen konnte (Państwowa Komisja Wyborcza 2020b).

INFOBOX – Migration in Zeiten der Corona-Pandemie

Zwischen der andauernden Corona-Pandemie und der Auswanderung wurde im öffentlichen Diskurs kaum ein Zusammenhang hergestellt. Tatsächlich hielten die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus - insbesondere die Einstellung aller internationalen Zug- und Flugverbindungen und die obligatorische 14-tägige Quarantäne für Bürger, die aus dem Ausland zurückkehren (März bis Juni) - polnische Auswanderer außerhalb des Landes. Polnische Staatsbürger mit Wohnsitz in anderen Ländern entschieden sich entsprechend oft dazu, im Ausland zu bleiben. Die staatlich organisierten Rückführungen wurden vor allem von gestrandeten Touristen genutzt. Die einzige Auswanderergruppe, die stark von der Corona-Pandemie betroffen war, waren lokale Grenzgänger, da sie nun von ihrem Arbeits- oder Wohnort abgeschnitten waren. Nach zahlreichen Protesten an den polnisch-deutschen und polnisch-tschechischen Grenzen verzichtete der Staat Anfang Juni auf die obligatorische Quarantäne für diejenigen, die dokumentieren konnten, eine Beschäftigung in anderen EU-Mitgliedsstaaten auszuüben. Der Kampf gegen die Ausbreitung der Corona-Pandemie wurde deshalb klar als europäische Angelegenheit formuliert und die geschlossenen Grenzen nicht nur als Verletzung der Freizügigkeit und des Geistes der europäischen Integration interpretiert, sondern auch als überholte und ineffektive Maßnahme zur Eindämmung der Pandemie. Hierfür

wurde angeführt, dass zwar der lokale Pendelverkehr von wenigen Kilometern (z.B. zwischen Görlitz und Zgorzelec oder Cieszyn und Těšín), der oft im eigenen Auto oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden konnte, untersagt war, jedoch Reisen mit einem viel höheren Expositions-Risiko (z.B. Zugfahrten von Stettin nach Warschau oder Krakau) zugelassen waren.

AUSBLICK

Es ist schwer vorauszusagen, wie sich die Diskussion um Auswanderung in Zukunft entwickelt. Einerseits erscheint es unwahrscheinlich, dass jene, die das Land verlassen haben, kurz- oder mittelfristig nach Polen zurückkehren werden. Die Löhne und Arbeitsbedingungen in Polen sind trotz einiger Verbesserungen in den letzten Jahren immer noch nicht attraktiv genug. Obwohl die Zeiten der Massenauswanderung der Vergangenheit angehören, scheint es dennoch unwahrscheinlich, dass die Auswanderung ganz zum Stillstand kommt.

Auf der anderen Seite könnten die neuen Entwicklungen das Muster der Migration in Polen durchaus verändern. Erstens hat sich das allgemeine Tempo der Auswanderung stetig verlangsamt. Zweitens sind die Rückkehrraten der letzten Jahre die höchsten seit 2004. Insgesamt wird also wahrscheinlich eine Situation entstehen, in der das Migrationssaldo zwischen polnischer Zu- und Abwanderung nur noch geringfügig negativ ist. Drittens werden die demografischen Gegebenheiten - vor allem die niedrige Fertilitätsrate und die Alterung der Gesellschaft - die polnische Wirtschaft noch stärker von der Einwanderung (und der Rückwanderung) abhängig machen. Hier sollte der Einfluss der jüngsten Einwanderungsbewegung nach Polen nicht unterschätzt werden: die polnische Wirtschaft öffnet sich für Einwanderer und die polnische Arbeitserlaubnis gehört zu der am einfachsten zu erlangenden in der EU. Infolgedessen ist eine beträchtliche Anzahl von Migranten nach Polen gezogen, was das Land faktisch in ein Aus- *und* Einwanderungsland verwandelt hat.

Sollte eine neue Krise das Land erschüttern, ist eine Umkehrung der Migrationsbewegungen möglich. Die Polen, die bereits Auswanderungserfahrung haben, könnten erneut in großer Zahl das Land verlassen. Auch die Art der Krise spielt eine Rolle, da die Polen nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen emigrieren. Die derzeitigen Proteste gegen das De-facto-Abtreibungsverbot zeigen, dass, wenn es nicht gelingt eine neue Regierung ins Amt zu bringen, sich auch Andere zur Auswanderung genötigt fühlen könnten.

Wenn die neuen Trends der Migration in Polen Bestand haben, wird Polen in ein paar Jahrzehnten – bezüglich seiner Migrationsmuster und des Anteils der im Ausland geborenen Bevölkerung – eher wie ein westliches Land aussehen. Bislang ist das dominierende Selbstbild Polens jedoch das eines Auswanderungslandes, und es wird ein langer Prozess, dieses Selbstbild mit der neuen Realität in Einklang zu bringen.

LITERATUR

Bobrowska, Anita 2013: Migracje Polaków Po Przystąpieniu Do Unii Europejskiej; in: Colloquium Wydziału Nauk Humanistycznych i Społecznych. Kwartalnik 2/2013.

CBOS 2013: Poakcesyjne Migracje Zarobkowe. Komunikat z badań Nr BS/166/2013; verfügbar unter: https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2013/K_166_13.PDF (letzter Zugriff: 19.07.2020).

CBOS 2018: Wyjazdy do pracy zagranicę. Komunikat z badań Nr 146/2018; verfügbar unter: https://cbos.pl/SPISKOM.POL/2018/K_146_18.PDF (letzter Zugriff: 20.07.2020).

CBOS 2019: 15 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej. Komunikat z badań Nr 59/2019; verfügbar unter: https://cbos.pl/SPISKOM.POL/2019/K_059_19.PDF (letzter Zugriff: 08.09.2020).

CBS StatLine 2020: Bevolking; generatie, geslacht, leeftijd en herkomstgroepering, 1 januari; verfügbar unter: <https://opendata.cbs.nl/statline/#/CBS/nl/dataset/37325/table?fromstatweb> (letzter Zugriff: 20.07.2020).

Central Statistical Office of Ireland 2020: Population. Diversity 2020; verfügbar unter: https://www.cso.ie/en/media/csoie/releasespublications/documents/population/2017/Chapter_5_Diversity.pdf (letzter Zugriff: 20.07.2020).

Eurostat 2019: First residence permits issued in the EU Member States remain above 3 million in 2018. News release No. 164/2019; verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10189082/3-25102019-AP-EN.pdf/95e08bc8-476d-1f7d-a519-300bdec438cb> (letzter Zugriff: 08.09.2020).

Gazeta, Prawna 2019: Rozszerzenie działania Karty Polaka na wszystkie kraje: Prezydent podpisał ustawę; verfügbar unter: <https://www.gazetaprawna.pl/artykuly/1415892,karta-polaka-rozszerzona-na-wszystkie-kraje.html> (letzter Zugriff: 21.07.2020).

Grzesiczak, Łukasz 2020: „Precz z Kaczyńskim”, „Morawiecki, oddaj mi miesiąc życia”. Cieszyn protestuje. OKO.press; verfügbar unter: <https://oko.press/precz-z-kaczynskim/> (letzter Zugriff: 6.09.2020).

GUS (Główny Urząd Statystyczny) 2018: Methodological report - Migration of population. Aspects of migration surveys used in the development of population balances; verfügbar unter: <https://stat.gov.pl/en/topics/population/international-migration/methodological-report-migration-of-population,7,1.html> (letzter Zugriff: 26.10.2020).

GUS (Główny Urząd Statystyczny) 2019: Informacja o rozmiarach i kierunkach czasowej emigracji z Polski w latach 2004-2018; verfügbar unter: <https://stat.gov.pl/obszary-tematyczne/ludnosc/migracje-zagraniczne-ludnosc/informacja-o-rozmiarach-i-kierunkach-czasowej-emigracji-z-polski-w-latach-2004-2018,2,12.html> (letzter Zugriff: 20.07.2020).

Karpieszuk, Wojciech 2020: Uciekają z Polski po homofobicznej kampanii Dudy. Wyjeżdżają, bo się boją. Wśród nich Jacek Dehnel; in: Gazeta Wyborcza, 24.07.2020; verfügbar unter: <https://warszawa.wyborcza.pl/warszawa/7,54420,26151035,ucieczka-z-polski-po-homofobicznej-kampanii-dudy-wyjezdza.html> (letzter Zugriff: 06.09.2020).

Konfederacja Wolność i Niepodległość 2019: Polska dla Ciebie. Piątka Konfederacji - Program Konfederacji Wolność i Niepodległość.

Krastev, Ivan / Leonard, Mark / Dennison, Susi 2019: What Europeans really want: Five myths debunked; verfügbar unter: https://www.ecfr.eu/specials/what_europeans_really_want_five_myths_debunked (letzter Zugriff: 11.09.2020).

Lesińska, Magdalena 2015: Emigracja i diaspora w dyskursie politycznym w Polsce w latach 1991-2015, CMR Working Papers, No. 83/141, University of Warsaw, Centre of Migration Research (CMR), Warsaw; verfügbar unter: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/140866/1/835317382.pdf> (letzter Zugriff: 21.07.2020).

MSZ (Ministerstwo Spraw Zagranicznych) 2015: Rządowy Program Współpracy z Polonią i Polakami za Granicą w latach 2015 – 2020; verfügbar unter: <https://www.msz.gov.pl/resource/70a7021e-304c-4075-a812-18e5b3410966:JCR>, (letzter Zugriff: 14.08.2018).

NBC News 2020: Polish LGBTQ people leaving as post-vote mood grows hostile. 6. August 2020; verfügbar unter: <https://www.nbcnews.com/feature/nbc-out/polish-lgbtq-people-leaving-post-vote-mood-grows-hostile-n1236004> (letzter Zugriff: 06.09.2020).

NBP (Narodowy Bank Polski) 2019: Polacy pracujący za granicą w 2018 r. Raport z badania; verfügbar unter: https://www.nbp.pl/publikacje/migracyjne/polacy_pracujacy_za_granica_2018.pdf (letzter Zugriff: 20.07.2020).

Nowoczesna 2015. Program. Nowoczesna Polska dla każdego.

Państwowa Komisja Wyborcza 2020a: Frekwencja w drugiej turze wyborów Prezydenta Rzeczypospolitej Polskiej w 2020 r.; verfügbar unter: <https://wybory.gov.pl/prezydent20200628/pl/frekwencja/2/Koniec/pl> (letzter Zugriff: 21.07.2020).

Państwowa Komisja Wyborcza 2020b: Wyniki głosowania w drugiej turze; verfügbar unter: <https://wybory.gov.pl/prezydent20200628/pl/wyniki/2/pow/149900> (letzter Zugriff: 21.07.2020).

Prawo i Sprawiedliwość 2019: Program Prawa i Sprawiedliwości: Polski Model Państwa Dobrobytu.

Prawo i Sprawiedliwość 2007: Państwo sprawne, przyjazne, dbające o obywateli.

Randstad 2019: Monitor rynku pracy. Wyniki 37. edycji badania. Instytut badawczy randstad. 8 October 2019. <http://info.randstad.pl/monitor-ryнку-pracy-37> (letzter Zugriff: 20.07.2020).

Senat 2019: Opening remarks of the Senat Marschall Alicja Grześkowiak during the 39. Plenary session of the Senat to commemorate 10th anniversary of the Restoration of the Senat; verfügbar unter: <https://www.senat.gov.pl/diariusz/posiedzenia-senatu/art,7273,3-lipca-1999-r-.html> (letzter Zugriff: 21.07.2020).

Skandynawia Info 2016: Polacy trzecią mniejszością narodową w Szwecji; verfügbar unter: <https://skandynawiainfo.pl/polacy-trzecia-mniejszoscia-narodowa-w-szwecji/> (letzter Zugriff: 20.07.2020).

Stachowiak Zenon 2004: Ekonomia międzynarodowa wobec wyzwań cywilizacyjnych, AOB - Wydział Wydawniczy, Warszawa.

Statistics Iceland 2020: Population by country of birth, sex and age 1 January 1998-2019; verfügbar unter: https://px.hagstofa.is/pxen/pxweb/en/lbuar/lbuar__mannfjoldi__3_bakgrunnur__Faedingarland/MAN12103.px/table/tableViewLayout1/?rxid=2bd3edd3-cb25-44c4-abc5-b47e014b6e0d (letzter Zugriff: 20.07.2020).

Statistics Norway 2020: Immigrants and Norwegian-born to immigrant parents; verfügbar unter: <https://www.ssb.no/en/innvbef> (letzter Zugriff: 20.07.2020).

Statistisches Bundesamt 2017: Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2017; verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/_inhalt.html?__blob=publicationFile (letzter Zugriff: 20.07.2020).

Renata, Stefańska 2017: Between West and East: Diaspora, Emigration and Return in the Polish Emigration and Diaspora Policy; in: Weinar Agnieszka (Hg.): Emigration and Diaspora Policies in the Age of Mobility; Springer, Stuttgart, S. 101-120.

Stokes, Donald E. 1963: Spatial models of party competition; in: American Political Science Review 57 (2), S. 368–377.

United Nations 2015: Trends in International Migrant Stock: Migrants by Destination and Origin (United Nations database, POP/DB/MIG/Stock/Rev.2015) (XLS). United Nations, Department of Economic and Social Affairs, New York. (letzter Zugriff: 20.07.2020).

Website of the President of Poland 2015: Wywiad prezydenta w "Sygnałach dnia", 3. May 2015; verfügbar unter: <https://www.prezydent.pl/archiwum-bronislawa-komorowskiego/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta/wywiady/art,408,wywiad-prezydenta-w-sygnałach-dnia.html>

Work Service 2018: Migracje zarobkowe Polaków IX. Report. November 2018; verfügbar unter: <http://www.workservice.com/pl/content/download/7001/51470/file/Migracje%20Zarobkowe%20Polak%C3%B3w%20IX%20-%20listopad%202018.pdf> (letzter Zugriff: 20.10.2020).



**EMIGRATION IN
EUROPÄISCHEN LÄNDERN**

5 PORTUGAL

Zusammenfassung

Portugals jüngste Auswanderungswelle ist in erster Linie eine Folge seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach der Finanzkrise von 2008 und der anschließenden Staatsschuldenkrise. Zwischen 2010 und 2016 verließen mehr als 300.000 Menschen dauerhaft das Land.

Die Zunahme der Auswanderung verschärft die schwierige demographische Entwicklung – angesichts der niedrigen Geburtenraten und der rasch alternden Bevölkerung. Der Wanderungssaldo war sechs Jahre in Folge (2011-2016) negativ, wobei das Land seit 2010 rund drei Prozent seiner Bevölkerung verloren hat.

Obwohl Auswanderung in Portugal keineswegs ein neues Phänomen ist, wurde sie in den Krisenjahren zu einem politischen Streitpunkt. Ihre Bedeutung nahm sowohl in den Medien als auch in der politischen Debatte zu. Im Wesentlichen gaben die Oppositionsparteien der Sparpolitik der rechten Regierungskoalition die Schuld an der ‚Vertreibung‘ der Menschen aus dem Land.

Die Auswanderung wird überwiegend negativ gesehen, da sie aus einem negativen Kontext resultiert (Wirtschaftskrise, prekärer Arbeitsmarkt usw.) und negative Folgen hat (z.B. auf Demographie und Wirtschaft). Dies steht im Gegensatz zu dem überwältigend positiven Ton gegenüber der portugiesischen Diaspora.

ENTWICKLUNG UND STRUKTUR DER EMIGRATION

Portugal hat mehr als zwei Millionen Bürger, die im Ausland leben, das entspricht mehr als 20 Prozent der Wohnbevölkerung des Landes. Rechnet man auch die Nachkommen der Auswanderer hinzu, steigt die Zahl auf über fünf Millionen (Pereira/Azevedo 2019: 3). Damit gehört Portugal (zusammen mit Kroatien und Malta) zu den Ländern in der EU mit dem höchsten relativen Anteil an Auswanderern. Mehrere Länder verfügen über eine beträchtliche portugiesische Einwanderergemeinschaft, sowohl in Europa als auch auf dem amerikanischen Kontinent. Dies ist vor allem der Fall in Frankreich und der Schweiz, wo die Portugiesen jeweils die drittgrößte Einwanderergemeinschaft bilden, aber auch in Brasilien und Luxemburg, wo sie sogar die größte Einwanderergruppe bilden. Frankreich und die Schweiz sind auch die Länder mit dem höchsten Anteil portugiesischer Staatsangehöriger (oder in Portugal geborener Personen), gefolgt von den USA (im Falle der Länder mit den meisten in Portugal geborenen Personen) und dem Vereinigten Königreich (im Falle der Länder mit den meisten Ausländern mit portugiesischer Staatsangehörigkeit). Betrachtet man nur die ‚mobilen EU-Bürger‘ im erwerbsfähigen Alter (20-64 Jahre), so machte der Anteil der im EU-Ausland lebenden Portugiesen im Jahr 2019 etwa 10,8 Prozent der portugiesischen Wohnbevölkerung aus, womit Portugal das EU-Land mit den viertmeisten ‚mobilen Bürgern‘ innerhalb der EU ist (Eurostat 2019).

Die Auswanderung ist keineswegs ein neues Phänomen: Portugal ist historisch gesehen ein ‚Auswanderungsland‘. Wissenschaftler weisen in der Regel auf drei oder vier große Auswanderungswellen in der portugiesischen Geschichte hin (Pereira/Azevedo 2019). Die erste Welle meint den Zeitraum von 1850 bis 1930, den sogenannten transatlantischen Zyklus. Sie ist Teil der größeren europäischen Verlagerung von Arbeitskräften auf den amerikanischen Konti-

EIN FÜNFTTEL LEBT IM AUSLAND

PORTUGAL ALS ‚AUSWANDERUNGSLAND‘

Country Factsheet

<i>Pro-Kopf-BIP:</i>	19.827 €
<i>EU-Beitrittsjahr:</i>	1986
<i>Bevölkerung im Jahr 2019:</i>	10 286 263
<i>Bevölkerung im Jahr 1990:</i>	9 983 220
<i>Bevölkerungsprognose für 2060:</i>	8 910 843
<i>Anteil ausländischer Staatsangehöriger:</i>	5,7 %
<i>Im Ausland geborene Bevölkerung:</i>	9,3 %
<i>Junge Bevölkerung:</i>	13,7 % (EU-Durchschnitt: 15,2 %)
<i>Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter:</i>	64,5 %
<i>65 Jahre und älter:</i>	21,8 % (EU-Durchschnitt: 20,2 %)
<i>Fertilitätsrate:</i>	1,42 (EU-Durchschnitt: 1,55)

nent nach der Entkolonialisierung. In diesem Zeitraum verließen etwa 2 Millionen Menschen das Land, wobei Brasilien das Hauptziel war. Die zweite Welle ist den Portugiesen am besten bekannt, da sie in Debatten über die Auswanderung oft beschworen wird. Sie umfasst den Zeitraum von 1950 bis 1974, d.h. die letzten Jahrzehnte des autoritären Regimes und die Zeit der Kolonialkriege. Um den Ernst der heutigen Situation hervorzuheben, argumentieren Medien und politische Akteure oft, dass die gegenwärtige Auswanderungswelle an diese zweite Welle erinnert. Obwohl verlässliche Statistiken schwer zu bekommen sind (auch weil viele heimlich das Land verließen), wird geschätzt, dass in diesem Zeitraum mehr als 1,8 Millionen Menschen ausgewandert sind. Zwei Drittel von ihnen gingen in das industrialisierte Europa, vor allem nach Frankreich und, in geringerem Maße, nach Deutschland, während sich der Rest für Amerika (Venezuela, Kanada, USA, Brasilien) und Afrika (Südafrika, Angola und Mosambik) entschied. Einige Wissenschaftler sprechen von einer dritten Welle in der Zeit von 1980 bis 2000, als durchschnittlich 20.000 Menschen pro Jahr das Land verließen, vor allem in Richtung Westeuropa. Ein Hauptmerkmal dieser Periode, insbesondere in den 1990er Jahren, ist, dass Portugal eine zunehmende Zuwanderung (und auch Rückwanderung) erlebte und ab 1993 sogar positive Nettomigrationsraten verzeichnete. Während Portugal ein Auswanderungsland blieb, wurde es auch ein Einwanderungsland. Das Ausmaß der Einwanderung ist jedoch nach wie vor geringer als im übrigen Südeuropa. Portugal verzeichnet nach wie vor eine viel höhere Gesamtzahl von Auswanderern als Einwanderer.

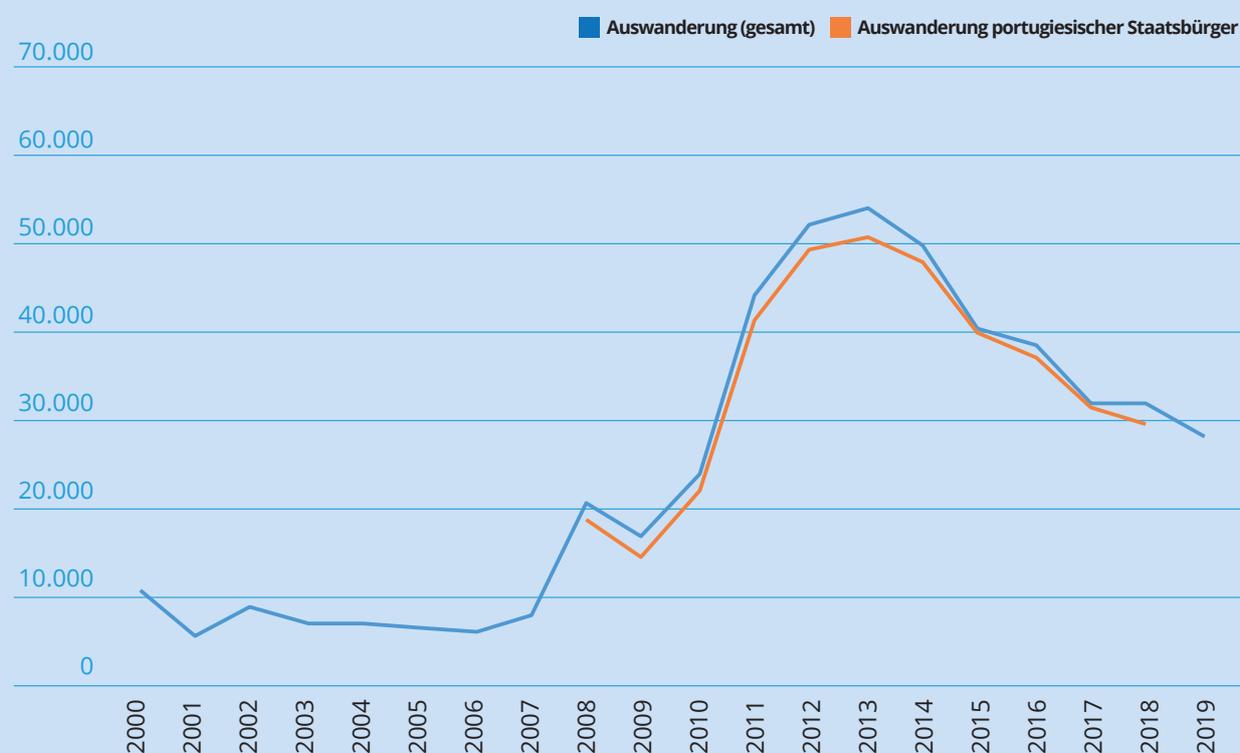
**GROSSE
AUSWANDERUNGSWELLE
DURCH KRISE**

Die vierte und aktuelle Welle beginnt Anfang des 21. Jahrhunderts und verschärfte sich ab 2011 infolge der durch die Krise in der Eurozone und der anschließenden Sparmaßnahmen ausgelösten Rezession drastisch. Dies ist sicherlich nicht unabhängig von den wachsenden Arbeitslosenquoten, von denen junge Menschen unverhältnismäßig stark betroffen sind (z.B. erreichte die Gesamtarbeitslosenquote 2013 einen Höchststand von 16 Prozent, bei den Jugendlichen lag sie jedoch bei 38 Prozent). Die jüngsten Ströme konzentrieren sich weitgehend auf den europäischen Kontinent - neben traditionellen Zielländern wie Frankreich wurde das Vereinigte Königreich zu einem wichtigen 'neuen Ziel' und auch Spanien, jedoch in geringerem Maße. Abbildung 1 zeigt die offizielle Statistik der Auswanderungszahlen, die die so genannte 'permanente Auswanderung' erfasst, d.h. Personen, die das Land für einen Zeitraum von mehr als einem Jahr verlassen. Sie zeigt, wie Portugal von durchschnittlich weniger als 10 000 ständigen Auswanderern pro Jahr in der Zeit vor 2008 auf fast 50 000 pro Jahr

zwischen 2011 und 2014 gestiegen ist. Obwohl die Auswanderungszahlen seither stetig, wenn auch bescheiden, zurückgegangen sind (während einer Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs), sind sie heute immer noch mehr als dreimal so hoch wie vor der Krise. Anders ausgedrückt: im Jahr 2019 verließen 7,5 Personen pro 1.000 Einwohner das Land. Das ist weniger als die 12,9, die 2014 registriert wurden, aber deutlich höher als die 2,1 Auswanderer pro 1.000 Einwohner, die im Jahr 2000 registriert wurden (PORTDATA 2020a).

Diese Zahlen beziehen sich nur auf permanente Migration - wenn man dazu noch die temporären Migranten hinzufügt, steigt die Zahl auf mehr als das Doppelte (PORTDATA 2020b). Zu den temporären Migranten gehören auch die so genannten 'entsandten Arbeitnehmer'. Obwohl es diesbezüglich nur wenige Untersuchungen gibt, ist dies im portugiesischen Fall von Bedeutung, da europäische Unternehmen von den niedrigeren portugiesischen Löhnen profitieren und portugiesische Subunternehmer einsetzen, die zum Beispiel Arbeitskräfte auf Baustellen 'entsenden' (King 2019: 273). Es wird geschätzt, dass in den Jahren 2007-2011 die entsandten portugiesischen Arbeitnehmer, mit durchschnittlich über 60.000 pro Jahr, die größte Gruppe innerhalb der EU war (ebd.). Zu beachten ist auch, dass die Zahlen in Abbildung 1 konservativ sind und die tatsächliche Zahl der Auswanderer unterschätzen. Das portugiesische Emigrationsobservatorium, das zur Berechnung der Zahl der Auswanderer eine andere Methode als das nationale Statistikamt (Instituto Nacional de Estatística (INE)) anwendet, schätzt die Zahl in der Regel höher ein (wobei der Unterschied im Zeitraum 2000-2010 mit mehr als fünfmal (!) so hohen Schätzungen besonders auffällig ist).¹

Abb. 1: Auswanderung pro Jahr (in absoluten Zahlen)



Quelle: Instituto Nacional de Estatística (INE) / Eigene Darstellung

¹ Während das INE die Arbeitkräfteerhebung nutzt, um die Zahl der Auswanderer zu schätzen, stellt das Emigrationsobservatorium Daten über die Einreise portugiesischer Einwanderer in die Zielländer zusammen. <http://observatorioemigracao.pt/np4EN/Dados/>

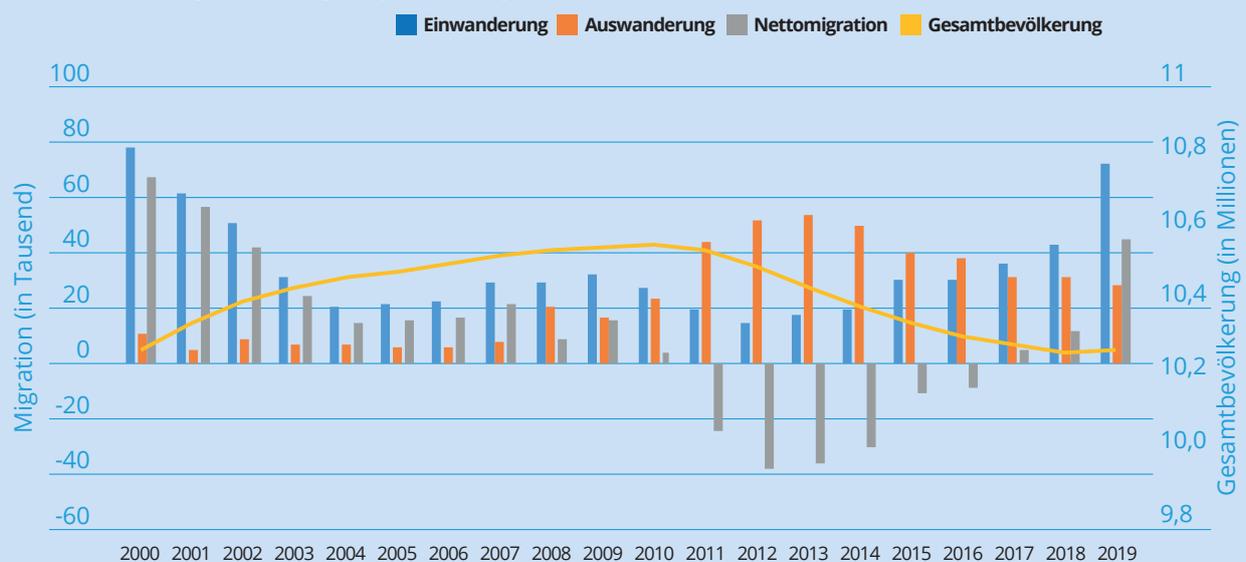
**NEGATIVE NETTOMIGRATIONS-
RATEN VERURSACHEN
BEVÖLKERUNGSRÜCKGANG**

Das oben beschriebene Szenario wirkte sich erheblich auf die Nettomigrationsraten (die Differenz zwischen der Zahl der Einwanderer und der Zahl der Auswanderer) aus, die von 2011 bis 2016 negativ waren (Abbildung 2). Dies ist nicht nur eine Folge der zunehmenden Auswanderung, sondern auch der rückläufigen Einwanderung (2012 gab es weniger als 15.000 dauerhafte Ankünfte, im Gegensatz zu etwa 30.000 pro Jahr in den Jahren 2007-2008). Dies wirkte sich direkt auf die Bevölkerungszahlen aus, da die Wohnbevölkerung von 10.573.100 Personen im Jahr 2010 auf 10.283.822 im Jahr 2018 zurückging - eine Folge negativer Migrationsraten, aber auch negativer und sich verschlechternder natürlicher Wachstumsraten (Zahl der Geburten abzüglich der Zahl der Sterbefälle). Da sich die Zuwanderung schneller erholte als die Auswanderung, ist es weitgehend die Erstere, die seit 2017 einen positiven Wanderungssaldo aufrechterhält und den Bevölkerungsrückgang abschwächt. Da sich die natürliche Wachstumsrate in den letzten zehn Jahren deutlich verschlechterte (ohne Anzeichen einer Verbesserung), ist es der Einwanderung zu verdanken, dass sich die Bevölkerungszahlen in den letzten Jahren etwas stabilisiert haben (bzw. nicht so stark zurückgegangen sind wie zuvor). Die Einwanderungsstatistiken sind jedoch verlässlicher als die Auswanderungsstatistiken: letztere unterschätzen die Zahl der Auswanderer, die de facto höher ist als dargestellt. Die reale Nettomigrationsrate ist somit wohl negativer als in den offiziellen statistischen Veröffentlichungen.

**SCHNELL
ALTERNDE
BEVÖLKERUNG**

Die Auswanderung hat nicht nur aufgrund des Bevölkerungsrückgangs negative demografische Auswirkungen, sondern auch, weil die Emigranten zu meist im erwerbsfähigen Alter sind, was zur Alterung der Bevölkerung und zu niedrigeren Geburtenraten beiträgt. Damit verschärft die Emigration auch das Problem der Nachhaltigkeit des Wohlfahrtsstaates. Es ist zu beachten, dass Portugal eine der am schnellsten alternden Bevölkerungen in der EU hat. Nach Italien und Griechenland und zusammen mit Finnland hat es den größten Anteil von über 65-Jährigen und einen der höchsten Altersabhängigkeitsquotienten (Eurostat 2020a).²

Abb. 2: Bevölkerungsentwicklung und jährliche Migrationsraten



Quelle: Instituto Nacional de Estadística (INE), PORDATA / Eigene Darstellung

² Der Altersabhängigkeitsquotient ist das Verhältnis zwischen der Zahl der Personen im Alter von 65 Jahren und darüber und der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15-64).

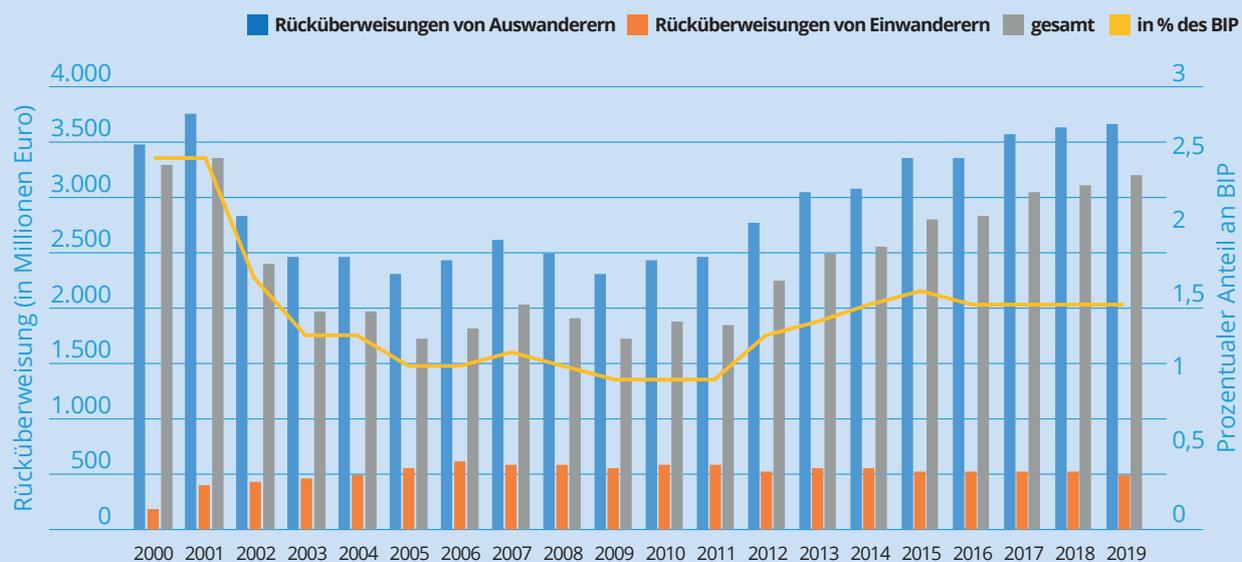
Darüber hinaus wird oft angenommen, dass die Auswanderung für ein Land besonders schädlich ist, wenn sie einen erheblichen Anteil an hochqualifizierten Menschen betrifft und zu dem beiträgt, was im Volksmund als 'Brain Drain' bezeichnet wird. Dies ist u.a. auf den Verlust von Steuereinnahmen (aus höheren Steuerklassen), den Verlust von potenziellen Unternehmern, und den möglichen Mangel an qualifizierten Fachkräften zurückzuführen. Während Portugal historisch gesehen ein Land der Abwanderung von Geringqualifizierten war (übereinstimmend mit dem allgemein niedrigen Bildungsniveau der Gesamtbevölkerung), wurde die jüngste Migrationswelle in den Medien (wie auch im politischen Diskurs) gemeinhin mit der Abwanderung hochqualifizierter Migranten in Verbindung gebracht (Justino 2016: 9). Es gibt jedoch einige Gründe, in dieser Hinsicht vorsichtig zu sein. Zunächst einmal ist es wichtig festzustellen, dass verlässliche Statistiken hierfür schwer zu bekommen sind. Leider stammen die zuverlässigsten Daten für Portugal aus dem Jahr 2011, was daran hindert, die jüngste Migrationswelle zu erfassen und damit das vorherrschende öffentliche und politische Bild des 'hochqualifizierten Emigranten' zu bestätigen oder zu widerlegen.

**TRADITIONELL
AUSWANDERUNG VON
GERINGQUALIFIZIERTEN**

Einerseits zeigen die Daten der OECD von 2010/11, dass von der gesamten Zahl der Auswanderer (einschließlich der 'alten Emigranten') nur rund 10 Prozent ein hohes Bildungsniveau hatten (ca. 150.000 Personen), während 62 Prozent ein niedriges Bildungsniveau aufwiesen - was Portugal als ein Land mit überwiegend geringqualifizierter Migration darstellt³. Andererseits war die geschätzte Auswanderungsrate bei Personen mit tertiärer Bildung bei weitem nicht vernachlässigbar: rund 12,9 Prozent (Pires/Pereira 2018). Mit anderen Worten: auch wenn die große Mehrheit der Auswanderer gering qualifiziert war, stellen einige hunderttausend hochqualifizierte Auswanderer immer noch eine beträchtliche Masse in einem Land mit allgemein niedrigem Bildungsniveau dar (2011 hatten nur 15 Prozent der Bevölkerung einen Hochschulabschluss). Darüber hinaus zeigten die Daten der OECD auch, dass unter denjenigen, die nur im Vorjahr (2010/11) umgezogen waren, der Anteil der Hochqualifizierten bei 33 Prozent lag (und damit über dem allgemeinen Qualifikationsniveau der Gesamtbevölke-

**VERLUST VON
HOCHQUALIFIZIERTEN**

Abb. 3: Rücküberweisungen - insgesamt und in Prozent des BIP



Quelle: PORDATA 2020b/ Eigene Darstellung

³ Jüngste Eurostat-Daten (2019) gehen in die gleiche Richtung und zeigen, dass nur 13 Prozent der portugiesischen ‚mobilen EU-Bürger‘ im Alter von 20-64 Jahren eine Hochschulausbildung abgeschlossen haben.

POSITIVE AUSWIRKUNGEN DURCH RÜCKÜBERWEISUNGEN

rung) (ebd.). Es ist daher möglich, dass hochqualifizierte Migranten in der jüngsten Migrationswelle überrepräsentiert sind, auch wenn die absolute Mehrheit der Auswanderer weiterhin geringqualifiziert ist.⁴

Auch wenn die negativen Auswirkungen der Auswanderung oft hervorgehoben werden, gibt es durchaus auch positive Effekte. Dies betrifft vor allem Rücküberweisungen, deren Gewicht in der portugiesischen Wirtschaft nicht zu vernachlässigen ist. Abbildung 3 zeigt, wie Portugal von Rücküberweisungen profitiert, selbst wenn man die Rücküberweisungen von Einwanderern *nach* Portugal herausrechnet. Im Jahr 2019 entsprachen sie 1,5 Prozent des portugiesischen BIP.

EMIGRATION IM POLITISCHEN DISKURS

Die Behandlung der Auswanderung auf politischer und institutioneller Ebene hängt grundlegend davon ab, wovon genau man spricht, wenn von Auswanderung die Rede ist. Da Portugal eine lange Geschichte der Auswanderung und einen sehr großen Anteil von Bürgern im Ausland hat, ist die Behandlung der portugiesischen Diaspora seit langem Gegenstand der politischen Debatte. Es ist daher wichtig, zwischen der politischen Behandlung der Diaspora - verstanden als Bürger, die sich dauerhaft im Ausland niedergelassen haben - und der Behandlung der Auswanderung als (derzeitige) Ausreise von Menschen zu unterscheiden.

PARTEIKONSENS ÜBER BINDUNGEN AN DIE DIASPORA

Emigration war in Portugal nie ein Thema, das in der politischen Arena völlig abwesend war - wenn auch die meiste Zeit über von geringer Bedeutung. Es ist nicht ungewöhnlich, dass Parteien einen kleinen Teil ihrer Programme den so genannten 'portugiesischen Gemeinschaften' (Comunidades Portuguesas) widmen. Die portugiesischen Parteien haben sich weitgehend darauf geeinigt, die Bindungen zur Diaspora aufrechtzuerhalten oder zu stärken, einschließlich des Schutzes dessen, was einhellig als ihre Rechte angesehen wird, wie Vertretungsrechte und die Gewährleistung des Unterrichts der portugiesischen Sprache für ihre Nachkommen. Daher gelangen Themen im Zusammenhang mit der portugiesischen Diaspora regelmäßig ins Parlament.

VERTRETUNGS- MECHANISMEN FÜR AUSWANDERER

Die Regierung verfügt über ein spezielles Beratungsgremium (Conselho das Comunidades Portuguesas), das die Aufgabe hat, die Gemeinschaften im Ausland zu vertreten und die Regierung, bei der sie betreffende Politik, zu beraten (auch wenn seine Befugnisse und Funktionen begrenzt sind). Darüber hinaus haben die Auswanderer das Recht, die Abgeordneten über zwei spezifische Wahlbezirke ('Europa' und 'Außerhalb Europas') jeweils mit zwei Vertretern zu wählen. Obwohl die Zahl der Sitze begrenzt ist und deutlich unter dem Anteil der im Ausland lebenden Bevölkerung liegt (was großen Parteien zugutekommt), ermöglicht dies den Auswanderern eine direkte Stimme im Parlament, da ihre Vertreter oft einige ihrer Anliegen voranbringen. Portugal war in der Tat eines der ersten Länder, das, nach der Einführung der Demokratie 1974, das Wahlrecht für Bürger im Ausland gewährte (Lisi et al. 2019: 74).

MITTE-RECHTS PROFITIERT VON AUSLANDSWAHLRECHT

Traditionell hat die Mitte-Rechts-Partei (Partido Social Democrata - PSD) am meisten vom Auslandswahlrecht profitiert (insbesondere außerhalb Europas), was sich unter anderem (1) durch die Nähe von Parteigruppen im Ausland zu den Emigrantengemeinschaften und -organisationen sowie (2) durch das dominierende Profil der Migranten in der ersten und zum Teil auch in

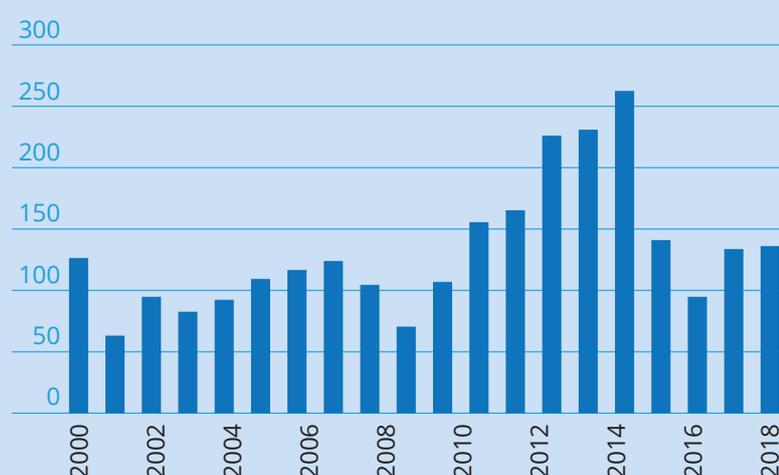
⁴ Unter den hochqualifizierten Migranten zieht der Gesundheitssektor regelmäßig die Aufmerksamkeit der Medien auf sich, insbesondere auf Grund der Abwanderung von Krankenschwestern. Zwischen 2010 und 2017 haben schätzungsweise mehr als 14.000 Krankenschwestern Portugal verlassen, wobei dies nicht nur auf die Krise, sondern auch auf aggressive Rekrutierungskampagnen ausländischer Agenturen, vor allem aus dem Vereinigten Königreich, zurückzuführen ist. Siehe Expresso, 12. September 2017, „14 mil enfermeiros saíram de Portugal desde 2010“ <https://expresso.pt/revista-de-imprensa/2017-09-12-14-mil-enfermeiros-sairam-de-Portugal-desde-2010>

der zweiten Emigrationswelle (aus ländlichen Gebieten mit niedrigem Bildungsniveau) erklären lässt (Lisi et al. 2019: 81). Dies erklärt auch die größere Bedeutung, die die Partei historisch gesehen den auswanderungsbezogenen Themen beigemessen hat, was wiederum ihre Stärke unter den Auswanderergemeinschaften verstärkt.

Trotz der Tatsache, dass die Abwanderung der portugiesischen Migranten nie wirklich zum Stillstand kam, war die Auswanderung an sich bis zur jüngsten Migrationswelle selten ein Thema in der politischen Debatte. Ein cursorischer Blick auf Mediendaten und Parlamentsdebatten zeigt, dass die jüngste Auswanderungswelle sowohl öffentliche als auch politische Aufmerksamkeit erregte. Abbildung 4 veranschaulicht die jährliche Entwicklung der Verweise auf 'Auswanderung' in einer der führenden Zeitungen Portugals (Jornal de Notícias). Der Gebrauch des Wortes nimmt in den 'Krisenjahren' deutlich zu - mit mehr als doppelt so vielen jährlichen Verweisen in den Jahren 2013-2015 im

AUSWANDERUNGSWELLE IN MEDIEN UND POLITIK

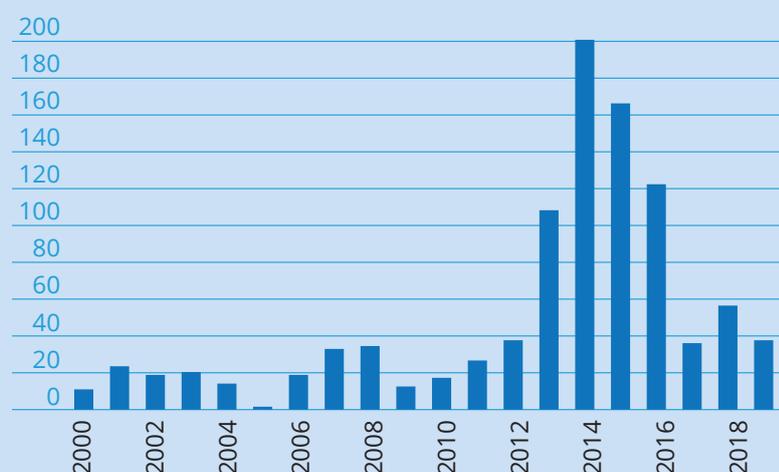
Abb. 4: Relevanz von Auswanderung in den Medien



Anzahl der Nachrichten, die das Wort 'Auswanderung' enthalten.

Quelle: Jornal de Notícias. Abgerufen über Factiva / Eigene Darstellung

Abb. 5: Relevanz von Auswanderung in Parlamentsdebatten



Anzahl der Seiten, die in Parlamentsdebatten das Wort 'Auswanderung' enthielten.

Quelle: <http://debates.parlamento.pt/catalogo/r3/dar/01> / Eigene Darstellung

OPPOSITION GAB REGIERUNG DIE SCHULD FÜR AUSWANDERUNG

Vergleich zu den Jahren vor der Krise. Auffälliger ist der Unterschied bei den Parlamentsdebatten (vgl. Abbildung 5), in denen der Gebrauch des Wortes 'Auswanderung' im gleichen Zeitraum mindestens viermal so hoch ist wie in den Vorkrisenjahren. Obwohl diese Zahlen nur eine sehr grobe Annäherung an die tatsächliche Bedeutung der Auswanderung darstellen, ist der Trend klar und anschaulich.

Obwohl viele der Verweise auf die Auswanderung nicht intensiv auf das Thema eingehen, sondern es nur am Rande erwähnen, ist die Zunahme der Verwendung des Begriffs in der politischen Arena unverkennbar mit der sprunghaft ansteigenden Auswanderung und mit seiner Verwendung als politisches Werkzeug durch die Oppositionsparteien verbunden. In diesem Kontext wird der rechten Regierungskoalition die Schuld für die abscheulichen Folgen ihrer Sparpolitik zugeschoben (die besagte Koalition wurde von der Mitte-Rechts PSD und der konservativen Rechten CDS-PP [Partido Popular] gebildet und von 2011 bis 2015 regiert). Besonders sichtbar und umstritten war das Thema Ende des Jahres 2011, als mehrere Akteure der Regierung, unter anderem der Premierminister, Erklärungen abgaben, in denen sie Arbeitslosen die Auswanderung nahelegten. Diese Erklärungen wurden weithin als Einladung zur Auswanderung aufgefasst und stießen daher auf große politische und öffentliche Resonanz. Von da an waren steigende Auswanderungsraten einer der verschiedenen negativen Indikatoren, die die Oppositionsparteien immer wieder zum Thema machten, um die Sparpolitik der amtierenden rechten Regierung anzuprangern.

Der Höhepunkt, der bei der Verwendung des Wortes 'Auswanderung' in den Parlamentsdebatten 2014 und 2015 verzeichnet wurde, ist weitgehend auf diese Dynamik zurückzuführen. Um vor den Parlamentswahlen 2015 mit dem Finger auf die rechte Koalition zu zeigen, benutzten die Oppositionsparteien das Thema der Auswanderung als negativen Indikator. Zu einer Zeit, als die Beschäftigungsquote endlich ein positives Zeichen der Erholung vermuten ließ - und die Regierung dies als Erfolgsindikator wertete -, bezeichneten die Oppositionsparteien die Auswanderung als Hauptgrund für den Rückgang der Arbeitslosenzahlen (ein Vorwurf, den die Regierung dementierte). Das Wahlprogramm 2015 der wichtigsten Oppositionspartei (der Mitte-Links PS [Partido Socialista]) liefert ein Beispiel für die oben beschriebene Dynamik:

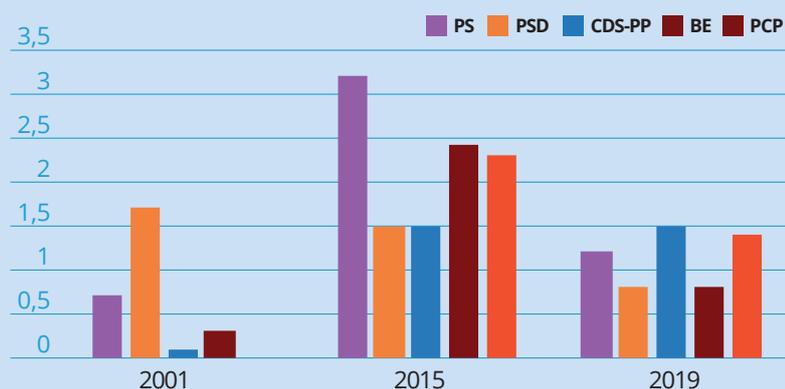
„Die Strategie der PSD-CDS-Regierung, ‚über die Troika hinauszugehen‘, führte zu einer Explosion von Arbeitslosigkeit und Auswanderung, was einen starken Rückgang der Geburtenraten zur Folge hatte“ (S. 78)

„... als Folge der Krise und der durch die Sparpolitik der PSD-CDS-Regierung geförderten Auswanderungswelle waren viele Portugiesen - vor allem hochqualifizierte junge Menschen - gezwungen, das Land zu verlassen und anderswo Arbeit zu suchen.“ (S. 88)

AUSWANDERUNG IN PARTEIPROGRAMMEN

Da die linken Konkurrenten der Regierung dem Thema mehr Aufmerksamkeit widmeten als üblich, wurde es dementsprechend im Wahlkampf 2015 stärker in den Vordergrund gerückt. Abbildung 6 zeigt, wie häufig auswanderungsbezogene Aussagen in den Wahlprogrammen der wichtigsten Parteien für die drei letzten Parlamentswahlen vorkommen. Bezeichnenderweise widmete die wichtigste Oppositionspartei mehr als 3 Prozent ihres Programms Aussagen zur Emigration. Die Parteien betrachteten Auswanderung weitgehend aus einer ökonomischen Perspektive und hoben verschiedene negative Auswirkungen hervor, insbesondere in Bezug auf Demographie, der Stabilität des Wohlfahrtsstaats und dem Verlust von qualifiziertem 'Humankapital'. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass auch die Politik gegenüber der Diaspora weiterhin einen bedeutenden Raum in den Parteiprogrammen einnimmt. Tatsächlich ist der Grund dafür, dass das Thema für die Mitte-Rechts-Parteien im Jahr 2011 hervorsteht, fast ausschließlich auf einen Abschnitt zurückzuführen, der sich

Abb. 6: Relevanz von Auswanderung in Wahlprogrammen



Prozentualer Anteil der Wörter, die der Auswanderung und auswanderungsbezogenen Aussagen in Parteiprogrammen gewidmet sind.

Quelle: Manuelle Kodierung / Eigene Darstellung

mit Möglichkeiten der ‘Aufwertung der portugiesischen Gemeinschaften’ im Ausland befasst. Die Auswanderung an sich war 2011 noch weitgehend außerhalb des politischen Blickfelds und wird nur am Rande erwähnt. Dies unterscheidet sich von 2019, wo die Auswanderung als Thema zwar weniger stark ausgeprägt war als 2015 (im Kontext der wirtschaftlichen Erholung und der rückläufigen Auswanderung), aber negativ mit sozioökonomischen Ursachen in Verbindung gebracht wurde, wobei sich einige Parteien für die Förderung der Rückkehr von Auswanderern aussprachen.

Eine Möglichkeit, die relative Bedeutung der Auswanderung zu beurteilen, besteht darin, sie mit der Einwanderung zu vergleichen, einem Thema, das gewöhnlich mehr Aufmerksamkeit auf sich zieht, insbesondere seit der europäischen ‘Flüchtlingskrise’. Wie in Abbildung 7 dargestellt, variiert ihre relative Bedeutung im Laufe der Zeit erheblich. Während im Jahr 2011 keines der beiden Themen in den Parteiprogrammen stark thematisiert wurde, richtet sich die Aufmerksamkeit im Jahr 2015 stärker auf die Auswanderung, entsprechend den damals negativen Nettomigrationsraten. Die einzige Partei, die in ihren

AUSWANDERUNG WICHTIGER ALS EINWANDERUNG

Abb. 7: Häufigkeit auswanderungs- und einwanderungsbezogener Schlüsselwörter in Wahlprogrammen



Prozentualer Anteil der Wörter, die in Parteiprogrammen der Auswanderung und Einwanderung (und mit Auswanderung und Einwanderung zusammenhängenden Aussagen) gewidmet sind.

Quelle: Manuelle Kodierung / Eigene Darstellung

Manifesten der Zuwanderung konsequent mehr Aufmerksamkeit widmet, ist der Linke Block (radikale Linke), was dessen gesellschaftspolitisch liberale Politik in Bezug auf Rechte und Integration von Zuwanderern widerspiegelt. 2019 widmen drei von fünf Parteien der Zuwanderung mehr Aufmerksamkeit als der Auswanderung, wobei anzumerken ist, dass das Thema weitgehend aus politischen Debatten ausgeklammert blieb (siehe Mendes 2019). Die beiden größten Parteien (PS und PSD) stimmten bezüglich eines positiven demographischen und wirtschaftlichen Beitrag von Einwanderung überein, und widmeten sich in ihren Parteiprogrammen vor allem dem Thema der Integration.

DIASPORA POSITIV WAHrgENOMMEN

Die Parteien unterscheiden sich in ihren Positionen zur Auswanderung nicht wesentlich, und das Thema scheint auch keine großen politischen Konflikte hervorzurufen. Es sei denn, es ist Teil des 'Blame Game', bei dem die Parteien dem Amtsinhaber die Schuld für eine Politik geben, die Menschen aus dem Land vertreibt. Dies zeigt sich besonders deutlich im Diskurs bezüglich der Diaspora: die Parteien überschneiden sich weitgehend in ihrer positiven Sichtweise der portugiesischen Gemeinschaft im Ausland, dem geäußerten Wunsch nach einer Stärkung der Beziehungen und des Austauschs sowie des wirtschaftlichen und kulturellen Potenzials, das sie angeblich darstellen, sowohl in Bezug auf Portugal direkt (z.B. durch Rücküberweisungen, Investitionen, Förderung portugiesischer Exporte usw.) als auch in Bezug auf die Verbreitung des positiven Images Portugals in der ganzen Welt. Es ist interessant, dass der positive Ton des Diskurses bezüglich der Diaspora im starken Kontrast zu dem negativen Ton bezüglich der jüngsten Auswanderungswelle steht. Die starke Auswanderungswelle ist nicht nur das Ergebnis eines offensichtlich negativen Kontextes - von der Kommunistischen Partei in dramatischen Tönen als 'Aggressionspakt' beschrieben (in Bezug auf das 'Troika'-Abkommen mit der Regierung) sondern die hervorgehobenen Konsequenzen sind in der Regel negativ.

AUSWANDERUNG ALS ALTERNATIVE ZUR ARBEITSLOSIGKEIT

Nichtsdestotrotz kam es aufgrund der Rhetorik zu einem Konflikt zwischen der Regierung und der Opposition. Das Thema war Ende 2011 besonders umstritten, als mehrere Regierungsvertreter die Auswanderung als mögliche Alternative zur Arbeitslosigkeit vorschlugen. Nachdem ein Regierungsvertreter erklärte, 'wenn wir arbeitslos sind, müssen wir unsere Komfortzone verlassen und über die Grenzen hinausgehen' (eine Erklärung, die er später dementierte), verteidigte der Minister für parlamentarische Angelegenheiten im Parlament diese Aussage. Dabei relativierte er die Aussage seines Kollegen und bekräftigte, dass 'wer die Voraussetzungen hat, mehr oder weniger kurzfristig und immer mit der Aussicht auf Rückkehr, im Ausland [Chancen] zu finden, sich weiterzubilden und andere kulturelle Realitäten kennenlernen kann, was außerordentlich positiv ist' (Meireles 2013). Ferner warf er der Opposition vor, sie habe eine schlechte und rückwärts gewandte Sicht der Auswanderung. Diese Sichtweise scheint auch der damalige Premierminister geteilt zu haben, der insbesondere von Lehrern sprach und erklärte, dass sie in Ermangelung von Möglichkeiten in Portugal andere portugiesisch-sprachige Länder als Alternative in Betracht ziehen könnten. Diese Erklärungen führten zu starken Reaktionen. Die Opposition nahm die Aussagen des Premierministers als eine offene Einladung zur Auswanderung auf und beschuldigte ihn, sein Land aufzugeben und die Befürwortung von Auswanderung als offizielle politische Linie zu übernehmen (Jornal de Notícias 2011). Von da an bestritt die Regierung wiederholt, eine solche Einladung ausgesprochen zu haben, und entschied sich, das Thema weitgehend zu meiden.

RELATIVER KONSENS ÜBER DIE URSACHEN DER AUSWANDERUNG

Da die Regierung selbst das Fehlen von Möglichkeiten in Portugal erkannt hat, geraten die Parteien bei ihrer Interpretation der unmittelbaren Ursachen der Auswanderung nicht wesentlich aneinander. In diesem Sinne waren sich alle Parteien darin einig, dass die Auswanderung während der Krise eine Folge der sozioökonomischen Bedingungen und nicht einfach ein Ausdruck der Bewegungsfreiheit der Menschen war. Der nachfolgende (Mitte-Links-) Premierminister sagte dazu: „Die Bewegungsfreiheit ist großartig, aber es besteht ein enormer Unterschied zwischen der Freiheit zu gehen und der Notwendigkeit zu

gehen, weil man keine Arbeit in Portugal hat“ (TVI24 2018). Entsprechend ihrer tendenziell allgemeinen sozioökonomischen Differenzen, gehen die Parteien allerdings gelegentlich in ihrer Interpretation der Grundursachen der Auswanderung auseinander. Während für die Linke die Auswanderung ein klares Symptom der allgemeinen prekären Situation des portugiesischen Arbeitsmarktes ist, zeichnet sich die konservative Rechte (CDS-PP) dadurch aus, dass sie die Schuld auch einer 'Arbeitskultur' zuschiebt, die Produktivität, Anstrengung und individuelle Verdienste nicht wertschätzt und damit Talente aus dem Land vertreibt. In ihrem Wahlprogramm 2019 hieß es dazu wie folgt:

'Kulturell gesehen besteht die portugiesische Blockade, was die Produktivität betrifft, auch aus einer Abneigung gegen individuelle Verdienste, aus der ‚Sozialisierung‘ oder aus der Senkung des Levels von Anstrengung und Entlohnung. Diese Kultur, resultierend aus der Durchlässigkeit der im linken Egalitarismus vorherrschenden Werte, ist so zerstörerisch für Lebensverwirklichung und individuelle Projekte (...), dass sie auch für die neue Emigration hochqualifizierter Personen verantwortlich ist.'

Was die Folgen der Emigration betrifft, scheinen sich die Parteien vor allem in ihren Prioritäten zu unterscheiden. Während alle Parteien sich über die negativen demographischen Auswirkungen der Auswanderung einig sind und diese oft hervorheben, betont die Linke die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Auswanderung mit größerem Nachdruck. Die kommunistische Partei zum Beispiel verknüpft die Auswanderung ausdrücklich mit dem erheblichen Verlust an Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträgen (Wahlprogramm 2015). Die 'neue Linke' (Linker Block) legt stattdessen - im Einklang mit ihrer hoch gebildeten Wahlbasis - den Schwerpunkt auf bestimmte Berufsgruppen, wie (1) Forscher (und die Notwendigkeit, mehr in die Hochschulbildung zu investieren, um die Abwanderung von Fachkräften zu vermeiden) und (2) Krankenschwestern (deren Massenauswanderung als Symptom für die mangelnden Investitionen in das Gesundheitssystem gewertet wird) (Wahlprogramm 2015). Die Tatsache, dass die Rechte den wirtschaftlichen Auswirkungen der Migration eher gleichgültig gegenübersteht, hat in erster Linie mit ihrer Amtszeit während der schwersten Migrationsperiode zu tun. Kritiker der rechten Regierung haben jedoch oft darauf hingewiesen, dass die Auswanderung zumindest kurzfristig für die Regierung von Vorteil war, da sie sich positiv auf die Arbeitslosenzahlen auswirkte und das Sozialsystem, durch sinkende Ausgaben, etwas entlastete. Dies würde erklären, warum einige Mitglieder der Regierung den Wunsch äußerten, junge Menschen zur Auswanderung zu ermutigen.

DIE LINKE BETONT DIE NEGATIVEN WIRTSCHAFTLICHEN AUSWIRKUNGEN DER AUSWANDERUNG

Ein Aspekt, über den sich alle Parteien einig sind, ist, dass der Verlust von qualifiziertem ‚Humankapital‘ dem Land schadet. Wie bereits erwähnt, werden hochqualifizierte Migranten sowohl von den Parteien als auch von den Medien oft erwähnt, während geringer qualifizierte Migranten selten Gegenstand der Aufmerksamkeit sind. Obwohl es kaum Zweifel daran gibt, dass der Anteil der hochqualifizierten Migranten im Laufe der Jahre zugenommen hat, zeigen die (dürftig) existierenden Statistiken, dass eine Überbetonung Letzterer und die ‚Unsichtbarkeit‘ der Geringqualifizierten die Realität verzerrt. Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Tatsache, dass die damalige Hauptoppositionspartei (PSD) in ihrem Wahlprogramm 2011 behauptete, dass die Migrationswelle, die Portugal erlebte, 'vor allem hochqualifizierte junge Menschen betrifft, die den größten Brain Drain in der gesamten OECD darstellen'. Dies ist falsch, da die OECD 2010 höhere Auswanderungsraten von Hochqualifizierten für Länder wie Irland (20,3 Prozent), Luxemburg (22,4 Prozent) oder Island (14,2 Prozent) meldete (Arslan et al. 2014).

Darüber hinaus stimmen die Parteien auch dahingehend überein, dass es keine einfachen Lösungen gibt, um die Auswanderung zu bekämpfen, und dass die einzige wirksame Abhilfe ein attraktiverer Arbeitsmarkt ist (obwohl sie sich natürlich in der Art und Weise unterscheiden, wie dies zu erreichen ist).

Dennoch - und im scheinbaren Gegensatz zu den positiven Beiträgen, die die Diaspora leisten soll - sind sich alle politischen Kräfte einig, dass die Rückkehr der Auswanderer gefördert werden sollte. Wenn dies einer der einvernehmlichsten Wege zur Bewältigung der demographischen Herausforderung ist, so unterscheiden sich die Parteien jedoch darin, dass der Einwanderung als ergänzende Lösung in dieser Hinsicht unterschiedliche Bedeutung beigemessen wird. Während die Linke ausdrücklich die Einwanderung als einen der unterschiedlichen Wege, um den deprimierenden demografischen Indikatoren entgegenzuwirken, klassifiziert, nimmt die Rechte in ihren Wahlprogrammen nicht ausdrücklich darauf Bezug und konzentriert sich stattdessen auf die Familien- und Fertilitätspolitik.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass Portugals historischer und gegenwärtiger Zustand als ‚Auswanderungsland‘ in parlamentarischen Debatten über die Einwanderungspolitik häufig angeführt wird. Dabei handelt es sich um ein rhetorisches Instrument, das häufig von Parteien, insbesondere von der Linken, benutzt wird, um eine besondere moralische Verantwortung gegenüber Einwanderern zu rechtfertigen, d.h. um eine ‚humane‘ Einwanderungspolitik für diejenigen zu rechtfertigen, die sich dafür entscheiden, nach Portugal zu kommen, angesichts der eigenen Erfahrungen der Portugiesen als Einwanderer anderswo.

Von Bedeutung ist auch die Tatsache, dass - vielleicht aufgrund des Fehlens einer populistischen rechtsradikalen Partei mit parlamentarischer Vertretung vor 2019 - die Auswanderung selten durch nationalistische Begriffe gerahmt wurde. Wenn doch, dann immer in Verbindung mit der portugiesischen Diaspora und immer in positiven Tönen - etwa um die emotionalen und nationalen Bindungen der Diaspora an Portugal oder ihre Rolle bei der Projektion der portugiesischen Identität und Kultur im Ausland zu betonen. Es gibt keine offensichtliche ideologische Kluft in dieser Hinsicht (da auch die kommunistische oder die sozialistische Partei diese Art des Diskurses übernehmen), auch wenn er auf der rechten Seite stärker akzentuiert ist.

INITIIERUNG EINES „RÜCKKEHRPROGRAMMS“

Angesichts des oben beschriebenen Kontextes hat die portugiesische Regierung 2019 das so genannte ‚Rückkehrprogramm‘ (Programa Regressar) ins Leben gerufen, das Auswanderern, die sich mindestens drei Jahre lang anderswo aufgehalten haben, finanzielle und steuerliche Anreize bietet, um zurückzukehren, sofern sie sich einen Arbeitsvertrag sichern können. Dazu gehören eine 50-prozentige Ermäßigung der Einkommenssteuer für fünf Jahre, ein finanzieller Anreiz in Höhe von 2.614 € und Hilfe bei der Deckung der Umzugs- und anderer damit verbundener Kosten, die bis zu einer Höhe von 7.879 € betragen kann (abhängig von Kriterien wie der Anzahl der Angehörigen und dem Ort in Portugal, an den sie ziehen). Bis Februar 2020 hatten nach Angaben der Regierung bereits mindestens 1.300 Personen das Programm in Anspruch genommen. Viele sind jedoch nach wie vor skeptisch hinsichtlich der Wirksamkeit dieser Art von Programmen, da solche Anreize unmöglich die großen Lohn- und Chancenunterschiede zwischen Portugal und anderen entwickelten Ländern ausgleichen können (das durchschnittliche Jahreseinkommen in Portugal beträgt weniger als die Hälfte des Durchschnitts in der Eurozone). Eine der Neuerungen dieses Programms besteht darin, dass es beabsichtigt, Auswanderer unabhängig von ihren Qualifikationen anzuziehen. Dies ergänzt die bereits seit 2009 bestehende Politik der steuerlichen Anreize für hochqualifizierte Migranten - d.h. Fachkräfte in so genannten ‚Tätigkeiten mit hoher Wertschöpfung‘ -, die für zehn Jahre einen Pauschalsatz von 20 Prozent des Arbeitseinkommens vorsieht.⁵

5 Das so genannte Steuerregime für nicht-gewohnheitsmäßige Einwohner, das auch für ausländische Rentner gilt. Siehe: https://www.portaldascomunidades.mne.pt/images/GADG/IRS_Regime_Fiscal_Residente_N_ProzentC3_ProzentA3o_Habitual.pdf

Dies erfolgt zusätzlich zu den bestehenden Politiken, die sich an die portugiesischen Gemeinschaften im Ausland richten, wie z.B. die Förderung der portugiesischen Sprachausbildung, den sozialen Schutz gefährdeter Emigranten, die Förderung von Verbandsinitiativen und die Aufrechterhaltung eines Medienkanals für die Emigrantengemeinschaft.

INFOBOX – Migration in Zeiten der Corona-Pandemie

Auswanderung war während der Corona-Pandemie kein herausragendes Thema in Portugal. Nichtsdestotrotz hat die Regierung eine gewisse Besorgnis über die Situation der portugiesischen Gemeinschaften im Ausland gezeigt, insbesondere was die Unterbrechung sozialer und konsularischer Dienstleistungen betrifft (Almeida 2020). Da viele Auswanderer in den Sommermonaten nach Portugal zurückkehren, wollten die Regierungsvertreter zudem den pandemiebedingten Rückgang der Zahl der einreisenden Auswanderer mildern und sie so ermutigen, ihren Urlaub in Portugal zu verbringen (Lusa 2020).

Was die Grenzsicherungen anbelangt, so war dies eine von allen politischen Parteien einstimmig gebilligte Entscheidung, die stets mit Gründen der öffentlichen Gesundheit gerechtfertigt wurde (dabei gab es Ausnahmen, z.B. für ‚Grenzgänger‘, d.h. Personen, die in Spanien arbeiten und in Portugal leben). Im Allgemeinen waren die Regierung und die Oppositionsparteien sehr daran interessiert, die EU-Richtlinien für Grenzsicherungen, Wiedereröffnung und Reisebeschränkungen zu befolgen. Es gab jedoch Konflikte mit anderen EU-Mitgliedstaaten, vor allem mit dem Vereinigten Königreich, welches beschloss, Reisebeschränkungen für Reisen nach Portugal einzuführen. Dies führte zu einem Zerwürfnis beider Regierungen, da die portugiesische Tourismusindustrie stark von britischen Touristen abhängig ist.

Was Einwanderung betrifft, unternahm die portugiesische Regierung den beispiellosen Schritt, Einwanderern und Asylsuchenden mit anhängigen Anträgen bei der Einwanderungs- und Grenzbehörde einen befristeten Aufenthalt zu gewähren, um ihren Zugang zur Gesundheitsversorgung und zu Sozialversicherungsleistungen zu sichern (Henriques 2020). Einwanderer sind unter den gegenwärtigen Umständen sowohl in gesundheitlicher als auch in wirtschaftlicher Hinsicht eine besonders gefährdete Bevölkerungsgruppe. Einerseits gibt es Anzeichen dafür, dass die Einwandererbevolkerung angesichts der prekären Wohn- und Arbeitsbedingungen unverhältnismäßig stark von COVID-19 betroffen ist (Lopes 2020). Auf der anderen Seite hat die Arbeitslosigkeit in Sektoren mit zahlreichen Einwanderern am stärksten zugenommen (z.B. im Gaststättengewerbe und in der Gastronomie). Infolgedessen haben die Anträge auf freiwillige Rückführung (z.B. nach Brasilien und in die Ukraine) zugenommen (Expresso 2020).

AUSBLICK

Es ist offensichtlich, dass es einen starken Zusammenhang von Migration nach und von Portugal und der Arbeitsmarktdynamik gibt (Pires, 2019: 34). Die künftige Entwicklung, sowohl der Auswanderung als auch der Einwanderung, hängt daher in erheblichem Maße von der Entwicklung der sozioökonomischen Bedingungen und der Disparitäten zwischen Entsende- und Aufnahmeländern ab. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass die Auswanderung aus Portugal nicht nur in Zeiten einer tiefen Wirtschaftskrise ein relevantes Phänomen war. Die Abwanderung ist auch heute noch beträchtlich, und wenn man die Statistiken des Emigrationsobservatoriums berücksichtigt, war sie auch in der Zeit vor der Krise der Eurozone alles andere als vernachlässigbar. Es ist daher unwahrscheinlich, dass es zu einem Ende von Auswanderung aus

Portugal kommt, vor allem, wenn man bedenkt, dass zwischen Portugal und den am weitesten fortgeschrittenen Volkswirtschaften in Europa nach wie vor erhebliche Unterschiede im Einkommen und im allgemeinen Lebensstandard bestehen. Darüber hinaus bedeutet die Existenz einer großen Diaspora effektive Emigrationsnetzwerke und fördert somit indirekt eine ‚Kultur der Auswanderung‘, die in Portugal seit langem besteht und die kürzlich durch die Wirtschaftskrise wiederbelebt wurde.

Obwohl die Entwicklung der Migrationsströme schwer vorhersehbar ist, gilt dies nicht für andere demographische Trends. Die realistischsten demografischen Szenarien für Portugal sehen angesichts niedriger Geburtenraten und einer rasch alternden Bevölkerung düster aus.⁶ Das Land wird nicht nur Bevölkerung verlieren, sondern laut Eurostat bis 2050 auch den höchsten Altersabhängigkeitsquotienten in der EU haben (d.h. 63 ältere Menschen pro 100 Personen im erwerbsfähigen Alter [15-64]) (Eurostat 2020b). Nur das positivste Migrationsszenario - eine positive und hohe Nettomigrationsrate - ist in der Lage, solche Tendenzen abzuschwächen (und negative Folgen für die Stabilität des Wohlfahrtsstaates zu mildern). Am plausibelsten ist dies jedoch nur für den unwahrscheinlichen Fall, dass es Portugal gelingt, die tief verwurzelten strukturellen Schwächen seiner Wirtschaft und seines Arbeitsmarktes zu überwinden.

⁶ Siehe INE, Resident Population Projections 2018-2080. Verfügbar unter: https://www.ine.pt/xportal/xmain?xpid=INE&xpgid=ine_destaquas&DESTAQUESdest_boui=406534255&DESTAQUESmodo=2&xlang=pt

LITERATUR

- Almeida, São José* 2020: PS debate os efeitos da pandemia na emigração, Público, 14.05.2020; verfügbar unter: <https://www.publico.pt/2020/05/14/politica/noticia/ps-debate-efeitos-pandemia-emigracao-1916406> (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Arslan, Cansin et al.* 2014: A New Profile of Migrants in the Aftermath of the Recent Economic Crisis, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, 160; verfügbar unter: <https://www.oecd.org/els/mig/wp160.pdf> (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Eurostat* 2019: EU citizens living in another Member State - statistical overview; verfügbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/EU_citizens_living_in_another_Member_State_-_statistical_overview (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Eurostat* 2020a: Population Statistics; verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/web/population-demography-migration-projections/data> (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Eurostat* 2020b: Projected Old-Age Dependency Ratio; verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tps00200/default/table?lang=en> (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Expresso* 2020: Milhares de emigrantes pediram ajuda para sair de Portugal nos últimos meses, 03.07.2020; verfügbar unter: <https://expresso.pt/sociedade/2020-07-03-Covid-19.-Milhares-de-imigrantes-pediram-ajuda-para-sair-de-Portugal-nos-ultimos-meses> (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Henriques, Joana Gorjão* 2020: Governo regulariza todos os imigrantes que tenham pedidos pendentes no SEF, Público, 28.03.2020; verfügbar unter: <https://www.publico.pt/2020/03/28/sociedade/noticia/governo-regulariza-imigrantes-pedidos-pendentes-sef-1909791> (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Jornal de Notícias* 2011: Um primeiro-ministro que aconselha a emigração não acredita no seu país, 22.12.2011; verfügbar unter: <https://www.jn.pt/politica/um-primeiro-ministro-que-aconselha-a-emigracao-nao-acredita-no-seu-pais-2201286.html> (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Justino, David* 2016: Emigration from Portugal. Old Wine in New Bottles?, Migration Policy Institute, Washington.
- King, Russell* 2019: New Migration Dynamics on the South-Western Periphery of Europe: Theoretical Reflections on the Portuguese Case; in: New and Old Routes of Portuguese Emigration, edited by Cláudia Pereira and Joana Azevedo. SpringerOpen: IMISCOE Research Series.
- Lisi, Marco / Belchior, Ana Maria / Abrantes, Manuel / Azevedo, Joana* 2019: Portuguese Emigrants' Political Representation: The Challenges of the External Vote; in: New and Old Routes of Portuguese Emigration, edited by Cláudia Pereira and Joana Azevedo. SpringerOpen: IMISCOE Research Series.
- Lopes, Maria João* 2020: Imigrantes mais vulneráveis: são um quarto dos infectados em Lisboa e 16% no Porto, Público, 09.07.2020; verfügbar unter: <https://www.publico.pt/2020/07/09/sociedade/noticia/imigrantes-vulneraveis-sao-quartoinfectados-lisboa-16-porto-1923721> (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Lusa, Agência* 2020: Governo envia palavra de conforto a emigrantes afectados por pandemia; in: Diário de Notícias, 08.06.2020; verfügbar unter: <https://www.dn.pt/2020/6/8/48180-governo-envia-palavra-de-conforto-a-emigrantes-afectadospor-pandemia> (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Meireles, Ana* 2013: Como Passos e outros governantes apelaram à emigração; in: Diário de Notícias, 17.01.2013; verfügbar unter: <https://www.dn.pt/politica/amp/como-passos-e-outros-governantes-apelaram-a-emigracao-2999901.html> (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Mendes, Mariana* 2019: The General Elections in Portugal 2019. MIDEM-Report 2019-5; MIDEM, Dresden.
- Pereira, Cláudia / Azevedo, Joana* 2019: The Fourth Wave of Portuguese Emigration: Austerity Policies, European Peripheries and Postcolonial Continuities; in: Pereira, Cláudia / Azevedo, Joana (Hg.): New and Old Routes of Portuguese Emigration; Springer Open, Stuttgart, S. 1-26.
- Pires, Rui Pena* 2019: Portuguese Emigration Today; in: Pereira, Cláudia / Azevedo, Joana (Hg.): New and Old Routes of Portuguese Emigration; Springer Open, Stuttgart, S. 29-48.
- Pires, Rui / Pereira, Cláudia* 2018: Migrações, qualificações e desigualdade social; in: do Carmo, Renato Miguel / Sebastião, João / Azevedo, Joana / da Cruz Martins, Susana / da Costa, António Firmino (Hg.): Dsigualdades Sociais: Portugal e a Europa: Editora Mundos Sociais, Lisboa, S. 335-352.
- PORDATA* 2020a: Emigrantes por mil habitantes; verfügbar unter: <https://www.pordata.pt/Portugal/Emigrantes+por+mil+habitantes-832> (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- PORDATA* 2020b: Emigrantes: total e por tipo; verfügbar unter: <https://www.pordata.pt/Portugal/Emigrantes+total+e+por+tipo-21> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

TVI24 2018: Costa promete “incentivos fortes” para emigrantes regressarem a Portugal, 25.08.2018; verfügbar unter: <https://tvi24.iol.pt/politica/antonio-costa/costa-promete-incentivos-fortes-para-emigrantesregressarem-a-portugal> (letzter Zugriff: 06.11.2020).



**EMIGRATION IN
EUROPÄISCHEN LÄNDERN**

6 RUMÄNIEN

Zusammenfassung

Während der letzten drei Jahrzehnte war die Wanderungsbilanz Rumäniens mit dem Ausland negativ. Emigration gilt als einer der Hauptaspekte gesellschaftlicher Transformations- und demografischer Schrumpfungsprozesse.

In Rumänien wurde dies anfänglich positiv beurteilt, da durch Rücküberweisungen der Ausgewanderten Gelder ins Land flossen und die Sozialhaushalte entlasteten. Bald aber setzte sich eine andere Perspektive durch, welche vor allem die Emigration von im Land ausgebildeten, (hoch) qualifizierten Fachkräften sowie die damit verbundenen sozialen und ökonomischen Langzeitfolgen in den Vordergrund stellte.

Auch das Bild Rumäniens im Ausland spielt für die öffentlichen Debatten über die Auswanderung stets eine zentrale Rolle, wobei vor allem die Frage der ethnischen Zugehörigkeit der Ausgewanderten angesprochen wurde. Selbst staatliche Stellen waren hier immer wieder darum bemüht, eine stark mit Vorurteilen behaftete Differenzierung zwischen ‚gewöhnlichen‘ rumänischen Auswanderern und emigrierten Sinti und Roma rumänischer Staatsbürgerschaft hervorzuheben.

Die zum Teil prekäre Lage der im Land zurückgebliebenen Angehörigen ausgewanderter Rumäninnen und Rumänen – insbesondere Kinder und ältere Menschen – wird ebenso regelmäßig von Parteien, Organisationen und Medien problematisiert. Dennoch konnten hier bis heute keine substantziellen politischen Maßnahmen ergriffen werden.

ENTWICKLUNG UND STRUKTUR DER EMIGRATION

Nach dem Sturz des sozialistischen Regimes 1989, dem politischen Regimewechsel zur Demokratie und dem Übergang von der Zentralverwaltungszur Marktwirtschaft wurde die Abwanderung nach Westen zu einem der bedeutendsten Ursachen des gesellschaftlichen Transformationsprozesses in Rumänien (Iftimoaei/Baciu 2018; Petrescu/Băc/Zgură 2011). Allein 1991, 2001 und 2007 – den Jahren mit den höchsten Emigrationszahlen – wanderten jeweils eine halbe Million Rumäninnen und Rumänen aus. Nach dem Beitritt zur Europäischen Union (EU) im Jahr 2007 profitierten rumänische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in einigen Mitgliedsstaaten sofort von der Freizügigkeit, einschließlich der Arbeitnehmerfreizügigkeit, während sie in anderen Mitgliedstaaten zunächst zeitweiligen Beschränkungen unterworfen waren. Ab 2007 gab es einen Abwärtstrend bei der Migration, der bis 2013 anhielt, als die niedrigste negative Nettomigrationsrate verzeichnet wurde. Obwohl der durchschnittliche monatliche Nominallohn in Rumänien von 1042 RON (ca. 215 Euro) im Jahr 2007 um 128 Prozent auf 2383 RON (ca. 493 Euro) im Jahr 2017 anstieg, blieben die rumänischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer noch die am schlechtesten bezahlten in der EU (Iftimoaei/Baciu 2018: 174). Vor diesem Hintergrund war trotz des Gehaltszuwachses nach 2013 wieder ein stetiger Anstieg der Auswanderung zu verzeichnen (vgl. Abb. 1).

**NACH 1989:
ABWANDERUNG NACH
WESTEN**

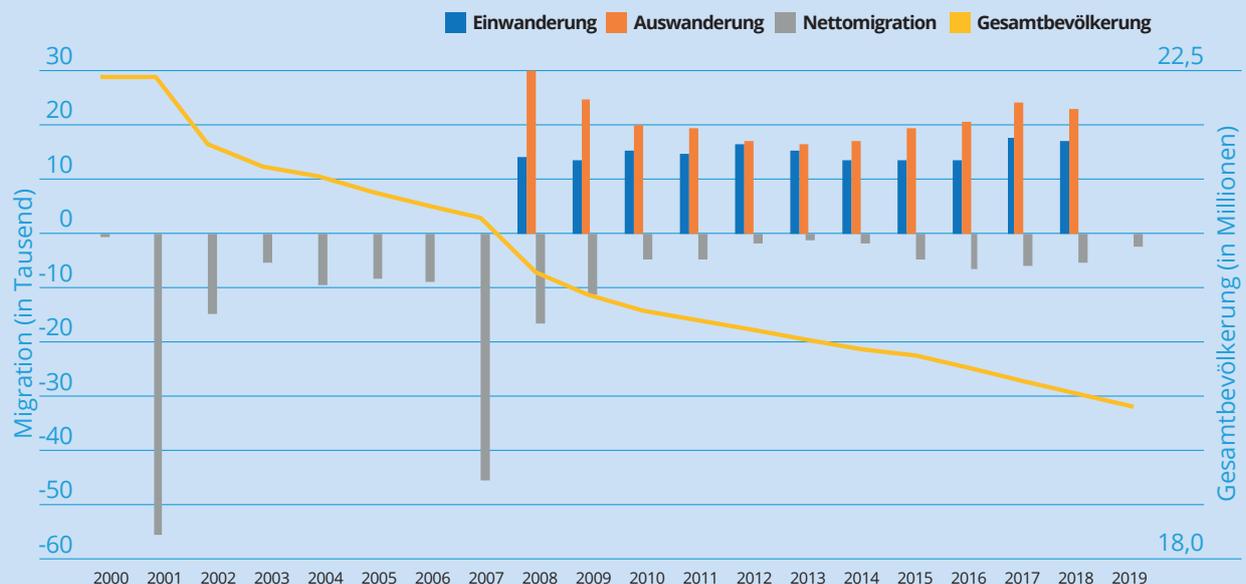
Country Factsheet

<i>Pro-Kopf-BIP:</i>	27.310 €
<i>EU-Beitrittsjahr:</i>	2007
<i>Bevölkerung im Jahr 2019:</i>	23 200 000
<i>Bevölkerung im Jahr 1990:</i>	19 410 000
<i>Bevölkerungsprognose für 2060:</i>	17 308 000
<i>Anteil ausländischer Staatsangehöriger:</i>	0,6 %
<i>Im Ausland geborene Bevölkerung:</i>	3,2 %
<i>Junge Bevölkerung:</i>	18,8 % (EU-Durchschnitt: 15,2 %)
<i>Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter:</i>	73,6 %
<i>65 Jahre und älter:</i>	18,5 % (EU-Durchschnitt: 15,2 %)
<i>Fertilitätsrate:</i>	1,76 (EU-Durchschnitt: 1,55)

Die negative Migrationsbilanz trug in Rumänien zu einem drastischen Bevölkerungsrückgang von 23,2 Millionen Menschen im Jahr 1990 auf heute 19 Millionen Menschen bei. Dieser Trend wurde durch den Rückgang der Geburtenraten zusätzlich verstärkt. Seit 1970 ist die Geburtenrate in Rumänien tendenziell rückläufig und erreichte 1990 einen Stand von 2,2 Kindern pro Frau, um dann bis auf 1,8 im Jahr 2018 zu sinken. Die Bevölkerungsprognose zeigt, dass für den Zeitraum von 2010 bis 2060 ein Rückgang von fast 20 Prozent der Bevölkerung erwartet wird (vgl. Abb. 2). Auch diese Entwicklung wird durch die Emigration zusätzlich verstärkt, denn zwischen 1991 und 2002 gehörten 62 Prozent der Abwandernden zur fruchtbarsten Altersgruppe (Ghetau 2009).

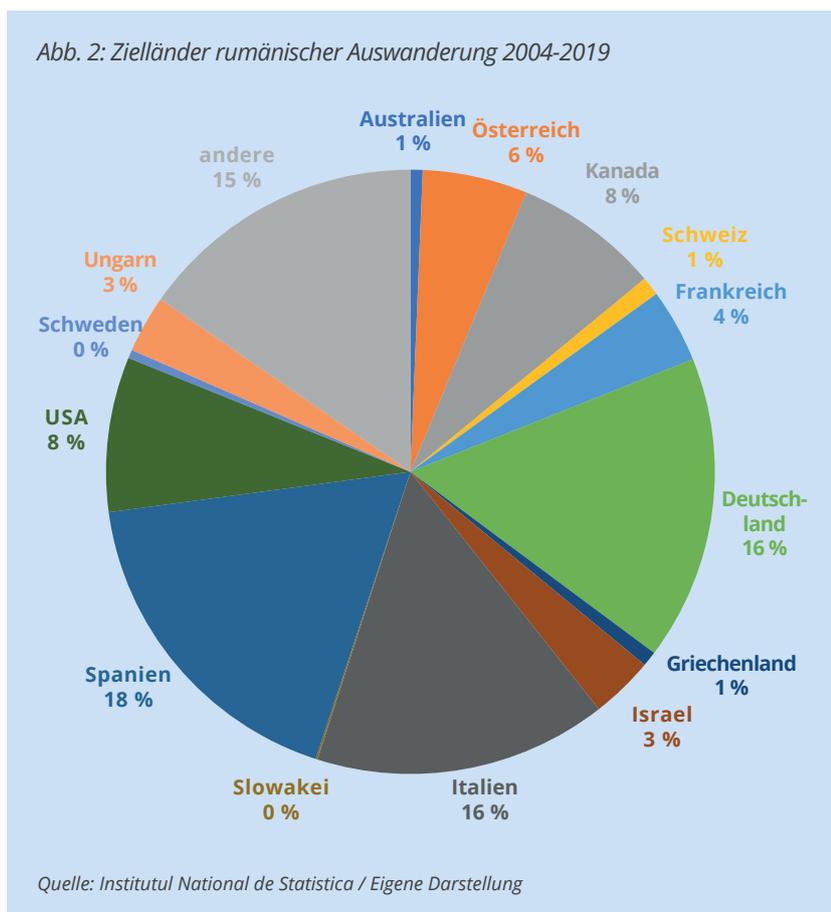
Das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung für Erwerbstätige ist in Rumänien zwar von 35,3 Prozent im Jahr 2007 auf 22,8 Prozent im Jahr 2018 gesunken, bleibt aber nach wie vor hoch. Roma sind in einem viel

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung und jährliche Migrationsraten



Quelle: Eurostat / Eigene Darstellung

Abb. 2: Zielländer rumänischer Auswanderung 2004-2019



höheren Grad extremer Armut ausgesetzt, da Rassismus, Wohnsegregation und Diskriminierung ihre Beschäftigungs- und Bildungschancen mindern. Im Jahr 2011 war die Arbeitslosenquote für Personen ab 15 Jahren für Roma dreimal so hoch wie für Nicht-Roma (FRA 2014: 22).

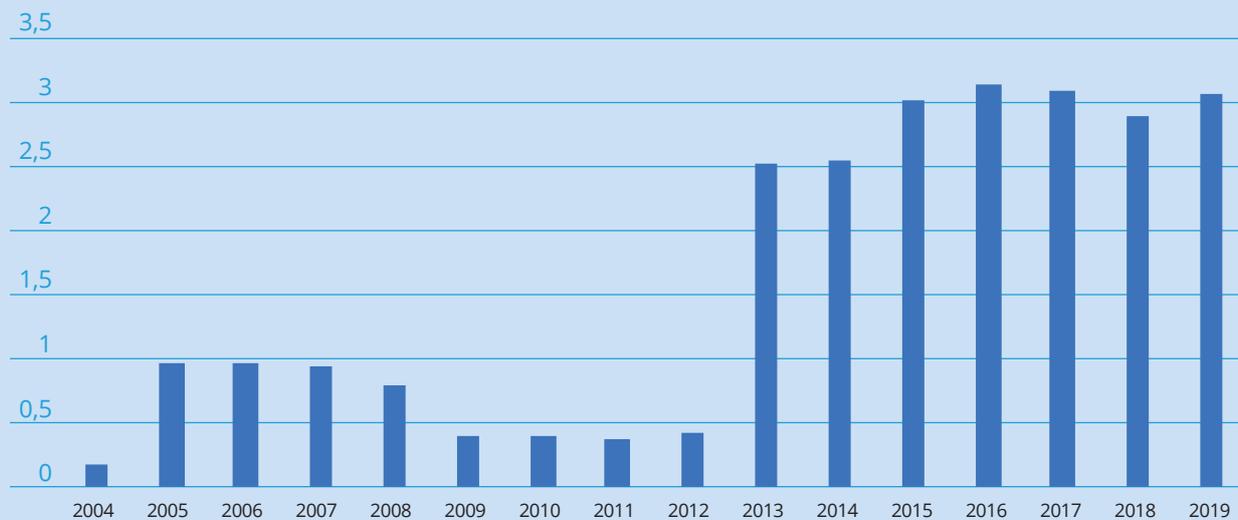
In den 1990er Jahren gab es unter den rumänischen Auswanderern zunächst eine relativ hohe Diversität, wobei ein hoher Prozentsatz von Personen deutscher und ungarischer Abstammung das Land verließen. Nach 2000 lag der Anteil ethnischer Rumänen unter den Auswanderern dann bei über 90 Prozent (Suditu/Prelipcean/Virdol/Stangaciu 2013: 131). Zwischen 2008 und 2018 gehörten 76,7 Prozent der rumänischen temporären Emigrantinnen und Emigranten zur Erwerbsbevölkerung (15-64). Frauen machten 52,7 Prozent und Männer 47,3 Prozent aus. Waren es während der ersten ‚Migrationswelle‘ vor allem Ingenieure, Technikerinnen und Ärzte, die emigrierten, gefolgt von Informatikerinnen, Wirtschaftswissenschaftlern und Professorinnen, so kam es danach zu einer massiven Auswanderung von ungelerten und durchschnittlich qualifizierten Arbeitskräften (Suditu/Prelipcean/Virdol/Stangaciu 2013: 153). Zwischen 2004 und 2019 war dabei Spanien mit 18 Prozent das häufigste Ziel der rumänischen Emigrantinnen und Emigranten, gefolgt von Italien und Deutschland, auf die jeweils 16 Prozent der Auswanderungen entfielen. Kanada und die Vereinigten Staaten nahmen in diesem Zeitraum jeweils 8 Prozent der rumänischen Migranten auf, gefolgt von Österreich und Frankreich (vgl. Abb. 2).

Was die Wirkungen der Emigration angeht, so ist in der Wissenschaft oft von zwei Perioden die Rede. Vor dem Beitritt Rumäniens zur Europäischen Union (EU) trug die Auswanderung zunächst dazu bei, Angebot und Nachfrage in Bezug auf die von einer Deindustrialisierung betroffenen Wirtschaftszweige anzupassen und die sozialen Kosten der ökonomischen Transformation zu senken. Nach 2007 hingegen unterstützten die durch Auswanderer vorgenommenen Finanztransaktionen in ihre

PROFIL UND ZIEL DER AUSWANDERUNG

POSITIVE UND NEGATIVE EFFEKTE

Abb. 3: Persönliche Rücküberweisungen nach Rumänien in % des BIP



Quelle: World Development Indicators / Eigene Darstellung

ehemalige Heimat – sog. ‚Rücküberweisungen‘ (*remittances*) – das rumänische Wirtschaftswachstum und halfen mit, das dortige Defizit in der Zahlungsbilanz zu verringern (Iftimoaei/Baciu 2018). Als negative Folge der Auswanderung machte sich nun in Rumänien ein wachsender Arbeitskräftemangel bemerkbar, der auch durch Einwanderung nicht wieder ausgeglichen werden konnte.

In Bezug auf das verlorene Humankapital werden die negativen Effekte von Emigration auch mit Begriffen wie ‚Brain Waste‘ und ‚Brain Drain‘ bezeichnet. So zeigen Studien gerade am Beispiel von Rumänien, dass für einen nicht geringen Teil der Emigrierten die Auswanderung im Vergleich zu ihrer früheren Beschäftigung im Herkunftsland zu einer Verschlechterung ihres beruflichen Status im Aufnahmeland führte, das durch Bildung erworbene Potenzial und die Fähigkeiten dieser Menschen entsprechend ‚schlecht genutzt‘ oder ‚verschwendet‘ (*wasted*) wurden (Sandu et al. 2009). Brain Drain hingegen wird vor allem auf die Abwanderung von Fachkräften aus dem IT- und Gesundheitssektor, von Ingenieurinnen und Technikern, Forscherinnen und Lehrern bezogen. So arbeiteten im Jahr 2013 mehr als 14000 rumänische Ärztinnen und Ärzte im Ausland, was insgesamt 26 Prozent der Ärzteschaft in ihrem Heimatland entspricht.

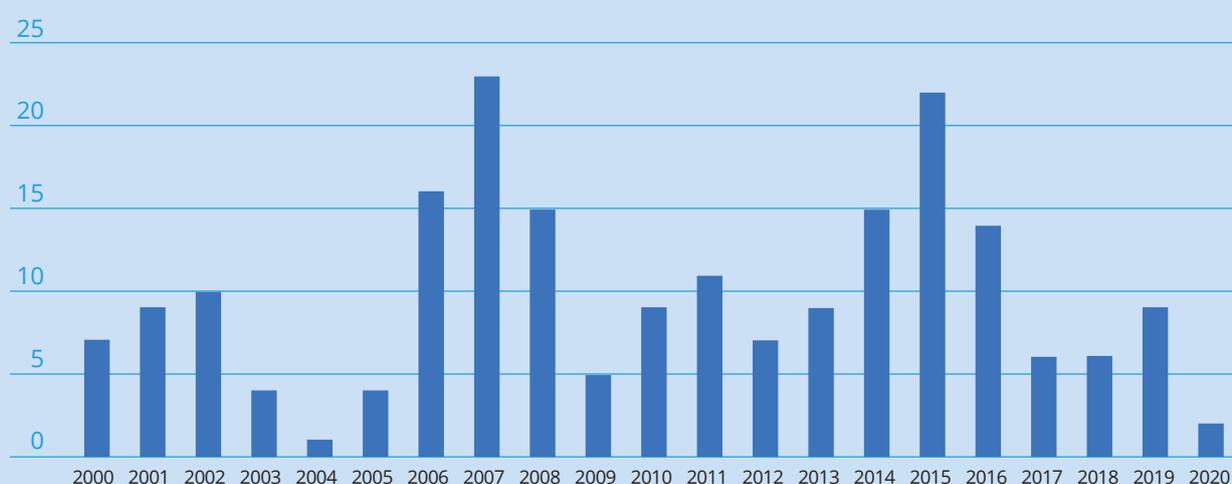
Ein positiver Aspekt dieser Situation ist jedoch, dass hoch qualifizierte Auswanderer am ehesten das Potenzial haben, ausländische Direktinvestitionen anzuziehen und zu Forschung und Entwicklung beizutragen (Suditu/Prelipcean/Virdol/Stangaciu 2013). Auch die gering qualifizierten Arbeitskräfte scheinen potenziell von einem besseren beruflichen Umfeld im Ausland zu profitieren, denn hier können sie ihre Qualifikationen verbessern und nach der Rückkehr ihr Gehalt im Herkunftsland erhöhen (Ambrosini/Mayr/Peri/Radu 2011). Die von den Abgewanderten vorgenommenen Rücküberweisungen konnten in Rumänien ebenfalls einen positiven Einfluss auf den Lebensstandard entfalten. Ihr Wert ist seit 2013 erheblich gestiegen und erreichte 2019 3 Prozent des BIP (vgl. Abb. 3). Ein Drittel der Rücküberweisungen nach Rumänien ist für Sparanlagen oder Investitionen bestimmt, zwei Drittel für den Konsum. Als wichtige Einkommensquelle für viele Familien, deren Angehörige im Ausland leben und arbeiten, werden die *remittances* vor allem zur Verbesserung des Lebensstandards, etwa zur Renovierung und zum Bau neuer Häuser verwendet (Grigoras 2006).

EMIGRATION IM POLITISCHEN DISKURS

Wie eine Analyse von Zeitungsdaten der rumänischen Nachrichtenagentur Agerpres¹ zeigt, erreichte die Salienz des Abwanderungsthemas in den Medien im Jahr des EU-Beitritts 2007 sowie im Jahr 2015 einen Höhepunkt (vgl. Abb. 4). Emigration wurde dabei hauptsächlich unter sozioökonomischen Gesichtspunkten diskutiert, wobei vor allem die schrumpfende Erwerbsbevölkerung in Rumänien angesichts niedriger Löhne und schlechter Arbeitsbedingungen hervorgehoben wurde. Obwohl Agerpres auch über die finanziellen Ursachen berichtete, welche subjektiven Auswanderungsentscheidungen zugrunde liegen, war es doch stets die Emigration hoch qualifizierter Arbeitskräfte, die stets das meiste Medieninteresse auf sich gezogen und dem Thema einen hohen Grad an Aufmerksamkeit verschafft hat (Hutter/Kriesi 2019).

DIE SALIENZ DES EMIGRATIONSTHEMAS IN DEN MEDIEN

Abb. 4: Die Salienz des Themas Emigration in den Meldungen der rumänischen Nachrichtenagentur Agerpres



Anzahl der Nachrichten, die das Wort ‚Emigration‘ enthalten (1/01/2000 - 15/07/2020).

Quelle: Factiva / Eigene Darstellung²

Die Medien betonten und beklagten dabei meist den Verlust von hoch qualifiziertem Personal im Gesundheitswesen, aber auch von IT-Fachleuten sowie Facherbeiterinnen und Facharbeitern aus der Baubranche. Sie verwiesen etwa auf schlechte Arbeitsbedingungen in den medizinischen Einrichtungen Rumäniens. Zahllosen Überstunden, mangelnde Forschungsförderung, niedrige Gehälter sowie die daraus hervorgehende allgemeine Unzufriedenheit wurden als wesentliche Faktoren beschrieben, die etwa rumänische Ärztinnen und Ärzte typischerweise zur Auswanderung motivierten. Auch ein Mangel an beruflicher Anerkennung und Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung wurde in der Medienberichterstattung regelmäßig zu den wichtigsten Gründen für das Verlassen des Landes gezählt.

Obwohl die Arbeitslosigkeit in Rumänien nach 2002 deutlich zurückging, blieb die Auswanderungsrate weiterhin hoch, die Erwerbsquote auf einem niedrigen Niveau und der Anteil informeller, d.h. schattenwirtschaft-

¹ Agerpres ist die älteste rumänische Nachrichtenagentur, die im März 1889 gegründet wurde. Per Gesetz ist Agerpres eine autonome öffentliche Einrichtung, von nationalem Interesse, redaktionell unabhängig und unter der Kontrolle des Parlaments.

² Anzahl der Nachrichten, die das Wort ‚Emigration‘ enthielten (1/01/2000 - 15/07/2020). Quelle der Daten: Agerpres. Abgerufen über Factiva.

licher Beschäftigung groß. Da die Löhne nach wie vor niedrig waren, fassten vor allem im landwirtschaftlichen Sektor viele der dort überwiegend als Selbständige oder ‚mithelfende Familienmitglieder‘ tätigen Arbeiter den Entschluss, lieber auszuwandern, als in Rumänien einer harten, nur unzureichend vergüteten Beschäftigung nachzugehen.

PHASEN DER DISKUSSION

Was die öffentliche Diskussion über das Emigrationsthema betrifft, so kann mit Hilfe der Daten von Agerpres auch die These einer klaren Differenz zwischen den Zeiträumen vor und nach dem EU-Beitritt bestätigt werden. Demnach wurde vor dem EU-Beitritt Rumäniens die Abwanderung ins Ausland zunächst überwiegend positiv dargestellt. Die finanziellen und ökonomischen Effekte von Überweisungen aus dem Ausland sowie der damit verbundenen Entlastung des Staatshaushalts wurden selbst von politischen Führungspersonlichkeiten betont. Nach 2007 setzte sich dann allmählich ein negativeres Framing durch, das sich eher die Verluste und Kosten für das eigene Land betonte. Politische Parteien und Regierungsvertreter beklagten, dass der rumänische Staat für die Ausbildung von Arbeitskräften zunächst enorme Kosten zu tragen hatte, obwohl er davon später nicht profitieren konnte. Unter diesen Umständen schien es vielen Beobachtern immer schwieriger, das Wohlfahrtssystem vor dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung und der Auswanderung von Jugendlichen im Gleichgewicht zu halten (Agerpres 2013a). Selbst in Zeiten des Wirtschaftswachstums wurde die mediale Debatte über Emigration außerdem von der Klage über den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften sowie von den Schwierigkeiten multinationaler Konzerne beherrscht, neue Arbeitskräfte aus dem Ausland nach Rumänien zu locken.

Nach 2015 konzentrierte sich die Diskussion dann stärker auf proaktive Maßnahmen zum Umgang mit Emigration. Prominente Stimmen, wie die des Chefökonom der Rumänischen Nationalbank, zählten eine Umkehr des Trends zu ‚negativem natürlichen Wachstum‘, die Schaffung von Anreizen für neue Einwanderer, die Rückkehr von Ausgewanderten sowie die Verlängerung des Erwerbslebens derjenigen, die über das Rentenalter hinaus arbeiten können und wollen, zu den notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen (Agerpres 2015). Präsident Klaus Iohannis forderte wiederum öffentliche Strategien und Programme, mit denen die bereits abgewanderten rumänischen Emigrantinnen und Emigranten angesprochen und umworben werden sollten. Er erklärte, dass „eine starke Diaspora, die durch einen sorgsamsten Staat mit dem Heimatland gut verbunden bleibt, zu einer wichtigen Ressource für die Modernisierung und Entwicklung Rumäniens werden kann“ (Agerpres 2016a, eigene Übersetzung).

INFOBOX – Die Roma – Ein rumänisch-europäisches ‚Problem‘?

Was die Emigration von Roma betrifft, so ist der politische Diskurs in Rumänien bis heute von Ablehnung, Vorurteilen und offenem Rassismus geprägt. Hindernisse auf dem Arbeitsmarkt, fehlender Zugang zu Wohnraum und Zwangsräumungen wurden in den letzten Jahren immer stärker politisiert und tragen dazu bei, die Roma in der rumänischen Gesellschaft weiter zu marginalisieren. Deren Hauptmotive zur Auswanderung aus Rumänien sind entsprechend eng mit täglichen Diskriminierungserfahrungen und dem Wunsch nach besserem Zugang zu Bildungs- und Berufschancen verbunden.

Auch der öffentliche Diskurs über Auswanderung ist in Rumänien bis heute von der begrifflichen Unterscheidung zwischen ‚hart arbeitenden respektablen‘ rumänischen Auswanderern und den vermeintlich ‚unwürdigen‘ Roma geprägt. Selbst von öffentlichen Stellen und Institutionen wurde diese Differenzierung in der Vergangenheit in Memo-

randen und Kampagnen aktiv befördert. Dem zugrunde lag etwa die Wahrnehmung, dass die aus Rumänien emigrierten Roma das Ansehen rumänischer Emigranten im Ausland insgesamt beeinträchtigten. In einer vom rumänischen Außenministerium herausgegebenen Denkschrift – dem Memorandum H (03)/169 vom 31. Januar 1995 – wurden deshalb alle staatlichen Stellen und Institutionen aufgefordert, zur Bezeichnung der Roma das Wort „țigan“ anstelle von „rom“ zu verwenden, um Verwechslungen zwischen den Roma und ‚gewöhnlichen‘ Rumäninnen und Rumänen zu vermeiden. Ein anderes Memorandum (Nr. 5/6380 vom 4. September 2009) erörterte wiederum die Auswirkungen der Migration von Roma auf das Image Rumäniens im Ausland (Rostas 2012). Das Papier entstand vor dem Hintergrund des Mailat-Falls von 2007, welcher in den italienischen und spanischen Medien die negative Berichterstattung über zugewanderte Rumänen verstärkte und Gewalt gegen rumänische Roma und Nicht-Roma auslöste. Im darauffolgenden Jahr führte die rumänische Regierung in Italien und Spanien unter dem Titel „Rumäninnen und Rumänen in Europa“ eine kostspielige Imagekampagne durch, welche unter Verwendung rassistischer Stereotypen nochmals nachdrücklich das ‚respektable Rumänentum‘ von den ‚Roma‘ abzugrenzen versuchte (Kaneva/Popescu 2014).

In Rumänien selbst wurde über diese Debatten kaum durch Agerpres berichtet, die Emigration rumänischer Roma stattdessen vorrangig als Problem für die Beziehungen zu anderen Staaten adressiert. Bei einem hochrangigen Treffen mit dem rumänischen Präsidenten, dem Außenminister und dem Premierminister in Bukarest im Jahr 2002 bekräftigte der damalige britische Außenminister Jack Straw, dass Roma, die politisches Asyl beantragen, ein Problem für beide Länder seien (Agerpres 2002). Im selben Jahr, als ein mögliches bilaterales Abkommen mit Frankreich erörtert wurde, um „200 rumänische Zigeuner, die beim Betteln auf den Pariser Straßen erwischt wurden, zurückzubringen“, betonte der erste Stellvertreter des Generalinspektors der Grenzpolizei, General Geanta, dass die rumänische Grenzpolizei „diese körperlich behinderten Menschen sorgfältig kontrolliert, weil diejenigen, die ins Ausland gehen und betteln wollen, meistens vorgeben, körperlich behindert zu sein“ (ebd., eigene Übersetzung).

Seit etwa 2007 werden die Roma in der rumänischen Diskussion nicht mehr nur als ein nationales, sondern auch als ein europäisches ‚Problem‘ diskutiert. So wurde 2007 in einem vielbeachteten Leitartikel beklagt, dass Rumäninnen und Rumänen im Ausland oft fälschlicherweise für „Zigeuner“ – also Personen, die „sich heute Roma nennen“ – gehalten und wie Ausgestoßene behandelt werden. Selbst international erfolgreiche Fußballspieler wie Adrian Mutu würden deshalb in Italien wegen ihrer dunkleren Hautfarbe ausgepiffen. Indem er die kommunistische Herrschaft dafür verantwortlich macht, dass die Probleme der Roma nicht gelöst werden konnten, entlässt der Artikel die Regierungen nach 1989 aus jeder Verantwortung, denn diese hätten bisher nicht genügend Zeit gehabt, um jene Probleme zu lösen, die „tief in der ethnischen Gruppe der Zigeuner verwurzelt sind“ (Agerpres 2007, eigene Übersetzung). Im gleichen Sinne beklagte 2013 der damalige Präsident, Traian Basescu die gesunkene Geburtenrate im Land und warnte, dass unter diesen Bedingungen bald mit einer wesentlichen Veränderung der Bevölkerungsstruktur gerechnet werden müsste, da die Roma-Minderheit „äußerst produktiv“ sei (Agerpres 2013b, eigene Übersetzung). Basescu war bereits zuvor mit rassistischen Äußerungen aufgefallen – etwa als er 2007 einen Journalisten als „stinkenden Zigeuner“ bezeichnet hatte. Dieser Verbalausfall wurde im Internet verbreitet, und schließlich vor dem Nationalen Rat zur Bekämpfung von Diskriminierung zur Anzeige gebracht.

EMIGRATION IN RUMÄNISCHEN PARTEIPROGRAMMEN

Mit Blick auf die politische Debatte über Emigration ist zunächst festzustellen, dass die rumänischen Parteien in ihren *politischen Programmen* bisher zumeist nicht auf das Thema eingingen. Die wenigen Ausnahmen verweisen hauptsächlich auf die Folgen eines Brain Drain, insbesondere den Wegzug von medizinischen anderen hochqualifizierten Fachkräften. Während mittel- und geringqualifizierte Arbeitskräfte in den politischen Positionierungen in der Regel ausgeklammert werden, gilt der Verlust dieser Fachkräfte bei verschiedenen Parteien inzwischen als ein zentrales Problem. Während des Wahlkampfes zur Parlamentswahl 2012 schlug die Demokratische Union der Ungarn in Rumänien (*Româniai Magyar Demokrata Szövetség*) deshalb die Einführung eines alternativen Vergütungssystems für Beschäftigte im Gesundheitswesen vor, um sie an der massenhaften Abwanderung in den Westen zu hindern. Die Sozialliberale Union (*Uniunea Social Liberală*) forderte ebenfalls massive Investitionen in die Infrastruktur des Gesundheitswesens. Das Agieren der amtierenden Regierung wurde zugleich scharf kritisiert und mit dem Vorwurf verbunden, sie habe durch ihre Unterschätzung des Emigrationsthemas den Niedergang des rumänischen Gesundheitssystems zu verantworten. 2016 fand sich unter den ‚hundert liberalen Maßnahmen für den nationalen Wiederaufbau‘, die von der Nationalliberalen Partei (*Partidul Național Liberal*) im Falle eines Wahlsieges versprochen wurden, schließlich ebenso die Idee, „die Abwanderung von Ärzten zu stoppen, indem ihre Gehälter ab dem 1. Juli 2017 verdoppelt werden und die Ärzteschaft innerhalb des rumänischen Gehaltssystems neu organisiert wird“ (eigene Übersetzung).³

EMIGRATION ALS THEMA IM PARLAMENT

Innerhalb des rumänischen Parlaments wurden die Ursachen und Folgen der Auswanderung von Hochqualifizierten vor allem vor dem EU-Beitritt Rumäniens 2007, aber auch während der Legislaturperiode 2012-2016 diskutiert (vgl. Abb. 5). Eine Analyse der politischen Erklärungen und Initiativen zeigt hier zunächst, dass die Positionen der Parteien zum Thema Auswanderung nicht weit auseinanderliegen. Allerdings wurde die Diskussion über Emigration eher diskontinuierlich und uneinheitlich geführt. Wichtige Akzente und Initiativen gingen immer wieder von NGOs und deren Projekten aus – etwa vom Projekt „*Te iubeste mama*“ („Mama liebt dich!“), das kostenlose audio-visuelle Online-Kommunikation zwischen Arbeitsmigranten und deren in Rumänien verbliebenen Kindern erleichtern soll, oder von Aktionen linker politischer Aktivisten, die gegen die Ausbeutung rumänischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Ausland protestieren.

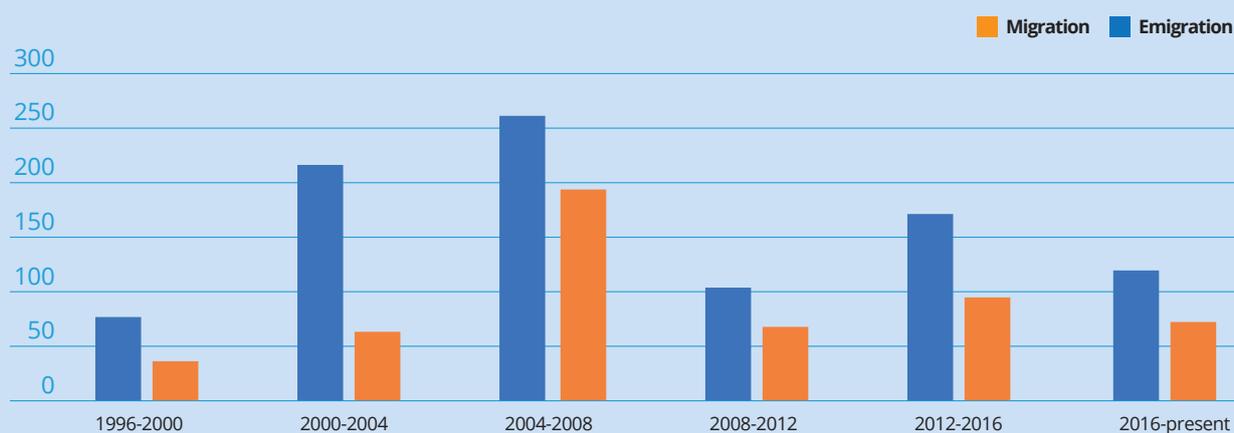
In inhaltlicher Hinsicht ist die politische Diskussion des Emigrationsthemas in Rumänien durch verschiedene Formen der Problembeschreibung und argumentativ-narrativen Rahmung (*framing*) geprägt, denen in unterschiedlichen Zeiten jeweils unterschiedliche Bedeutung zukam.

URSACHEN DER AUSWANDERUNG

Vor dem Jahr 2000 waren Debatten über das Thema Auswanderung zunächst selten, einzig die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens für rumänische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im Ausland wurde als wichtige Problemstellung diskutiert. In den Jahren 2000-2004 kamen dann vor allem sozioökonomische Ursachen der Emigration zur Sprache. Dabei fand sich das Thema zunächst hauptsächlich von der rechtsextremen Großrumänien-Partei (*Partidul România Mare, PRM*) angesprochen – insbesondere im Jahr 2002, als die Länder des Schengen-Raums die Visumspflicht für rumänische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aufhoben. Die PRM prangerte in diesem Zusammenhang etwa die Zwänge und Belastungen an, die viele Menschen in Rumänien dazu treiben, auf der Suche nach Arbeit und Aus-

³ Der Fall Mailat machte 2007 Schlagzeilen. Romulus Mailat wurde wegen des Mordes an Giovanna Reggiani, die im Oktober 2007 in Rom angegriffen wurde, verurteilt und inhaftiert. Die Fakten des Falles, die umfassend publik gemacht wurden, führten zu einer Welle der Empörung und einer Reihe von Angriffen auf Rumäninnen und Rumänen in Italien, in ihren Häusern oder auf der Straße.

Abb. 5: Das Thema Auswanderung in rumänischen Parlamentsdebatten



Quelle: Parlamentsprotokolle / eigene Erhebung⁴

kommen die eigene Heimat zu verlassen. Vertreter der PRM unterstellten der Regierung Desinteresse und mangelnde Initiative im Kampf gegen die schlechten Arbeitsbedingungen im Inland sowie die Diskriminierung von Rumäninnen und Rumänen im Ausland (Sonea 2002).

Die Diskussion über die sozioökonomischen Ursachen von Emigration erreichte schließlich 2004 ihren Höhepunkt, als andere Parteien ebenfalls begannen, sich dem Thema anzunehmen. Ein Auslöser ist dabei in den Terroranschlägen von Madrid zu sehen, bei denen sechzehn rumänische Staatsangehörige starben. Für die nationalliberale PNL und die rechtsnationale PRM war dieses Ereignis ein Anlass, jene Rahmenbedingungen zu hinterfragen, welche Rumäninnen und Rumänen dazu bewegten, ins Ausland zu gehen. Man kam zu dem ernüchternden Schluss, dass angesichts einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich für viele Betroffene tatsächlich „keine Alternative“ zur Emigration bestehe, dass also diejenigen, die emigrieren, im Grunde keine andere Wahl hätten (Arghezi 2004, Rădulescu 2004).

Insbesondere die zwischen 2000 und 2004 regierenden Sozialdemokraten (PSD) wurden daraufhin von der Opposition für ihre mutmaßliche Unfähigkeit angegriffen, attraktive Arbeitsplätze in Rumänien zu schaffen, und deshalb indirekt für den Tod rumänischer ‚Gastarbeiter‘ in Madrid verantwortlich gemacht (Bara 2004).

In den Jahren vor dem EU-Beitritt dominierte im parlamentarischen Diskurs allerdings jene Perspektive die Bewertung der Auswanderungsproblematik, die die Sorge um den Schutz der im Ausland arbeitenden rumänischen Bürgerinnen und Bürger mit einer positiven Bewertung der europäischen Freizügigkeit verband. Im Rahmen der Übergangsmaßnahmen, die für den Vollzug des Beitritts Rumäniens zur EU vertraglich festgeschrieben waren, verhängten einige EU-Mitgliedsländer befristete Sonderregelungen für rumänische und bulgarische Arbeitnehmer (Anhang 7, Titel 1, Artikel 6 Protokoll: Übergangsmaßnahmen: Rumänien).

Einige Vertreterinnen und Vertreter der PNL warfen diesen Regelungen daraufhin einen diskriminierenden Charakter vor und stellten ihre Vereinbarkeit mit den Grundfreiheiten der EU in Frage. Unter Verweis auf den erwarteten positiven Effekt von Rücküberweisungen auf die rumänische Wirtschaft

CHANCEN DER AUSWANDERUNG

⁴ Quelle der Daten: <http://www.cdep.ro/>. Um die Bedeutung von Migration im Allgemeinen und Emigration im Besonderen in den Parlamentsdebatten zu beurteilen, wurde hier die Häufigkeit der Verwendung der Wortstämme von „ausländisch“ und „Migration“ (im Rumänischen *migra* und *strain*) in jeder der Legislaturperioden ab 1996 ermittelt.

und ihres Beitrags zur Bekämpfung der Armut in Rumänien bestand die PNL ebenso darauf, dass die Regierung die bestehende Zusammenarbeit mit anderen EU-Mitgliedstaaten im Bereich der Arbeitsvermittlung weiter verstärken müsse, um ausreisewillige Rumäninnen und Rumänen noch besser in gut bezahlte Jobs nach Westeuropa zu vermitteln. Dabei sollte allerdings die Achtung von Arbeitsrechten, einschließlich des Zugangs zur Sozialversicherung, zur Krankenversicherung, zu Arbeitslosengeld und Beiträgen zur Altersversorgung gewahrt bleiben, obwohl dies in den Zielländern de facto nur wenigen rumänischen Emigrantinnen und Emigranten zugestanden wurde. Die damalige Koalitionsregierung aus PNL und ungarischen Demokraten (UDMR) schlug ebenso ein Maßnahmenpaket zur Evaluierung der Situation im Ausland arbeitender Rumäninnen und Rumänen sowie ein Anreizsystem zur Förderung ihrer Rückkehr vor, was etwa Zuschüsse zu Gehältern, Sozialleistungen sowie Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten umfassen sollte.

Wie diese Mischung aus zum Teil widersprüchlichen Vorschlägen zeigt, war in Regierung, Parlament und Öffentlichkeit bis dato allerdings keine abschließende Bewertung der Auswanderungsproblematik gefunden worden. Während einige die Vorteile von Emigration im Hinblick auf die Stimulierung der Wirtschaft oder die Verringerung des Drucks auf den Sozialhaushalt betonten, verwiesen andere vor allem auf den Mangel sowohl an hoch als auch gering qualifizierten Arbeitskräften, den Niedergang des ländlichen Raums sowie den sozialen und psychologischen Druck, dem betroffene Familienmitglieder ausgesetzt waren. Obwohl Migrantinnen und Migranten ihre Auswanderungserfahrungen in Bezug auf die Familienbeziehungen eher positiv wahrnehmen – sie betonen die wirtschaftlichen Vorteile und die finanzielle Unterstützung, die sie ihren Verwandten zu Hause bieten können –, haben Studien hervorgehoben, dass die Emigration von Familienmitgliedern die Anfälligkeit der zurückgelassenen Angehörigen für Armut, Unsicherheit und Krisen erhöht (Alexe/Horvath/Noica/Radu 2012).

SOZIALE FOLGEN FÜR KINDER UND ÄLTERE MENSCHEN

Insbesondere die Situation der Kinder von im Ausland arbeitenden Eltern, die in Rumänien zurückgelassen worden waren sowie die damit verbundene Lage älterer Menschen, welche oftmals die Verantwortung für die Erziehung dieser Kinder übernehmen mussten, wurde während der Legislaturperiode 2004-2008 verstärkt zum Gegenstand politischer Diskussionen. Obwohl vor allem die Vertreter der großen Parteien hier einen dringenden Handlungsdruck sahen, wurden bis heute die meisten der dem Parlament vorgelegten Gesetzesinitiativen zum Schutz der von Emigration betroffenen Familienmitglieder abgelehnt.

Bereits im August 2007 wurde etwa vom unabhängigen Abgeordneten Meir Nati ein Vorschlag erarbeitet, der ins Ausland reisende Eltern verpflichten sollte, die Sozialhilfedienste (SPAS) über ihre Abreise sowie über die Person zu informieren, welche für die zu Hause zurückgelassenen Kinder verantwortlich sein sollte, oder eine monatliche Zahlung von 5 Prozent ihres Gehalts im Ausland an die Sozialhilfekasse zu leisten (Meir 2007). Die Initiative des Demokraten (PD) Bogdan Cantaragiu aus dem gleichen Jahr schlug hingegen die Schaffung eines Nachmittagsprogramms vor, zu dem Kinder, deren Eltern im Ausland lebten, Zugang haben sollten und das von spezialisierten Kommissionen – bestehend aus einem Lehrer, einer Sozialassistentin sowie einem Psychologen – begleitet werden sollte. 2009 initiierte eine Gruppe von Abgeordneten der Demokratisch-Liberalen Partei (*Partidul Democrat Liberal*, PD-L) einen Gesetzesvorschlag, der darauf abzielte, verschiedene staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure wie Kinderschutzdienste und Gemeinderäte für den sozialen und psychologischen Zustand dieser Kinder direkt in die Verantwortung zu nehmen. Die Initiative der populistischen ‚Volkspartei Dan Diaconescu‘ (PP-DD) aus dem Jahr 2013 sah schließlich vor, Personen, die Kinder betreuen, deren Eltern sich vorübergehend im Ausland aufhalten, finanzielle Unterstützung in Form von Gutscheinen zu gewähren.

Obwohl das Schicksal der auf diese Weise in ihrer Heimat verbliebenen aber dennoch von Auswanderung betroffenen Menschen stets ein zentraler Gegenstand politischer Debatten über Emigration darstellte und von zahllosen politische Erklärungen und emotionalisierenden Reden aufgegriffen und beklagt wurde, blieben die genannten Gesetzesinitiativen letztlich erfolglos. Während der Legislaturperiode 2016-2020 sank schließlich das Interesse an den sozialen Folgen der Emigration. Lediglich vereinzelt wurden noch Initiativen diskutiert – etwa ein Vorschlag mehrerer PSD-Abgeordneter, im Nordosten Rumäniens, einer der ärmsten Regionen der EU mit dreimal mehr allein zu Hause gelassenen Kindern als im Landesdurchschnitt, Pilotzentren für allein zu Hause gelassene Kinder einzurichten (Macovei 2019).

Tatsächlich standen in den vergangenen 20 Jahren nicht nur die Zurückgelassenen, sondern vor allem die Schicksale der Ausgewanderten im Mittelpunkt der rumänischen Diskussion über Emigration. Eine maßgebliche Rolle spielte dabei immer wieder die Erfahrung von Stereotypen, Ausbeutung und Diskriminierung, mit denen sich rumänische Auswanderer in anderen europäischen Ländern konfrontiert sahen. Verschiedene Vorkommnisse, über die in der internationalen Presse berichtet wurde, lösten bei rumänischen Abgeordneten und Politikerinnen regelmäßig Empörung aus – etwa der Fall von drei in Frankreich lebenden und arbeitenden Rumänen, die jeweils rechtmäßig ein iPhone besaßen, 2011 auf den Straßen von Paris allerdings verhaftet und des Diebstahls beschuldigt wurden (Rigaux 2016). Ebenfalls für Aufregung sorgte Anfang 2015 ein britischer Dokumentarfilm von Channel 4, der unter dem Titel „The Romanians Are Coming“ mit herabsetzender Sprache und als diskriminierend empfundenen Darstellungen die Entwicklungen seit Aufhebung der Arbeitseinschränkungen in Großbritannien für rumänische und bulgarische Staatsangehörige am 1. Januar 2014 nachzeichnete. Die rumänische Gemeinschaft im Vereinigten Königreich organisierte daraufhin einen stillen Protest vor dem Sender in London, um ihren Unmut darüber zum Ausdruck zu bringen, dass sie immer wieder wie europäische Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse behandelt werden (Digi24 2015). Darüber hinaus sandte der rumänische Außenminister einen Brief an seinen britischen Amtskollegen, um sein Missfallen auszudrücken und auch der rumänische Botschafter im Vereinigten Königreich verurteilte öffentlich die Herabsetzung von Rumäninnen und Rumänen (Fonta 2015; Mazilu 2015).

Doch nicht nur Fälle von Herabwürdigung, sondern auch Betrügereien, Vertragsbrüche sowie sklavenähnliche Arbeitsbedingungen, unter denen die Auswanderer bisweilen zu leiden hatten, wurden in Rumänien regelmäßig zum Gegenstand der politischen Diskussion. Als im Jahr 2017 die internationale Presse über sklavenähnliche Ausbeutung und sexuelle Übergriffe auf rumänische Frauen berichtete, die in Gewächshäusern und auf den Feldern in Ragusa (Sizilien) arbeiteten, wurden die Arbeitsbedingungen rumänischer Arbeitsmigranten von einem Parlamentsausschuss untersucht (Tondo/Kelly 2017). Rumänische Expertinnen innerhalb der Europäischen Frauenlobby (EWL) setzten das Thema ebenfalls auf die Tagesordnung der Frauenrechtsorganisation, die das Thema schließlich ins Europäische Parlament brachte (EWL 2017, Stur 2017). Außerhalb der parlamentarischen Politik beschäftigte sich das linke Kollektiv Claca mit der Ausbeutung rumänischer Arbeitsmigrantinnen und -migranten im Ausland, etwa als rumänische Bauarbeiter, die am Bau eines Einkaufszentrums in Berlin beteiligt waren, das später „das Einkaufszentrum der Schande“ genannt wurde, für ihre Arbeit nicht bezahlt wurden (Ana 2020: 199). Auch einige Arbeitsvermittlungsagenturen gerieten wegen unlauterer Praxen, falscher Versprechen und Betrügereien bei der Vermittlung Auswanderungswilliger in die Kritik. Um derartige Formen der Ausbeutung rumänischer Arbeitskräfte im Ausland zu verhindern, schlugen mehrere Abgeordnete verschiedener Parteien 2015 ein Gesetz vor, welches rumänische Arbeitsvermittlungsagenturen verpflichten würde, die Kon-

DISKRIMINIERUNGSERFAHRUNGEN IM AUSLAND

AUSBEUTUNG RUMÄNISCHER ARBEITSKRÄFTE

ARBEITSKRÄFTEMANGEL IN RUMÄNIEN

taktdaten der von ihnen ins Ausland vermittelten Arbeitskräfte an die jeweiligen diplomatischen Vertretungen des Landes zu übermitteln. Der Vorschlag wurde allerdings abgelehnt.⁵

Doch nicht nur die Erfahrungen der Ausgewanderten, sondern auch die ökonomischen Folgen ihrer Auswanderung für Rumänien wurden in den vergangenen Jahren eher kritisch diskutiert. Bereits während der Legislaturperiode 2012-2016 spitzte sich aufgrund eines sich stetig verschärfenden Personalmangels insbesondere die Situation in den rumänischen Krankenhäusern zu, weshalb sich die rumänischen Parteien verstärkt mit der Emigration von Gesundheitspersonal befassten. Die Unterfinanzierung des Gesundheitssystems und seine teilweise Privatisierung im Rahmen von Sparmaßnahmen hatten im Winter 2011/12 landesweite Proteste zur Folge (Ana 2017). Um sie zum Verbleib im Land zu ermutigen, wurde im Jahr 2014 niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten schließlich ein Zuschlag von 150 Euro gewährt, 2015 das Gehalt der im Gesundheitswesen Tätigen um 25 Prozent erhöht. 2016 sollten junge Rumäninnen und Rumänen gar durch ein „Diaspora-Start-Up-Programm“ zur Rückkehr ins Land ermutigt werden. Trotz dieser Anreize erklärten im 2016 in einer Umfrage noch immer mehr als achtzig Prozent der jungen Ärztinnen und Ärzte Rumäniens, dass sie eine Auswanderung in Betracht ziehen könnten (Agerpres 2016b).

INFOBOX – Auswanderung in Zeiten von Corona

Während der Covid-19-Pandemie 2020 schwankte die öffentliche Debatte über Emigration in Rumänien zwischen einer anfänglichen Verurteilung der Rumäninnen und Rumänen, die in Italien, Spanien oder dem Vereinigten Königreich arbeiteten und nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes in ihre Heimat zurückkehrten, auf der einen Seite und einer Wertschätzung für die Rumäninnen und Rumänen, die mitten in der Pandemie in den westeuropäischen Staaten ganze Bereiche der Wirtschaft – wie Landwirtschaft oder der Pflege – vor dem Kollaps bewahrten. Die Situation der prekärsten Arbeitsmigrantinnen und -migranten, die nach Hause zurückkehrten, nachdem sie wegen der Pandemie ihren Arbeitsplatz verloren hatten, wurde von der Presse hingegen eher verharmlost. Ausgelöst durch die kontrovers diskutierten Aussagen des rumänischen PNL-Europaabgeordneten Rares Bogdan (EVP) war hier gar von „Dieben und Kriminellen“ die Rede. Bogdan hatte zuvor erklärt, dass einige der nun nach Rumänien Heimkehrenden auch „Zuhälter, Prostituierte, Bettler und Gewaltverbrecher“ seien (Mediafax 2020). Tatsächlich aber müssen gerade rumänische Emigrantinnen und Emigranten zu den am stärksten von der Covid-19-Krise betroffenen Personen gezählt werden: Zunächst durch Armut und mangelnde Überlebenschancen dazu gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und im Ausland unter teilweise prekären Bedingungen, etwa in Schlachtbetrieben in Deutschland (DW 2020) oder in der Pflegearbeit in Österreich oder Italien zu arbeiten, waren sie nun, nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes nicht mehr in der Lage waren, ihren Lebensunterhalt (Miete, Lebensmittel, u.a.) im Gastland zu bestreiten. Auch für jene in Rumänien, die die Folgen der Emigration eher positiv bewertet hatten, weil sie etwa dabei half, den Druck auf den rumänischen Sozialhaushalt zu verringern, erschien die plötzliche Rückkehr zahlreicher rumänischer Auswanderinnen und Auswanderer eher unwillkommen.

⁵ Propunere legislativă 147/2015 (http://www.cdep.ro/pls/proiecte/upl_pck2015.proiect?dp=14187)

AUSBLICK

Rumänien war in den drei Jahrzehnten nach dem Ende des sozialistischen Regimes mit einer starken Schrumpfung seiner Bevölkerung konfrontiert, die als Ergebnis eines komplexen Zusammenwirkens von sinkenden Geburten- und hohen Auswanderungsraten gelten kann. Vor allem der sinkende Anteil junger Menschen, hat zu einem Anstieg des Altersquotienten von 15,8 Prozent im Jahr 1990 auf 28,6 Prozent im Jahr 2019 beigetragen. Aktuelle demografische Prognosen sagen für die nächsten 50 Jahre zwar einen leichten Anstieg der Fertilitätsrate voraus, den Rückgang der Einwohnerzahlen wird dies jedoch nicht aufhalten. Während für die gesamte EU bis 2060 hier ein durchschnittlicher Anstieg von 3,2 Prozent erwartet wird, dürfte die Bevölkerung Rumäniens nochmals um weitere 20 Prozent schrumpfen.

Vor diesem Hintergrund werden in der Gegenwart gerade die Folgen der massiven Auswanderungsbewegungen nach 1990 in Rumänien überwiegend kritisch diskutiert. Nicht nur der anhaltende Wegzug gut ausgebildeter junger Menschen, sondern auch der Verlust gering qualifizierter Arbeitskräfte, entfaltet bereits heute erhebliche Auswirkungen auf die rumänische Wirtschaft und die Kapazitäten des Wohlfahrtsstaates. Die politischen Folgen dieser Entwicklung dürften im kommenden Jahrzehnt immer stärker zutage treten. Ein wahrscheinliches Szenario ist, dass das Land weiterhin sowohl hoch als auch gering qualifizierte Arbeitskräfte für das europäische Ausland ausbildet, und daher immer stärker selbst auf Einwanderung angewiesen sein wird, um den Verlust an Humankapital auszugleichen. Andernfalls, was angesichts der neuen internationalen Arbeitsteilung jedoch unwahrscheinlicher ist, könnte das Land die der Emigration zugrundeliegenden Ursachen angehen und eine Politik betreiben, die nachhaltige Anreize für die Rückkehr zumindest eines Teils der ausgewanderten Landsleute schafft.

LITERATUR

- Agerpres* 2002: Romany Romanians, a problem for both countries, says Jack Straw; 11.07.2002; verfügbar unter: Factiva database (letzter Zugriff: 20.07.2020).
- Agerpres* 2007: The tragedy that cost the life of a woman in Italy; 06.11.2007; verfügbar unter: Factiva database (letzter Zugriff: 20.07.2020).
- Agerpres* 2013a: Vosganian: Romania lost about 10 billion euros because of emigration. We must provide jobs to Romanians; 12.04.2013; verfügbar unter: Factiva database (letzter Zugriff: 20.07.2020).
- Agerpres* 2013b: Traian Basescu: Our big problem is not economic immigration, but birthrate; 19.06.2013; verfügbar unter: Factiva database (letzter Zugriff: 20.07.2020).
- Agerpres* 2016: President Iohannis laments diaspora's unwillingness to return, proposes partnership; 23.02.2016; verfügbar unter: Factiva database (letzter Zugriff: 20.07.2020).
- Alexe, Iris / Horváth, István / Noica, Ruxandra / Radu, Marieta* 2012 : Social impact of emigration and rural-urban migration in Central and Eastern Europe. Final country report. Romania. EC DG Employment. Social Affairs and Inclusion, Brussels.
- Ambrosini, J. William / Mayr, Karin / Peri, Giovanni / Radu, Dragos* 2011: The selection of migrants and returnees: evidence from Romania and implications. Working Paper 16912. National Bureau of economic Research, Cambridge.
- Ana, Alexandra* 2017: The role of the feminist movement participation during the winter 2012 mobilisations in Romania; in: *Europe-Asia Studies*, 69(9), S. 1473-1498.
- Ana, Alexandra* 2020: Hope as Master Frame in Feminist Mobilization. Between Liberal NGO-ization and Radical-Intersectional Street Politics; in: Norocel, Ov Christian / Hellström, Anders / Jørgensen, Martin Bak (Hg.): *Nostalgia and Hope: Intersections between Politics of Culture, Welfare, and Migration in Europe*; Springer, Cham, S. 185-202.
- Arghezi, Mitzura* 2004: An analysis of the causes that make many Romanians work abroad; 16.03.2004; verfügbar unter: <http://www.cdep.ro/pls/steno/steno2015.stenograma?ids=5631&idm=1,16&idl=4> (letzter Zugriff: 11.10.2020).
- Bara, Radu Liviu* 2004: Terrorism and the possibility to work abroad. Political intervention; 23.03.2004; verfügbar unter: <http://www.cdep.ro/pls/steno/steno.stenograma?ids=5638&idm=1,01&idl=1> (letzter Zugriff: 11.10.2020).
- Digi24* 2015 : Zeci de români protestează la Londra, nemulțumiți de documentarul 'Vin români!'; 22.02.2015; verfügbar unter :<https://www.digi24.ro/stiri/externe/ue/zeci-de-romani-protesteaza-la-londra-nemultumiti-de-documentarul-vin-romanii-362410> (letzter Zugriff: 10.11.2020).
- DW* 2020: "Sclavie modernă în abatoare"; 10.05.2020 ; verfügbar unter: https://www.dw.com/ro/sclavie-modernă-în-abatoare/a53384480?fbclid=IwAR3qqd0C2ZZ1ZlwFHvCe44cNddZa_q38hftRcm67zo_UjCRJ9xm0D-HmMEQ (letzter Zugriff: 11.10.2020).
- European Union Agency for Fundamental Rights* 2014: Poverty and employment: The situation of Roma in 11 EU Member States. European Union Agency for fundamental Rights, Vienna.
- European Women's Lobby* 2017: Call for solidarity with abused women, farm workers in Ragusa, Italy; 19.04.2017; verfügbar unter: <https://www.womenlobby.org/Call-for-solidarity-with-abused-women-farm-workers-in-Ragusa-Italy> (letzter Zugriff: 11.10.2020).
- Fonta, Nutu* 2015: Cine orchestrează campaniile de defăimare a românilor din străinătate?; 24.02.2015; verfügbar unter: <http://www.cdep.ro/pls/steno/steno.stenograma?ids=7462&idm=1,134&idl=1> (letzter Zugriff: 11.10.2020).
- Ghețău, Vasile* 2009: Evoluții demografice care pot accentua riscurile sociale; in: Preda, Marian (Hg.): *Riscuri și inechități sociale în România*; Polirom, Iași, S. 277-287.
- Grigoraș, Vlad* 2006: Consecințe și proiecte. Venituri și investiții din migrație; in: Sandu, Dumitru (Hg.): *Locuirea temporară în străinătate. Migrația economică a românilor*; Fundația pentru o Societate Deschisă, Bucharest, S. 41-47.
- Hutter, Sven / Kriesi, Hanspeter* 2019: Politicizing Europe in times of crisis; in: *Journal of European Public Policy* 26(7), S. 996-1017.
- Iftimoaei, Ciprian / Baciu, Ionut Cristian* 2018: Analiza statistică a migrației externe după aderarea României la Uniunea Europeană ; in: *Revista Română de Statistică-Supliment* (12), S. 167.
- Kaneva, Nadia / Popescu, Delia* 2014: "We are Romanian, not Roma": Nation Branding and Postsocialist Discourses of Alterity; in: *Communication. Culture & Critique*, 7, S. 506-523.

Macovei, Silviu Nicu 2019 : Regiunea de Nord-Est are nevoie urgentă de un centru pentru copiii cu părinți plecați la muncă în străinătate ; 13.03.2019 ; verfügbar unter: <http://www.cdep.ro/pls/steno/steno.stenograma?ids=8034&idm=1,013&idl=1> (letzter Zugriff: 11.10.2020).

Mazilu, Constantin 2015: Imaginea românilor în străinătate, o hologramă contrafăcută; 10.03.2015; verfügbar unter: <http://www.cdep.ro/pls/steno/steno.stenograma?ids=7469&idm=1,043&idl=1> (letzter Zugriff: 11.10.2020).

Mediafax 2020: Rareș Bogdan spune că 1% din românii veniți în Diaspora nu au muncit cinstit. Trebuie să acționăm clar și să îi punem cu botul pe labe dacă pun în pericol siguranța noastră; 23.04.2020; verfügbar unter : <https://www.mediafax.ro/politic/rareș-bogdan-spune-ca-1-din-romanii-veniti-in-diaspora-nu-au-muncit-cinstit-trebuie-sa-actionam-clar-si-sa-ii-punem-cu-botul-pe-labe-daca-pun-in-pericol-siguranta-noastra-19093760> (letzter Zugriff: 11.10.2020).

Meir, Nati 2007: Propunere legislativă privind protecția copiilor care sunt lipsiți de îngrijirea părinților pe perioada în care aceștia se află la muncă în străinătate ; 20.08.2007; verfügbar unter: http://www.cdep.ro/pls/proiecte/upl_pck2015.proiect?idp=8583 (letzter Zugriff: 11.10.2020).

Petrescu, Raluca Mariana / Bâc, Dorin / Zgură, Ion-Daniel 2011 : Descriptive analysis of the international migration phenomenon in Romania between 1991 and 2008; in: Annals of Faculty of Economics 1(1), S. 288-294.

Rădulescu, Emil Grigore 2004: About the underground economy and Romanians working abroad; 30.03.2004; verfügbar unter: <http://www.cdep.ro/pls/steno/steno2015.stenograma?ids=5642&idm=1,29&idl=1> (letzter Zugriff: 11.10.2020).

Rigaux, Marianne 2011: Policiers, un Roumain avec un iPhone ne l'a pas forcément volé ; 15.09.2011 ; verfügbar unter: <https://www.nouvelobs.com/rue89/rue89-nos-vies-connectees/20110914.RUE4338/policiers-un-roumain-avec-un-iphone-ne-l-a-pas-forcement-vole.html> (letzter Zugriff: 11.10.2020).

Rostaș, Iulius 2012: Identitatea romani. Discurs, organizare și proiect politic; in: Horváth, Istvan / Nastașă, Lucian (Hg.): Rom sau Țigan. Dilemele unui etnonim în spațiul românesc; Editura Institutului pentru Studiarea Problemelor Minorităților Naționale, Cluj-Napoca, S. 199-230.

Sandu, Dumitru 2009: Romanian Communities in Spain, Soros Foundation Romania (FSR); verfügbar unter: http://www.soros.ro/ro/fisier_acord_publicatii.php?publicatie=82 (letzter Zugriff: 11.10.2020).

Sonea, Ioan 2002: Visa liberalization intervention - the chance for Romanians to go abroad; verfügbar unter: <http://www.cdep.ro/pls/steno/steno2015.stenograma?ids=5249&idm=1,14&idl=1> (letzter Zugriff: 11.10.2020).

Stur, Beata 2017: S&D MEPs address exploitation of women in rural areas of Sicily", New Europe; verfügbar unter: <https://www.neweurope.eu/article/sd-meps-address-exploitation-women-rural-areas-sicily/> (letzter Zugriff: 11.10.2020).

Suditu, Bogdan Alexandru / Prelipean, Gabriela / Virdol, Daniel Celu / Stangaciu, Oana Ancuta 2013: Perspectivele politicii de migrație in contextul demografic actual din Romania. Studii de strategie și politici (SPOS). 2012(1). Institutul European din Romania, Bucharest.

Tondo, Lorenzo / Kelly, Annie 2017: Raped, beaten, exploited: the 21st-century slavery propping up Sicilian farming. Thousands of female Romanian farm workers are suffering horrendous abuse; verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/global-development/2017/mar/12/slavery-sicily-farming-raped-beaten-exploited-romanianwomen#:~:text=Police%20say%20they%20believe%20that,of%20exploitation%20on%20the%20island> (letzter Zugriff: 11.10.2020).



**EMIGRATION IN
EUROPÄISCHEN LÄNDERN**

7 SPANIEN

Zusammenfassung

Die Finanzkrise von 2008 und die anschließende Euro-Krise hatten erhebliche Auswirkungen auf Migrationsbewegungen in und nach Spanien. Der Anstieg von Auswanderinnen und Auswanderern und die Abnahme von Einwanderinnen und Einwandern stellten einen deutlichen Bruch mit der vorhergehenden Phase dar, in der der ausländische Bevölkerungsanteil rasch anstieg und nur relativ wenige Menschen auswanderten.

Infolge des Wandels verlagerte sich die öffentliche und politische Aufmerksamkeit teilweise von der Immigration auf die Emigration. Die Debatte konzentrierte sich vor allem auf die negativen Auswirkungen der Krise auf junge und gut qualifizierte Spanierinnen und Spanier, was die Tatsache verdeckte, dass die große Mehrheit der Auswanderinnen und Auswanderer Ausländer war.

Die Darstellung der Emigration durch politische Parteien war sehr verschieden. Während Mitglieder der Regierung der Auswanderung differenziert gegenüberstanden, stellten Opposition bzw. Vertreter des linken Lagers diese ausnahmslos negativ dar, häufig sogar in recht dramatischer Weise. Insbesondere die Sparpolitik und die Arbeitsreformen des rechten Amtsinhabers wurden als Ursachen für den Wegzug der Menschen festgemacht. Anders dagegen verhält es sich mit der spanischen Diaspora: Im Umgang mit ihr unterscheiden sich die politischen Lager nicht.

ENTWICKLUNG UND STRUKTUR DER EMIGRATION

Laut offiziellen Statistiken leben schätzungsweise 2,6 Millionen spanische Staatsbürgerinnen und -bürger im Ausland, was etwa 5,5 Prozent der Bevölkerung entspricht (Instituto Nacional de Estadística 2020a). Von diesen sind nur 32 Prozent (ca. 838.000 Personen) tatsächlich in Spanien geboren. Dies verdeutlicht, wie groß der Anteil derer ist, die entweder Nachkommen von Emigranten¹ sind oder nach Spanien einwanderten, die spanische Staatsbürgerschaft erwarben und danach wieder in ihr Herkunftsland zurückkehrten. Über die letzten zehn Jahre ist zudem die Zahl der spanischen Staatsbürgerinnen und -bürger im Ausland erheblich gestiegen – 2010 waren etwa 900.000 Personen weniger im Ausland registriert. Dies ist nicht nur eine Folge der Emigration, sondern auch der Etablierung neuer Wege zum Erwerb der spanischen Staatsbürgerschaft.² Etwa 36 Prozent der ausgewanderten Staatsbürgerinnen und -bürger leben in Europa, 60 Prozent auf dem amerikanischen Kontinent. Der letztgenannte Umstand hängt sowohl mit der traditionellen Emigration nach Lateinamerika (Argentinien ist das Land mit den meisten spanischen Staatsbürgern) zusammen als auch damit, dass lateinamerikanische Staatsbürgerinnen und -bürger über ihren Wohnsitz einen privilegierten Zugang zur spanischen Staatsbürgerschaft

**NUR EIN DRITTEL DER
AUSGEWANDERTEN IN SPANIEN
GEBOREN**

¹ Das spanische Staatsangehörigkeitsrecht basiert weitgehend auf dem *ius sanguinis*, was bedeutet, dass Personen, die eine spanische Mutter oder einen spanischen Vater haben, automatisch die Staatsbürgerschaft erhalten, unabhängig davon, wo sie geboren wurden (Art. 17.1 Zivilgesetzbuch). Kinder spanischer Emigranten, die die spanische Staatsbürgerschaft verloren haben, können diese ebenfalls beantragen (falls die Eltern in Spanien geboren wurden) (Art. 20.1 b Zivilgesetzbuch).

² Das sogenannte Gesetz zur Erinnerung an die Geschichte (52/2007) – mit dem Opfer des Bürgerkriegs und der Diktatur anerkannt und entschädigt werden sollten –, weitete die spanische Staatsangehörigkeit 'nach Herkunft' (1) auf Kinder eines ursprünglich spanischen Elternteils aus, selbst wenn dessen Geburtsland ein anderes war, und (2) auf Enkelkinder von Personen, die ins Exil gingen und die spanische Staatsangehörigkeit verloren haben.

Country Factsheet

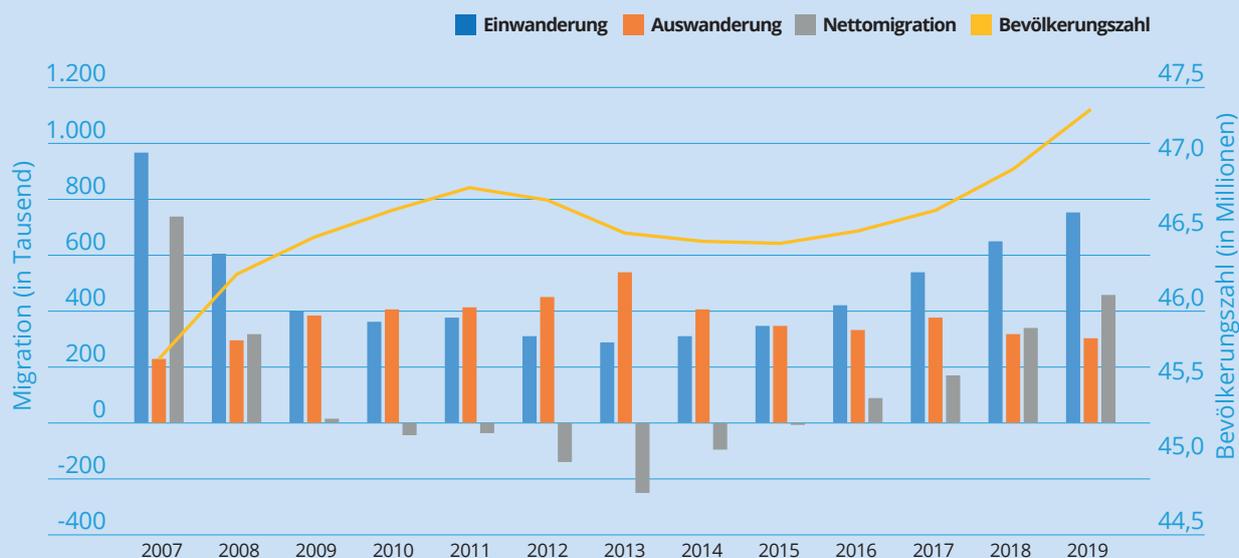
<i>Pro-Kopf-BIP:</i>	25.854 €
<i>EU-Beitrittsjahr:</i>	1986
<i>Bevölkerung im Jahr 2019:</i>	46 937 060
<i>Bevölkerung im Jahr 1990:</i>	38 881 416
<i>Bevölkerungsprognose für 2060:</i>	48 385 094
<i>Anteil ausländischer Staatsangehöriger:</i>	10,3 %
<i>Im Ausland geborene Bevölkerung:</i>	13,9 %
<i>Junge Bevölkerung:</i>	14,8 % (EU-Durchschnitt: 15,2 %)
<i>Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter:</i>	65,8 %
<i>65 Jahre und älter:</i>	19,4 % (EU-Durchschnitt: 20,2 %)
<i>Fertilitätsrate:</i>	1,26 (EU-Durchschnitt: 1,55)

haben (da für die Beantragung der Staatsbürgerschaft nur ein zweijähriger genehmigter Aufenthalt erforderlich ist). Nach Argentinien (ca. 473.500 Personen) sind Frankreich (ca. 273.000 Personen), die USA und Deutschland (jeweils ca. 167.000 Personen) die Länder mit den meisten spanischen Staatsangehörigen (Instituto Nacional de Estadística 2020a).

SPANIEN ALS TRADITIONELLES 'AUSWANDERUNGSLAND'

Ähnlich wie andere südeuropäische Länder war Spanien traditionell ein primär von Auswanderung geprägtes Land, während die Einwanderungszahlen gering blieben. Die erste große Auswanderungswelle, die sich vom letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis in die 1930er Jahre erstreckte, ist Teil des sogenannten transatlantischen Zyklus. In diesem Rahmen emigrierten etwa 3,5 Millionen Menschen auf den amerikanischen Kontinent, insbesondere in die ehemaligen Kolonien. Nur die Hälfte von ihnen kehrte später zurück (Romero Valiente 2003: 225). Die Emigration kam während des spanischen Bürgerkriegs (1936-1939), dessen Ende mehr als 200.000 Menschen ins politische Exil und dabei besonders nach Frankreich zwang, zum Stillstand. Die auf das Kriegsende folgende Migrationswelle erstreckte sich von den 1960ern bis Mitte der 1970er Jahre. Dabei versorgten die Länder der europäischen Peripherie die hochindustrialisierten Volkswirtschaften mit Arbeitskräften, während sie aufgrund ihrer überwiegend ländlichen Prägung gleichzeitig Probleme mit einem schnellen Bevölkerungswachstum hatten. Jährlich emigrierten mehr als 50.000 Spanierinnen und Spanier, insbesondere nach Frankreich, Deutschland und in die Schweiz. Einige Schätzungen beziffern die Gesamtzahl der Auswandernden in diesem Zeitraum sogar auf 2 Millionen (Santos 1999: 30). Seit Mitte der 1970er Jahre verzeichnet Spanien einen positiven Wanderungssaldo, vor allem als Resultat signifikanter Rückkehrraten und eines starken Rückgangs der Auswanderung. Tatsächlich handelte es sich bis 1994 bei der Mehrheit der Immigrantinnen und Immigranten um Personen spanischer Herkunft, die in ihr Heimatland zurückkehrten (Romero Valiente 2003: 226). Gleichzeitig verzeichnete Spanien ab den späten 1980er Jahren allmählich immer höhere Immigrationszahlen und erlebte um das Jahr 2000 einen regelrechten Boom. In der Folge wuchs die ausländische Bevölkerung Spaniens außergewöhnlich schnell: Die Gesamtzahl der ausländischen Einwohner stieg von weniger als 1 Million im Jahr 2000 auf über 5 Millionen im Jahr 2008 an, auch weil die Wirtschaft anhaltend wuchs und immer neue Arbeitsplätze entstanden. Das Bevölkerungswachstum Spaniens (von 40 Millionen Personen Ende der 1990er Jahre auf mehr als 46 Millionen im Jahr 2008) in der jüngsten Vergangenheit ist damit allem voran das Resultat von hohen Einwanderungszahlen.

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung und jährliche Migrationsraten

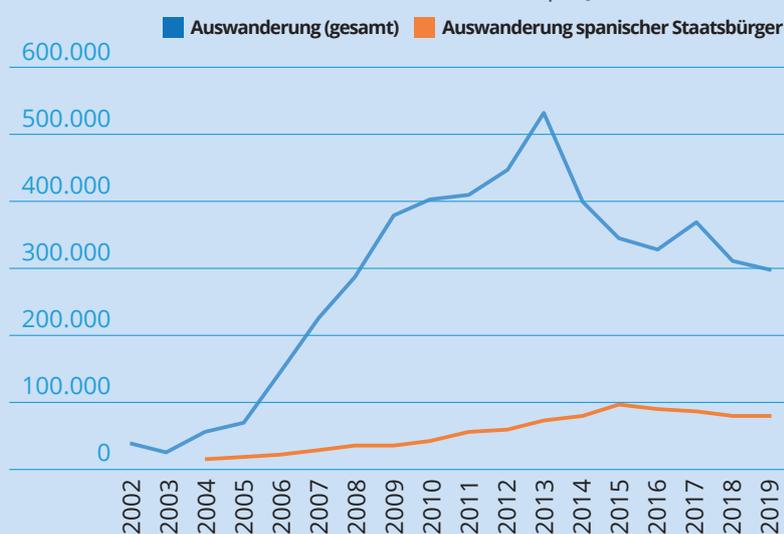


Quelle: Instituto Nacional de Estadística / Eigene Darstellung

Dieser Trend fand jedoch mit der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise ein Ende. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten verzeichnet Spanien wieder negative Migrationsraten. Wie aus Abbildung 1 hervorgeht, war die Zahl der Emigranten zwischen 2010 und 2015 höher als die Zahl der Immigranten. Auch wenn der Unterschied nicht groß ist – der vorherige Zustrom von Migranten reichte fast aus, um die steigenden Emigrationsraten auszugleichen –, ist er dennoch bemerkenswert, da er einen drastischen Bruch mit früheren Tendenzen darstellt. Zwischen 2010 und 2015 entschieden sich zweieinhalb Millionen Menschen zur Auswanderung (ihnen gegenüber stehen nur knapp 2 Millionen Immigranten). Dazu veranschaulicht die Abbildung, wie eng das Bevölkerungswachstum mit den Migrationsraten verbunden ist. Während Spanien zwischen 2011 und 2015 fast 400.000 Personen verlor, hat es seitdem bereits mehr als 800.000 Menschen wieder hinzugewonnen. Dies ist ausschließlich auf den positiven Wanderungssaldo zurückzuführen, der seit 2016 steigt und nun wieder das Ni-

**WIRTSCHAFTSKRISE
FÜHRT ZU GERINGERER
EINWANDERUNG**

Abb. 2: Anzahl der Auswanderinnen und Auswanderer pro Jahr (2002-2019)



Quelle: Instituto Nacional de Estadística / Eigene Darstellung

DIE MEISTEN AUSGEWANDERTEN STAMMEN NICHT AUS SPANIEN

veau von 2008 erreicht hat. Die natürliche Wachstumsrate³ war in den letzten Jahren negativ. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass Spanien (nach Malta) die zweitniedrigste Geburtenrate in der EU hat und damit deutlich unter dem Reproduktionsniveau liegt.

Abbildung 2 stellt ausschließlich die jährliche Zahl von Ausgewanderten dar und reicht dabei bis in das Jahr 2002 zurück. Sie zeigt einen starken Anstieg der Emigrationszahlen, welcher bereits 2006/07 beginnt und 2013 seinen Höhepunkt erreicht. Allein in jenem Jahr wanderten mehr als eine halbe Million Personen aus. Auffallend ist in der Emigrationsstatistik die starke Überrepräsentation von Ausländerinnen und Ausländern. Sie zeigt, dass Einwanderinnen und Einwanderer sowohl die mobilste Bevölkerungsgruppe sind als auch die am stärksten von der Krise betroffene.⁴ Von den zwischen 2008 und 2019 Ausgewanderten waren nur etwa 18 Prozent (ca. 747.000 Personen) spanische Staatsbürgerinnen und -bürger (einschließlich der eingebürgerten Einwanderer). Im gleichen Zeitraum beläuft sich die Zahl der in die Einwanderungsstatistik aufgenommenen spanischen Staatsbürgerinnen und -bürger insgesamt auf etwa 591.000 Personen, wobei viele dieser Personen in den letzten Jahren, einer Zeit der wirtschaftlichen Erholung, eingewandert sind. Insgesamt führte die Differenz zwischen Ein- und Auswanderung zu einem Gesamtverlust von ca. 156.000 spanischen Staatsbürgerinnen und -bürgern (0,33 Prozent der Bevölkerung).

UNTERREPRÄSENTATION SPANISCHER AUSWANDERER IN OFFIZIELLE STATISTIKEN

Es gibt allerdings gute Gründe für den Verdacht, dass spanische Staatsangehörige in solchen Statistiken stark unterrepräsentiert sind bzw. dass die tatsächliche Zahl der Auslandsspanier deutlich höher ist. Die Daten über die Auswanderung spanischer Staatsangehöriger beruhen nämlich nur auf einer (freiwilligen) Registrierung in spanischen Konsulaten (im Gegensatz dazu ist bei Ausländern eine Messung mit anderen Instrumenten möglich). Da es für diese Registrierung keine Anreize gibt, wird geschätzt, dass die Zahl der Auslandsspanier mehr als dreimal so hoch ist wie den offiziellen Quellen zufolge (González-Ferrer 2013: 17). Eine Umfrage unter hochqualifizierten spanischen Auswanderern zum Beispiel ergab, dass sich nur 36 Prozent von ihnen beim jeweiligen Konsulat registriert hatten (Enríquez/Romera 2018). In ähnlicher Weise zeigen 'Spiegeldaten' über ankommende Migrantinnen und Migranten spanischer Nationalität im Vereinigten Königreich oder in Deutschland, dass die Zahl der spanischen Bürgerinnen und Bürger, die sich dort registrierten, mehr als viermal so hoch ist wie die in Spanien veröffentlichten offiziellen Daten (González-Ferrer 2013: 6).

Was die wichtigsten Zielländer anbelangt, überrascht es nicht, dass Rumänien und – in geringerem Maße – Marokko im letzten Jahrzehnt zu den wichtigsten davon gehörten, da die Staatsangehörigen dieser beiden Länder zugleich auch die größten Einwanderergruppen in Spanien darstellen. Auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise gehörte auch Ecuador zu dieser Liste, was deutlich die Bedeutung der Rückkehrmigration belegt. In den letzten Jahren ist das Vereinigte Königreich zum zweitwichtigsten Zielland für die gesamte Auswandererbevölkerung und zum ersten Zielland für spanische Staatsangehörige geworden, gefolgt von Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten.

UNVERHÄLTNISSMÄSSIGER FOKUS AUF HOCHQUALIFIZIERTE

Angesichts der Vielfalt von Personen, die Spanien verlassen, ist zu erwarten, dass auch ihr Qualifikationsprofil divers ist. Obwohl die Statistiken in dieser Hinsicht dürftig und unvollständig sind, herrscht in der breiten Öffentlichkeit und bei den Eliten gleichermaßen die weit verbreitete Vorstellung, dass Auswanderer überwiegend talentiert und hochqualifiziert sind. Im Zusammenhang mit dieser Annahme wird von 'Brain Drain' und einer 'verlorenen Generation' gesprochen, der kaum eine andere Wahl bleibe, als das Land zu

³ Zahl der Geburten abzüglich der Zahl der Sterbefälle.

⁴ Dies ist zum Teil auf ihre Überrepräsentation in Wirtschaftssektoren zurückzuführen, die stark von der Wirtschaftskrise betroffen sind wie beispielsweise dem Bausektor.

verlassen.⁵ Das scheint zwar für Emigrantinnen und Emigranten spanischer Nationalität zu stimmen, jedoch nicht für die Gesamtheit der Auswanderinnen und Auswanderer. In Anbetracht der Tatsache, dass die erste Gruppe nur einen geringen Teil aller Auswanderinnen und Auswanderer ausmacht, ist es zu bezweifeln, dass das Phänomen des Brain Drain tatsächlich ausgeprägt genug ist, um Befürchtungen einer ‚verlorenen Generation‘ zu rechtfertigen. Betrachtet man ausschließlich spanische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, fällt auf, dass diese keine starke Mobilität über Ländergrenzen hinweg aufweisen. Eurostat-Daten zur Mobilität von EU-Bürgerinnen und -Bürgern im erwerbsfähigen Alter zeigen, dass Spanien zu den Ländern mit den am wenigsten mobilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gehört (ca. 1,1 Prozent der Wohnbevölkerung im Jahr 2019). Selbst wenn man Fragen der Unterrepräsentation in den offiziellen Statistiken berücksichtigt, könnte man angesichts der Schwere der spanischen Wirtschaftskrise und der außergewöhnlich hohen Arbeitslosenquote, die nur mit der von Griechenland vergleichbar ist, durchaus eine höhere Mobilität erwarten.

Es scheint jedoch tatsächlich der Fall zu sein, dass unter den mobilen Bevölkerungsschichten mit einer spanischen Staatsbürgerschaft in den letzten Jahren hochgebildete Personen weitgehend überrepräsentiert waren. Die gleichen Daten von Eurostat zeigen, dass der Anteil der spanischen EU-Migrantinnen und -Migranten mit Hochschulabschluss im Jahr 2019 bei 47 Prozent lag, also deutlich über dem Anteil von 37,4 Prozent von Hochschulabsolventinnen und -absolventen an der Gesamtbevölkerung. Im Vergleich mit Daten von 2009 bedeutet dies zudem einen erheblichen Anstieg. Damals lag die Anzahl der spanischen EU-Migrantinnen und -Migranten mit tertiärem Bildungsabschluss bei 32 Prozent und somit ähnlich hoch wie in der spanischen Gesamtbevölkerung (29 Prozent). Diese Zahlen wurden auch durch eine Erhebung unter den Arbeitskräften im Vereinigten Königreich und in Frankreich bestätigt. Sie zeigte, dass sogar rund 60 Prozent der Spanierinnen und Spanier, die zwischen 2008 und 2012 in diese beiden Länder einreisten, einen Hochschulabschluss haben (Peinado et al. 2014). Die Kluft zwischen dem Bildungsniveau der Auswandernden und dem der einheimischen Bevölkerung ist ein häufig verwendeter Indikator für den Brain Drain und ist innerhalb der EU vor allem in Spanien, Italien und Griechenland zu beobachten, auch wenn die Auswirkungen dieses Phänomens letztlich begrenzt bleiben (Alcidi/Gros 2019: 12). Unter Berücksichtigung der sogenannten Nettomigration nach Bildungsniveau (d.h. der Nettogewinne oder -verluste in verschiedenen Qualifikationsklassen infolge von Migration) wird geschätzt, dass Spanien zwischen 2007 und 2017 einen Nettoverlust von rund 87.000 hochqualifizierten Personen zu verzeichnen hatte (ebd.). Angesichts der vielen Hochschulabsolventinnen und -absolventen in Spanien und der Tatsache, dass viele der betreffenden Personen im Heimatland arbeitslos waren, erscheinen die Auswirkungen dieses Verlusts an Humankapital insgesamt gering.⁶

Darüber hinaus trifft es zwar zu, dass die Abwanderung spanischer Staatsbürgerinnen und -bürger bis heute deutlich größer ist als vor der Krise. Gleichzeitig ist aber auch zu beobachten, dass der Anteil der Spanierinnen und Spanier unter den (wieder-)einreisenden Migranten in den letzten Jahren zugenommen hat.⁷

**AUSWIRKUNGEN DES
,BRAIN DRAIN'
EHER GERING**

**ZUNEHMENDE
RÜCKKEHR**

5 Alle großen Medien berichteten im Jahr 2013 berichteten, dass 89 Prozent der spanischen Emigranten hochqualifiziert waren. Was sie versäumten zu erwähnen, war, dass diese Schätzung auf einer digital durchgeführten Umfrage basierte, die höchstwahrscheinlich nicht repräsentativ war, da sie über soziale Netzwerke und die Medien verbreitet wurde: <http://www.realinstitutoelcano.org/wps/wcm/connect/ac4f48004469c16daee5bee307648e49/GonzalezEnriquez-MartinezRomera-Spain-migration-crisis.pdf?MOD=AJPERES&CACHEID=ac4f48004469c16daee5bee307648e49>

6 Laut einer Umfrage unter hochqualifizierten südeuropäischen Auswandernden waren Spanierinnen und Spanier mit 48 Prozent der Befragten diejenigen mit der höchsten Arbeitslosenquote in ihrer Heimat (Enriquez und Romera, 2018).

7 Offizielle Quellen weisen darauf hin, dass 2018 und 2019 die Zahl der einreisenden Spanierinnen und Spanier höher ist als die der ausreisenden. Obwohl die Emigranten im Durchschnitt jünger sind, stützt das Altersprofil der Immigranten nicht die weit verbreitete Annahme, dass es sich bei den Rückkehrern um ältere Personen handelt, die in den Ruhestand zurückkehren (2018 und 2019 machten die über 65-Jährigen nur ca. 8 Prozent der spanischen Immigranten aus).

Es darf vermutet werden, dass einige derer, die in den vergangenen Jahren emigrierten, nun zurückkehren. In diesem Fall wäre die vorübergehende Auswanderung eher als Segen denn als Fluch zu deuten, da sie den Druck auf den Arbeitsmarkt kurzfristig etwas mildert und langfristig nachteilige Auswirkungen vermeidet. Dazu haben zurückkehrende Migranten oftmals zusätzliche Qualifikationen erworben und stellen insofern einen zusätzlichen Gewinn für den Arbeitsmarkt dar.

EMIGRATION IM POLITISCHEN DISKURS

Wie Auswanderung auf politischer und institutioneller Ebene behandelt wird, hängt grundlegend davon ab, von welcher Art von Emigration man spricht. Da Spanien eine lange Emigrationsgeschichte hat und eine beträchtliche Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern im Ausland leben, ist der Umgang mit der spanischen Diaspora – insbesondere mit ihren Rechten und der Aufrechterhaltung oder Stärkung ihrer Beziehungen zu Spanien – seit langem Gegenstand der politischen Diskussion. Es ist daher wichtig, zwischen der politischen Diaspora – definiert als spanische Bürgerinnen und Bürger, die sich dauerhaft im Ausland niedergelassen haben – und der Emigration – im Sinne einer eher kurzfristigen Ausreise – zu unterscheiden. Der nächste Abschnitt befasst sich mit dem politischen Engagement gegenüber der Diaspora, während sich die darauffolgenden Abschnitte mit der Emigration im Allgemeinen befassen, wobei – wann immer möglich – zwischen den beiden oben genannten Dimensionen unterschieden wird und der Schwerpunkt mehrheitlich auf der (Rückkehr-) Emigration liegt.

ENGAGEMENT FÜR DIE DIASPORA

Spanien ging so weit, die Rechte von spanischen Staatsbürgerinnen und -bürgern im Ausland in der Verfassung von 1978 zu verankern, darunter das Wahlrecht sowie diverse wirtschaftliche und soziale Rechte, die vom spanischen Staat zu schützen sind. Darüber hinaus wurde festgehalten, dass der Staat seine Politik auf die Rückkehr von Ausgewanderten auszurichten habe. Dies geschah im Kontext der Transition von einem autoritären Regime und in der Absicht, diejenigen wieder einzugliedern, die vor der Diktatur geflohen waren. Seit drei Jahrzehnten gibt es in Spanien darum spezielle Verwaltungsorgane, die den Ausgewanderten Repräsentationsformen und institutionelle Teilhabe ermöglichen und die zudem als beratende Organe fungieren. Zu diesen Verwaltungsorganen zählen insbesondere (1) der Allgemeine Rat der Spanier im Ausland (unterhalb des Ministeriums für Beschäftigung und soziale Sicherheit) und (2) die Räte der in Spanien ansässigen Personen (die an die spanischen Konsulate angegliedert sind). Die in der Verfassung festgehaltene Pflicht, die Rechte von Emigrantinnen und Emigranten zu schützen, bedeutet, dass diese bisweilen Gegenstand der Gesetzgebung waren. Bemerkenswert ist hier vor allem das 'Statut der spanischen Staatsbürger im Ausland' (Estatuto de la Ciudadanía Española en el Exterior) (Gesetz 40/2006), welches 2006 in Kraft trat. Es konsolidierte ihre Rechte und verankerte zugleich gesetzlich, dass Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im Ausland die gleichen Rechte haben wie die, die auf spanischem Hoheitsgebiet residieren.

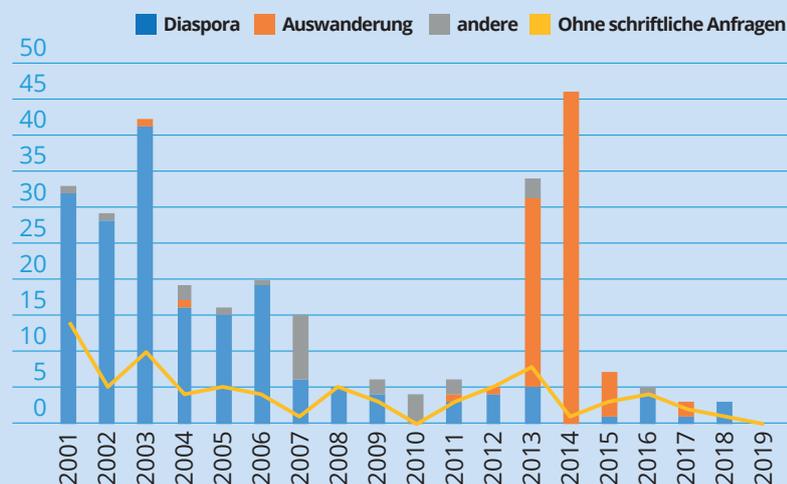
KONSENS UNTER PARTEIEN

Wie andere Länder war auch Spanien – und dabei alle politischen Parteien gleichermaßen – sehr daran interessiert, die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zu den Auswanderinnen und Auswanderern in Übersee zu stärken. Abgesehen davon, dass es sich hierbei um eine Manifestation von Ethnonationalismus handelt, können transnationale Verbindungen mit Auswanderinnen und Auswanderern dazu beitragen, Rücküberweisungen und Wirtschaftsinvestitionen anzuziehen, die Sprache und Kultur der Herkunft im Ausland zu fördern oder außenpolitische Interessen in den bilateralen Beziehungen voranzubringen (Bauböck 2007: 2400). Das sich die politischen Parteien dessen wohl bewusst sind, zeigt sich etwa daran, dass sie zuverlässig einen (kleinen) Teil ihrer Wahlprogramme spanischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern im Ausland widmen. In ähnlicher Weise sind ihre Rechte – und

die Feinheiten im Zusammenhang mit deren Schutz, Verabschiedung, Konsolidierung und Anpassung – häufig Gegenstand der politischen Auseinandersetzung im spanischen Parlament, insbesondere wenn es um Wohlfahrt und Sozialhilfe sowie Vertretungs- und Wahlrechte geht. In dieser Hinsicht gibt es kaum politische Konflikte, da sich alle wichtigen Parteien über die Aufrechterhaltung der Beziehungen zur Diaspora und die Wahrung ihrer Rechte einig sind. Der einzige signifikante Unterschied, der in den jüngsten Wahlprogrammen festgestellt werden kann, besteht darin, dass die radikale Linke (zuletzt *Podemos*) die einzige Partei ist, die sich für die Schaffung eines speziellen Wahlkreises für Emigranten im Verhältnis zu ihrer Zahl einsetzt. Darüber hinaus ist die ethnonationale Logik, die oft hinter dem Schutz von Gemeinschaften im Ausland steht – nämlich die Beibehaltung der spanischen Identität – nicht spezifisch an eine bestimmte politische Gruppe gekoppelt und scheint parteiübergreifend unterstützt zu werden.

Wirkliche Unterschiede zwischen den Parteien zeigen sich nur bezüglich des Stellenwerts des Themas. Im Allgemeinen scheint es für die Linke wichtiger zu sein, was mit ihrer Exilerfahrung während des Franco-Regimes zusammenhängen könnte. Dies zeigt sich zum Beispiel darin, dass die Linke im Allgemeinen aktiver parlamentarische Initiativen zum Thema vorlegt. Von den 298 parlamentarischen Vorlagen, die zwischen 2001 und 2019 im Rahmen dieser Untersuchung betrachtet wurden (siehe unten), wurde mehr als die Hälfte allein von der Mitte-Links-Partei PSOE vorgelegt. Selbst wenn man jene ausklammert, die sich auf die Emigration als (kurzfristigen) Wegzug der Menschen konzentrieren, und sich nur auf die auf die Diaspora bezogenen konzentriert, startete die PSOE 79 Initiativen, während der konservative Partido Popular nur 53 vorlegte.

Abb. 3: Parlamentarische Initiativen und Reden zur Auswanderung (2001-2019)



Quelle: Manuelle Kodierung basierend auf dem Schlüsselwort ‚Auswanderung‘.

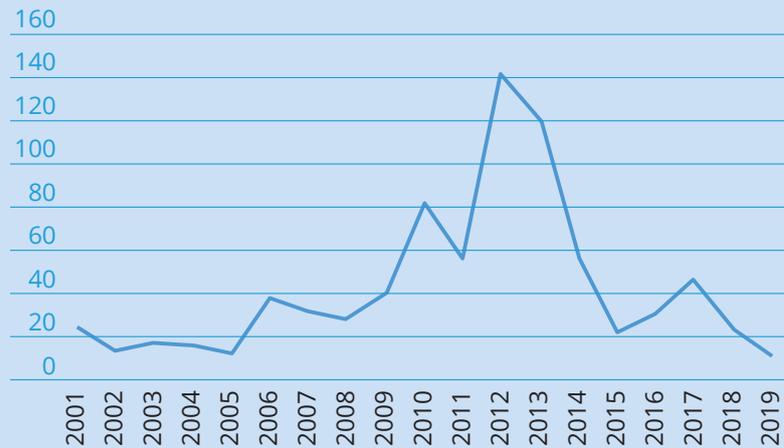
<http://www.congreso.es/portal/page/portal/Congreso/Congreso/> Eigene Darstellung

Parlamentarische Reden über Auswanderung stellen eine primäre Beweisquelle dar, um die Salienz der Auswanderung zu beurteilen, das heißt, die Bedeutung des Themas in der politischen Debatte. Abbildung 3 zeigt die Anzahl von Reden und Initiativen im Zusammenhang mit Emigration im spanischen Abgeordnetenhaus von 2001 bis 2019.⁸ Man beachte, dass dies fast alle Ar-

POLITISCHE SALIENZ

⁸ Gesucht wurde im Parlamentskorpus dabei nach dem Stichwort ‚Auswanderung‘. Es wurden alle Arten von Initiativen erfasst (Gesetzesvorschläge, Anträge, mündliche Anfragen, schriftliche Anfragen, dringende Appelle), mit Ausnahme von ‚Anwesenheitsanträgen‘ (solicitudes de comparencia). Initiativen, bei denen es um Einwanderung ging, wurden ausgeschlossen.

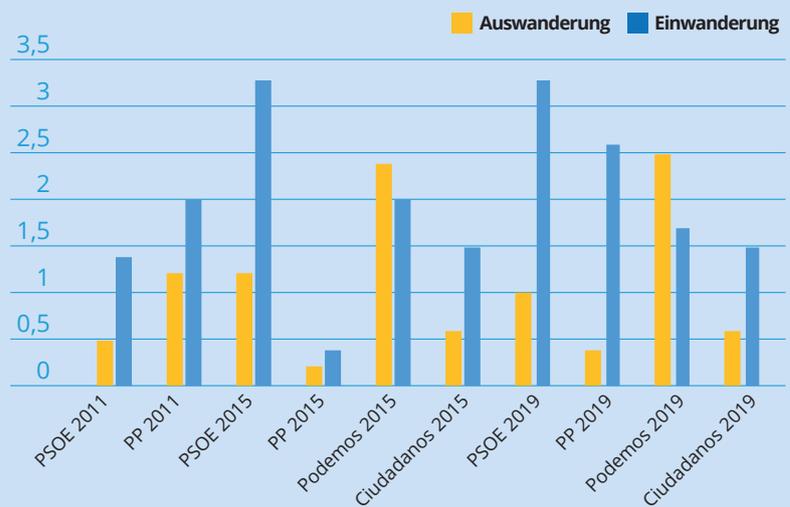
Abb. 4: Verwendung des Ausdrucks 'Brain Drain' in den Medien (2001-2019)



Quelle: Anzahl der Nachrichten, die das Wort 'Brain Drain' enthielten.
El País. Abgerufen über Factiva / Eigene Darstellung

ten von Initiativen umfasst (siehe Fußnote 10) – darunter auch schriftliche Anfragen, die lediglich eine Kontroll- oder Informationsfunktion haben, weshalb die Zahlen recht hoch sind. Schließt man die schriftlichen Anfragen aus, die wahrscheinlich die am wenigsten relevante Art von Initiativen sind, so variiert die Anzahl der Vorlagen und Reden deutlich weniger (gelbe Linie in Abb. 3), was darauf hindeutet, dass mit der Auswanderung zusammenhängende Themen nie besonders salient waren. In Abbildung 3 werden diese Initiativen auch nach den verschiedenen Dimensionen von Auswanderung aufgeschlüsselt, je nachdem, ob sie sich mit der *Diaspora* beschäftigen, mit *Emigration* als eher kurzfristiger Abwanderung oder mit *anderen* Themen. Dabei wird sichtbar,

Abb. 5: Relevanz von Emigration und Immigration in Parteiprogrammen



Quelle: Manuelle Kodierung. Prozentualer Anteil der Wörter, die in Parteiprogrammen der Auswanderung und Einwanderung gewidmet sind (und Aussagen zur Auswanderung und Einwanderung / Parteiprogramme erhalten über die Datenbank von Manifesto Project und über die Webseiten der Parteien / Eigene Darstellung

dass Emigration nur in den Krisenjahren, vor allem 2013 und 2014, ein einigermaßen relevantes Thema war. Davor waren nur Fragen im Zusammenhang mit der *Diaspora* relevant, was angesichts der niedrigen Auswanderungsraten vor der Krise verständlich erscheint.

Den Höhepunkt der politischen Aufmerksamkeit Anfang der 2000er Jahre bedingen verschiedene Umstände, nämlich (a) Fragen im Zusammenhang mit der Stimmabgabe, da der Verdacht auf Wahlunregelmäßigkeiten bestand, (b) Fragen der Sozialhilfe einschließlich der Unterstützung von Auswanderinnen und Auswanderern in Argentinien angesichts der großen Wirtschaftskrise, die das Land zu dieser Zeit zu bewältigen hatte, und (c) Fragen im Zusammenhang mit zurückgekehrten Migrantinnen und Migranten samt Nachkommen (wie z.B. Möglichkeiten zur Erleichterung ihrer Integration). Der Höhepunkt in den Krisenjahren 2013 und 2014 ist wiederum von anderer Art. Zunächst einmal ist die hohe Zahl der schriftlichen Anfragen im Jahr 2014 darauf zurückzuführen, dass die wichtigste Oppositionspartei (die Mitte-Links-PSOE) wiederholt darauf bestand, die Zahl derer zu erheben, die aufgrund der Emigration kein Arbeitslosengeld mehr erhielten, wobei für jede Provinz monatlich separate Anfragen formuliert wurden. Angesichts der begrenzten Verfügbarkeit von Daten über die Auswanderung sowie der Tatsache, dass Schwankungen der Arbeitslosenzahlen aufgrund von Auswanderung – und eben nicht aufgrund der tatsächlichen Schaffung von Arbeitsplätzen – ganz andere Folgen für den politischen Umgang mit dem Problem haben, ist dies natürlich eine wertvolle Information für die politischen Parteien. Abgesehen davon war die Opposition natürlich sehr daran interessiert, die Regierung mit steigenden Auswanderungszahlen zu konfrontieren – oder dem, was sie geschickt als 'wirtschaftliches Exil' bezeichnete –, und legte einige Initiativen mit Forderungen oder Vorschlägen vor, um Auswanderung zu verhindern bzw. eine Rückkehr anzuregen.

Zusätzlich erwähnenswert ist, dass insbesondere die Migration qualifizierter junger Menschen besondere Aufmerksamkeit auf sich zog, wobei die Opposition von 'Brain Drain' und 'wissenschaftlichem Exil' sprach. Politische und öffentliche Debatten ähnelten sich somit in ihrer Überbetonung der Migration von Hochqualifizierten. Betrachtet man die Entwicklung der Verwendung des Begriffs 'Brain Drain' in Spaniens meistverkaufter Zeitung (*El País*), lässt sich ein starker Anstieg seiner Verwendung in den Krisenjahren beobachten, insbesondere in den Jahren 2012 und 2013 (Abbildung 4). Forschungen haben auf der Grundlage einer Medienanalyse der drei führenden Zeitungen Spaniens (*El País*, *La Vanguardia*, *ABC*) bestätigt, dass das von den Medien gezeichnete Bild von Auswanderung sowohl unvollständig als auch verzerrt war – und sich tatsächlich vor allem auf das Schicksal junger, gebildeter Bürgerinnen und Bürger und den 'Talent Drain' konzentrierte, der 'von den spanischen Steuerzahlern zugunsten der Aufnahmeländer finanziert wurde' (González-Ferrer/Moreno-Fuentes 2017: 452). Dies führte dazu, dass die Situation mit der in den 1950er und 1960er Jahren verglichen wurde, wobei die prägnanten Bilder spanischer Arbeiterinnen und Arbeiter aus jener Zeit nachgezeichnet wurden, welche angesichts von Armut und Aussichtslosigkeit das Land verließen, nur mit einem Pappkoffer in der Hand. Noch schlimmer sei nur, dass die heutigen Auswandernden zudem hoch qualifiziert seien (González-Ferrer/Moreno-Fuentes 2017).

Forschungsergebnisse bestätigen, dass die Abwanderungsbewegung Gegenstand einer intensiven Medienberichterstattung und öffentlicher Debatten war, wobei die Salienz in den Jahren 2012 und 2013 ihren Höhepunkt erreichte (ebd.: 449; Arango 2016: 2). Dies ist für diesen Bericht wichtig, da es leider keine Methode gibt, dies empirisch zu belegen, die nicht sehr zeitaufwändig wäre.⁹

ÄNGSTE VOR 'BRAIN DRAIN' IN ÖFFENTLICHKEIT UND POLITISCHER DEBATTE

⁹ Eine Medienanalyse, die auf der Methode der Stichwortsuche basiert, funktioniert in diesem Fall nicht, da das Wort 'Auswanderung' häufig in Berichten verwendet wird, die sich tatsächlich mit der Einwanderung nach Spanien befassen. Aus diesem Grund taucht das Wort 'Auswanderung' in *El País* am häufigsten in den Jahren 2006 und 2007 auf, was dem Zeitraum entspricht, in dem die ausländische Bevölkerung Spaniens am schnellsten wuchs. Dazu ist 2006 das Jahr der sogenannten *cayucos*-Krise (Bootskrise), während der etliche Migranten die Kanarischen Inseln auf dem Seeweg erreichten oder zu erreichen versuchten.

EINWANDERUNG IST EIN THEMA VON GROSSER BEDEUTUNG

Die Krisenjahre waren die einzige Phase in der jüngeren Geschichte Spaniens, in welcher Aus- und Einwanderung eine vergleichbare Salienz aufwiesen. Dies war weniger einer außergewöhnlich großen Bedeutung von Auswanderung geschuldet als vielmehr einem deutlichen Rückgang der Bedeutung des Immigrationsthemas im Vergleich zu den Jahren vor der Krise. Auch wenn dazu noch gründlichere Untersuchungen erforderlich wären, sind die Krisenjahre – und damit verbunden die Legislaturperiode von 2011 bis 2016 – die einzigen, in denen die Anzahl der parlamentarischen Initiativen und Reden zu Auswanderung und Einwanderung ähnlich hoch war. Vor und nach der Krise war das Thema Einwanderung von deutlich größerer Relevanz. Dies zeigt sich auch in den Parteiprogrammen, in denen der Raum, der einwanderungsbezogenen Themen gewidmet wird, auch im Jahr 2015 größer ist als der Raum, der der Auswanderung eingeräumt wird (vgl. Abbildung 5). Podemos ist die einzige Partei unter den betrachteten, bei welcher sich das Verhältnis anders ist, d.h. Auswanderung eine größere Rolle spielt.

FRAMES DER PARTEIEN

Beim Schutz der Rechte von Auslandsbürgerinnen und -bürgern besteht wenig bis gar keine politische Polarisierung. Eine Ausnahme stellt in diesem Zusammenhang jedoch die Auswanderungswelle im letzten Jahrzehnt dar: Der Ton war oft konfrontativ und die Parteien zeichneten das Phänomen in bemerkenswert unterschiedlicher Weise nach. Die oppositionelle Linke etwa war sehr daran interessiert, Auswanderung als eine Tragödie darzustellen und sie als 'wirtschaftliches Exil', 'erzwungenes Exil' oder 'erzwungene Vertreibung' zu framen. Häufig war dies ein Mittel, um die vom konservativen *Partido Popular* geführte Regierung zugleich für ihre Sparpolitik und Arbeitsmarktreformen anzugreifen und ihr die Schuld an der hohen (Jugend-) Arbeitslosigkeit zuzuschieben. Zugleich handelte es sich dabei auch um ein Gegennarrativ zur Position der Regierung, welche Auswanderung wiederum in einem positiven Licht darstellte.

KONFRONTATIONEN

Zur ersten und deutlichsten Kontroverse kam es Ende 2012, als die Generalsekretärin für Ein- und Auswanderung, Marina del Corral, erklärte, die Auswanderung sei nicht nur eine Folge der Wirtschaftskrise, sondern unter anderem auch eine Folge 'der Globalisierung, der Freizügigkeit innerhalb Europas, der Nachfrage nach Fachkräften mit guter technischer Vorbereitung', und 'warum sollte man es nicht sagen, des abenteuerlichen Impulses der Jugend' (ABC 2012). Darüber hinaus bestand Corral darauf, dass die Auswanderung als etwas 'im Wesentlichen Positives' betrachtet werden sollte, da qualifizierte spanische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 'endlich aufgehört haben, einheimisch zu sein' (ebd.). Es liegt auf der Hand, dass diese Aussagen zum Teil heftige Reaktionen auslösten, insbesondere in den sozialen Medien. Als Regierungsmitglieder im Parlament mit der oppositionellen Kritik konfrontiert wurden, gingen sie nicht direkt auf Corrals Worte ein, sondern griffen einfach auf die übliche Strategie der Schuldzuweisung zurück und erinnerten die Mitte-Links-Parteien daran, wie hoch die Jugendarbeitslosigkeit bereits während der sozialistischen Regierung war (DSCD 2012: 67).

Zu einer weiteren Konfrontation, die unterschiedliche Framings offensichtlich werden ließ, kam es wenige Monate später, als der Minister für Beschäftigung und soziale Sicherheit erklärte, dass die Auswanderung von Menschen auf der Suche nach besseren Arbeits- und Ausbildungschancen 'externe Mobilität' genannt werde. Dabei fügte er hinzu, dass es in dieser Hinsicht einen 'Austausch' gebe: Viele Briten, Deutsche oder Italiener lebten schließlich ebenfalls in Spanien (El Mundo 2013). Die Opposition sprach stattdessen erneut von 'wirtschaftlichem Exil' und 'Brain Drain' und machte die Regierung direkt dafür verantwortlich, dass sie 'junge Menschen zum Weggehen einlade' (ebd.). Ihr Ton war ausnahmslos negativ und oft dramatisch, wobei sie immer wieder auf Bilder der massiven Abwanderung in den 1960er Jahren zurückgriff, um die Schwere der Umstände zu betonen. Beispielhaft dafür sind etwa folgende parlamentarischen Redebeiträge:

„Heutzutage verlassen uns genauso viele junge Menschen wie in den 1960er Jahren. Junge Leute greifen sich ihren Rucksack nicht, um Ausflüge zu machen oder aus Abenteuerlust; sie nehmen den Koffer ihrer Großeltern, den Koffer der Auswanderung. In den 1960er Jahren sind unsere Großeltern weggegangen, aber heute ist es eine Generation von Ärzten, Ingenieuren und Forschern [...]. Sie [die Regierung] verstoßen die beste Generation von Arbeitern und Fachkräften, die Spanien je hatte. Eine verlorene Generation, meine Damen und Herren, es ist eine Katastrophe.“ *María González Veracruz, PSOE, 29. Mai 2013 (DSCD 2013)*

„Dies sind junge Menschen, die enttäuscht sind und die mit der Qual leben, keine Alternative zu sehen. Keine andere Alternative als die des Exils, um eine berufliche Zukunft zu haben. [...] Dies ist eine Generation, die sich in einer Trilogie bewegt: Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und wirtschaftliches Exil.“ *Isabel Rodríguez García, PSOE, 22. April 2015 (DSCD 2013)*

Auch das Thema 'Brain Drain' wurde von Vertretern der Regierung und der linken Opposition unterschiedlich begrifflich gerahmt. Während letztere diesen zwangsläufig in ein negatives Licht rückte, vertrat etwa der Bildungsminister die Auffassung, dass man die Abwanderung qualifizierter Spanierinnen und Spanier nicht dementsprechend bezeichnen sollte und dass 'die Tatsache, dass es junge Menschen mit der Fähigkeit und dem Willen zur Mobilität [...] und mit dem Wunsch gibt, ihren beruflichen Horizont zu erweitern, niemals als negatives Phänomen betrachtet werden kann' (Público 2010). Andere Regierungsmitglieder bestärkten solche Aussagen und fügten hinzu, dass 'es nicht immer eine negative Konnotation geben sollte', da 'viele Absolventen zurückkehren, sobald sie Erfahrungen in anderen Ländern gesammelt haben, was für Spanien bereichernd ist und von den Unternehmen geschätzt wird' (ebd.). Die Präsidenten der *Comunauté de Madrid* und der *Partido Popular Madrid* bezogen eine ähnliche Position, indem sie es als 'Grund zum Optimismus' bezeichneten, dass 'zum ersten Mal viele qualifizierte junge Menschen im Ausland arbeiten' und dass sich dies 'positiv auf die spanische Wirtschaft auswirken wird' (El Mundo 2013). Darüber hinaus vertrat die Bildungsministerin später die Auffassung, dass das Thema 'Brain Drain' überschätzt werde und Zahlen dazu falsch interpretiert würden (La Vanguardia 2014).

Interessanterweise zeigte sich die Kluft, wie sie zwischen der politischen Rechten und Linken bzw. zwischen Regierung und Opposition bei dem Framing von Auswanderung existiert, ebenso bei Zeitungen mit unterschiedlichen ideologischen Tendenzen. Konservative Zeitungen tendierten dazu, verschiedene Motivationen für das Verlassen des Landes hervorzuheben, wie Kapitalakkumulation oder das Erlernen von Fremdsprachen, wobei sie die Auslandsmobilität oft als eine natürliche Folge der Globalisierung und der EU-Integration ansahen. Linke Zeitungen wiederum verwiesen mit Nachdruck auf den Mangel an Optionen aufgrund von Massenarbeitslosigkeit und der Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt (González-Ferrer/Moreno-Fuentes 2017: 452f.).

Neben den ideologischen Grundlagen dieser Framing-Unterschiede gibt es gute Gründe für die Vermutung, dass diese Unterschiede auch stark durch die Dynamik zwischen Regierung und Opposition beeinflusst sind. Obwohl Regierungen dies generell nicht öffentlich zugeben, da es eine ausgesprochen unpopuläre Position darstellen würde, kann Auswanderung in Krisenzeiten wirtschaftliche Schocks abfedern. Wenn insbesondere Personen abwandern, die arbeitsuchend sind, verringern sich die Sozialausgaben. Zudem sinkt ein Teil des Drucks auf den Arbeitsmarkt. Es dürfte daher wenig überraschend sein, dass Amtsinhaber gerade in Zeiten einer Wirtschaftskrise ambivalentere Positionen in Bezug auf Abwanderung einnehmen als die Opposition.

KLUFT ZWISCHEN REGIERUNG UND OPPOSITION

POLITIK SETZT SICH RÜCKKEHR ZUM ZIEL

Neben der Gesetzgebung, die sich mit den Rechten von Auslandsspanierinnen und -spaniern befasst, kümmert sich der spanische Staat auch um Bürgerinnen und Bürger, die sich für eine Rückkehr nach Spanien entscheiden. Dabei scheint der Schutz der sozial Schwächsten ein besonders relevantes Thema zu sein.¹⁰ Darüber hinaus wurde mit dem Statut für spanische Staatsbürgerinnen und -bürger im Ausland (Gesetz 40/2006) ein 'Spanisches Büro der Rückkehr' (*Oficina Española de Retorno*) geschaffen, das potenzielle Wiedereinwanderer unterstützen soll, primär durch die Bereitstellung von Informationen über Verwaltungsverfahren einschließlich von Vorrechten bei der Sozialversicherung. Spezifische Maßnahmen zur Förderung der Rückkehr sind jedoch dürftig. Der bisher bedeutendste Schritt war die Verabschiedung eines 'Rückkehrplans nach Spanien' im März 2019 mit einem Anfangsbudget von 24 Millionen Euro, der 50 Maßnahmen zur Überwindung der beruflichen und administrativen Hürden für die Rückkehr vorsieht. Zu den erklärten Zielen solcher Maßnahmen gehören (1) die Vernetzung von Migranten und Unternehmen, (2) die Erleichterung der Beschäftigung im öffentlichen Sektor, (3) die Unterstützung wissenschaftlicher Forschungskarrieren sowie (4) die Bereitstellung von Informationen und Trainings für Unternehmer.¹¹ Auch wenn dieses Programm eine größere Anstrengung der Regierung signalisiert, ist seine politische Wirksamkeit begrenzt. Anders als in anderen Staaten, in denen Rückkehrprogramme monetäre und/oder fiskalische Anreize beinhalten, scheint sich das spanische Programm auf die Bereitstellung von Informationen zu Verwaltungsprozessen und verfügbaren Gelegenheiten zu beschränken.¹²

INFOBOX – Migration in Zeiten der Corona-Pandemie

Auswanderung war in der Zeit der Covid-Pandemie in Spanien nicht von Bedeutung. Dergleichen gilt natürlich nicht für die Freizügigkeit von Personen im Allgemeinen. Spanien erlebte die vielleicht strengsten Ausgangsbeschränkungen Europas. Der 'Ausnahmestand' wurde Mitte März ausgerufen und endete am 21. Juni. Die Bewegungsfreiheit außen und innen war in dieser Zeit stark eingeschränkt. Im Allgemeinen folgte Spanien den EU-Empfehlungen zu Reiseverboten und öffnete seine Grenzen nur für die vom EU-Rat gebilligte Liste von Staaten. Als besonders problematisch haben sich die Grenzschießungen in den Fällen der Enklaven Ceuta und Melilla erwiesen, was bestehende Spannungen zwischen den marokkanischen und spanischen Behörden verschärft hat. Marokko beschloss am 13. März, seine Landesgrenzen zu Spanien zu schließen und hat sie seitdem nicht wieder geöffnet. Die Folgen für die Grenzgänger und für die regionale Wirtschaft sind schwerwiegend. Auf der einen Seite stehen tausende marokkanische Arbeiterinnen und Arbeiter, die früher täglich in die spanischen Enklaven einreisten, und von denen viele ihre Arbeit verloren haben (France 24 2020). Auf der anderen Seite saßen dadurch viele Marokkanerinnen und Marokkaner in Spanien fest, da Marokko seinen eigenen Bürgerinnen und Bürgern für mehr als zwei Monate die Rückkehr in ihre Heimat verwehrte (Voa News 2020). Grenzschießungen und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit werden sich sicherlich sowohl auf die Auswanderungs- als auch auf die Einwanderungszahlen im Jahr 2020 auswirken. Im Vergleich zu 2019 gehen offizielle Prognosen davon aus, dass die Zahl der Einwanderinnen und Einwanderer um 67 Prozent und

¹⁰ Der Königliche Erlass 1493/2007 befasst sich zum Beispiel mit der Sozialhilfe für Rückkehrer in Situationen außergewöhnlicher Notwendigkeit. ([http://www.exteriores.gob.es/Embajadas/ABUDHABI/es/VivirEn/Documents/RD1483-2007 Prozent20\(retorno\).pdf](http://www.exteriores.gob.es/Embajadas/ABUDHABI/es/VivirEn/Documents/RD1483-2007%20Prozent20(retorno).pdf))

¹¹ <https://unpaisparavolver.es>

¹² Es sei jedoch darauf verwiesen, dass sich die verschiedenen Gebiete Spaniens hier stark unterscheiden. Verschiedene regionale Regierungen haben spezifische politische Anreize für die Rückkehr qualifizierter Migranten erlassen. Einige von ihnen bieten dazu eine finanzielle Unterstützung für Umzugskosten sowie steuerliche Anreize für Unternehmen, die rückkehrenden Migranten unbefristete Verträge anbieten (Menárguez 2020).

die Zahl der Auswanderinnen und Auswanderer um 54 Prozent sinken wird (Instituto Nacional de Estadística 2020b). Abgesehen von diesen kurzfristigen Auswirkungen wird angesichts der bevorstehenden Wirtschaftskrise auch ein mittelfristiger Effekt erwartet.

Spanien ist jedoch nach wie vor ein wichtiges Ziel für Asylsuchende. Auch wenn die Zahl der Asylanträge im April und im Mai (während des Lockdowns) drastisch zurückgegangen war, hat sie seitdem wieder zugenommen. Zwischen Januar und August 2020 registrierte Spanien mehr als 60.000 Anträge – ein Rückgang von 13 Prozent im Vergleich zu 2019. Dies ist zu einem großen Teil auf den Zustrom venezolanischer und kolumbianischer Bürgerinnen und Bürger zurückzuführen, die nach ihrer Einreise als Touristen Asyl beantragten. Was die irreguläre Migration betrifft, so zeigen die Daten des Innenministeriums, dass bis Mitte September 15.985 Personen irregulär nach Spanien eingereist sind, was einem Rückgang von 22 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entspricht (Ministerio del Interior 2020). Während die Einreisen über Ceuta und Melilla stark zurückgingen, stieg die Zahl der Einreisen über den Seeweg auf die Kanarischen Inseln dramatisch an. Da diese Route gefährlicher ist, ist die geschätzte Zahl von Toten und Vermissten für 2020 entsprechend höher (440 Tote und Vermisste bis August) (UNHCR 2020).

Darüber hinaus hat die Pandemie offenbart, wie ‚verwundbar‘ Einwanderinnen und Einwanderer in Krisenzeiten sind. Einerseits sind sie aufgrund ihrer Überrepräsentierung in stark von der Pandemie betroffenen Sektoren (Tourismus, Gaststättengewerbe usw.) einem größeren Risiko ausgesetzt, arbeitslos zu werden. Andererseits gibt es Einwanderergruppen, die generell besonders anfällig sind, wie z.B. irreguläre Migranten und Arbeitnehmer in der Schattenwirtschaft, die daher nicht in den Genuss sozialer Sicherungssysteme kommen. Infolgedessen haben NGOs die flächendeckende Anerkennung aller irregulären Migrantinnen und Migranten in Spanien gefordert, deren Zahl sie auf 800.000 schätzen (Sánchez 2020). Der Anstieg von Armut zeigt sich auf der Straße, in den Suppenküchen und anhand der deutlichen Zunahme der Zahl derer, die auf Hilfsangebote von Organisationen wie dem Roten Kreuz oder der Caritas angewiesen sind (Enríquez 2020). Oxfam schätzt, dass eine von drei Personen, die von Armut bedroht sind, eingewandert ist (RTVE 2020). Die Pandemie hat zudem ein Schlaglicht auf eine besondere Art von Migrantinnen und Migranten geworfen: die landwirtschaftlichen Saisonarbeiterinnen und -arbeiter. Abgesehen von den Migrantinnen und Migranten, die gewöhnlich aus Osteuropa oder Marokko kommen, gibt es Tausende, die zirkulär zwischen verschiedenen Anbaustandorten in Spanien hin- und herwandern, wovon viele unter miserablen Bedingungen leben und arbeiten. In den Fokus gerieten sie einerseits, da die Ausgangsbeschränkungen einen potentiellen Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft zur Folge hatten, woraufhin die Regierung Maßnahmen zur Erleichterung der Anstellung erließ (El País 2020), zum anderen, weil es unter den Saisonarbeiterinnen und -arbeitern mehrere Covid-19-Ausbrüche gab.¹³

AUSBLICK

Der Fall Spaniens demonstriert anschaulich, wie sehr Ein- und Auswanderung von der wirtschaftlichen Situation abhängen. Während die rasante wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten das Land in einen Aufnahmestaat verwandelt hat, hat die anschließende große Rezession gezeigt, dass dieser Entwicklungsverlauf keinesfalls linear und unumkehrbar ist. Auch wenn zu erwarten ist, dass Spanien in den kommenden Jahrzehnten weiterhin eine posi-

¹³ Die Autorin möchte Katja Lindner dafür danken, dass sie zu mehreren Aspekten, die in diesem Abschnitt behandelt werden, Vorrecherchen durchgeführt hat.

tive Migrationsbilanz verzeichnen wird, wird es angesichts der Krise sicherlich zu deutlichen Unterschieden im Wanderungssaldo kommen. Dies hat bedeutende Konsequenzen für Spanien, insbesondere angesichts der übermäßigen Abhängigkeit der demografischen Entwicklung des Landes von Migration. Schätzungsweise wird aufgrund der negativen Auswirkungen von Covid-19 die Nettomigrationsrate in den kommenden Jahren geringer sein als erwartet, mit erheblichen Folgen für die Überalterung der Bevölkerung. Prognosen gehen davon aus, dass 24 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2030 über 65 Jahre alt sein werden (im Vergleich zu 19,6 Prozent im Jahr 2020) und dass in zehn Jahren der Anteil von Menschen in Altersabhängigkeit¹⁴ 38 Prozent erreichen wird (2020 liegt er bei 30,2 Prozent) – drei Prozentpunkte mehr als in den Prognosen von 2018 (Instituto Nacional de Estadística 2020b). Dies sind schlechte Nachrichten für die Nachhaltigkeit des Wohlfahrtsstaates, da das spanische Sozialversicherungssystem mit höheren Einwanderungsraten kalkuliert hatte (Jorrín 2020).

Dies unterscheidet sich jedoch nicht wesentlich von den demografischen Szenarien, mit denen die meisten EU-Länder konfrontiert sind, und in diesem Sinne sind die Herausforderungen weitgehend die gleichen. Obwohl sich die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger wohl bewusst sind, dass die Einwanderung das wirksamste Mittel ist, um die Überalterung der Bevölkerung auszugleichen, ist es wahrscheinlich, dass der Schwerpunkt zukünftig eher auf der Familien- und Fertilitätspolitik und vielleicht auch auf einer Politik in Richtung spanischer Rückkehrerinnen und Rückkehrer liegen wird. Nichts davon ist jedoch unabhängig von den Entwicklungen des spanischen Arbeitsmarktes, und in dieser Hinsicht hat Spanien nach wie vor mit ernsthaften strukturellen Schwächen zu kämpfen (wie einer hohen Arbeitslosenquote, einem stark dualen Arbeitsmarkt mit vielen prekären Verträgen, Niedriglohnfallen, Qualifikationsdefiziten und -inkongruenzen, einer beträchtlichen Schattenwirtschaft usw.). Das Land hat jedoch den vergleichsweise großen Vorteil, dass es über ein großes Reservoir potenzieller Einwanderinnen und Einwanderer mit beträchtlicher kultureller Affinität (lateinamerikanische Migrantinnen und Migranten) verfügt, was sich positiv auf die Integration auswirkt und einen vergleichsweise geringeren kulturellen *Backlash* zur Folge haben dürfte.

14 Verhältnis zwischen der Anzahl an Menschen im Alter ab 65 Jahren und der Anzahl an Menschen im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre). In diesem Fall lässt sich das Verhältnis so interpretieren, dass auf 100 erwerbsfähige Personen 38 ältere Menschen kommen.

LITERATUR

- ABC* 2012: Marina del Corral achaca la emigración de jóvenes españoles al 'impulso aventurero'; verfügbar unter: https://www.abc.es/economia/abci-emigracion-jovenes-aventureros-marina-201212010000_noticia.html (letzter Zugriff: 04.11.2020).
- Alcidi, Cinzia / Gros, Daniel* 2019: EU Mobile Workers: A challenge to public finances; in: Contribution for informal ECOFIN, Bucharest; verfügbar unter: <https://www.ceps.eu/wp-content/uploads/2019/04/EU%20Mobile%20Workers.pdf> (letzter Zugriff: 04.11.2020).
- Arango, Joaquín* 2016: Spain: New Emigration Policies needed for an emerging diaspora. DC: Migration Policy Institute, Washington; verfügbar unter: <https://www.migrationpolicy.org/research/spain-new-emigration-policies-needed-emerging-diaspora> (letzter Zugriff: 12.10.2020).
- Bauböck, Rainer* 2007: Stakeholder Citizenship and Transnational Political Participation: A Normative Evaluation of External Voting; in: Fordham Law Review 75, S. 5.
- DSCD* 2012: Pleno y diputación permanente. no. 83, p. 67; verfügbar unter: http://www.congreso.es/public_oficiales/L10/CONG/DS/PL/DSCD-10-PL-83.PDF#page=66 (letzter Zugriff: 04.11.2020).
- DSCD* 2013: Pleno y diputación permanente. no. 116, p. 14; verfügbar unter: http://www.congreso.es/public_oficiales/L10/CONG/DS/PL/DSCD-10-PL-116.PDF#page=14 (letzter Zugriff: 04.11.2020).
- DSCD* 2015: Pleno y diputación permanente no. 274, p. 37; verfügbar unter: http://www.congreso.es/public_oficiales/L10/CONG/DS/PL/DSCD-10-PL-274.PDF#page=36 (letzter Zugriff: 04.11.2020).
- El Mundo* 2013: Báñez dice que la salida de jóvenes de España 'se llama movilidad exterior'; verfügbar unter: <https://www.elmundo.es/elmundo/2013/04/17/espana/1366192479.html> (letzter Zugriff: 04.11.2020).
- El País* 2020: El Gobierno limita los casos de inmigrantes que tendrán autorización de trabajo para incorporarse a las campañas agrícolas; verfügbar unter: <https://elpais.com/economia/2020-04-07/el-gobierno-limita-los-casos-de-inmigrantes-que-tendran-autorizacion-de-trabajo-para-incorporarse-a-las-campanas-agricolas.html> (letzter Zugriff: 04.11.2020).
- Enríquez González, Carmen / Martínez Romera, José Pablo* 2018: Debilidades de la Emigración Española. Real Instituto Elcano, Elcano; verfügbar unter: http://www.realinstitutoelcano.org/wps/portal/rielcano_es/contenido?WCM_GLOBAL_CONTEXT=/elcano/elcano_es/zonas_es/ari6-2018-gonzalez-enriquez-martinez-romera-debilidades-emigracion-espana (letzter Zugriff: 12.10.2020).
- Enríquez González, Carmen* 2020: La inmigración en los tiempos del virus. Real Instituto Elcano, Elcano; verfügbar unter: http://www.realinstitutoelcano.org/wps/portal/rielcano_es/contenido?WCM_GLOBAL_CONTEXT=/elcano/elcano_es/zonas_es/ari69-2020-gonzalez-enriquez-la-inmigracion-en-los-tiempos-del-virus (letzter Zugriff: 12.10.2020).
- France 24* 2020: Morocco's blocked border with Spain brings suffering; verfügbar unter: <https://www.france24.com/en/20200903-morocco-s-blocked-border-with-spain-brings-suffering> (letzter Zugriff: 04.11.2020).
- González-Ferrer, Amparo* 2013: La nueva emigración Española. Lo que sabemos y lo que no; in: Zoom Político 2013/18; verfügbar unter: https://www.fundacionalternativas.org/public/storage/laboratorio_documentos_archivos/5785a8486ea7ec776fd341c9ee8f4b7b.pdf (letzter Zugriff: 12.10.2020).
- González-Ferrer, Amparo / Moreno-Fuentes, Francisco J.* 2017: Back to the Suitcase? Emigration during the Great Recession in Spain, In: South European Society and Politics 22, S. 4.
- Instituto Nacional de Estadística (INE)* 2020a: Estadística del Padrón de Españoles Residentes en el Extranjero (PERE) a 1 de enero de 2020; verfügbar unter: https://www.ine.es/prensa/pere_2020.pdf (letzter Zugriff: 12.10.2020).
- Instituto Nacional de Estadística (INE)* 2020b: Proyecciones de Población 2020-2070; verfügbar unter: https://www.ine.es/prensa/pp_2020_2070.pdf (letzter Zugriff: 12.10.2020).
- Izquierdo Peinado, Mario / Jimeno, Juan F. / Aitor, Lacuesta* 2014: The Impact of the Crisis on Migration Flows in Spain; in: Intereconomics 49, S.3; verfügbar unter: <https://www.intereconomics.eu/contents/year/2014/number/3/article/labour-mobility-in-the-eu-dynamics-patterns-and-policies.html> (letzter Zugriff: 12.10.2020).
- Jorrín, Javier G.* 2020: El coronavirus acelera el envejecimiento de España por el parón de la inmigración, *El Confidencial*, 23.09.2020; verfügbar unter: https://www.elconfidencial.com/economia/2020-09-23/coronavirus-acelera-envejecimiento-espana-paron-inmigracion_2758627/ (letzter Zugriff: 04.11.2020).

La Vanguardia 2014: Wert ve sobredimensionadas las cifras sobre fuga de cerebros; verfügbar unter: <https://www.lavanguardia.com/vida/20141209/54421654049/wert-sobredimensionadas-cifras-fuga-cerebros.html> (letzter Zugriff: 12.10.2020).

Menárguez, Ana Torres 2020: Jóvenes emigrados que vuelven a España con los gastos pagados, *El País*, 12.01.2020; verfügbar unter: https://elpais.com/sociedad/2020/01/11/actualidad/1578756025_308491.html (letzter Zugriff: 04.11.2020).

Ministerio del Interior 2020: Informe Quincenal sobre Inmigración Irregular - Datos acumulados desde el 1 de enero al 15 de septiembre de 2020; verfügbar unter: <http://www.interior.gob.es/prensa/balances-e-informes/2020> (letzter Zugriff: 12.10.2020).

Romero Valiente, Juan Manuel 2013: Migraciones. In Tendencias demográficas durante el siglo XX en España, Instituto Nacional de Estadística; verfügbar unter: https://www.ine.es/ss/Satellite?L=es_ES&c=INEPublicacion_C&cid=1259924959283&p=1254735110672&pagename=ProductosYServicios%2FPYSLayout¶m1=PYSDetalleGratis (letzter Zugriff: 12.10.2020).

RTVE 2020: Uno de cada tres personas en riesgo de pobreza tras la pandemia será migrante, según Oxfam Intermón; verfügbar unter: <https://www.rtve.es/noticias/20200721/intermon-oxfam-migrantes-pobreza-espana-coronavirus/2030680.shtml> (letzter Zugriff: 12.10.2020).

Sánchez, Carlos 2020: Las ONG piden regularizar a 800.000 inmigrantes y acceso a la renta mínima, *El Confidencial*, 30.04.2020; verfügbar unter: https://www.elconfidencial.com/economia/2020-04-30/ong-piden-regularizar-inmigrantes-acceso-renta-minima_2573175/ (letzter Zugriff: 04.11.2020).

Santos, Félix 1999: Exilados y Emigrados 1939-1999. Biblioteca Virtual Miguel de Cervantes; verfügbar unter: http://www.cervantesvirtual.com/obra-visor/exiliados-y-emigrados-19391999--0/html/ffdf03e4-82b1-11df-acc7-002185ce6064_8.html#l_15_ (letzter Zugriff: 12.10.2020).

UNHCR 2020: Spain – land and sea arrivals – August 2020; verfügbar unter: <https://data2.unhcr.org/en/documents/details/79151> (letzter Zugriff: 12.10.2020).

Voá News 2020: Moroccans trapped in Spain for 2 Months head home at last; verfügbar unter: <https://www.voanews.com/covid-19-pandemic/moroccans-trapped-spain-2-months-head-home-last> (letzter Zugriff: 12.10.2020).



**EMIGRATION IN
EUROPÄISCHEN LÄNDERN**

8 TSCHECHIEN

Zusammenfassung

Gegenwärtig leben knapp 9 Prozent der Tschechinnen und Tschechen im Ausland. Emigrierten die Menschen vor 1989 vor allem aus politischen Gründen, sind seit der zunehmenden Verflechtung Tschechiens mit dem Westen ökonomische Motive ausschlaggebend.

Die öffentliche Bedeutung („Salienz“) von Emigration ist in Tschechien sehr niedrig. Wenn Auswanderung im politischen Diskurs eine Rolle spielt, geht es am häufigsten um Personen, die dem kommunistisch regierten Land vor 1989 den Rücken kehrten. Besonders Angehörige von Mitterrechtsparteien passen diese politisch motivierte Emigration in ihre antikommunistische, bisweilen auch antilinke Rhetorik ein.

Im Zusammenhang mit gegenwärtigen Emigrationsbewegungen wird im politischen wie medialen Diskurs unabhängig von der politischen Couleur der Verlust medizinischen Fachpersonals an westeuropäische Staaten problematisiert. Politische Maßnahmen greifen bislang zu kurz.

ENTWICKLUNG UND STRUKTUR DER EMIGRATION

Das Gebiet des heutigen Tschechiens war von der Hälfte des 19. Jahrhunderts bis in die frühen 1990er Jahre geprägt von Auswanderung. Unter der Habsburgermonarchie emigrierten die meisten Tschechinnen und Tschechen aus sozioökonomischen Gründen. Rund 350.000 Personen gingen bis zum Ende des Ersten Weltkriegs in die Vereinigten Staaten von Amerika, die zu dieser Zeit das attraktivste Ziel darstellten. Zu einem zweiten, weitaus größeren Bevölkerungsverlust kam es in der ehemaligen Tschechoslowakei infolge des Zweiten Weltkriegs: Über drei Millionen Deutsche wurden ausgesiedelt (Kittel/Möller 2006: 568), die Emigration erfolgte in den allermeisten Fällen zwangsweise.

Unter dem kommunistischen System verzeichnete das Land ähnlich wie Polen und Ungarn vor allem eine politisch motivierte Auswanderung gen Westen (Čulík 2017). Laut Schätzungen verließen zwischen 1948 und 1989 mehr als 550.000 Personen die Tschechoslowakische Sozialistische Republik (*Československá socialistická republika, ČSSR*): „The two main emigration waves occurred in 1948, when the communists came to power, and in 1968, when the Soviet Union and its Eastern European allies invaded the country“ (Drbohlav/Janurová 2019). In beiden Fällen handelte es sich dabei um besonders gut ausgebildete Personen.

Die jüngste Auswanderungsbewegung fand nach dem Ende des Kommunismus statt. 1990 zählte der tschechische Landesteil der Tschechoslowakei 10,4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Von ihnen lebten 2,7 Prozent im Ausland. Während die friedliche Teilung der Tschechoslowakei in die Tschechische und die Slowakische Republik am 1. Januar 1993 die Auswanderungszahlen in keiner signifikanten Weise beeinflusste, tat es die zunehmende Verflechtung mit dem westlichen Ausland, wie sie sich nicht zuletzt im Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union 2004 manifestierte, durchaus.

AUSWANDERUNG PRÄGT TSCHECHIEN SEIT DEM 19. JAHRHUNDERT

Country Factsheet

<i>Pro-Kopf-BIP:</i>	19.400 €
<i>EU-Beitrittsjahr:</i>	2004
<i>Bevölkerung im Jahr 2019:</i>	10,7 Mio
<i>Bevölkerung im Jahr 1990:</i>	10,4 Mio.
<i>Bevölkerungsprognose für 2060:</i>	10,4 Mio.
<i>Anteil ausländischer Staatsangehöriger:</i>	10,3 %
<i>Im Ausland geborene Bevölkerung:</i>	13,9 %
<i>Junge Bevölkerung:</i>	15,9 % (EU-Durchschnitt: 15,2 %)
<i>Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter:</i>	64,5 %
<i>65 Jahre und älter:</i>	19,6 % (EU-Durchschnitt: 20,2 %)
<i>Fertilitätsrate:</i>	1,7 (EU-Durchschnitt: 1,55)

**8,5 PROZENT LEBEN
HEUTE IM AUSLAND**

Heute ist die Prozentzahl der im Ausland lebenden Tschechinnen und Tschechen im Vergleich zu 1990 mehr als dreimal so hoch. Im jüngsten Erhebungsjahr 2019 beziffern die Statistiken die tschechische Bevölkerung mit knapp 10,7 Millionen.¹ 8,5 Prozent von ihnen leben außerhalb ihres Landes, was über 910.000 Personen entspricht. Trotzdem ist die Bevölkerungsentwicklung nicht rückläufig. Im Gegenteil: Wie Abbildung 2 zeigt, wuchs die tschechische Bevölkerung in den vergangenen Jahren nahezu kontinuierlich.

**WEIL MEHR PERSONEN EIN-
ALS AUSWANDERN, WÄCHST DIE
BEVÖLKERUNG KONTINUIERLICH**

Der tschechische Wanderungssaldo ist bis auf drei Jahre infolge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2004 alljährlich positiv (2010-2012). Obwohl Tschechien mit einer Geburtenrate von 1,7 Kindern pro Frau im EU-weiten Vergleich auf einem der vorderen Plätze liegt, ist ein anderer Faktor für den Bevölkerungszuwachs seit 1990 ausschlaggebend: der Zuzug von Personen aus dem Ausland. 2019 lebten in Tschechien 595.881 Ausländerinnen und Ausländer.² Im ostmitteleuropäischen Vergleich ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung mit 6,4 Prozent bemerkenswert hoch. In der Slowakei und Ungarn liegt der entsprechende Anteil bei unter zwei, in Polen laut offiziellen Eurostat-Statistiken sogar unter einem Prozent. Stammten zwischen 2013 und 2015 noch die meisten Zuwandernden aus einem anderen EU-Staat,³ kommt der größte Zuzug seither von außerhalb der EU. Wanderten im jüngsten Erhebungsjahr 2018 rund 17.800 EU-Bürgerinnen und -Bürger ein, waren es im selben Jahr rund 43.500 Personen aus dem EU-Ausland (Eurostat 2020a). Der tschechische Arbeitsmarkt wurde schon bald nach der Wende zum Anziehungsfaktor Nummer eins. Unter den Visegrád-Staaten ist Tschechien heute das attraktivste Zielland für Arbeitsmigration – nicht zuletzt aus dem Osten Europas.⁴ Der typische Einwanderer ist männlich, etwa 30 Jahre alt und stammt aus der Ukraine oder der Slowakei (ČSÚ 2019a). Die größten Gemeinden der tschechischen Diaspora finden sich dagegen nicht im Osten, sondern primär im Westen.

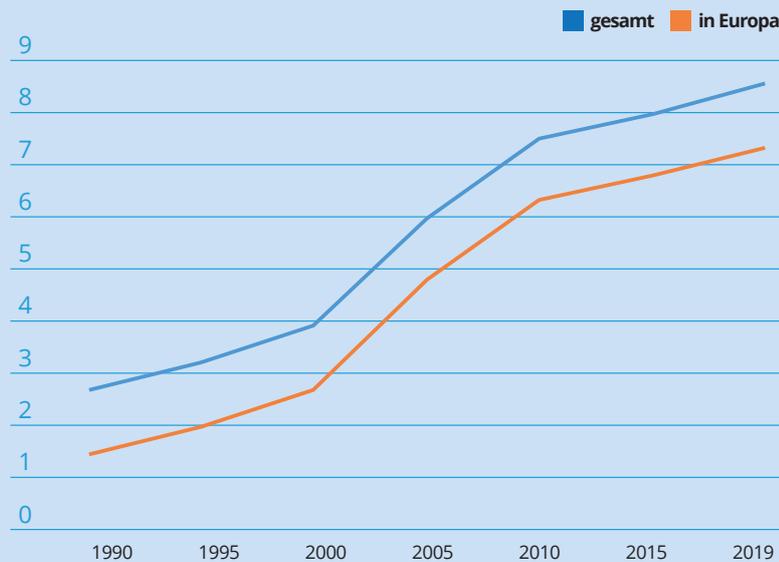
1 Zuletzt lebten 1945, das heißt nach dem Zweiten Weltkrieg und vor der Aussiedlung der großen deutschen Minderheit, so viele Personen in der Republik (ČSÚ 2019a).

2 Damit leben etwa um ein Drittel mehr Tschechinnen und Tschechen im Ausland als Ausländerinnen und Ausländer in Tschechien.

3 Das Herkunftsland der Zuwandernden wird erst seit 2013 erhoben.

4 Die Arbeitsmigration verschärft die Konkurrenz zwischen Einheimischen und Ausländerinnen und Ausländern dabei kaum. Zugewanderte verhalten sich auf dem Arbeitsmarkt meist komplementär zur einheimischen Bevölkerung. Sie gehen also Tätigkeiten nach, für die es im Land kein qualifiziertes Personal gibt oder die für Tschechinnen und Tschechen eher unattraktiv sind.

Abb. 1: Anteil im Ausland lebender Tschechinnen und Tschechen an der Gesamtbevölkerung (in Prozent)⁵



Quelle: Eurostat 2020b / Eigene Darstellung

Was sich hinter der in Abbildung 1 veranschaulichten Verteilung verbirgt, ist zweierlei: Bis heute verließen die meisten tschechischen Staatsangehörigen das Land in Richtung Westen, d.h. sie zogen entweder in einen westeuropäischen Staat oder in ein westliches Land außerhalb Europas. Dazu leben ca. 700.000 aller Auslandtschechinnen und -tschechen in einem der Nachbarstaaten Deutschland, der Slowakei oder Österreich. Auch aufgrund der räumlichen Nähe bleiben sie oft stark auf ihr Herkunftsland bezogen. Neben regelmäßigen Aufenthalten drückt sich dies auch in Form von Geldtransfers aus.

DIE MEISTEN AUSGEWANDERTEN LEBEN IN EINEM NACHBARLAND

An Rücküberweisungen schickten im Ausland erwerbstätige Tschechinnen und Tschechen 2018 etwa 3,3 Milliarden Euro nachhause. Anteilig am Bruttoinlandsprodukt waren dies 1,6 Prozent.

Abb. 2: Verteilung der im Ausland lebenden Tschechinnen und Tschechen nach Land

1	Deutschland	545.361
2	Slowakei	92.832
3	USA	74.639
4	Österreich	60.651
5	Großbritannien	51.552
6	Kanada	23.706
7	Australien	15.031
8	Schweiz	14.763
9	Russland	11.264
10	Frankreich	9.244

Quelle: UNO 2017 / Eigene Darstellung

⁵ Einbezogen werden hier nur tschechische Staatsangehörige. Eine tschechische Herkunft zu haben, geben weltweit über zwei Millionen Menschen an, wobei viele von ihnen die tschechische Sprache nicht (mehr) beherrschen (Vašák 2015).

**IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH
WANDERN TSCHECHINNEN UND
TSCHECHEN UNGERN AUS**

Seit dem EU-Beitritt schwankt die jährliche Zahl an Auswanderungen aus Tschechien bisweilen stark (vgl. Abb. 4). Die höchsten Auswanderungszahlen verzeichnete das Land nicht unmittelbar nach dem Beitritt, sondern zwischen 2008 und 2012 im Zuge der Weltwirtschafts- und -finanzkrise.⁶ In allen anderen Jahren seit 2004 liegen die Zahlen von ausgewanderten Personen zwischen 20.000 und 39.000. Nachdem 2018 lediglich 26.742 Personen das Land verließen (Eurostat 2020b), zählt Tschechien aktuell nicht nur unter den jüngeren EU-Mitgliedern, sondern EU-weit zu den Staaten, aus denen die wenigsten Personen emigrieren. Noch auswanderungsunwilliger sind in Ostmitteleuropa nur Slowakinnen und Slowaken: 2019 lebten nur 6,3 Prozent der slowakischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im Ausland. Die alljährliche Zahl an Auswanderungen bewegte sich von 2004 bis 2018 zwischen 1.586 und 3.870 Personen (Eurostat 2020b).⁷

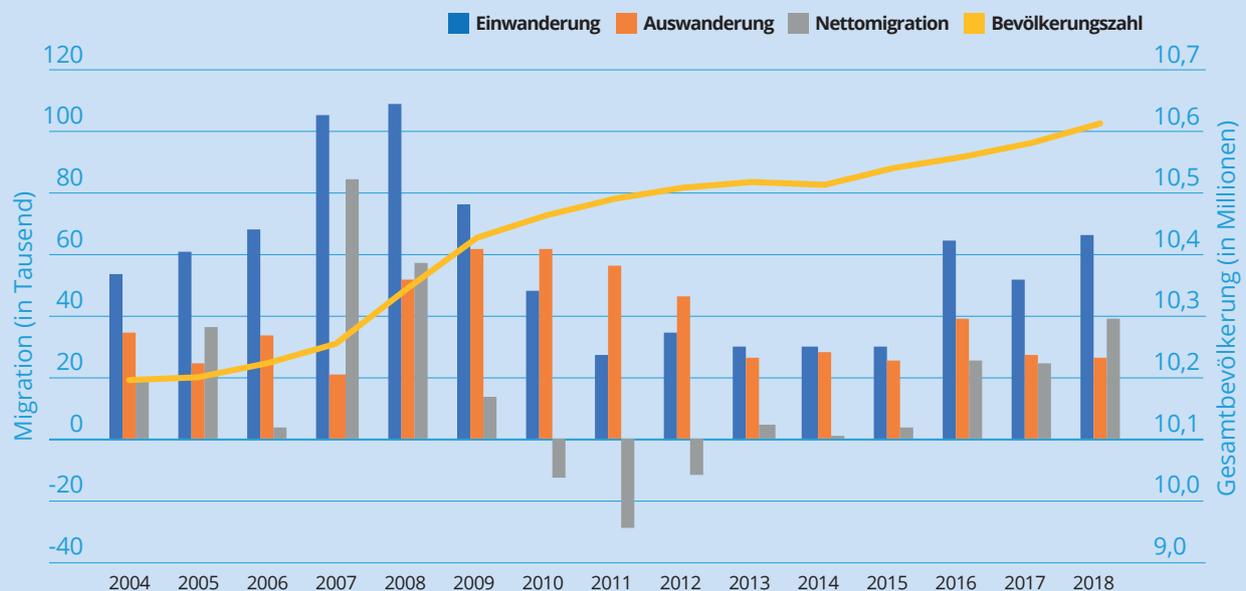
Bezogen auf diejenigen, die Tschechien in den jüngsten Jahren verlassen haben,⁸ lassen sich drei Schwerpunkte der staatlichen Angehörigkeit ausmachen: tschechische Staatsangehörige, andere EU-Bürgerinnen und -Bürger und Angehörige von Nicht-EU-Staaten.

**NUR 19 PROZENT DER
AUSGEWANDERTEN SIND
TSCHECHISCHE STAATSANGEHÖRIGE**

Im jüngsten Erhebungsjahr 2018 besaßen von allen Emigrierenden 19 Prozent die tschechische Staatsangehörigkeit, 11,6 Prozent waren andere EU-Bürgerinnen und -Bürger und 69,4 Prozent stammten aus dem außereuropäischen Ausland (Eurostat 2020b).

Im Fall der tschechischen Staatsangehörigen, die das Land verlassen, geht es seit dem Ende des Kommunismus regelmäßig um eine Form der Arbeitsmigration. Die meisten von ihnen haben im westlichen Ausland

Abb. 3: Bevölkerungsentwicklung und jährliche Migrationsraten



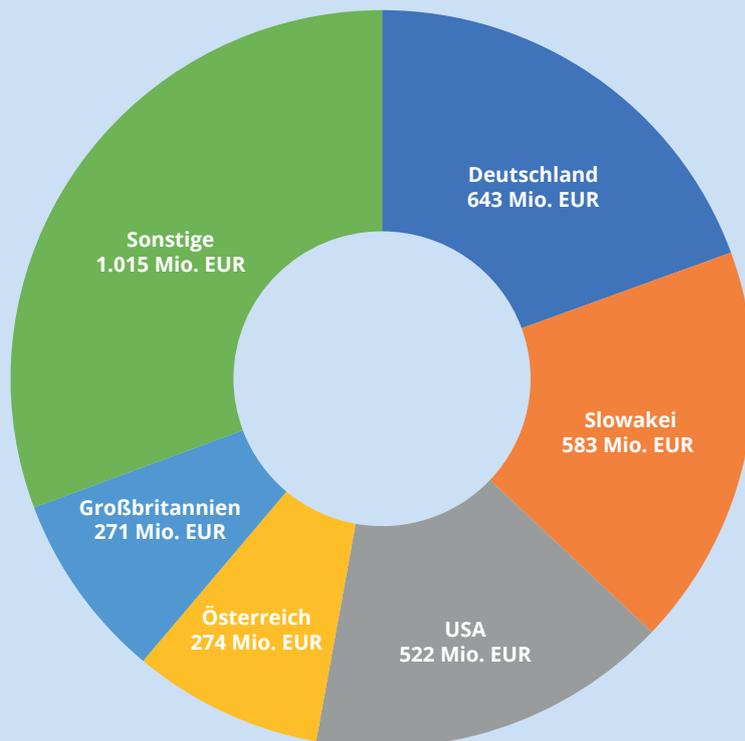
Quellen: Eurostat 2020a, 2020b, 2020c / Eigene Darstellung

6 Dass es sich dabei überwiegend nicht um tschechische Staatsangehörige, sondern um bis dahin in Tschechien lebende Ausländerinnen und Ausländer handelte, zeigt ein Blick auf den Extremwert von 2009: Von den 61.069 Personen, die aus Tschechien auswanderten, hatten lediglich 24.284 Personen einen tschechischen Pass (Eurostat 2020b).

7 Die drei Top-Zielländer für slowakische Auswandernde waren Tschechien (35,5 Prozent), Österreich (22,5 Prozent) und Großbritannien (8,9 Prozent) (Eurostat 2020b). Eingewandert ist in die Slowakei seit 2004 auch keine signifikante Personenzahl: Die alljährlichen Werte schwanken zwischen 4.460 und 8.624 (Eurostat 2020b). Der Wanderungssaldo liegt seit 2004 durchweg im positiven vierstelligen Bereich (Eurostat 2020a, 2020b).

8 Erst seit 2013 wird auch die Staatsangehörigkeit der der Emigrantinnen und Emigranten erhoben.

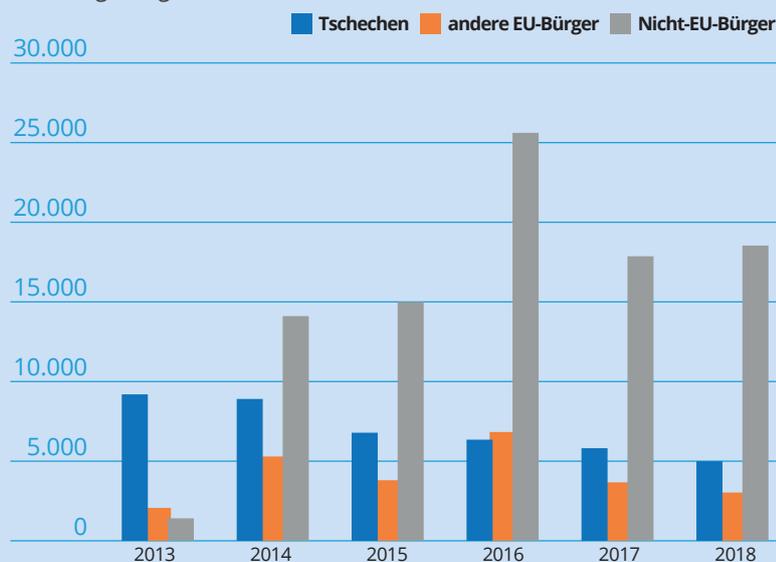
Abb. 4: Rücküberweisungen nach Tschechien 2018 (in Millionen Euro)



Quelle: Weltbank 2019 / Eigene Darstellung

eine Arbeit gefunden oder suchen sich vor Ort eine.⁹ Obwohl es keine exakten Angaben zur Anzahl der im Ausland tätigen Tschechinnen und Tschechen gibt, arbeiteten laut einer qualifizierten Schätzung 2018 knapp 490.000 im Ausland. Im Vergleich mit 2008 ist ihre Zahl damit um etwa ein Drittel gestiegen. Mit über 307.000 Personen arbeiten die meisten in ei-

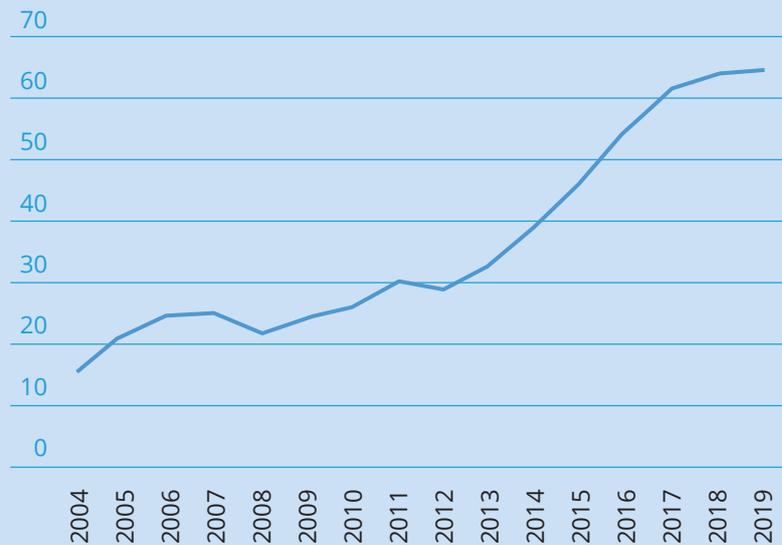
Abb. 5: Anzahl der Auswanderinnen und Auswanderer aus Tschechien nach Staatsangehörigkeit



Quelle: Eurostat 2020b / Eigene Darstellung

⁹ Bei einer weniger signifikanten, aber ebenfalls erwähnenswerten Zahl an Auswandernden handelt es sich um Familiennachzug.

Abb. 6: Anzahl der grenzüberschreitenden Berufspendlerinnen und -pendler (in Tausend)



Quelle: Eurostat 2020d / Eigene Darstellung

nem anderen EU-Staat und machen dabei von der Personenfreizügigkeit Gebrauch (ihned.cz 2019). Die Zahl der im Ausland tätigen Tschechinnen und Tschechen deckt sich jedoch nicht mit der Zahl der im Ausland lebenden tschechischen Bevölkerung: zum einen, weil nicht alle Emigrantinnen und Emigranten arbeiten, zum anderen, weil nicht alle im Ausland Tätigen auch emigriert sind. Zu den im Ausland Arbeitenden gehört auch eine wachsende Zahl an sogenannten Auslandspendlerinnen und -pendlern, wie „all jene Personen bezeichnet werden, die sich – zumindest einmal pro Woche – aus der Region ihres festen Wohnsitzes an ihren in einer anderen Region liegenden Arbeitsplatz begeben“ (Eurostat 2018).

DIE MEISTEN AUSWANDERNDEN SIND UKRAINISCHE ARBEITSMIGRANTEN, DIE HEIMKEHREN

Die steigende Zahl an grenzüberschreitenden Berufspendlerinnen und -pendlern (vgl. Abb. 6) korrespondiert mit dem Rückgang der Zahl an tschechischen Staatsangehörigen, die in den jüngsten Jahren emigrierten (vgl. Abb. 5). Die kleinste Gruppe von Auswandernden stellen fast durchgängig EU-Bürgerinnen und -Bürger dar. Regelmäßig handelt es sich dabei um Personen, die nach einem befristeten, zumeist eine höhere Qualifikation erfordernden Arbeitsverhältnis in Tschechien und dabei besonders in der Hauptstadt Prag nach wenigen Jahren wieder in ihr Heimatland zurückkehren. Die größte Gruppe von Auswandernden bilden wiederum Personen, die von außerhalb der EU kommen. Hierbei handelt es sich vor allem um Ukrainerinnen und Ukrainer, die ebenfalls zu Arbeitszwecken nach Tschechien gekommen sind. Meist gehen sie für ein paar Jahre einer Tätigkeit im Niedriglohnsektor nach, bevor sie danach wieder heimkehren.

ES WANDERN VOR ALLEM JÜNGERE PERSONEN AUS

Was das sozioökonomische Profil der Emigrierenden anbelangt, stellt Tschechien keinen Sonderfall dar: Es wandern vor allem Personen jungen und mittleren Alters aus. Die am stärksten vertretene Alterskohorte ist die zwischen 15 und 34 Jahren, am zweithäufigsten wandern Personen zwischen 35 und 49 Jahren aus (ČSÚ 2019a). Emigrierten zwischen 2004 und 2013 noch deutlich mehr Männer als Frauen, spielt das Geschlecht seither eine immer kleinere Rolle: 2018 waren von den Auswandernden 13.872 Personen männlich und 12.870 weiblich (Eurostat 2020b). Exakt die Hälfte der Emigrantinnen und Emigranten hat dabei einen mittleren Bildungsabschluss, über ein Drittel einen hohen. Mit 14 Prozent stellen formal niedrig Gebildete die kleinste Gruppe dar (Eurostat 2020e).

Nachdem vor allem relativ junge Personen das Land verlassen, verschärft die Auswanderung den demografischen Wandel in Tschechien. Sind aktuell mit knapp sieben Millionen Personen zwei Drittel der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und nur ein Fünftel 65 Jahre alt oder älter, sehen die Prognosen ähnlich aus wie für Deutschland: 2060 wird schon jeder Dritte im Seniorenalter sein. Solange die wirtschaftliche Lage weiterhin gut bleibt – 2018 waren lediglich 2,2 Prozent der Bevölkerung arbeitslos (ČSÚ 2019b) – und auch künftig junge Menschen aus dem Ausland zum zeitlich begrenzten Arbeiten nach Tschechien kommen, wird der Wegzug von Einheimischen allerdings in weiten Teilen kompensiert.

EMIGRATION IM POLITISCHEN DISKURS

Ähnlich wie in anderen postkommunistischen Staaten spielt Emigration zunächst einmal in verschiedenen *Polity*- und *Policy*-Bereichen eine Rolle: darunter besonders in der Staatsbürgerschaftspolitik, der Wahlgesetzgebung und im Gesundheitswesen. Für die Regelungen bezüglich der Staatsbürgerschaft bildete lange Jahre das Gesetz über den Erwerb und Verlust der Staatsbürgerschaft der Tschechischen Republik vom 29. Dezember 1992 (Sb. z. č. 40/1993) die Grundlage. Unter anderem ermöglichte es Personen, die im Zusammenhang mit dem kommunistischen Regime ihre Staatsbürgerschaft verloren hatten, jene vergleichsweise einfach wiederzuerlangen – unter der Bedingung allerdings, dass sie keine Angehörigen eines anderen Staates sind bzw. die entsprechende Staatsbürgerschaft niederlegen, was besonders für diejenigen, die zu jener Zeit im Westen Fuß gefasst hatten, wenig attraktiv erschien. Mit dem bis heute geltenden Gesetz über die Staatsbürgerschaft der Tschechischen Republik vom 11. Juni 2013 (Sb. z. č. 186/2013) änderte sich die Staatsbürgerschaftspolitik diesbezüglich grundlegend: Tschechische Staatsbürgerinnen und -bürger können seither auch anderen Staaten angehören. Verschärft wird zugleich der Erwerb der tschechischen Staatsbürgerschaft für Ausländerinnen und Ausländer: Es gelten höhere Standards bezüglich der Kenntnis der tschechischen Sprache (MZV o.J.).

Allen tschechischen Staatsangehörigen und damit auch denjenigen, die ihren Lebensmittelpunkt im Ausland haben, ist die Teilnahme an zweierlei Wahlen erlaubt: seit 2002 an der Wahl zum Abgeordnetenhaus als der ersten und wichtigeren Kammer des tschechischen Parlaments und seit 2013 an der Direktwahl des Präsidenten. Gewählt werden kann weltweit an über 130 Stellen, wobei keine Briefwahl möglich ist. Die meisten der betreffenden Wählerinnen und Wähler leben in Europa. Ein Blick auf die Statistiken zeigt, dass ihr Einfluss auf das Wahlergebnis dabei marginal ist: Am zweiten und entscheidenden Wahlgang der Präsidentschaftswahl im Januar 2018 nahmen 17.507 Auslandstschewinnen und -tschechen ihr Wahlrecht wahr. Dies entspricht einem Anteil von 0,3 Prozent an allen abgegebenen Stimmen (Kučera 2018).

Das Politikfeld, das im Zusammenhang mit Emigration die größte Rolle spielt, ist die Gesundheitspolitik. Ähnlich wie die anderen ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten verliert auch Tschechien aus Gründen besserer Arbeitsbedingungen und einer höheren Entlohnung medizinisches Fachpersonal an das (westliche) Ausland. Gegenwärtig verlässt etwa jeder fünfte in Tschechien ausgebildete Arzt das Land. Weil das für den tschechischen Staat nicht nur einen Versorgungsengpass im eigenen Gesundheitswesen, sondern auch einen großen monetären Verlust bedeutet, da etwa die Ausbildungskosten der Betroffenen in keiner Weise ‚zurückgezahlt‘ werden, versucht die Politik dieser Form der Emigration durch verschiedene Maßnahmen zu begegnen. Die jüngste Initiative des tschechischen Gesundheitsministeriums stammt vom letzten Jahr und ist anreizorientiert: Im Gespräch ist eine deutlich bessere Bezahlung von Medizinabsolventinnen und -absolventen während ihrer Facharztausbildung. Im Gegenzug sollen

**SEIT 2013 SIND MEHRERE
STAATSANGEHÖRIGKEITEN
MÖGLICH**

**DIE WAHLENTSCHEIDUNG
VON AUSLANDSTSCHECHEN
IST KAUM RELEVANT**

**EMIGRATION IST FÜR DIE
GESUNDHEITSPOLITIK DAS
GRÖSSTE PROBLEM**

EMIGRATION SPIELT IN ÖFFENTLICHER DISKUSSION EINE GERINGE ROLLE

diese sich dazu verpflichten, bis zu vier Jahren in Tschechien zu bleiben (idnes.cz 2019). Darüber hinaus sollen die Hochschulen, an denen Medizin als Fach angeboten wird, in den kommenden elf Jahren Hunderte von Millionen Kronen mehr erhalten, um eine größere Anzahl an Ärztinnen und Ärzten auszubilden. Bei der Behebung des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen hilft schließlich auch die Zuwanderung – besonders aus der Ukraine. So wurde 2015 das Projekt Ukraine ins Leben gerufen, das bis 2019 über 400 ukrainische Krankenschwestern und knapp 300 Ärztinnen und Ärzte nach Tschechien brachte (ČT24.cz 2019).

Jenseits von institutionellen Regelungen und spezifischen Politikfeldern spielt Emigration aber auch in der (partei-)politischen Auseinandersetzung eine Rolle. Grundsätzlich gilt dabei für Tschechien, dass Migration im Allgemeinen lange Jahre kein besonders kontrovers diskutiertes Thema war. Erst die ‚Flüchtlingskrise‘ ließ die öffentliche Bedeutung von Immigration rapide nach oben schnellen: 2016 war Immigration das Thema, das die Bevölkerung am meisten von allen beschäftigte (CVVM 2017). Mittlerweile hat es auf nationaler Ebene wieder an Bedeutung verloren. Laut aktuellen Eurobarometerdaten halten nur 8 Prozent der Tschechinnen und Tschechen Emigration für eines der beiden wichtigsten Themen (Europäische Kommission 2019a). Für die Europäische Union allerdings taxieren sie es 29 Prozent der Befragten weiterhin als Top-Thema (Europäische Kommission 2019b). Obwohl die öffentliche Bedeutung von Emigration zu keinem Zeitpunkt auch nur annähernd so groß war wie die von Immigration,¹⁰ machten Politik und Medien die Auswanderung aber doch hin und wieder zum Thema.

PARLAMENTSDISKURS ÜBER POLITISCHE EMIGRATION VOR 1989

Der Parlamentsdiskurs zeigt, dass von der Eigenstaatlichkeit (1. Januar 1993) bis heute (Stand: 29. August 2020) in nur 177 Protokollen der im Abgeordnetenhaus stattfindenden Debatten von Emigration die Rede ist.¹¹ Bezogen ist der Emigrationsbegriff thematisch dabei am häufigsten auf die politisch motivierten Auswanderungen aus der ehemaligen ČSSR. Während besonders in den 1990er Jahren Fragen der Staatsangehörigkeit diskutiert wurden, wie sie eng mit Restitutions- und Rentenansprüchen zusammenhingen, entwickelte sich Emigration schnell zu einem Kampfbegriff, der bis heute in antikommunistischen, bisweilen auch antilinken Argumentationen eingesetzt wird. Regelmäßig benutzen ihn Vertreterinnen und Vertreter von Mitterrechtsparteien wie der „Bürgerlich-demokratischen Partei“ (*Občanská demokratická strana*, ODS) oder der „Christlichen und Demokratischen Union – Tschechoslowakischen Volkspartei“ (*Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová*, KDU-ČSL). Durch die Akzentuierung der repressiven Seite des kommunistischen Regimes lässt sich bei den Wählerinnen und Wählern immer wieder punkten:

„Es ist doch nicht möglich, das System zu vergessen, das Regime und seine Ideologie, die schon allein in unseren Ländern den Tod von einigen Tausend Menschen verursacht haben, die Bürger ins Gefängnis brachten, zusammengerechnet wahrscheinlich für Millionen von Jahren, die Hunderttausende Bürger zur Emigration gezwungen haben, die nicht nur unsere Ökonomie, unser Schulwesen, unsere Kultur, unsere Ökologie, unsere zwischenmenschlichen Beziehungen und alles, was man kaputtmachen konnte, kaputtgemacht haben, die die Werte, an denen sich einzelne und eine Gemeinschaft leiten lassen sollten, absolut verkehrt haben.“ (Pavela 1993)

¹⁰ Als Indiz für die geringe Salienz von Emigration ist im tschechischen Fall auch der Umstand zu werten, dass die Meinungsforschung das Thema nur sporadisch adressiert.

¹¹ Systematisch gesucht wurde auf der Internetseite des Abgeordnetenhauses (<https://fulltext.psp.cz/stenoaznamy>) nach Protokollen, die emig* enthalten.

Bemerkenswert ist im antikommunistischen *Framing* von Emigration dabei der Verweis darauf, dass es sich bei den zwischen 1948 und 1989 Ausgewanderten um für die tschechische Gesellschaft und Kultur besonders wichtige Personen handelte: „Es waren Leute, die meist die Elite dieser Nation bildeten.“ (Mejstřík 2006; vgl. ähnlich auch Bartošek 2018 oder Stanjura 2020) Besonders die Abgeordneten von Mitterrechtsparteien erkennen an, dass die im Ausland lebenden Tschechinnen und Tschechen „zum Erhalt und zum Gedeihen des nationalkulturellen Erbes“ (Karas 2005) beigetragen und in der Emigration eine „bedeutende geistige, politische und kulturelle Tätigkeit im Dienste der Wiederherstellung von Freiheit und Demokratie in ihrer Heimat“ (ebd.) geleistet haben. Gleichzeitig blicken sie mit Bedauern auf den auswanderungsbedingten Verlust: „[B]is heute müssen wir sie missen, weil wir hervorragende Talente, Gehirne und Leute, die einfach nicht ersetzbar sind, verloren haben.“ (Němcová 2019)

Mit sozioökonomischen Fragen wird Emigration im Parlamentsdiskurs explizit nur selten zusammengebracht. Ein solches Moment im Abgeordnetenhaus war dabei eine Diskussion um Gehaltssenkungen in diversen Bereichen des öffentlichen Dienstes, initiiert von einer ODS-geführten Regierung in Reaktion auf die Folgen der Weltwirtschafts- und Finanzkrise. Angehörige der oppositionellen „Tschechischen Sozialdemokratischen Partei“ (*Česká strana sociálně demokratická*, ČSSD) übten heftige Kritik an den geplanten Kürzungen, sollten sie doch nicht zuletzt viele Hochqualifizierte wie Ärzte, Angestellte im (Hoch-)Schulwesen etc. betreffen:

„Heute kommt die Regierung damit, dass sie ihnen [den in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes Tätigen] erstmals in der Geschichte direktiv für das nächste Jahr die Gehälter kürzen will. Dabei wissen wir, dass in einer Reihe dieser Bereiche vor allem Personen mit Hochschulbildung arbeiten [... F]ähige, gebildete, talentierte und erfahrene Menschen hat kein Land zu viele. Keines. Ich würde sogar sagen, dass die Tschechische Republik noch etwas schlechter dran ist wegen ihrer Vergangenheit als zum Beispiel Österreich, Deutschland, die Schweiz. Weil bei uns eher eine Emigration der gebildeten und fähigen Leute stattgefunden hat, und dabei nicht nur eine Emigration vor dem Krieg, eine Emigration nach 1948, eine Emigration nach 1968, aber, meine Damen und Herren, diese Emigration setzt sich auch nach 1989 fort. Sie hat natürlich eine andere Größenordnung, sie hat oft keine politische Dimension, sondern eine ökonomische Dimension. [...] Unser einziger Weg, wie wir dieses Land zu einer langfristigen Prosperität führen, wie wir aus der Tschechischen Republik ein reiches Land machen, [... ist], dass wir hier nicht nur unsere fähigen, gebildeten, talentierten Leute halten, sondern dass wir dazu auch fähig sind, einige solche aus dem Ausland zu gewinnen.“ (Rath 2010)

Im Kontext der ‚Flüchtlingskrise‘ erscheint bemerkenswert, dass die tschechischen Abgeordneten Geflüchtete regelmäßig als Emigranten bezeichnen. Die Haltung gegenüber Geflüchteten ist dabei über das Parteienspektrum hinweg negativ, in den Worten eines bürgerlich-demokratischen Parlamentariers:

„Ich denke, dass das, was Deutschland im Zusammenhang mit der Öffnung in Richtung der Emigranten [gemeint sind hier Flüchtlinge] getan hat, ein grundsätzlicher Fehler war. Ich nenne das einen Selbstmord Europas und wir müssen alles dafür tun, dass wir diese Fehler nicht nur Deutschlands, sondern auch weiterer westlicher Staaten nicht wiederholen.“ (Skopeček 2018)

Das Argument, die vormaligen – im Gegensatz zu den aktuell Flüchtenden positiv konnotierten – Emigrantinnen und Emigranten aus der kommunistisch regierten Tschechoslowakei seien damals auch dankbar um die Aufnahme im Westen gewesen, wird immer wieder kulturalistisch auszuräumen gesucht.

EMIGRATION UND ,FLÜCHTLINGSKRISE‘

**WAHLPROGRAMME THEMATISIEREN
DEN FACHKRÄFTEMANGEL IM
GESUNDHEITSWESEN ODER DIE
PERSONENFREIZÜGIGKEIT**

Das Statement von Tomio Okamura, dem Vorsitzenden der oftmals rechtsradikal argumentierenden Bewegung „Freiheit und direkte Demokratie“ (*Svoboda a přímá demokracie*, SPD), steht hier pars pro toto:

„Die Parallele, dass auch Europäer migriert sind und dass das für die Gastländer positiv war, gilt nicht. Als unsere Emigranten nach Österreich, Holland oder in die USA zielten, war das eine Bewegung von Leuten mit derselben europäischen Kultur, die nirgendwo eine Parallelwelt hintrugen, eine parallele und feindliche Ideologie.“ (Okamura 2018; vgl. ähnlich auch Klaus jr. 2018)

Die Suche nach Emigration und verwandten Themen in den Parteiprogrammen von 2017, als in Tschechien zum letzten Mal das Abgeordnetenhaus gewählt wurde, und denen von 2019, als die Europawahl stattfand, zeigt etwas Ähnliches wie der Parlamentsdiskurs: eine geringe Relevanz und eine noch geringere Politisierung. 2017 wird Emigration von den Parteien, die sich überhaupt auf Auswanderung beziehen,¹² in zweierlei Weise geframed. Zum einen akzentuieren die populistische „Aktion unzufriedener Bürger“ (*Akce nespokojených občanů*, ANO) und die Sozialdemokraten, man müsse dem Wegzug medizinischen Personals entgegenwirken:¹³

„Durch eine gerechte Entlohnung, eine Erhöhung der Qualität und eine übersichtliche postgraduale Ausbildung, ein umfassend motivierendes System und eine entgegenkommende Kommunikation reduzieren wir die ungewollten Weggänge besonders junger Mediziner ins Ausland und erhalten die internationale Konkurrenzfähigkeit des tschechischen Gesundheitssystems.“ (ANO 2017; vgl. ähnlich auch ČSSD 2017)

Zum anderen betonen im Vorfeld der nationalen Wahl etliche Parteien, darunter etwa die bürgerlich-liberale und proeuropäische „Tradition, Verantwortung, Prosperität 09“ (*Tradice, odpovědnost, prosperita 09*, TOP 09), wie gewinnbringend die mit der EU verbundenen Freiheiten und dabei besonders die Personenfreizügigkeit seien:

„Was wir nicht erlauben: [...] Die Einschränkung der persönlichen Bewegungsfreiheit aus Arbeitsgründen und andere Einschränkungen der grundlegenden Freiheiten der Union.“ (TOP 09 2017)

Verknüpft wird die Personenfreizügigkeit innerhalb Europas dabei regelmäßig mit einem effektiven Schutz der EU-Außengrenzen:

„Der Erhalt des Schengen-Raums ist für die Tschechische Republik fundamental. Die Voraussetzung dafür ist die gemeinsame Kontrolle der Außengrenzen mit Hilfe des Gemeinsamen Grenzschutzes und der Küstenwache und des Ausbaus des Schengen-Informationssystems, sodass die illegale ökonomische Migration nach Europa gestoppt wird.“ (TOP 09 2017; vgl. ähnlich auch ČSSD 2017 und Piráti 2017)

Die Programmatik der tschechischen Parteien für die Europawahl 2019 liefert ähnliche Befunde: Wie bei den Nationalwahlen betonen die meisten der am Ende siegreichen Parteien vor allem die Vorteile der Personenfreizügigkeit bei gleichzeitiger Notwendigkeit, nicht nur den gemeinsamen europäischen Raum nach außen zu schützen, sondern auch die nationalen Interessen in Europa zu verteidigen:

¹² Gesucht wurde nicht nur nach emig*, sondern auch nach vystěh*, odchod, zahrani*, pohyb* und schengen*. Der Stern am Ende des Wortstammes ermöglicht das Finden des Suchbegriffs mit unterschiedlichen Wortendungen.

¹³ In den Programmen der KDU-ČSL, KSČM und ODS findet sich kein einziger der gesuchten Begriffe.

„Die EU darf in keiner Weise die freie Bewegung von Arbeitskräften und Dienstleistungen einschränken, sie muss sie im Gegenteil fördern. Wir werden deshalb konsequent die geltenden Rechte unserer Bürger durchsetzen, die in anderen Ländern der EU arbeiten. Wir setzen durch, dass die Europäische Kommission die Beseitigung protektionistischer Maßnahmen, die einige Mitgliedstaaten getroffen haben, verlangt. [...] Wir sind uns dessen bewusst, dass ein vollkommener und verlässlicher Schutz der äußeren Grenze eine unabkömmliche Voraussetzung für den Erhalt eines Raumes ohne Grenzen im Inneren der EU ist.“ (ANO 2019; vgl. ähnlich auch ČSSD 2019, ODS 2019, Piráti 2019 oder STAN 2019)

Die Kommunisten akzentuieren ausdrücklich, „dass ins Ausland entsendete Arbeitskräfte den Lohn erhalten, der vor Ort üblich ist. Es ist notwendig, jedwedes Sozialdumping zu stoppen.“ (KSČM 2019) Der Gesundheitsbereich wird in diesem Zusammenhang lediglich von den Sozialdemokraten ins Spiel gebracht:

„Ziel der ČSSD ist es, in Bezug auf ein qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem Westeuropa einzuholen. In Tschechien haben wir zwar tolle Ergebnisse, aber gut ausgebildete Ärzte und Schwestern laufen uns ins Ausland davon, deshalb wollen wir die Unterschiede zwischen den Löhnen im Westen und bei uns beseitigen.“ (ČSSD 2019)

Im medialen Diskurs der vergangenen Jahre spielt Emigration ebenfalls nur punktuell eine Rolle. Virulent wurde der staatliche Umgang mit tschechisch-stämmigen Emigranten beispielsweise 2014 – mit dem Ausbruch des bewaffneten Konflikts in der Ukraine. Dort leben in Wolhynien wenige Tausend Personen, die sogenannten Wolhynientschechen, mit einem tschechischen Migrationshintergrund. Angesichts der Bedrohung des Landes durch Russland richtete die Community mehrere Hilfesuche an den tschechischen Präsidenten und die Regierung, die schließlich auch in den Medien diskutiert wurden (exemplarisch siehe idnes.cz 2014). Im Dezember 2014 reagierte schließlich die Regierung mit einer Erklärung, die festschrieb, „dass jeder Ausländer mit nachweislicher tschechischer Herkunft (*krajan*) ein Visum oder eine Aufenthaltsgenehmigung für die Tschechische Republik“ unter erleichterten Bedingungen bekommen könne (Vláda ČR 2014).

Wurde Emigration in jüngster Zeit ansonsten zum Thema gemacht, ging es meist um den bereits genannten Wegzug medizinischen Fachpersonals. Gerne stellen Medien dabei auch zur Diskussion, ob die Ausgewanderten für ihr Studium nicht rückwirkend zur Kasse gebeten werden sollten (exemplarisch siehe rozhlas.cz 2020 oder Kolman 2020).¹⁴

MEDIEN PROBLEMATISIEREN DEN WEGZUG VON MEDIZINISCHEM FACHPERSONAL

INFOBOX – Migration in Zeiten der Corona-Pandemie

Während der ersten Corona-Welle gehörte Tschechien zu den Staaten mit den striktesten Anti-Corona-Maßnahmen (Guasti 2020a). Nur wenige Tage, nachdem die Regierung am 13. März 2020 den Notstand ausgerufen hatte, wurde die internationale Mobilität deutlich eingeschränkt: Allen Ausländerinnen und Ausländern ohne eine mehr als 90-tägige Aufenthaltsgenehmigung wurde die Einreise untersagt. Für tschechische Staatsangehörige sowie Ausländerinnen und Ausländer mit einer längeren Aufenthaltsgenehmigung verhängte die Regierung ein Ausreiseverbot. Nachdem im Frühjahr die Infektionszahlen in Deutschland und Österreich besonders hoch waren, galt ab dem 26. März 2020 zudem

¹⁴ An dieser Stelle erscheint es wichtig anzumerken, dass es Personen gibt, die im Ausland einer Arbeit nachgehen, und weder als Emigranten noch als Auslandspendler gewertet werden (zur Differenzierung siehe Wagner/Hassel 2017). Hierbei handelt es sich um eine alternative Form der Arbeitsmigration.

eine verpflichtende 14-tägige Quarantäne für alle Rückkehrenden aus den beiden Anrainerstaaten – unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus. Den tschechischen Emigrationsdiskurs tangierte die erste Corona-Welle insofern, als dass sie neuerliche Diskussionen über das im Ausland tätige tschechisch-stämmige Gesundheitspersonal hervorrief. Die strengen Regelungen der tschechischen Regierung wirkten sich dabei jedoch weniger auf tschechische Emigrantinnen und Emigranten aus denn auf grenzüberschreitende Berufspendlerinnen und -pendler. Von den 17 tschechischen Ärztinnen und Ärzten, die beispielsweise im Krankenhaus im bayerischen Cham tätig sind, lebt etwa die Hälfte in Tschechien. In besagtem Fall wurde das Problem dahingehend gelöst, dass die tschechischen Fachkräfte eine Woche am Stück arbeiteten und danach für die von der Regierung angesetzte 14-tägige Quarantäne infolge eines Auslandsaufenthalts nachhause zurückkehrten (novinky.cz 2020).

Der Erfolg gab der Regierung Recht: Die Republik verzeichnete in der ersten Jahreshälfte mit die niedrigsten Ansteckungsraten in Mitteleuropa. Infolgedessen lockerte die Regierung die Maßnahmen in den Sommermonaten enorm. Von Juni bis August gab es in Tschechien nur in medizinischen Einrichtungen und Seniorenheimen eine Maskenpflicht. Mit Ausnahme der Prager Metro waren selbst die Passagiere öffentlicher Verkehrsmittel von ihr befreit. Dass die Lockerungen nicht davon begleitet wurden, dass die Testungen erhöht, die Nachverfolgung der Kontaktpersonen ausgebaut und das Vertrauen zwischen Bevölkerung und Regierung gestärkt worden wären, erwies sich schließlich als fatal (Guasti 2020b). Tschechien entwickelte sich vom Spitzenreiter zum Schlusslicht. Seit Mitte September verzeichnet das Land in Europa mit die höchsten Neuinfektionsraten. Im Oktober wechselten sich an der Spitze des Gesundheitsministeriums drei Minister ab. Seit dem 22. Oktober befindet sich Tschechien erneut im *Lockdown*.

AUSBLICK

Obwohl mit 8,5 Prozent der tschechischen Bevölkerung etwas mehr Personen im Ausland leben als dies im EU-Durchschnitt der Fall ist, spielt Emigration im gesellschaftlichen, politischen und medialen Diskurs Tschechiens eine marginale Rolle. Dass die einheimische Bevölkerung altert oder es an mancher Stelle an Fachkräften mangelt, wird durch die im ostmitteleuropäischen Vergleich hohen Immigrationszahlen mehr oder minder kompensiert. Das einzige Thema, das regelmäßig diskutiert wird, ist der Wegzug medizinischer Fachkräfte, deren Ausbildung das Land nicht nur viel Geld gekostet hat, sondern die dazu im tschechischen Gesundheitswesen fehlen. Abseits dieser Problematik, mit der andere ostmitteleuropäische Staaten wie Polen oder die Slowakei in weit stärkerer Weise kämpfen, kann Tschechien der Emigration eines Teils seiner Bevölkerung doch mit einer gewissen Gelassenheit begegnen: Tschechinnen und Tschechen sind nicht besonders ausreisefreudig. Der Lebensstandard ist relativ hoch und die Wirtschaft floriert – damit bietet das Land auch Hochqualifizierten aus der einheimischen Bevölkerung genügend Bleibebeizung. Dazu präsentiert es sich anderen emigrationswilligen Osteuropäerinnen und Osteuropäern als eine Alternative zum westeuropäischen Ausland. Es zählt damit – obzwar in weit geringerem Maße als Deutschland, aber doch – zu den Profiteuren des ‚Brain Drain‘ aus dem Osten.

LITERATUR

- ANO 2017: Program hnutí ANO pro volby do Poslanecké sněmovny 2017; verfügbar unter: <https://www.anobudelip.cz/file/edee/2017/09/program-hnuti-ano-pro-volby-do-poslanecke-snemovny.pdf> (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- ANO 2019: ČESKO OCHRÁNÍME. Tvrdě a nekompromisně. Program hnutí ANO pro volby do Evropského parlamentu; verfügbar unter: <https://www.anobudelip.cz/file/edee/ke-stazeni/ano-cesko-ochranime.pdf> (letzter Zugriff: 30.10.2020).
- Bartošek, Josef 2018: Redebeitrag im Abgeordnetenhaus am 11.07.2018; verfügbar unter: <https://www.psp.cz/eknih/2017ps/stenprot/017schuz/s017026.htm> (letzter Zugriff: 30.10.2020).
- Berger, Vojtěch 2019: Odliv českých lékařů do ciziny zpomaluje, ukázal průzkum. Doma je drží i podmínky atestací; verfügbar unter: <https://hlidacipes.org/odliv-ceskych-lekaru-do-ciziny-zpomaluje-ukazal-pruzkum-doma-je-drzi-i-podminky-atestaci/> (letzter Zugriff: 30.10.2020).
- ČSSD 2017: Volební program ČSSD pro volby 2017; verfügbar unter: <https://www.cssd.cz/data/files/program-210x210-seda.pdf> (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- ČSSD 2019: ČSSD PRO FÉROVOU EVROPU: SEBEVĚDOMÉ PROSAZOVÁNÍ ČESKÝCH ZÁJMŮ; verfügbar unter: <https://www.cssd.cz/data/files/volby-do-ep-argumentar.pdf> (letzter Zugriff: 30.10.2020).
- ČSÚ 2019a: Vývoj obyvatelstva České republiky 2018; verfügbar unter: <https://www.czso.cz/documents/10180/91917384/13006919.pdf/d16e1b99-3406-462e-a522-f421103d8684?version=1.2> (letzter Zugriff: 30.10.2020).
- ČSÚ 2019b: Zaměstnanost, nezaměstnanost; verfügbar unter: https://www.czso.cz/csu/czso/zamestnanost_nezamestnanost_prace (letzter Zugriff: 05.06.2020).
- ČSÚ 2020: Vývoj obyvatelstva České republiky; verfügbar unter: <https://www.czso.cz/documents/10180/121739322/13007020g01.xlsx/5ac32c4e-194e-419e-89e1-19ffb03e004f?version=1.1> (letzter Zugriff: 30.10.2020).
- ČT24.cz 2019: Lékaři a sestry z Ukrajiny měli ulevit českým nemocnicím, komplikací je ale byrokracie; verfügbar unter: <https://ct24.ceskatelevize.cz/domaci/2985857-lekari-a-sestry-z-ukrajiny-meli-ulevit-ceskym-nemocnicim-komplikaci-je-ale-byrokracie> (letzter Zugriff: 30.10.2020).
- Čulík, Jan 2017: Why is the Czech Republic So Hostile to Muslims and Refugees?; verfügbar unter: <http://www.europenowjournal.org/2017/02/09/why-is-the-czech-republic-so-hostile-to-muslims-and-refugees/> (letzter Zugriff: 05.09.2018).
- CVM 2017: Míra naléhavosti různých oblastí veřejného života – únor 2017; verfügbar unter: https://cvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a4271/f9/po170322.pdf (letzter Zugriff: 30.10.2017).
- Drbohlav, Dušan / Janurová, Kristýna 2019: Migration and Integration in Czechia: Policy Advances and the Hand Brake of Populism; verfügbar unter: <https://www.migrationpolicy.org/article/migration-and-integration-czechia-policy-advances-and-hand-brake-populism> (letzter Zugriff: 20.06.2019).
- Europäische Kommission 2019a: What do you think are the two most important issues facing the Czech Republic at the moment? (from 05/2005 to 06/2019); verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinionmobile/index.cfm/Chart/getChart/themeKy/42/groupKy/208> (letzter Zugriff: 30.10.2020).
- Europäische Kommission 2019b: What do you think are the two most important issues facing the EU at the moment? (from 05/2005 to 06/2019); verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinionmobile/index.cfm/Chart/getChart/themeKy/31/groupKy/188> (letzter Zugriff: 30.10.2020).
- Eurostat 2018: Statistiken zu Pendlerverflechtungen auf regionaler Ebene; verfügbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Statistics_on_commuting_patterns_at_regional_level/de&oldid=401615 (letzter Zugriff: 30.10.2020).
- Eurostat 2020a: Einwanderung; verfügbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/migr_imm1ctz/default/table?lang=de (letzter Zugriff: 30.10.2020).
- Eurostat 2020b: Auswanderung; verfügbar unter: http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=migr_emi3nxt&lang=de (letzter Zugriff: 30.10.2020).
- Eurostat 2020c: Bevölkerungsentwicklung; verfügbar unter: http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=demo_gind&lang=de (letzter Zugriff: 30.10.2020).
- Eurostat 2020d: Beschäftigung und Pendlerströme nach Geschlecht, Alter und NUTS-2-Regionen; verfügbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/lfst_r_lfe2ecomm/default/table?lang=de (letzter Zugriff: 30.10.2020).
- Eurostat 2020e: EU citizens living in another Member State – statistical overview; verfügbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=EU_citizens_living_in_another_Member_State_-_statistical_overview#Who_are_the_most_mobile_EU_citizens.3F (letzter Zugriff: 30.10.2020).

Gesetz über den Erwerb und Verlust der Staatsbürgerschaft der Tschechischen Republik vom 29.12.1992 (Zákon České národní rady o nabytí a pozbytí státního občanství České republiky, Sb. z. č. 40/1993); verfügbar unter: <https://www.zakonyprolidi.cz/cs/1993-40> (letzter Zugriff: 30.10.2020).

Gesetz über die Staatsbürgerschaft der Tschechischen Republik vom 11.06.2013 (Zákon o státním občanství České republiky a o změně některých zákonů, Sb. z. č. 186/2013); verfügbar unter: <https://www.zakonyprolidi.cz/cs/2013-186> (letzter Zugriff: 30.10.2020).

Guasti, Petra 2020a: The Impact of the COVID-19 Pandemic in Central and Eastern Europe; in: *Democratic Theory* 7 (2), S. 47-60.

Guasti, Petra 2020b: Tweet vom 28. Oktober 2020; verfügbar unter: <https://twitter.com/PetraGuasti/status/1320797979876433920> (letzter Zugriff: 30.10.2020).

idnes.cz 2014: Nebojíme se místních, ale války, stěží si Volyňáci na Rusy i Zaorálka; verfügbar unter: https://www.idnes.cz/zpravy/zahranicni/volynsti-cesi-zadaji-ceske-politiky-o-pomoc.A140329_134208_zahranicni_ert (letzter Zugriff: 30.10.2020).

idnes.cz 2019: Stát si chce zavázat mladé lékaře, aby po studiu neutíkali do ciziny; verfügbar unter: https://www.idnes.cz/zpravy/domaci/lekar-cizina-medik-studium-nedostatek-doktor-zahranici-odchod-nemocnice-medicina.A190125_453146_domaci_elka (letzter Zugriff: 30.10.2020).

ihned.cz 2019: Češi pracující za hranicemi v číslech; verfügbar unter: <https://modernizaci.ihned.cz/c1-66625980-cesi-pracujici-za-hranicemi-v-cislech> (letzter Zugriff: 30.10.2020).

Karas, Jiří 2005: Redebeitrag im Abgeordnetenhaus am 23.03.2005; verfügbar unter: <https://www.psp.cz/eknih/2002ps/stenprot/042schuz/s042062.htm> (letzter Zugriff: 30.10.2020).

Kittel, Manfred / Möller, Horst 2006: Die Beneš-Dekrete und die Vertreibung der Deutschen im europäischen Vergleich; in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 54 (4), S. 541-581.

Klaus, Václav jr. 2018: Redebeitrag im Abgeordnetenhaus am 17.01.2018; verfügbar unter: <https://www.psp.cz/eknih/2017ps/stenprot/006schuz/s006031.htm> (letzter Zugriff: 30.10.2020).

Kolman, Petr 2020: Měli by lékaři, kteří po studiu zamíří do zahraničí, zaplatit svá studia?; verfügbar unter: <https://www.reflex.cz/clanek/komentare/101039/meli-by-lekari-keri-po-studiu-zamiri-do-zahranici-zaplatit-sva-studia.html> (letzter Zugriff: 30.10.2020).

KSČM 2019: Volební program KSČM k volbám do EP v roce 2019; verfügbar unter: https://www.kscm.cz/sites/default/files/soubory/uzivatele/martin.kalous/upload/obrazky/volebni_program_kscm_pro_volby_do_ep_2019.doc (letzter Zugriff: 30.10.2020).

Kučera, Josef 2018: V zahraničí volí stále více Čechů; verfügbar unter: <https://www.statistikaamy.cz/2018/09/18/v-zahranici-voli-stale-vice-cechu/> (letzter Zugriff: 30.10.2020).
Mejstřík, Martin 2016: Redebeitrag im Abgeordnetenhaus am 10.03.2006; verfügbar unter: <https://www.psp.cz/eknih/2002ps/stenprot/054schuz/s054124.htm> (letzter Zugriff: 30.10.2020).

MZV o.J.: Informace k novému zákonu o státním občanství České republiky; verfügbar unter: https://www.mzv.cz/berlin/cz/viza_a_konzularni_informace/statni_obcanstvi_cr/informace_k_novemu_zakonu_o_statnim.html (letzter Zugriff: 30.10.2020).

Němcová, M. 2019: Redebeitrag im Abgeordnetenhaus am 05.06.2019; verfügbar unter: <https://www.psp.cz/eknih/2017ps/stenprot/030schuz/s030171.htm> (letzter Zugriff: 30.10.2020).

novinky.cz 2020: Český lékař v Německu: Upravují nám služby a shání bydlení; verfügbar unter: <https://www.novinky.cz/koronavirus/clanek/cesky-lekar-v-nemecku-upravuji-nam-sluzby-a-shani-bydleni-40318008> (letzter Zugriff: 30.10.2020).

OECD 2020: Czech Republic; verfügbar unter: <https://data.oecd.org/czech-republic.htm> (letzter Zugriff: 30.10.2020).

ODS 2019: Na Evropské unii nám záleží. Program ODS pro volby do Evropského parlamentu 2019; verfügbar unter: <https://www.ods.cz/volby2019> (letzter Zugriff: 30.10.2020).

Okamura, Tomio 2018: Redebeitrag im Abgeordnetenhaus am 22.03.2016; verfügbar unter: <https://www.psp.cz/eknih/2013ps/stenprot/042schuz/s042314.htm> (letzter Zugriff: 30.10.2020).

Pavela, Josef 1993: Redebeitrag im Abgeordnetenhaus am 09.07.1993; verfügbar unter: <https://www.psp.cz/eknih/1993ps/stenprot/011schuz/s011027.htm> (letzter Zugriff: 30.10.2020).

Piráti 2017: Volební program pro volby do Poslanecké sněmovny 2017; verfügbar unter: https://www.pirati.cz/assets/pdf/program_cerne_na_bilem.pdf (letzter Zugriff: 30.10.2019).

Piráti 2019: Volební program pro volby do Evropského parlamentu 2019; verfügbar unter: <https://www.pirati.cz/program/euoparlament2019/> (letzter Zugriff: 30.10.2020).

Rath, David 2010: Redebeitrag im Abgeordnetenhaus am 4.11.2010; verfügbar unter: <https://www.psp.cz/eknih/2010ps/stenprot/007schuz/s007129.htm> (letzter Zugriff: 30.10.2020).

rozhlas.cz 2020: Měli by lékaři, kteří odešli za prací do zahraničí, státu zaplatit svá studia?; verfügbar unter: <https://plus.rozhlas.cz/hlasujte-meli-lekari-kteri-odesli-za-praci-do-zahranici-statu-zaplatit-sva-8138859> (letzter Zugriff: 30.10.2020).

Skopeček, Jan 2018: Redebeitrag im Abgeordnetenhaus am 24.05.2018; verfügbar unter: <https://www.psp.cz/eknih/2017ps/stenprot/013schuz/s013089.htm> (letzter Zugriff: 30.10.2020).

STAN 2019: Program pro volby do Evropského parlamentu 2019; verfügbar unter: <https://www.starostove-nezavisli.cz/volby/program-pro-volby-do-ep> (letzter Zugriff: 30.10.2020).

Stanjura, Zbyněk 2020: Redebeitrag im Abgeordnetenhaus am 22.04.2020; verfügbar unter: <https://www.psp.cz/eknih/2017ps/stenprot/045schuz/s045103.htm> (letzter Zugriff: 30.10.2020).

TOP 09 2017: VOLEBNÍ PROGRAM; verfügbar unter: https://www.top09.cz/files/soubory/volebni-program-2017-doplanecke-snemovny_1717.pdf (letzter Zugriff: 30.10.2020).

UNO 2017: Migrant stock by origin and destination; verfügbar unter: https://www.un.org/en/development/desa/population/migration/data/estimates2/data/UN_MigrantStockByOriginAndDestination_2017.xlsx (letzter Zugriff: 17.09.2020).

UNO 2020: International migrant stock 2019; verfügbar unter: <https://www.un.org/en/development/desa/population/migration/data/estimates2/estimates19.asp> (letzter Zugriff: 03.11.2020).

Vašák, Vašek 2015: Slavní Češi v zahraničí; verfügbar unter: <http://vasak.bigblogger.lidovky.cz/c/449359/Slavni-Cesi-v-zahranici.html> (letzter Zugriff: 17.09.2020).

Vláda ČR 2014: Usnesení vlády č. 1014/2014 ze 14.12.2014; verfügbar unter: <https://www.mvcr.cz/migrace/soubor/usneseni-vlady-cr-ze-dne-8-prosince-2014-c-1014.aspx> (letzter Zugriff: 17.09.2020).

Wagner, Bettina / Hassel, Anke 2017: Arbeitsmigration oder Auswanderung? Eine Analyse atypischer Arbeitsmigration nach Deutschland. In: WSI Mitteilungen 6, S. 409-420.

Weltbank 2019: Migration and Remittances; verfügbar unter: <https://www.worldbank.org/en/topic/labormarkets/brief/migration-and-remittances> (letzter Zugriff: 03.11.2020).

Weltbank 2020: Population, total; verfügbar unter: <https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL> (letzter Zugriff: 03.11.2020).



**EMIGRATION IN
EUROPÄISCHEN LÄNDERN**

5 UNGARN

Zusammenfassung

Ab 2011 nahm die Auswanderung aus Ungarn rasch zu. Ein Jahrzehnt später bestehen die sozioökonomischen Ursachen von Emigration weiterhin, während sich Migrationsnetzwerke kontinuierlich verstärkt und sich eine Kultur der Auswanderung etabliert haben.

Auswanderung ist zu einem salienten politischen Thema und zu einem Bereich politischen Handelns geworden. Sie wird häufig im Parlament diskutiert und ist auch Teil des öffentlichen Diskurses. Die von Fidesz geführte Regierung wird wegen der anhaltend hohen Auswanderungsraten kritisiert.

Auswanderung wird in der Regel als negatives Phänomen dargestellt – mit Fokus auf den schwierigen Umständen, die vorwiegend junge Menschen dazu bewegen, auf der Suche nach besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen das Land zu verlassen.

Die von Fidesz geführten Regierungen haben mit etlichen Maßnahmen versucht, die Auswanderungswelle einzudämmen und/oder Anreize für die Rückkehr zu schaffen, jedoch mit nur wenig Erfolg. Ihre Hauptstrategie bestand jedoch darin, die Relevanz des Themas so weit wie möglich herunterzuspielen. Stattdessen betonte die Regierung die angebliche „Gefahr“ der Einwanderung nach Ungarn.

ENTWICKLUNG UND STRUKTUR DER EMIGRATION

Die Zahl der in jüngster Vergangenheit ausgewanderten Ungarn wird auf rund eine halbe Million geschätzt. Hauptmotivation war die Suche nach Arbeit in westlichen EU-Mitgliedsstaaten. Die wichtigsten Zielländer der ungarischen Migrantinnen und Migranten sind Deutschland, Österreich und das Vereinigte Königreich. Weitere Zielländer von Relevanz sind Irland, die Niederlande, Spanien und Italien.

Während des Staatssozialismus wurde die Migration von und nach Ungarn streng kontrolliert und zahlenmäßig begrenzt. Eine Welle politisch motivierter Auswanderung folgte nach dem ungarischen Volksaufstand 1956, als etwa 200.000 Menschen in den Westen flohen. Die Auswanderung verlief danach kontinuierlich, wenngleich ihr Umfang mit einer durchschnittlichen Zahl von 3.000 Personen pro Jahr gering war. Nach dem Regimewechsel 1989 wurde die starke politische Kontrolle der Mobilität aufgehoben. Nichtsdestotrotz gab es in den 1990er Jahren nur einen geringen Anstieg der Auswanderungsrate. Viele von denen, die ins Ausland gegangen waren, kehrten auch zurück. Die immer noch relativ hohen Sozialausgaben, mangelnde Fremdsprachenkenntnisse und eine geringe Bereitschaft zum Umzug selbst innerhalb der Staatsgrenzen verzögerten die Massenauswanderung bis in die 2010er Jahre, als sich der Trend mit Verspätung wieder verstärkte. Ein entscheidender Wendepunkt war, dass 2011 die siebenjährigen Beschränkungen der Arbeitsmobilität, welche die Mehrheit der alten EU-Mitgliedstaaten den Bürgerinnen und Bürgern der neuen EU-Länder auferlegt hatte, aufgehoben wurden. Während zuvor nur Großbritannien, Irland und Schweden ihre Arbeitsmärkte für osteuropäische Bürgerinnen und Bürger geöffnet hatten, war die Freizügigkeit innerhalb der EU nun unbegrenzt.¹

¹ Dieser Abschnitt basiert auf Gödri et al. 2013.

Country Factsheet

<i>Pro-Kopf-BIP:</i>	13.973 €
<i>EU-Beitrittsjahr:</i>	2004
<i>Bevölkerung im Jahr 2019:</i>	9 769 949
<i>Bevölkerung im Jahr 1990:</i>	10 373 988
<i>Bevölkerungsprognose für 2060:</i>	9 117 095
<i>Anteil ausländischer Staatsangehöriger:</i>	8,5 %
<i>Im Ausland geborene Bevölkerung:</i>	1,8 %
<i>Junge Bevölkerung:</i>	14,6 % (EU-Durchschnitt: 15,2 %)
<i>Bevölkerung im erwerbsfähigem Alter:</i>	66,3 %
<i>65 Jahre und älter:</i>	19,3 % (EU-Durchschnitt: 20,2 %)
<i>Fertilitätsrate:</i>	1,55 (EU-Durchschnitt: 1,55)

BESCHLEUNIGUNG DER AUSWANDERUNG IM LETZTEN JAHRZENT

Nach 2011 stieg die Auswanderung aus Ungarn an, auch wenn das Land im Vergleich zu seinen Nachbarn hinsichtlich der Nettoauswanderungsrate in den wirtschaftlich aktiven Altersklassen immer noch relativ niedrig rangiert (Hárs 2018). Diese lag 2017 bei etwa 5%, während sie beispielsweise in Rumänien bei über 17% lag (Hárs 2018: 84). Die Wachstumsrate der Auswanderung aus Ungarn ist jedoch im internationalen Vergleich besonders groß, was darauf hindeutet, dass das Land rasch aufholt (ebd.). Die ungarischen Auswanderinnen und Auswanderer sind in der Regel relativ jung und qualifiziert, die Mehrheit verfügt über einen Sekundarschulabschluss. Nach 2011 stieg auch die Auswanderungsrate von Personen mit niedrigem Bildungsniveau an, jedoch nur geringfügig (Hárs 2018: 84-85). Der Anteil der auswandernden Hochschulabsolventinnen und -absolventen ist höher als der aller anderen Bildungskategorien und gehört zudem zu den höchsten, die in der Region verzeichnet werden (Hárs 2018: 86).

PROFILE DER AUSWANDERINNEN UND AUSWANDERER

Betrachtet man die Profile der Arbeitsmigrantinnen und -migranten in der Zeit der beschleunigten Auswanderung aus Ungarn (2011-2016) genauer, so lassen sich verschiedene Muster erkennen: Die Auswanderungsrate ist am höchsten bei Erwerbstätigen unter 30 Jahren, bei Personen mit Hochschulabschluss und bei Personen, die im Jahr vor der Auswanderung noch studiert hatten (Hárs/Simon 2017: 96). Die Profile der Auswanderer unterscheiden sich je nach Zielland: Diejenigen, die im Jahr vor der Auswanderung arbeitslos waren und einen niedrigeren Bildungsabschluss hatten, wanderten überproportional nach Deutschland aus; diejenigen, die ein Jahr vor der Auswanderung noch in der Schule waren und einen höheren Bildungsabschluss besaßen, wählten in größerer Zahl Großbritannien (Hárs 2018: 91). Die Auswanderung, insbesondere wenn sie innerhalb des EU-Binnenmarktes stattfindet, ist nicht unbedingt einseitig oder dauerhaft: Einige Auswanderer kehren zurück und/oder gehen zirkulär wieder ins Ausland. Die Rückkehrquoten aus Deutschland sind höher als die aus dem Vereinigten Königreich und Österreich. In Österreich spielt aufgrund der geografischen Nähe auch das Pendeln eine wichtige Rolle. Ebenso wie jüngere Menschen kehren Frauen weniger häufig zurück als Männer (Hárs 2018: 91-92).

EFFEKTE DER AUSWANDERUNG

Die Auswanderung hängt mit dem Arbeitskräftemangel zusammen, und diese Auswirkungen sind am stärksten in Sektoren mit niedriger Wertschöpfungskette, darunter das Gastgewerbe, das Baugewerbe und die verarbeitende Industrie (Hárs 2018: 93). Besonders betroffen ist auch der Gesundheitssektor, wo die Auswanderung den akuten Arbeitskräftemangel verschärft (Hárs 2018: 93). Moderate Lohnerhöhungen konnten diese Trends nicht umkehren (Hárs 2018: 94).

Abb. 1: Bedeutung der Auswanderung in den ungarischen Parlamentsdebatten (2000-2019)



Quelle: Ungarische Nationalversammlung / Eigene Darstellung

Rücküberweisungen gleichen einige der negativen Auswirkungen der Auswanderung teilweise aus. Jüngste Schätzungen beziffern den Anteil der Rücküberweisungen auf 2,6% des BIP, was recht hoch ist und mit dem breiteren regionalen Trend übereinstimmt.

Die Bereitschaft, aus Ungarn auszuwandern, folgt einem Aufwärtstrend, der bereits vor dem EU-Beitritt bestand (Blaskó et al. 2014: 352). In den 1990er Jahren planten nur 5 bis 6% der Bevölkerung, auszuwandern, doch bis 2001 hatte sich dieser Anteil bereits verdoppelt und bis 2011 gar verdreifacht (Mikó 2019: 252). Die Absicht auszuwandern ist bei Männern, Sekundarschulabsolventinnen und -absolventen, Arbeitslosen und insbesondere bei Studentinnen und Studenten unter 18 Jahren besonders stark ausgeprägt (Mikó 2019: 252). Eine kürzlich durchgeführte Umfrage ergab, dass ein großer Anteil der Sekundarschülerinnen und -schüler sowie der Hochschulstudentinnen und -studenten die Absicht hat, zu Studien- und/oder Arbeitszwecken ins Ausland zu gehen, wobei eine Vielzahl von Gründen angeführt wurde, z.B. fehlende Arbeitsmöglichkeiten und prekäre Arbeitsplätze in Ungarn, der Wunsch eine Sprache zu lernen, aber auch Abenteuerlust (Mikó 2019).

Auswanderung findet im breiteren demographischen Kontext Ungarns statt und muss in diesem bewertet werden. Es ist davon auszugehen, dass die Auswanderung die bereits niedrigen Raten der natürlichen Reproduktion in Ungarn weiter verschärft. Weltbank-Daten für Ungarn verzeichnen derzeit eine Fertilitätsrate von 1,5 Geburten pro Frau, was zumindest eine Erhöhung im Vergleich zu 2011 darstellt, als die Fertilität mit 1,23 Geburten pro Frau einen historischen Tiefpunkt erreichte. Neben dem zahlenmäßigen Rückgang ist auch eine Alterung der Bevölkerung zu beobachten, wobei ältere Menschen (über 65 Jahre) in der Mehrzahl sind. Der Anteil der Erwerbstätigen geht zurück, während der Altersabhängigkeitsquotient steigt; ein Trend, der längerfristig wirtschaftliche, soziale und fiskalische Schwierigkeiten prognostiziert.

Hinsichtlich seiner ethnischen Zusammensetzung ist Ungarn ein ziemlich homogener Staat mit einem kleinen Anteil autochthoner nationaler Minderheiten (hauptsächlich Deutsche) und einer größeren Roma-Bevölkerung. Bei der Volkszählung von 2011 wurden 316.000 Roma erfasst, obwohl Schätzungen zufolge die tatsächliche Zahl sogar bis zu 800.000 beträgt (Minority Rights Group International 2018). Die Roma-Minderheit ist nicht nur rassistischer Ausgrenzung und Gewalt ausgesetzt. Höhere natürliche Reproduktionsraten in dieser Bevölkerungsgruppe werden auch regelmäßig als Anlass zur Sorge dargestellt, insbesondere (aber nicht nur) durch die ungarische radikale Rechte. Es ist jedoch zu beachten, dass die Migrationsabsichten der Roma etwas geringer sind als die der Nicht-Roma-Bevölkerung, was dem regionalen Trend zuwiderläuft (Duval/Wolff

WEITVERBREITETE AUSWANDERUNGSABSICHTEN

AUSWANDERUNG IM KONTEXT DER DEMOGRAPHIE

2016). Durch den EU-Beitritt Ungarns ist es für die Roma schwieriger geworden, Flüchtlingsstatus zu beantragen, was zuvor recht häufig vorkam; es gab auch einige Fälle von Zwangsrückführungen von Roma aus wohlhabenderen EU-Ländern zurück nach Ungarn (Hárs 2009).

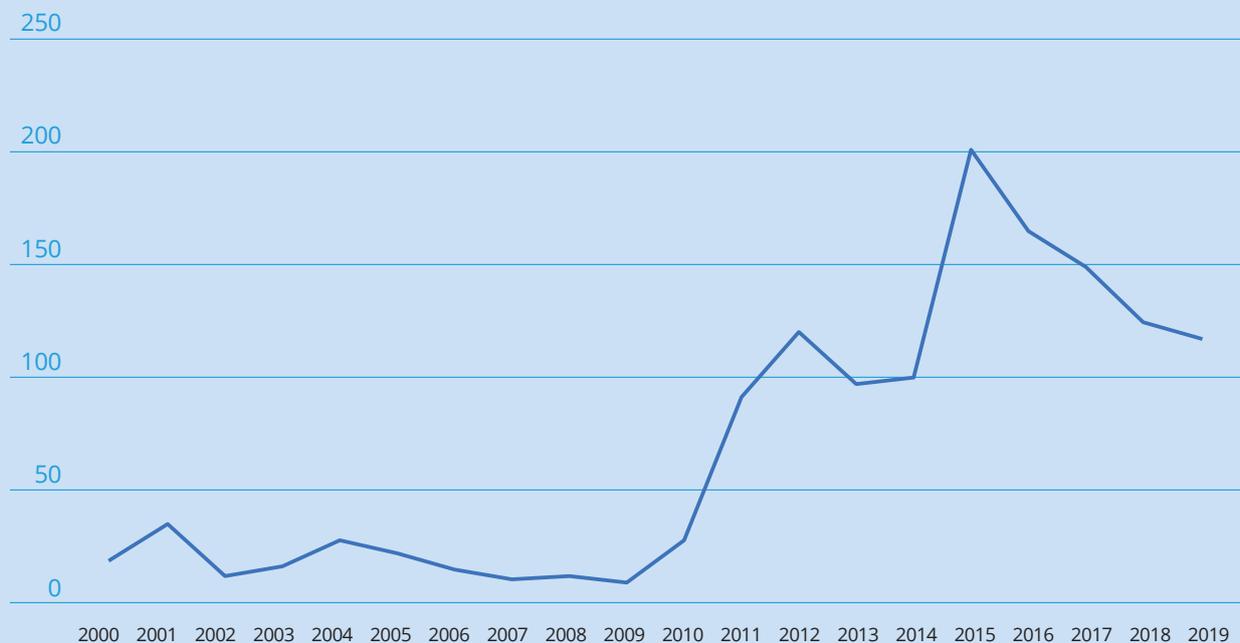
Ein weiteres Phänomen, das im ungarischen Kontext Aufmerksamkeit verdient, ist die Einwanderung ethnischer Ungarn, die in Nachbarstaaten leben. Die so genannten ‚Grenzungarn‘ bilden eine der größten nationalen Minderheiten in Europa (etwa 2 Millionen Menschen), deren Ursprung auf den Ersten Weltkrieg zurückgeht, als Ungarn etwa zwei Drittel seines Territoriums zusammen mit schätzungsweise 3 Millionen ethnischen Ungarn verlor, die sich nun außerhalb der neu gezogenen Staatsgrenzen befanden (The Columbia Encyclopedia 2020).

EMIGRATION IM POLITISCHEN DISKURS

HÄUFIGE ERWÄHNUNG IM UNGARISCHEN PARLAMENT

Eine stichwortbasierte Analyse der Parlamentsdebatten zeigt, dass die politische Bedeutung der Auswanderung ab 2010 erheblich zugenommen hat, während vor dem EU-Beitritt Ungarns die Auswanderung nur selten erwähnt wurde (vgl. Abb. 2). Dieser Anstieg fiel mit zwei Entwicklungen zusammen: zum einen mit einem Anstieg der Auswanderungsraten und zum anderen mit dem Einzug der rechtsextremen Partei Jobbik ins ungarische Parlament. Die Abgeordneten der Jobbik sprachen in ihren Reden am häufigsten von Auswanderung, wobei sie die Regierung für die steigenden Zahlen verantwortlich machten und vor der schrecklichen sozioökonomischen und demographischen ‚Gefahr‘ warnten, die von Auswanderung ausgehe. Vor 2010 wurde die Auswanderung häufig im Zusammenhang mit der Binnenmigration (d.h. der Umsiedlung vom Land in die

Abb. 2: Relevanz von Auswanderung in den ungarischen Parlamentsdebatten / Anzahl der Nennungen (2000-2019)



Quelle: Ungarische Nationalversammlung, Protokolle der Plenartagungen² / Eigene Darstellung

2 Die Stichwortsuche analysierte die Protokolle der Plenartagungen der ungarischen Nationalversammlung (online verfügbar unter <https://www.parlament.hu/>). Die Beobachtungseinheit war die Parlamentsdebatte. Dies ist ein grobes Maß für die Salienz, da es mit einer solchen Methode nicht möglich ist, die Häufigkeit relevanter Schlüsselwörter innerhalb einer einzigen Debatte zu zählen, d.h. wir wissen nicht, ob ein Abgeordneter sie nur einmal oder mehrmals erwähnt hat. Die Suchfunktion inkludiert nicht nur die Wortstämme, sondern auch die konjugierten Wortformen.

Stadt³) und den grenzüberschreitenden ungarischen Gemeinden erwähnt. Letzteres wurde 2004 im Zusammenhang mit einem Referendum, das im selben Jahr stattfand, besonders deutlich. Fidesz, die damals größte Oppositionspartei, initiierte das Referendum und fragte die Wähler, ob den in den Nachbarländern ansässigen ethnischen Ungarn die doppelte Staatsbürgerschaft zugestanden werden sollte. Obwohl die ‚Ja‘-Option gewann, scheiterte das Referendum an der geringen Wahlbeteiligung. Ein Streitpunkt zwischen der von den Sozialisten geführten Regierung und der Opposition war die Frage, inwieweit die doppelte Staatsbürgerschaft einen Anreiz für die Umsiedlung von Mitgliedern der ungarischen Diasporagemeinschaften in ihr Heimatland oder in andere EU-Mitgliedstaaten darstellen und schließlich zum Verschwinden dieser ethnischen Gemeinschaften führen würde. Die Sorge um das Überleben der ungarischen grenzüberschreitenden Minderheit ist bis heute eine dominierende Dimension der Diasporapolitik und des Diasporadiskurses.

Die Sorge um den Erhalt der Diasporagemeinschaften offenbart eine allgemeine Tendenz, die Auswanderung als ein überwiegend negatives Phänomen darzustellen. Diese Bewertung spiegelt eine Vorstellung von Sesshaftigkeit⁴ wider, die die Verbindung zwischen den Menschen und ihrem Herkunftsort essentialisiert und die Auswanderung als Abweichung vom natürlichen (und wünschenswerten) Zustand der Dinge begreift.

Dementsprechend tendieren die parlamentarischen Reden dazu, die negativen sozioökonomischen Ursachen und Folgen der Auswanderung hervorzuheben und diese auch mit den negativen demographischen Entwicklungen in Ungarn in Verbindung zu bringen. Die Auswanderung wird als etwas betrachtet, das den Einzelnen entwurzelt und die Gesellschaft fragmentiert; sie kann immer nur unter der Bedingung einer eventuellen Rückkehr in die Heimat positiv sein, z.B. als eine Möglichkeit zur Ausbildung von Fähigkeiten oder zum Sammeln von Ersparnissen, die nach der Rückkehr investiert werden können. Im Grunde genommen ist die Auswanderung also kein polarisierendes Thema, da alle politischen Akteure dagegen sind, auch wenn sie sich in Bezug auf die Betonung des Themas, den Rahmen und die vorgeschlagenen politischen Lösungen unterscheiden.

Erwähnenswert ist auch, dass Politiker, wenn sie über Auswanderung sprechen, dazu neigen, ein ganz bestimmtes Bild des ‚Auswanderers‘ vor Augen zu haben, nämlich junge, wirtschaftlich aktive Personen. Insbesondere Jobbik hat sich sehr lautstark zur Auswanderung der jüngeren Generation aus Ungarn geäußert, die eine wichtige Wählergruppe der Partei war. Die liberale LMP versuchte etwas Ähnliches zu tun, indem sie über die geschlechtsspezifischen Aspekte der Auswanderung spricht und dabei insbesondere auf die prekäre Lage der weiblichen Auswanderinnen aufmerksam macht. Ein weiterer Aspekt der Auswanderung, der bei den ungarischen Gesetzgebern große Aufmerksamkeit erregt, ist die Abwanderung von Ärztinnen und Ärzten sowie anderen Fachkräften des Gesundheitswesens, die oft als eine besonders negative Form des ‚Brain Drain‘ diskutiert wird.

Es ist zu beachten, dass die Auswanderung vor allem im letzten Jahrzehnt, während die rechtspopulistische Fidesz das ungarische Parteiensystem dominiert, politisch bedeutsam wurde. Tatsächlich beziehen sich die Oppositionsparteien oft auf das Thema Auswanderung, um eine breitere regierungsfeindliche Kritik zu artikulieren. Laut der Opposition sei die Auswanderung der Inbegriff des Versagens der Fidesz-Regierungen, ihren Bürgern angemessene Lebens- und Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Sie dränge einen Teil der Bevölkerung in

BILD DER EMIGRANTEN: JUNG, QUALIFIZIERT, FLEISSIG

AUSWANDERUNG ALS REGIERUNGSKRITIK

3 Im Ungarischen werden zwei leicht unterschiedliche Wörter verwendet, die austauschbar die Bedeutung von „Auswanderung“ und deren Konjugate vermitteln: *kivándorlás*, was wörtlich übersetzt „Auswanderung“ bedeutet, d.h. das Land zu verlassen, und *elvándorlás*, was bedeutet, sich von seinem Wohnort zu einem Ziel zu bewegen, das sowohl innerhalb als auch außerhalb der Landesgrenzen liegt.

4 Dieses Konzept geht auf die Arbeit von Liisa Malkki zurück, siehe z.B. Malkki 1993.

einen schmerzhaften Prozess von ihrem Heimatland weg. Wie die Abgeordnete der Opposition Tímea Szabó (Párbeszéd) erklärt:

„Wissen Sie, liebe Parlamentskollegen, [...] Kinder werden in Ländern geboren, in denen gut zu leben ist. Wo es nicht gut zu leben ist, werden keine Kinder geboren [...]. Die rückläufige Geburtenrate zeigt dies, ebenso wie die peinlichen Auswanderungszahlen. 600.000 Menschen, 600.000 Erwachsene im gebärfähigen Alter sind von Ungarn ins Ausland gegangen, weil sie die Möglichkeiten, Kinder zu bekommen oder ihren Lebensunterhalt zu Hause zu verdienen, nicht sehen“. (Ungarische Nationalversammlung, Plenarsitzung, 4. Juni 2018)

FIDESZ VERSUCHT, AUSWANDERUNG HERUNTERZUSPIELEN

Die Reaktion der Regierung bestand darin, die Statistiken in Frage zu stellen oder die negativen Auswirkungen der Auswanderung herunterzuspielen, indem sie zum Beispiel argumentierte, dass viele der Auswanderinnen und Auswanderer später zurückkehren, oder darauf hinwies, dass Ungarn bei den Auswanderungsraten immer noch niedriger liegt als andere Nachbarländer. Die allgemeine Taktik besteht darin, das Thema Auswanderung schlicht und ergreifend herunterzuspielen, weshalb Fidesz-Politikerinnen und -Politiker es selten unaufgefordert erwähnen.

POLITISCHE VORSCHLÄGE UND WAHLVERSPRECHEN

Diese Strategie von Fidesz und die lautstarke Kritik der Opposition in Bezug auf die Auswanderung setzte sich auch im Zusammenhang mit den beiden letzten Wahlen in Ungarn, den Parlamentswahlen 2018 und den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019, durch. Alle großen Oppositionsparteien, die in mindestens einer dieser Wahlen eine realistische Chance hatten, Mandate zu gewinnen, versuchten, das Thema in ihren Wahlprogrammen zu behandeln.

Das letzte Wahlprogramm von Fidesz, die sich in ständiger Allianz mit der Kereszténydemokrata Néppárt (KDNP, Christlich-Demokratische Volkspartei) zur Wahl stellt, wurde 2010 veröffentlicht. Seitdem hat die Partei die Veröffentlichung programmatischer Dokumente praktisch eingestellt. Als Ersatz lohnt sich ein Blick auf die Inhalte, die auf der offiziellen Website der ungarischen Regierung in den Jahren 2018 und 2019 veröffentlicht wurden und per Stichwortsuche abgerufen werden können (www.kormany.hu). Die Website enthält unter anderem Berichte über Veranstaltungen, an denen Regierungsbeamte teilnehmen, Pressekonferenzen und Mitschriften von Reden.

Eine einfache Suche nach den Schlüsselwörtern ‚Auswanderung‘ und ‚Einwanderung‘ ergibt für den letzteren Begriff zehnmal mehr Inhalte als für den ersteren: 1106 Einträge beziehen sich auf ‚Einwanderung‘ und nur 102 auf ‚Auswanderung‘. Bei näherer Betrachtung der Artikel, die das Wort ‚Auswanderung‘ enthalten, befassen sich nur wenige von ihnen tatsächlich mit der aktuellen ungarischen Auswanderung. Viele beziehen sich auf Auswanderung in der Vergangenheit, z.B. nach 1956, oder auf Auswanderung, die andere Länder betrifft. Eines der dominierenden Themen ist die Auswanderung aus den Ländern Afrikas oder des Nahen Ostens nach Europa, d.h. aus der Perspektive Ungarns die Zuwanderung. Die meisten Einträge, die sich ergeben, stehen im Zusammenhang mit der Politik der ungarischen Regierung, die darauf abzielt, Menschen, die sonst aus diesen weniger entwickelten Ländern auswandern würden, zu ‚helfen‘, stattdessen an Ort und Stelle zu bleiben. Die Regierung hat diesen ‚alternativen‘ Ansatz der Migrationspolitik als Antwort auf die europäische Migrationskrise entwickelt und sich dafür auf europäischer Ebene eingesetzt sowie ein eigenes Hilfsprogramm ins Leben gerufen. Es ist schwierig, die fremdenfeindlichen Prinzipien, die dieser Politik zugrunde liegen, zu übersehen: das Schüren der Angst vor einer ‚Überflutung‘ und die Behauptung einer inhärenten Unvereinbarkeit zwischen den Ethnien.

Ein zweites Thema, das sich durch diese Einträge zieht, ist die Auswanderung der Auslandsungarn aus ihren traditionellen Wohnorten und die Bemühungen der Regierung, dies zu verhindern. Ein weiteres Thema ist die Binnenmigration,

d.h. die Bewegung vom Land in die städtischen Zentren, die ebenfalls als unerwünscht erachtet wird und gegen die politischen Maßnahmen wie das Ungarische Dorfprogramm eingeführt wurden. Tatsächlich wird die Auswanderung der Ungarn aus Ungarn nur selten erwähnt, und wenn, dann nur, um zu erklären, dass die Bemühungen der Regierung, den Trend umzukehren, ‚funktionieren‘.

Abb. 3: Parteien und Emigration: Frames und Maßnahmen

	Framing	vorgeschlagene Maßnahmen
JOBBIK (rechtsradikal)	sozio-ökonomisch demographisch	Innenpolitisch Wohnungspolitik Gezielte Maßnahmen für medizinisches Personal Politik mit Bezug auf die ungarische Diaspora Jugendpolitik Ländliche Entwicklung EU Gewerkschaft Schutz der EU-Bürgerrechte
MSZP (sozial- demokratisch)	sozio-ökonomisch	Innenpolitisch Lohnerhöhungen für Beschäftigte im Gesundheitswesen Stadtpolitik (Budapest) EU Arbeitslosenversicherungsfonds auf EU-Ebene Zielgerichtetes Programm: „Heimat wartet“ Unterstützung von Auswanderern (allgemein) Bekämpfung der massiven Ost-West-Migration auf EU-Ebene Gezielte Maßnahmen für medizinisches Personal Jugendpolitik
LMP (grün-liberal)	sozio-ökonomisch	Innenpolitisch Familienpolitik Gezielte Maßnahmen für die Jugend Umfassende (grenzüberschreitende) Diaspora-Politik
DK (sozialliberal)	sozio-ökonomisch	Innenpolitisch Lohnerhöhungen für Beamte EU Jugend-Garantie Zielgerichtetes Programm: „Europa nach Hause bringen“
Momentum (Mitte)	sozio-ökonomisch demographisch länderüber- greifend	Innenpolitisch Lohnerhöhung im Gesundheitssektor Gezielte Maßnahmen für grenzüberschreitende Ungarn (Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen) Umfassende Strategie für das Engagement in der Diaspora, einschließlich: Kulturpolitik, Überarbeitung des Wissenschaftsstipendiensystems, Wissensaustausch zwischen Einheimischen und Auswanderern
Our Homeland (extreme Rechte)	ethno-nationalistisch demographisch sozio-ökonomisch	EU „Soziales Europa“

Quelle: Wahlprogramme / Eigene Darstellung

**VORSCHLÄGE
DER OPPOSITION**

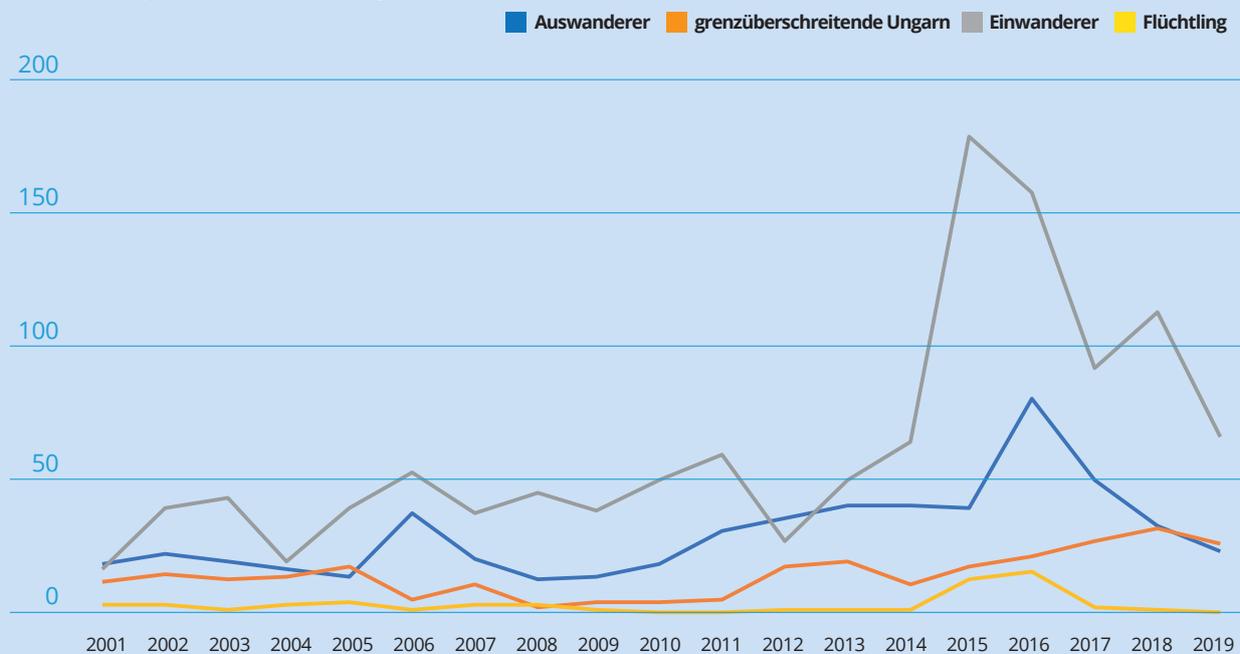
Alle großen ungarischen Parteien machen in ihren Programmen⁵ 2018 und 2019 sehr detaillierte Vorschläge zur Auswanderungspolitik, wenn auch auf unterschiedliche Weise. Zweifellos übt die rechtsextreme Jobbik die schärfste Kritik an der Auswanderung der Ungarn, wobei sie sich oft einer alarmierenden Sprache und einem organischen Nationalismus bedient. So definiert zum Beispiel das Parteiprogramm der Jobbik 2018 das Problem der Emigration auf diese Weise:

„In den Tiefen der Gesellschaft hat eine erstaunliche Erosion begonnen, die in einem Anstieg der Auswanderung, einer demographischen Katastrophe und einem Gefühl fast völliger Hoffnungslosigkeit gipfelt.“ (Jobbik 2018: 11)

Unsere Heimat, eine Abspaltung von Jobbik, verwendet eine fast identische Sprache, um das Problem zu situieren: „Dieses Phänomen verursacht der ungarischen Wirtschaft Milliardenverluste und bereitet eine demografische Katastrophe vor“ (Unser Heimat 2019: 10). Das Parteiprogramm enthält virulent islamophobe und romafeindliche Segmente, die Teil einer allumfassenden ‚demografischen Panik‘⁶ sind. Auch die Vorstellung, dass westeuropäische Volkswirtschaften osteuropäische Arbeitskräfte anziehen und ausbeuten, d.h. dass ein EU-interner Kampf um Humanressourcen zwischen den verschiedenen Nationen geführt wird, steht im Vordergrund.

Im linken Parteienspektrum definieren LMP, DK und MSZP die Auswanderung als ein sozioökonomisches Problem, das mit Lohnerhöhungen und/oder sozialpolitischen Maßnahmen, sowohl national als auch paneuropäisch, gelöst werden kann. Das Programm von Momentum zeichnet sich dadurch aus, dass es das einzige ist, das die potenziell positiven Aspekte der Auswanderung erwähnt:

Abb. 4: Häufigkeit der Artikel, die verschiedene migrationsbezogene Schlüsselwörter erwähnen. Wirtschaftlicher Nachrichtendienst der ungarischen Nachrichtenagentur, 2001-2019



Quelle: MTI-Eco; Zugriff: Factiva / Eigene Darstellung

5 Die in diesem Abschnitt analysierten programmatischen Dokumente wurden von den offiziellen Websites der Parteien abgerufen.
6 Dieser Begriff stammt aus dem Werk von Ivan Krastev (2016).

„Die Auswanderung ist nicht das Problem; Rückkehrer mit im Ausland erworbenen Kenntnissen könnten einen wichtigen Beitrag zum Aufschwung des Landes leisten. Das Problem ist, dass die Ungarn, die im Ausland studieren oder arbeiten, nie zurückkehren. Wenn sie oder ihre Kinder den Kontakt zu Ungarn verlieren, wenn sie ihr ungarisches Selbstbewusstsein verlieren. Die Ungarn müssen sich an die Situation anpassen: Wir müssen eine Weltnation werden. Wir müssen die Grundlagen für eine Diasporastrategie legen, die den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird“.

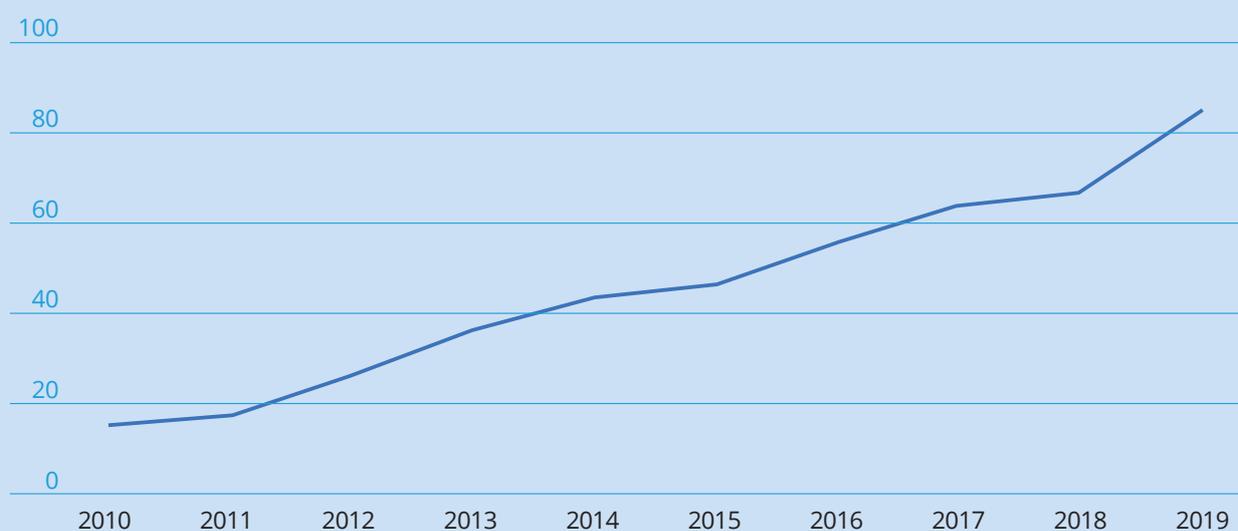
Dementsprechend schlägt die Partei nicht nur Maßnahmen zur Verhinderung oder Umkehrung der Auswanderung vor, sondern auch Wege, wie Verbindungen zwischen den Auswanderinnen und Auswanderern (sowie der historischen Diaspora, die in der Nachbarschaft Ungarns lebt) und dem ungarischen Staat erhalten und gestärkt werden können. Dabei vertritt sie das Ideal einer neuen Art von nationaler Identität, die durch die Erfahrung der Mobilität nicht ausgelöscht, sondern vielmehr verändert wird.

Über die politische Sphäre hinaus ist die Auswanderung auch in den ungarischen Medien zu einem wichtigen Thema geworden und erreicht 2016 ihren Höhepunkt. Eine gesonderte Stichwortsuche in Magyar Narancs („Ungarisches Orange“), einer liberalen politischen und kulturellen Wochenzeitung, zeigt, dass die Zahl der Artikel, in denen die Auswanderung erwähnt wird, auch nach 2016 stetig gestiegen ist (siehe Abbildung 5).

**ÖFFENTLICHKEIT NIMMT
HOHE AUSWANDERUNG ALS
VERSAGEN DER REGIERUNG WAHR**

Worum geht es in diesen Geschichten? Viele von ihnen präsentieren auswanderungsbezogene Fakten und Statistiken, einschließlich der Ergebnisse von öffentlichen Meinungsumfragen und akademischen Forschungen. Andere versuchen, das ‚menschliche Gesicht‘ der Auswanderung in Geschichten, in denen die Erfahrung der Auswanderung untersucht wird. Diese Geschichten zeichnen ein komplexeres Bild der Auswanderung als der politische Diskurs und bringen das Element der individuellen Entscheidungen und Motivationen ins Spiel. Ein immer wiederkehrendes Thema ist der Verlust in den Familien der Auswanderinnen und Auswanderer, wie zum Beispiel der Artikel mit dem Titel „Die Umarmung ist weg. Die Geschichten der zurückgelassenen Mütter“ (Nők Lapja 2020), der die komplexen Gefühle der Eltern von Auswanderinnen

Abb. 5: Häufigkeit der Artikel, die ‚Auswanderung‘ erwähnen, Magyar Narancs, 2010-2019



Quelle: <https://magyarnarancs.hu> / Eigene Darstellung

und Auswandern thematisiert, wie Schuld und Sorge, aber auch Stolz auf den Erfolg ihrer Kinder im Ausland. Ein weiteres typisches Thema sind die Migrationsabsichten und/oder -erfahrungen junger Ungarn (Magyar Narancs 2016).

UNGARN SORGEN SICH MEHR UM AUSWANDERUNG ALS UM EINWANDERUNG

Die Medien berichten auch über verschiedene öffentliche Meinungsumfragen, die unter Ungarn im Zusammenhang mit dem Thema Auswanderung durchgeführt wurden. Eine viel zitierte Umfrage hat gezeigt, dass die ungarische Öffentlichkeit mehr mit der Auswanderung als mit der Einwanderung beschäftigt ist: 39% der Ungarn sorgen sich um die Auswanderung, 20% um die Einwanderung und 34% um beides (The Guardian 2019). Darüber hinaus ist in der Mehrheit der ungarischen Öffentlichkeit die Auffassung weit verbreitet, dass die politische Führung an der Auswanderung schuld sei. Eine 2018 durchgeführte Meinungsumfrage zeigt, dass die ungarische Regierung und/oder Premierminister Viktor Orbán persönlich am häufigsten für die Emigration verantwortlich gemacht wird (24% aller Befragten, wobei Multiple Choice möglich war) (Publicus Research 2018). Bemerkenswert ist, dass 9% der Befragten die frühere sozialistische Regierung kritisieren, obwohl diese seit mehr als einem Jahrzehnt nicht mehr regiert hat. Im Großen und Ganzen machen die Menschen politische Faktoren (Regierungsbilanz, schlechte politische Stimmung, Korruption) und wirtschaftliche Faktoren (niedrige Löhne, nicht genügend Arbeitsplätze) in gleichem Maße für die Auswanderung verantwortlich. In der Umfrage wurde nicht explizit nach der Rolle gefragt, die die EU als Pull-Faktor spielen kann. Im Durchschnitt gehören die Ungarn zu den ‚Cheerleadern‘ der Freizügigkeit innerhalb des Binnenmarktes, aber das Blatt könnte sich nun wenden. Es ist bezeichnend, dass, wenn man sie explizit danach fragt, jeder Zweite sich für Auswanderungskontrollen ausspricht, d.h. für Maßnahmen, die eingeführt werden, um die Abwanderung von Mitbürgerinnen und Mitbürgern für längere Zeit zu verhindern (The Guardian 2019).

FIDESZ BESTEHT AUF UNTERSCHIED ZWISCHEN MIGRATION VON UNGARN UND ZUWANDERUNG AUS DRITTSTAATEN

Es ist daher kaum verwunderlich, dass die ungarische Regierung versucht hat, das Phänomen der ungarischen Auswanderung herunterzuspielen und sich stattdessen auf eine einwandererfeindliche Panikmache konzentriert. Die ungarische Regierung unterscheidet auch streng zwischen der Abwanderung von Ungarn und der Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen. Ein Beispiel für diese getrennte Behandlung war das Beharren der Fidesz-Regierung darauf, dass ungarische Migranten, die im EU-Binnenmarkt arbeiten, keine „Migranten“ seien und nicht als solche bezeichnet werden sollten. Dies war eine Reaktion auf den zunehmenden Widerstand gegen die innergemeinschaftliche Freizügigkeit in Großbritannien vor dem Brexit, der sich vor allem gegen Ostmitteleuropa richtete. Im Juli 2015 drückte der ungarische Staatssekretär für EU-Angelegenheiten seine Genugtuung darüber aus, dass aufgrund des Beharens der ungarischen Regierung „ein rumänischer oder ungarischer Staatsbürger, der in England arbeitet, nicht mehr auf derselben Seite wie afrikanische Einwanderer erwähnt wird“ (Ungarische Regierung 2015a). Dieser Diskurs ist Teil einer umfassenderen Strategie, die Tatsache der ungarischen Auswanderung beiseite zu schieben und Migration „als etwas darzustellen, das nur von außerhalb Europas kommt“ (Waterbury 2020: 1).

REAKTION DER OPPOSITION

Umgekehrt ist es in den Kreisen der fortschrittlichen ungarischen Opposition und der Zivilgesellschaft üblich geworden, die Kritik an der virulent einwanderungsfeindlichen Haltung der Regierung mit der Auswanderung der Ungarn zu verknüpfen. Dies geschieht in der Regel in folgender Form: Die Regierung startet einen Angriff gegen Einwanderer, Migrations-NGOs oder die vermeintlich ‚migrantenfreundliche‘ EU, auf den die Opposition mit dem Hinweis reagiert, dass auch viele Ungarn in der Migration leben. Viele Oppositionsparteien werfen der Regierung die willkürliche Unterscheidung zwischen verschiedenen Formen von Mobilität vor, sowie Panikmache und falsche Prioritätensetzung.

Im Sommer 2018 führten beispielsweise die KDNP (der Satellit von Fidesz) eine Verleumdungskampagne gegen Amnesty International und eine andere Organisation, die Migrantinnen und Migranten hilft, durch, indem sie deren Eingänge mit Aufklebern mit der Aufschrift „Immigration Supporting Organization“ markierten. Kritikerinnen und Kritiker reagierten mit dem Aufkleben ihres eigenen Aufklebers auf ein Fidesz-Büro in Budapest mit der Aufschrift „Emigration Supporting Organization“. In einem anderen Fall startete der politische Neuankömmling Momentum, eine zentristische Partei, die sich für politische Erneuerung einsetzt und regelmäßig regierungsfeindliche Proteste organisiert, eine so genannte ‚Realitätskampagne‘ als Reaktion auf die ‚Informationskampagne‘ der Regierung, die den Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, und den ungarisch-amerikanischen Geschäftsmann George Soros angriff und „Brüssel“ beschuldigte, den Mitgliedsstaaten Einwanderung aufzuzwingen. Momentum bereitete große Aufkleber vor, die teilweise die Regierungsanzeigen verdecken sollten, darunter auch einen, auf dem zu lesen war: „Jedes sechste ungarische Kind wird im Ausland geboren. Wir sollten unsere Zukunft nicht aufgeben!“ Auf ihrer Instagram-Seite argumentierte die Partei: „Unserer Meinung nach ist die größte Bedrohung nicht die Europäische Union oder Soros, sondern niedrige Löhne, Arbeitskräftemangel, Auswanderung oder sogar Korruption!“ (Momentum Mozgalom 2019). Das Thema Auswanderung ist zu einem wirkungsvollen Instrument geworden, um eine Gegenerzählung zu der von der Fidesz-geführten Regierung verbreiteten einwanderer- und flüchtlingsfeindlichen Panik zu schaffen und gleichzeitig auf das Fehlen von Überlegungen zu sozialer Gerechtigkeit und Solidarität aufmerksam zu machen.

Die Bewältigung der Auswanderungsproblematik ist eine komplexe Aufgabe, da sie von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst wird, darunter dem sozioökonomischen Kontext sowohl im Entsende- als auch im Aufnahmestaat sowie von individuellen Veranlagungen und Handlungsmöglichkeiten. Dementsprechend ist es schwer zu sagen, was Auswanderungspolitik konkret ausmacht: Eine Vielzahl von wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen können ebenfalls als Auswanderungspolitik betrachtet werden, da die Verbesserung der Lebensumstände der Menschen vermutlich zur Verringerung von Auswanderung beitragen würde. Darüber hinaus kann die Auswanderung, obwohl sie im politischen Diskurs als negatives Phänomen dargestellt wird, in Wirklichkeit makroökonomische und politische Konsequenzen haben, die wahrscheinlich der Regierung zugutekommen. Nicht nur erhöhen die von Auswanderinnen und Auswanderern in die Heimat überwiesenen Rücküberweisungen das Nationaleinkommen. Auch einige Kritikerinnen und Kritiker der Regierung verschwinden. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund des stetigen demokratischen Rückschritts in Ungarn seit 2010 besorgniserregend.

Gleichwohl hat die ungarische Regierung einige Versuche unternommen, die Auswanderungswelle einzudämmen, auch wenn es schwer zu beurteilen ist, ob dies die beabsichtigte Wirkung gezeigt hat. Eine langjährige, aber umstrittene Maßnahme, die versucht, die Auswanderung zu verhindern, ist der Studentenvertrag, der 2012 eingeführt wurde. Im Austausch gegen staatlich finanzierte Hochschulbildung verpflichteten sich die Studenten, innerhalb von 20 Jahren nach ihrem Abschluss mindestens das Doppelte ihrer Ausbildungszeit in Ungarn zu arbeiten. So müssen sie z.B. nach einem dreijährigen Hochschulabschluss mindestens sechs Jahre im Land arbeiten. Falls die Studierenden dies nicht tun, sind sie verpflichtet, die vollen Kosten ihrer Ausbildung zurückzuzahlen. Diese Politik ist in mehrfacher Hinsicht problematisch: Konzeptionell ist es schwierig zu definieren, was eine ‚staatlich finanzierte‘ Ausbildung ausmacht, da sich die EU beispielsweise auch an den Kosten der ungarischen Hochschulbildung beteiligt. In der Praxis sind die Kosten für Verwaltung und Überwachung hoch (Golovics 2015). Noch tiefgreifender ist jedoch, dass die Politik eindeutig den breiten Zugang zur Hochschulbildung untergräbt und gleichzeitig die Freiheit der Menschen behindert, in der EU nach Arbeit zu suchen (1100 Szó 2018).

AUSWANDERUNG UND ÖFFENTLICHE ORDNUNG

GEZIELTE MASSNAHMEN ZUR VERHINDERUNG ODER UMKEHRUNG DER AUSWANDERUNG

Ein anderes Programm richtete sich an diejenigen, die bereits im Ausland waren: Gyere haza fiatal („Junge, kommt nach Hause“) wurde 2015 mit dem erklärten Ziel eingeführt, ungarischen Jugendlichen, die im Vereinigten Königreich in ausgewählten Sektoren arbeiten, bei der Rückkehr in ihre Heimat zu helfen, indem Wohnungs- und Ankunftshilfe geleistet und ein geeigneter Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt wird (Ungarische Regierung 2015b). Aufgrund seiner engen Ausrichtung führte das Programm zur Rückkehr von nur etwas mehr als 100 Personen und wurde 2017 eingestellt (Heti Világgazdaság 2016).

EINWANDERUNG ALS ERSATZ FÜR AUSWANDERUNG

Manchmal wird behauptet, dass die Auswirkungen der Abwanderung (sowie die sinkende Fruchtbarkeit und die alternde Bevölkerung) durch Zuwanderung kompensiert werden können. Im ungarischen Kontext hat die grenzüberschreitende Diaspora als Reserve von Arbeitsmigrantinnen und -migranten gedient, obwohl die Regierung das erklärte Ziel verfolgt, diese Gemeinschaften an ihrem historischen Wohnort zu erhalten. Ab 2017 hat die ungarische Regierung die Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern aus benachbarten Nicht-EU-Ländern in vorher festgelegten Berufen gefördert, indem sie eine kurzfristige Arbeitserlaubnis erteilt hat; diese Politik hat die Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern jedoch nur um einige Tausend Personen erhöht (Putnoki 2017, zitiert in Hárs 2018: 98).

Zwei Gründe scheinen hauptauschlaggebend, warum Einwanderung Auswanderung nicht effektiv kompensieren kann. Zum einen ist ein Land, das erfolgreich Arbeitskräfte aus dem Ausland anzieht, auch in der Lage, seine eigenen im Land zu halten, aber ein Land, das nicht in der Lage ist, seine Arbeitskräfte im Land zu halten, hat auch Schwierigkeiten, ausländische Arbeitskräfte anzuziehen (Hárs 2018: 98). Andererseits hat die ungarische Regierung deutlich gemacht, dass eine solche ‚Substitution‘ von Ungarn durch Migrantinnen und Migranten keine wünschenswerte Option ist. Die Vorstellung, dass Einwanderung den Bevölkerungsverlust ausgleichen würde, wird völlig abgelehnt, und die angebliche Absicht einiger westeuropäischer Mitgliedstaaten, dies zu tun, wird als Symptom des kulturellen und moralischen Niedergangs angesehen. Wie Orbán erklärt:

„Wir leben in Zeiten, in denen in ganz Europa immer weniger Kinder geboren werden. Die Menschen im Westen reagieren darauf mit Zuwanderung: Sie sagen, der Rückstand solle durch Zuwanderer aufgeholt werden, dann seien die Zahlen in Ordnung. Die Ungarn sehen das in einem anderen Licht. Wir brauchen keine Zahlen, sondern ungarische Kinder. In unseren Köpfen bedeutet Einwanderung Kapitulation“. (Orbán 2019).

Der Pronatalismus ist ein zentraler Pfeiler der Bevölkerungspolitik der Regierung und hat viel mehr Aufmerksamkeit erhalten als die Auswanderung. In den letzten Jahren wurde eine umfassende Familienpolitik eingeführt, begleitet von einem Diskurs, der die traditionelle Familie als Grundlage einer geordneten Gesellschaft hervorhebt.

UMFANGREICHE DIASPORA-POLITIK

Die gezielte Auswanderungspolitik der ungarischen Regierung verblasst im Vergleich zu der umfangreichen Diasporapolitik, für die sie sich nach 2010 konsequent eingesetzt hat. Die politische Führung hat eine weitreichende Strategie entwickelt, die darauf abzielt, die Bande zwischen der Diaspora und dem Heimatland zu stärken. An erster Stelle steht dabei die Ausweitung der politischen Rechte, einschließlich der bevorzugten Einbürgerung von nicht ansässigen ethnischen Ungarn. Das politische Instrumentarium umfasst auch ein Programm zur kulturellen Wiederbelebung, Projekte zur Erhaltung des physischen Erbes sowie die Finanzierung des ungarischen Bildungswesens und bietet unter anderem Stipendien- und Austauschprogramme an (Herner-Kovács 2014).

INFOBOX – Migration in Zeiten der Corona-Pandemie

Der erste bestätigte Fall von COVID-19 in Ungarn wurde am 4. März 2020 gemeldet. Die ungarische Regierung führte soziale Distanzierungsmaßnahmen ein, die nach und nach aufgehoben oder wieder eingeführt wurden, je nachdem ob sich die Seuchenlage verbesserte oder verschlechterte. In einem höchst umstrittenen Schritt rief die ungarische Regierung jedoch auch einen nationalen Notstand aus, der von März bis Juni 2020 andauerte. Diese Maßnahme wurde weithin als Versuch interpretiert, die Pandemie als Vorwand zu benutzen, um die autoritären Tendenzen der Regierung zu verstärken.

Eine weitere Besonderheit der ungarischen COVID-19-Reaktion war die explizit einwanderungsfeindliche und vor allem anti-iranische Haltung, die zu einem diplomatischen Scharmützel zwischen den beiden Ländern führte (Radio Farda 2020). Bereits am 1. März 2020 setzte die ungarische Regierung die Zulassung von Migrantinnen und Migranten in ihre Transitzone auf unbestimmte Zeit aus, mit dem erklärten Ziel, die Einreise aus schwer betroffenen Gebieten, darunter auch dem Iran, einzuschränken. Bald darauf beschloss die Regierung, dass sie iranischen Staatsbürgern keine Visa mehr ausstellen würde. Aufmerksamkeit wurde auf Infektionen unter iranischen Universitätsstudenten in Ungarn gelenkt; 14 von ihnen wurden wegen angeblicher Verstöße gegen die Regeln der Selbstisolierung ausgewiesen.

Mitte März wurden die ungarischen Grenzen für alle nicht-ungarischen Staatsbürger geschlossen. Nach der Verhängung von Reisebeschränkungen sind viele Ungarn im Ausland gestrandet, wobei das Außenministerium Hilfe bei der Rückführung, insbesondere aus den USA, anbot. Als in den folgenden Monaten weitere Informationen über das Virus bekannt wurden, wurden die im Ausland arbeitenden Ungarn als diejenigen dargestellt, die das Virus ins Land gebracht hätten (Euronews 2020). Auch über die Infektion von Hunderten von Landarbeiterinnen und -arbeitern, darunter Ungarn, in einem deutschen Bauernhof wurde ausführlich berichtet (Heti Világgazdaság 2020).

Während des Sommers blieben die Grenzen offen, doch ab dem 1. September wurden ausländischen Bürgerinnen und Bürgern erneut die Einreise in das ungarische Hoheitsgebiet verwehrt (Heti Világgazdaság 2020). Ungarische Staatsbürgerinnen und -bürgern, die aus dem Ausland zurückkehrten, mussten entweder 14 Tage lang unter Quarantäne gestellt werden oder innerhalb von zwei Tagen zwei negative Tests vorlegen, die aus eigener Tasche bezahlt wurden (Index 2020). Die Regierung beschloss, im Ausland durchgeführte Tests nicht zu akzeptieren. Diese Regelung wurde heftig kritisiert; sie führte zu einer Online-Petitionskampagne und einer Erklärung der ungarischen Ärztinnen und Ärzte in Deutschland, die argumentierten, die Regelung sei „diskriminierend und sachlich unbegründet“ (Mérce 2020). Auch ungarische Pendlerinnen und Pendler, die in der Nähe der österreichischen Grenze leben, protestierten gegen die Maßnahme und behaupteten, dass ihre Arbeitgeber ihnen mit Entlassung drohten, weil sie nicht ordnungsgemäß arbeiten könnten (Mérce 2020). Am 4. September gab die Regierung dem öffentlichen Druck nach und kündigte an, Tests aus dem Schengen-Raum und Nordamerika zu akzeptieren.

AUSBLICK

Die Auswanderungsraten aus Ungarn haben in den letzten zehn Jahren tendenziell zugenommen. Trotz einiger Bemühungen, die Auswanderung einzudämmen, ist die individuelle Absicht auszuwandern nach wie vor weitverbreitet. Migrationsnetzwerke festigen und erweitern sich, während die

politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in Ungarn weiterhin ungünstig sind. Die strukturellen Triebkräfte der Auswanderung, einschließlich der klaffenden Ungleichheit zwischen den neuen und alten Mitgliedsstaaten der EU, bestehen weiterhin. Die COVID-19-Pandemie verschärft die Probleme der ungarischen Wirtschaft zusätzlich. In diesem Zusammenhang ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass die Auswanderungsraten aus Ungarn deutlich zurückgehen werden.

Die Auswanderung stellt die Legitimität der national-populistischen Regierung Ungarns besonders stark in Frage. Dies wird von den oppositionellen Kräften gebührend genutzt: Sie betrachten Auswanderung als Sinnbild für das eklatante Versagen der politischen Führung. Die Regierung versucht ihrerseits, der ungarischen Auswanderung eine geringere Bedeutung beizumessen und konzentriert sich stattdessen auf die Verunglimpfung der ankommenden Migrantinnen und Migranten.

LITERATUR

- Blaskó, Zsuzsa / Ligeti, Anna Sára / Sik Endre* 2014: Magyarok külföldön – Mennyien? Kik? Hol?; in: Kolosi Tamás – Tóth István György (Hg.): Társadalmi riport; TÁRKI, Budapest, S. 351–372.
- Duval, Laetitia / Wolff François-Charles* 2016: Emigration intentions of Roma: Evidence from Central and South-East Europe; verfügbar unter: https://hal.archives-ouvertes.fr/hal-01280578/file/Roma_PCE.pdf (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Euronews* 2020: Vendégmunkások hozták haza Nyugat-Európából a koronavírust; verfügbar unter: <https://hu.euronews.com/2020/05/12/vendegmunkasok-hoztak-haza-nyugat-europabol-a-koronavirust> (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Gödrö, Irén / Solti, Béla / Bodacz-Nagy, Boróka* 2013: Dynamic Historical Analysis of Longer Term Migratory, Labour Market and Human Capital Processes in Hungary. SEEMIG; verfügbar unter: <http://www.seemig.eu/downloads/outputs/SEEMIGHistoricalAnalysisHungary.pdf> (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Golovics, József* 2015: A hallgatói szerződések közgazdaságtana; in: Sugo Szemle, 2(1), p. 104-111.
- Hárs, Ágnes* 2009: Dimensions and effects of labour migration to EU countries: The case of Hungary; in: Galgóczi, Béla / Leschke, Janine / Watt, Andrew (Hg.): EU Labour Migration Since Enlargement: Trends, Impacts and Policies, S. 229-251.
- Hárs, Ágnes* 2018: Növekvő elvándorlás – lehetőségek, remények, munkaerőpiaci hatások; in: Kolosi, Tamás / Tóth István György (Hg.): Társadalmi Riport 2018, TÁRKI: Budapest, S. 81- 105.
- Hárs, Ágnes / Simon, Dávid* 2017: A külföldi munkavállalás és a munkaerőhiány; verfügbar unter: http://www.mtakti.hu/wp-content/uploads/2018/01/mt_2016_hun_23.pdf (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Herner-Kovács, Eszter* 2014: Nation Building Extended: Hungarian Diaspora Politics, *Minority Studies* 17, S. 55-67.
- Heti Világgazdaság* 2016: Vége, megbukott a Gyere haza, fiatal! Program; verfügbar unter: https://hvg.hu/gazdasag/20160613_nem_folytatjak_a_Gyere_Haza_Fiatal_programot_varga_mihaly (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Heti Világgazdaság* 2020: Magyar vendégmunkások is megfertőződtek koronavírussal egy bajorországi farmon; verfügbar unter: https://hvg.hu/vilag/20200726_Felezer_vendegmunkas_fertozodott_meg_koronavirussal_egy_nemet_farmon_koztuk_magyarok (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Hungarian Government* 2015a: Takács Szabolcs részt vett 2015. július 22-én a 26. tusványosi fesztivál pódiumbeszélgetésén; verfügbar unter: <https://2015-2019.kormany.hu/hu/miniszterelnokseg/europai-unios-ugyekert-felelos-allamtitkar/hirek/takacs-szabolcs-reszt-vett-2015-julius-22-en-a-26-tusvanyosi-fesztival-podiumbeszelgetesen> (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Hungarian Government* 2015b: Elindult a Gyere haza fiatal elnevezésű program; verfügbar unter: <https://2015-2019.kormany.hu/hu/nemzetgazdasagi-miniszterium/munkaeropiaci-es-kepzesi-allamtitkarsag/hirek/elindult-a-gyere-haza-fiatal-elnevezesu-program> (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Index* 2020: Gulyás: Szeptember 1-jétől lezárjuk a határokat; verfügbar unter: https://index.hu/belfold/2020/08/28/kormanyinfo_koronavirus_kormany_gulyas_gergely_szentkiralyi_alexandra_koronavirus/ (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Jobbik* 2018: Magyar szívvel, józan ésszel, tiszta kézzel. A Jobbik 2018-as választási programja; verfügbar unter: https://blob.jobbik.hu/programs/magyar_szivvel_jozan_esszel_tiszta_kezzel.pdf (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Krastev, Ivan* 2016: The Specter Haunting Europe: The Unraveling of the Post-1989 Order; in: *Journal of Democracy* 27 (4), S. 88–98.
- KSH* 2015: A hazai nemzetiségek demográfiai jellemzői (Demographic characteristics of Hungarian nationalities). Statisztikai Tükör 2015/82; verfügbar unter: https://www.ksh.hu/docs/hun/xftp/stattukor/nemzetiseg_demografia.pdf (letzter Zugriff: 10.11.2020).
- Magyar Narancs* 2016: Nem jönnek haza – Beszélgetés az elvándorlásról; verfügbar unter: <https://magyarnarancs.hu/lelek/nem-jonnek-haza-beszelgetes-az-elvandorlasrol-98822> (letzter Zugriff: 6.11.2020).
- Malkki, Liisa* 1992: National Geographic: The Rooting of Peoples and the Territorialization of National Identity Among Scholars and Refugees; in: *Cultural Anthropology*, 7(1), S. 24–44.
- Mérce* 2020: Németországi magyar orvosok kérik, fogadja el a kormány a hazatérők külföldi koronavírusteresztjeit; verfügbar unter: <https://merce.hu/2020/09/04/nemetszagi-magyar-orvosok-kerik-fogadja-el-a-kormany-a-hazaterok-kulfoldi-koronavirus-tesztjeit/> (letzter Zugriff: 06.11.2020).
- Mi Hazánk* 2019: A Mi Hazánk Európája EP-választási program, 2019; verfügbar unter: <https://mihazank.hu/a-mi-hazank-europaja-ep-valasztasi-program/> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

Mikó, Eszter 2019: Az elvándorlási szándék vizsgálata a közép-és felsőoktatásban tanulók körében; in: Földrajzi Közlemények 143(3), S. 250–262, <https://doi.org/10.32643/fk.143.3.5>

Minority Rights Group International 2018: Hungary Roma; verfügbar unter: <https://minorityrights.org/minorities/roma-8/> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

Momentum Mozgalom 2019: no title; verfügbar unter: <https://www.instagram.com/p/BuT-LMpgiZq?hl=en> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

Nők Lapja 2020: „Eltűnt az ölelés” – hátrahagyott anyák történetei; verfügbar unter: <https://www.noklapja.hu/olvasnivalo/2020/05/03/kulfoldre-koltozott-gyerekek-szulei/> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

Orbán, Viktor 2019: Prime Minister Viktor Orbán's "State of the Nation" address, 10 February; verfügbar unter: <http://www.miniszterelnok.hu/prime-minister-viktor-orbans-state-of-the-nation-address-3/> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

Publicus Research 2018: Kivándorlás: továbbra is több mint egymillió fő menne; verfügbar unter: <https://publicus.hu/blog/kivandorlas-tovabbra-is-tobb-mint-egymillio-fommenne/> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

Radio Farda 2020: Iran And Hungary In Dispute Over Coronavirus Expulsion Of Students; verfügbar unter: <https://en.radiofarda.com/a/iran-and-hungary-in-dispute-over-coronavirus-expulsion-of-students/30497491.html> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

The Columbia Encyclopedia 2020: Trianon, Treaty of. The Columbia Encyclopedia, 6th ed.; verfügbar unter: Encyclopedia.com (letzter Zugriff: 06.11.2020).

The Guardian 2019: Europe's south and east worry more about emigration than immigration – poll; verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/world/2019/apr/01/europe-south-and-east-worry-more-about-emigration-than-immigration-poll> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

Waterbury Myra A 2020: Populist Nationalism and the Challenges of Divided Nationhood: The Politics of Migration, Mobility, and Demography in Post-2010 Hungary. East European Politics and Societies, S. 1-22, doi:10.1177/0888325419897772.

1100 Szó 2018: Mi a baj a hallgatói szerződéssel? [What's wrong with the student contract?]; verfügbar unter: <https://1100sor.hu/2019/08/07/mi-a-baj-a-hallgatoi-szerzodesselel/> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

Mérce 2020: Németországi magyar orvosok kérik, fogadja el a kormány a hazatérők külföldi koronavírus-tesztjeit; verfügbar unter: <https://merce.hu/2020/09/04/nemetorszagi-magyar-orvosok-kerik-fogadja-el-a-kormany-a-hazaterok-kulfoldi-koronavirus-tesztjeit/> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

Mi Hazánk 2019: A Mi Hazánk Európája EP-választási program, 2019; verfügbar unter: <https://mihazank.hu/a-mi-hazank-europaja-ep-valasztasi-program/> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

Mikó, Eszter 2019: Az elvándorlási szándék vizsgálata a közép-és felsőoktatásban tanulók körében; in: Földrajzi Közlemények 143(3), S. 250–262.

Minority Rights Group International 2018: Hungary Roma; verfügbar unter: <https://minorityrights.org/minorities/roma-8/> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

Momentum Mozgalom 2019: no title; verfügbar unter: <https://www.instagram.com/p/BuT-LMpgiZq?hl=en> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

Nők Lapja 2020: „Eltűnt az ölelés” – hátrahagyott anyák történetei; verfügbar unter: <https://www.noklapja.hu/olvasnivalo/2020/05/03/kulfoldre-koltozott-gyerekek-szulei/> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

Orbán, Viktor 2019: Prime Minister Viktor Orbán's "State of the Nation" address, 10 February; verfügbar unter: <http://www.miniszterelnok.hu/prime-minister-viktor-orbans-state-of-the-nation-address-3/> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

Publicus Research 2018: Kivándorlás: továbbra is több mint egymillió fő menne; verfügbar unter: <https://publicus.hu/blog/kivandorlas-tovabbra-is-tobb-mint-egymillio-fommenne/> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

Radio Farda 2020: Iran And Hungary In Dispute Over Coronavirus Expulsion Of Students; verfügbar unter: <https://en.radiofarda.com/a/iran-and-hungary-in-dispute-over-coronavirus-expulsion-of-students/30497491.html> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

The Columbia Encyclopedia 2020: Trianon, Treaty of. The Columbia Encyclopedia, 6th ed.; verfügbar unter: Encyclopedia.com (letzter Zugriff: 06.11.2020).

The Guardian 2019: Europe's south and east worry more about emigration than immigration – poll; verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/world/2019/apr/01/europe-south-and-east-worry-more-about-emigration-than-immigration-poll> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

Waterbury Myra A 2020: Populist Nationalism and the Challenges of Divided Nationhood: The Politics of Migration, Mobility, and Demography in Post-2010 Hungary. East European Politics and Societies, 34 (4), S. 1-22.

1100 Szó 2018: Mi a baj a hallgatói szerződéssel?; verfügbar unter: <https://1100sor.hu/2019/08/07/mi-a-baj-a-hallgatoi-szerzodesselel/> (letzter Zugriff: 06.11.2020).

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

A Emigration in Europa: Soziale und politische Konsequenzen

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung in den EU-Ländern (2010-2019) S. 12

S. 12

Abb. 2: Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in den EU-Ländern (2020-2050)

B Auswanderung, Abwanderung und Rechtspopulismus

1 Abwanderung und AfD-Wahl in Deutschland

Abb. 1: Verstärken Abwanderungsdynamiken die Neigung zur Wahl der AfD? S. 20

Abb. 2: Wanderungsbilanz (links) und allgemeine Bevölkerungsentwicklung (rechts) zwischen 1991-2018 in % S. 22

Abb. 3: Wanderungsbilanz 1995-2018 in %; links: deutsche Staatsbürger, rechts: Menschen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft S. 23

Abb. 4: Wanderungsbilanz 1991-2018 (links) und Stimmenanteil der AfD zur Europawahl 2019 (rechts) in % S. 23

Abb. 5: Zusammenhang zwischen der Kreiswanderungsbilanz 1991-2018 und dem Stimmenanteil der AfD zur Europawahl 2019 S. 25

Abb. 6: Zusammenhang zwischen der Kreiswanderungsbilanz von deutschen Staatsbürgern 1995-2018 und dem Stimmenanteil der AfD zur Europawahl 2019 S. 25

Abb. 7: Zusammenhang zwischen der Kreiswanderungsbilanz von Deutschen 1995-2018 und dem Stimmenanteil der AfD zur Europawahl 2019 in ostdeutschen und westdeutschen Landkreisen S. 26

Abb. 8: Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland in Tausend S. 27

Abb. 9: Wanderungsbilanz zwischen Ost- und Westdeutschland je 1.000 Einwohner nach Altersgruppe (ohne Berlin) S. 28

Abb. 10: Zusammenhang zwischen den Wanderungsbilanzen aus verschiedenen Zeitperioden seit 1991 und dem AfD-Wahlergebnis 2019 mit Konfidenzintervall $p \leq 0,05$ S. 29

C Emigration im politischen Diskurs

2 Auswanderung und die Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien in Europa

Abb. 1: Wie wirkt Auswanderung auf den Stimmenanteil rechtspopulistischer Parteien?	S. 33
Abb. 2: Grundlage der Analyse	S. 34
Abb. 3: Untersuchte Parteien	S. 35
Abb. 4: Zusammenhang zwischen der Auswanderungsrate und den Stimmenanteilen rechtspopulistischer Parteien	S. 36
Abb. 5: Zusammenhang zwischen der Auswanderungsrate und den Stimmenanteilen rechtspopulistischer Parteien in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit	S. 36

1 Bulgarien

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung und jährliche Migrationsraten	S. 44
Abb. 2: Altersstruktur der bulgarischen Bevölkerung zum 31.12.2019	S. 45
Abb. 3: Rücküberweisungen (% des BIP) - Bulgarien	S. 47
Abb. 4: Häufigkeit auswanderungsbezogener Schlüsselwörter in bulgarischen Medien	S. 47
Abb. 5: Häufigkeit auswanderungsbezogener Schlüsselwörter in den Debatten des bulgarischen Parlaments	S. 48
Abb. 6: Schlüsselthemen im bulgarischen Emigrationsdiskurs von 1989 bis 2020	S. 50

C Emigration im politischen Diskurs

2 Griechenland

Abb. 1: Bevölkerungsveränderung (in Prozent)	S. 60
Abb. 2: Auswanderung in absoluten Zahlen 2004-2018	S. 61
Abb. 3: Häufigkeit auswanderungsbezogener Schlüsselwörter in der Berichterstattung der Athener Nachrichtenagentur	S. 63
Abb. 4: Auswanderung und Diaspora in den programmatischen Dokumenten der wichtigsten griechischen Parteien 2019	S. 65
Abb. 5: Häufigkeit migrationsbezogener Schlüsselwörter in Parlamentsdebatten	S. 66

3 Italien

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung und jährliche Migrationsraten	S. 76
Abb. 2: Bevölkerungsentwicklung und jährliche Migrationsraten für Personen mit italienischer Staatsangehörigkeit	S. 77
Abb. 3: Auswanderung aus Italien nach Alter (2018)	S. 77
Abb. 4: Wichtigste europäische Zielländer (2018)	S. 78
Abb. 5: Anzahl der Wohnsitzverlegungen innerhalb Italiens (2017)	S. 79
Abb. 6: Sind Sie eher besorgt über Personen, die in Ihr Land einwandern, oder über Ihre Mitbürger, die das Land verlassen? (2019)	S. 81
Abb. 7: Häufigkeit auswanderungs- und einwanderungsbezogener Nachrichten in der Zeitung La Repubblica	S. 81
Abb. 8: Häufigkeit auswanderungs- und einwanderungsbezogener Schlüsselwörter in der parlamentarischen Debatte	S. 82
Abb. 9: Salienz von Auswanderung und Einwanderung in den Wahlprogrammen 2018 (in Prozent)	S. 82

4 Polen

- Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung und jährliche Migrationsraten S. 92
- Abb. 2: Amtliche Meldungen über die Beschäftigung von Ausländern (2009-2019) S. 93
- Abb. 3: Größte Diaspora polnischer Staatsbürger im Ausland S. 93

5 Portugal

- Abb. 1: Auswanderung pro Jahr (in absoluten Zahlen) S. 107
- Abb. 2: Bevölkerungsentwicklung und jährliche Migrationsraten S. 108
- Abb. 3: Rücküberweisungen - insgesamt und in Prozent des BIP S. 109
- Abb. 4: Relevanz von Auswanderung in den Medien S. 111
- Abb. 5: Relevanz von Auswanderung in Parlamentsdebatten S. 111
- Abb. 6: Relevanz von Auswanderung in Wahlprogrammen S. 113
- Abb. 7: Häufigkeit auswanderungs- und einwanderungsbezogener Schlüsselwörter in Wahlprogrammen S. 113

C Emigration im politischen Diskurs

6 Rumänien

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung und jährliche Migrationsraten S. 124

Abb. 2: Zielländer rumänischer Auswanderung 2004-2019 S. 125

Abb. 3: Persönliche Rücküberweisungen nach Rumänien in % des BIP S. 126

Abb. 4: Die Salienz des Themas Emigration in den Meldungen der rumänischen Nachrichtenagentur Agerpres S. 127

Abb. 5: Das Thema Auswanderung in rumänischen Parlamentsdebatten S. 131

7 Spanien

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung und jährliche Migrationsraten S. 141

Abb. 2: Anzahl der Auswanderinnen und Auswanderer pro Jahr (2002-2019) S. 141

Abb. 3: Parlamentarische Initiativen und Reden zur Auswanderung (2001-2019) S. 145

Abb. 4: Verwendung des Ausdrucks 'Brain Drain' in den Medien (2001-2019) S. 146

Abb. 5: Relevanz von Emigration und Immigration in Parteiprogrammen S. 146

8 Tschechien

- Abb. 1: Anteil im Ausland lebender Tschechinnen und Tschechen an der Gesamtbevölkerung (in Prozent) S. 159
- Abb. 2: Verteilung der im Ausland lebenden Tschechinnen und Tschechen nach Land S. 159
- Abb. 3: Bevölkerungsentwicklung und jährliche Migrationsraten S. 160
- Abb. 4: Rücküberweisungen nach Tschechien 2018 (in Millionen Euro) S. 161
- Abb. 5: Anzahl der Auswanderinnen und Auswanderer aus Tschechien nach Staatsangehörigkeit S. 161
- Abb. 6: Anzahl der grenzüberschreitenden Berufspendlerinnen und -pendler (in Tausend) S. 162

9 Ungarn

- Abb. 1: Bedeutung der Auswanderung in den ungarischen Parlamentsdebatten (2000-2019) S. 175
- Abb. 2: Relevanz von Auswanderung in den ungarischen Parlamentsdebatten / Anzahl der Nennungen (2000-2019) S. 176
- Abb. 3: Parteien und Emigration: Frames und Maßnahmen S. 179
- Abb. 4: Häufigkeit der Artikel, die verschiedene migrationsbezogene Schlüsselwörter erwähnen. Wirtschaftlicher Nachrichtendienst der ungarischen Nachrichtenagentur, 2001-2019 S. 180
- Abb. 5: Häufigkeit der Artikel, die ‚Auswanderung‘ erwähnen, Magyar Narancs, 2010-2019 S. 181

AUTORINNEN UND AUTOREN

Ana, Alexandra Scuola Normale Superiore in Pisa
Rumänien

Angeli, Oliviero MIDEM, TU Dresden
Emigration in Europa: soziale und politische Konsequenzen

Chmelar, Kristina MIDEM, TU Dresden
Tschechien

de Ghantuz Cubbe, Giovanni MIDEM, TU Dresden
Italien

Herold, Maik MIDEM, TU Dresden
Schrumpfende Regionen – frustrierte Bürger? Abwanderung und AfD-Wahl in Deutschland

Mendes, Mariana MIDEM, TU Dresden
Spanien
Portugal

Kyriazi, Anna Università degli Studi di Milano Statale
Griechenland
Ungarn

Kozłowska, Marta MIDEM, TU Dresden
Polen

Otteni, Cyrill MIDEM, TU Dresden
Auswanderung und die Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien in Europa
Schrumpfende Regionen – frustrierte Bürger? Abwanderung und AfD-Wahl in Deutschland

Rone, Julia University of Cambridge
Bulgarien

Vorländer, Hans MIDEM, TU Dresden
Einleitung

Mitarbeit:

Martin Fischer, MIDEM, TU Dresden

Eltje Kunze, MIDEM, TU Dresden

Rahel Marie Ladwig, MIDEM, TU Dresden

Anna Siebenhaar, MIDEM, TU Dresden

Manès Weisskircher, MIDEM, TU Dresden

Annemarie Wünscher, MIDEM, TU Dresden

Larissa Zier, MIDEM, TU Dresden

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:

- Krisendiskurse zu Migration und Integration.
- Populismus.
- Institutionelle Verarbeitung von Migration.
- Migration in städtischen und regionalen Kontexten.

MIDEM hat zur Aufgabe:

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern.
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie Stellung zu erstellen.
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln.
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten.

Alle Texte, Bilder, Abbildungen und Grafiken unterliegen dem Urheberrecht. MIDEM ist stets bemüht, die Urheberrechte anderer zu beachten. Sollte uns dies dennoch nicht vollständig gelungen sein, möchten wir den betroffenen Rechteinhaber bitten, sich mit uns schnellstmöglich in Verbindung zu setzen.

IMPRESSUM

ISSN 2626-515X

Herausgeber:

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Redaktion:

Dr. Oliviero Angeli
Johanna Haupt

Gestaltung:

Vollblut GmbH & Co. KG

© MIDEM 2020

MIDEM ist ein Forschungszentrum der Technischen Universität Dresden in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen, gefördert durch die Stiftung Mercator.

ISSN 2626-515X

